Stand: 11.07.2025 17:07:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13464

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/13464 vom 11.09.2012
2. Plenarprotokoll Nr. 108 vom 25.09.2012
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15097 des HA vom 06.12.2012
4. Beschluss des Plenums 16/15225 vom 13.12.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 13.12.2012
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27.12.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**13464**
11.09.2012

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013)

A) Problem

Im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2013/2014 ist die Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs zu überprüfen und ist das Finanzausgleichsgesetz entsprechend anzupassen. Änderungsbedarf wird in folgenden Punkten gesehen:

- Im Rahmen der Finanzverteilung zwischen Staat und Kommunen soll die Position der Kommunen weiter gestärkt werden.
- Innerhalb der kommunalen Familie soll die Finanzausstattung der kleineren und der strukturschwachen Kommunen verbessert werden.
- Auch für den Investivbereich sollen mehr Mittel zur Verfügung stehen.
- Durch das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2011 (BGBl. I S. 453) werden die von den Kommunen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu erbringenden Leistungen um die in § 28 SGB II festgelegten Leistungen für „Bildung und Teilhabe“ ausgeweitet. Außerdem werden in die Erstattungsleistungen des Bundes zu den Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II weitere Tatbestände einbezogen. Dadurch käme es – ohne Nachsteuerung – bei der Berechnung des Ansatzes für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende zu Verwerfungen.
- Für die Berechnung der einwohnerbezogenen Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sind die auf der Grundlage der letzten Volkszählung fortgeschriebenen Einwohnerzahlen am 31. Dezember des vorvorhergehenden Jahres maßgebend. Die auf dem Zensus 2011 beruhenden Zahlen sind bis zur Berechnung der Zuweisungen 2013 jedoch noch nicht verfügbar.

B) Lösung

I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2013 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden erörtert (Art. 23 Abs. 1 FAG). Bei Würdigung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, der Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und des Ausblicks auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2013 zeigt sich in der Gesamtschau für die Gemeinden und Gemeindeverbände weiterhin eine im Vergleich zum Staatshaushalt günstigere Gesamtsituation. Es besteht kein Verteilungsdefizit zu Lasten der Kommunen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Gleichwohl sind im kommunalen Finanzausgleich 2013 weitere finanzielle und strukturelle Verbesserungen für die Kommunen vorgesehen, mit einem deutlichen Akzent zugunsten kleinerer und strukturschwacher Kommunen und zugunsten einer Stärkung der kommunalen Investitionskraft.

II. Notwendige Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes und Folgeänderung im Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze

- Der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund wird angehoben.
- Zur Finanzierung der Stabilisierungshilfen im Rahmen der Bedarfszuweisungen zugunsten von strukturschwachen, konsolidierungswilligen Kommunen mit unverschuldeten finanziellen Schwierigkeiten wird eine Umschichtungsmöglichkeit aus dem allgemeinen Steuerverbund geschaffen.
- Die Hauptansatzstaffel bei der Berechnung der Gemeindeschlüsselzuweisungen wird zur stärkeren Berücksichtigung kleinerer Gemeinden im unteren Bereich angehoben. Gleichzeitig wird der Zuschlag für Gemeinden mit mehr als 500.000 Einwohnern abgeschafft.
- In die Berechnung des Ansatzes für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende werden weder die Aufwendungen für „Bildung und Teilhabe“ noch die zugehörige Bundeserstattung nach § 46 Abs. 6 SGB II und nach § 46 Abs. 5 SGB II, soweit sie auf Verwaltungskosten „Bildung und Teilhabe“ (1,2 %-Punkte) entfällt, einbezogen. Ebenfalls nicht einbezogen wird die auf die Finanzierung von Schulsozialarbeit und Mittagessen für Hortkinder entfallende Bundeserstattung. Damit wird erreicht, dass Ausgaben und Bundeserstattung einheitlich behandelt werden. Zudem bleiben Zuordnungsprobleme von Ausgaben und den zugehörigen Teilen der Bundeserstattung ohne Einfluss auf den Ergänzungsansatz.
- Im Rahmen einer Aufstockung der Mittel für die Investitionspauschale wird - zur stärkeren Unterstützung kleinerer und darunter besonders der strukturschwachen Gemeinden - auch der nach der Umlagekraft gestaffelte Mindestbetrag erneut deutlich angehoben.
- Entsprechend den Schwerpunktsetzungen im kommunalen Finanzausgleich 2013 werden die Entnahmen aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen und die Zuweisungen an die Bezirke angepasst. Die für den Härtefonds zur Verfügung stehenden Mittel werden nachjustiert.
- Bis zur Festsetzung und Fortschreibung der Ergebnisse des Zensus 2011 werden für die Berechnung einwohnerbezogener Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die fortgeschriebenen Ergebnisse der Volkszählung 1987 herangezogen.
- Im Rahmen der Prioritätensetzung im kommunalen Finanzausgleich 2013 wird ein Teil der Nettoentlastung des Staates aus der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht dem Belastungsausgleich nach Art. 5 AGSG zugeführt, sondern dient zur Erhöhung der Investitionspauschalen (s.o.). Dies macht eine Folgeänderung des Art. 5 AGSG erforderlich.

Weitere Änderungen betreffen redaktionelle Änderungen, verbessern den Wortlaut und bereinigen das Finanzausgleichsänderungsgesetz, die FAGDV 2002 und das Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze um gegenstandslos gewordene Normen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat und Kommunen

Die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich steigen im Jahr 2013 gegenüber 2012 um 456,6 Mio. € (6,3 %) auf 7.713,9 Mio. €.

Die reinen Landesleistungen wachsen 2013 gegenüber 2012 um 427,4 Mio. € (6,3 %) auf 7.214,0 Mio. €.

2. Bürger und Wirtschaft

Bürger und Wirtschaft sind durch dieses Gesetz nicht unmittelbar betroffen. Informationspflichten für Unternehmen werden nicht begründet.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode
Drucksache 16/**13464**
11.09.2012

Gesetzentwurf

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013)

§ 1
Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2010 (GVBl S. 258, BayRS 605-1-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 120), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird die Zahl „12,5“ durch die Zahl „12,75“ ersetzt.
      bb) Satz 3 wird wie folgt geändert:
         aaa) In Nr. 1 wird das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.
         bbb) In Nr. 2 werden nach dem Wort „wird“ das Komma und das Wort „und“ durch einen Schlusspunkt ersetzt.
         ccc) Nr. 3 wird aufgehoben.
   b) In Abs. 2 Satz 1 werden nach den Worten „nach Art. 10“ ein Komma und die Worte „für Bedarfszuweisungen nach Art. 11“ eingefügt.
2. Art. 1b Satz 1 erhält folgende Fassung:

   „[1]Die Gemeinden erhalten als Einkommensteuerersatz 26,08 v.H.
   1. des nach § 1 Sätze 6 bis 15 und 18 bis 20 FAG erhöhten Landesanteils an der Umsatzsteuer als Ausgleich für die überproportionalen Belastungen durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und
   2. der erhöhten Landesanteile an der Umsatzsteuer, die das Land zum Ausgleich der Belastungen durch Steuerrechtsänderungen im Einkommensteuergesetz erhält.“
3. Art. 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Nr. 1 Satz 1 werden die Zahl „108“ durch die Zahl „112“ und die Worte „mit 500 000 Einwohnern 150 v.H. der Einwohnerzahl; bei Gemeinden mit mehr als 500 000 Einwohnern beträgt der Hauptansatz 150 v.H. zuzüglich 1 v.H. je weitere 100 000 Einwohner“ durch die Worte „mit 500 000 und mehr Einwohnern 150 v.H. der Einwohnerzahl“ ersetzt.
   b) In Nr. 4 Satz 3 zweiter Spiegelstrich werden die Worte „abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 3 AGSG“ durch die Worte „ohne die reinen Ausgaben nach § 28 SGB II abzüglich des auf 26,4 Vomhundertpunkte entfallenden Teils der Erstattungsleistungen nach § 46 Abs. 5 SGB II in Verbindung mit Art. 3 AGSG“ ersetzt.
4. In Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 zweiter Spiegelstrich werden die Worte „abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 3 AGSG“ durch die Worte „ohne die reinen Ausgaben nach § 28 SGB II abzüglich des auf 26,4 Vomhundertpunkte entfallenden Teils der Erstattungsleistungen nach § 46 Abs. 5 SGB II in Verbindung mit Art. 3 AGSG“ ersetzt.
5. In Art. 12 Abs. 3 Satz 1 wird der Betrag „68 000 €“ durch den Betrag „90 000 €“ ersetzt.
6. Art. 13 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „[1]Der Staat stellt den Gemeinden und Gemeindeverbänden 51 v.H. der auf Bayern entfallenden Zuweisung des Bundes zum Ausgleich der Übertragung der Ertragshoheit an der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund (Kompensationsbetrag) zur Verfügung (Kommunalanteil).“
   b) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „[1]Die Finanzmasse jedes Haushaltsjahres errechnet sich aus dem auf Bayern entfallenden Kompensationsbetrag (Abs. 1 Satz 1), der dem Staat im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Kalenderjahres bis zum 30. September des vorhergehenden Kalenderjahres zugeflossen ist.“
7. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 wird der Betrag „108 500 000 €“ durch den Betrag „112 200 000 €“ ersetzt.
8. Art. 13e wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 wird der Betrag „101 250 000 €“ durch den Betrag „81 250 000 €“ ersetzt.
   b) In Satz 2 werden die Worte „2011 bis 2015“ durch die Worte „2013 bis 2015“ und der Betrag „20 000 000 €“ durch den Betrag „16 000 000 €“ ersetzt.
9. In Art. 13h wird der Betrag „266 000 000 €“ durch den Betrag „256 000 000 €“ ersetzt.

§ 2
Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze

Art. 5 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 942, BayRS 86-7-A), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 689), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1a wird aufgehoben.
2. In Abs. 4 wird folgender Satz 6 angefügt:

   „[6]Den Netto-Entlastungen nach Satz 1 wird nach Maßgabe des Staatshaushalts vorweg ein Verstärkungsbetrag für andere Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs entnommen.“

§ 3

Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBl S. 418, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 120), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

      „[3]Soweit bei Beginn der Berechnung der in Satz 1 genannten Zuweisungen, Umlage und Durchschnittszahlen die Ergebnisse der letzten Volkszählung noch nicht festgestellt und auf den maßgeblichen Stichtag fortgeschrieben sind, ist abweichend von Satz 1 die auf der Grundlage der Ergebnisse der vorletzten Volkszählung fortgeschriebene Einwohnerzahl maßgebend.“

   b) In Abs. 2 Satz 2 wird das Wort „vorliegen“ durch die Worte „festgestellt sind“ ersetzt.
2. § 9 wird wie folgt geändert:
   a) Satz 3 wird aufgehoben.
   b) Der bisherige Satz 4 wird Satz 3.

§ 4
Inkrafttreten, Ermächtigung zur Neubekanntmachung

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz neu bekannt zu machen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Begründung:

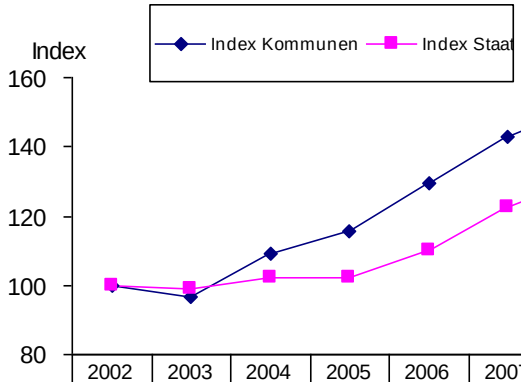
A. Allgemein

I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2013 basiert auf folgenden Daten und Abwägungsgründen:

1. Ist-Entwicklung der Steuereinnahmen im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 1 FAGDV 2002)

Grafik 1: Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben von Staat und Kommunen in Bayern



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Kommunen in Mio. €	8.650	8.347	9.429	10.016	11.201	12.364	13.147	11.990	12.196	13.498
Staat in Mio. €	25.448	25.157	26.035	26.052	27.979	31.137	33.368	31.036	31.091	33.671
Index Kommunen	100,0	96,5	109,0	115,8	129,5	142,9	152,0	138,6	141,0	156,0
Index Staat	100,0	98,9	102,3	102,4	109,9	122,4	131,1	122,0	122,2	132,3

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2
Index: Eigene Berechnung des StMF auf Basis dieser Daten.

Nach dem konjunkturbedingten Einbruch der Steuereinnahmen im Jahr 2009 zeigte sich bereits im Jahr 2010 wieder eine leichte Erholung. 2011 konnten Staat und Kommunen die Werte von 2008 wieder übertreffen. Dabei ergab sich für die Kommunen 2011 mit +10,7 % ein relativ höherer Zuwachs als für den Staat (+8,3 %). Insgesamt stellt sich im Zehnjahreszeitraum, ausgehend vom Jahr 2002, die Entwicklung bei den Kommunen mit einem Zuwachs von 56,0 % deutlich günstiger dar als beim Staat, der ein Plus von 32,3 % (vor LFA[1], nach LFA 29,6 %) verzeichnen konnte.

Tabelle 1: Zuwachs der Steuereinnahmen von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		vor LFA	nach LFA
Steuereinnahmenzuwachs von 2002 bis 2011	4.848 Mio. €	8.223 Mio. €	6.850 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2001 bis 2010	56,0 %	32,3 %	29,6 %

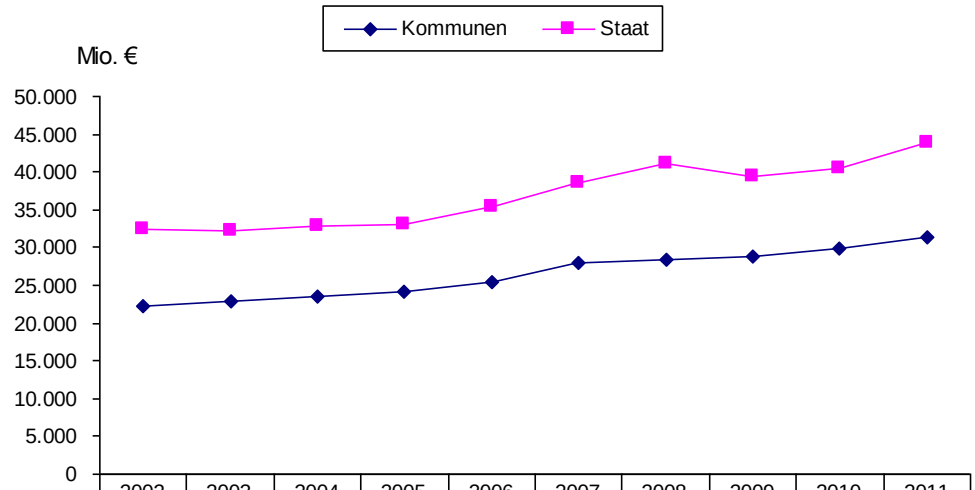
Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

[1] Länderfinanzausgleich

2. Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum

2.1 Einnahmen
(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 2 FAGDV 2002)

Grafik 2: Entwicklung der bereinigten Einnahmen in den Kernhaushalten von Staat und Kommunen in Bayern



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Kommunen	22.195	22.802	23.423	24.079	25.506	27.913	28.316	28.825	29.953	31.304
Staat	32.436	32.107	32.816	33.155	35.456	38.460	41.090	39.344	40.546	43.839

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2

Der Staat erzielte im Jahr 2011 gegenüber dem Jahr 2010 einen Einnahmezuwachs von 8,1 %. Damit liegt er über dem entsprechenden Zuwachs der kommunalen Einnahmen von 4,5 %.

Über den Zehnjahreszeitraum von 2002 bis 2011 gesehen erzielte der Staat einen Einnahmezuwachs von 35,2 %. Der Einnahmezuwachs der Kommunen lag mit 41,0 % im gleichen Zeitraum über dem staatlichen Wert.

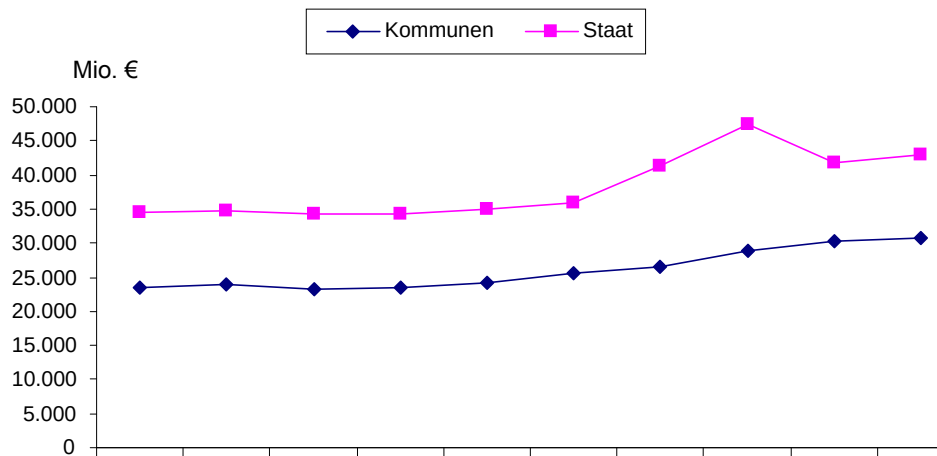
Tabelle 2: Einnahmenzuwachs von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Einnahmenzuwachs von 2002 bis 2011	9.109 Mio. €	11.403 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2002 bis 2011	41,0 %	35,2 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2.2 Ausgaben
(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 3 FAGDV 2002)

Grafik 3: Entwicklung der bereinigten Ausgaben in den Kernhaushalten von Staat[1] und Kommunen in Bayern



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Kommunen	23.506	23.955	23.334	23.479	24.098	25.560	26.505	28.985	30.294	30.670
Staat	34.483	34.816	34.249	34.365	34.988	35.892	41.229	47.414	41.871	42.889

[1] Staat in 2008 und 2009 einschließlich der außerordentlichen Ausgaben zur Stabilisierung der BayernLB (Kapitalzuführung 2008: 3 Mrd. €, 2009: 7 Mrd. €)
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2

Die Ausgaben der Kommunen sind im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gestiegen. Die Staatsausgaben sind im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % gestiegen.

Im Zehnjahreszeitraum von 2002 bis 2011 sind die Ausgaben des Staates mit einem Zuwachs von 24,4 % geringer angestiegen als die Ausgaben der Kommunen, die einen Zuwachs von 30,5 % verzeichneten.

Tabelle 3: Ausgabenzuwachs von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Ausgabenzuwachs von 2002 bis 2011	7.164 Mio. €	8.406 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2002 bis 2011	30,5 %	24,4 %

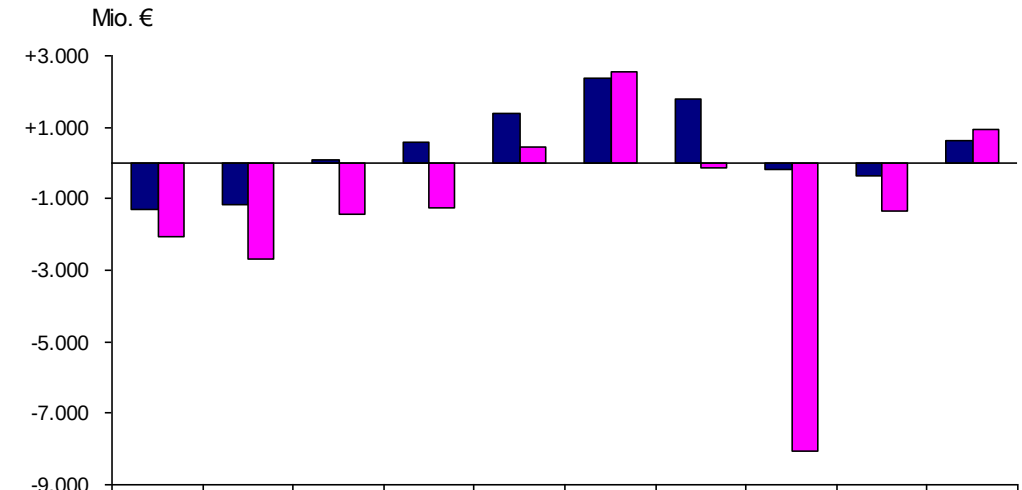
Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2.3 Vergleich des Einnahmen- und Ausgabenwachstums im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum

Im Zehnjahreszeitraum von 2002 bis 2011 übertraf bei den Kommunen der Anstieg der Einnahmen mit 41,0 % den Anstieg der Ausgaben, der bei 30,5 % lag. Beim Staat übertraf im gleichen Zeitraum der Anstieg der Einnahmen mit 35,2 % den Anstieg der Ausgaben, der bei 24,4 % lag.

3. Entwicklung der Finanzierungssalden im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 4 FAGDV 2002)

Grafik 4: Entwicklung der Finanzierungssalden in den Kernhaushalten von Staat und Kommunen in Bayern



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Kommunen	-1.311	-1.153	+88	+600	+1.407	+2.353	+1.811	-161	-340	+634
Staat	-2.044	-2.706	-1.432	-1.261	+464	+2.573	-131	-8.070	-1.322	+950

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2

Nach 2009 und 2010 konnten die Kommunen 2011 mit 634 Mio. € wieder einen positiven Finanzierungssaldo verzeichnen. Der Staat konnte nach drei Jahren (2008 bis 2010) erstmals wieder einen positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 950 Mio. € ausweisen.

In der Zehnjahresbetrachtung von 2002 bis 2011 ergibt sich für die Kommunen ein Überschuss von 3.928 Mio. €. Für den Staat ergibt sich für den Zehnjahreszeitraum 2002 bis 2011 ein negativer Gesamtsaldo von 12.980 Mio. € (davon bedingt durch Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: 10.000 Mio. €).

Tabelle 4: Summe der Finanzierungssalden von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Finanzierungssalden von 2002 bis 2011	3.928 Mio. €	-12.980 Mio. €

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

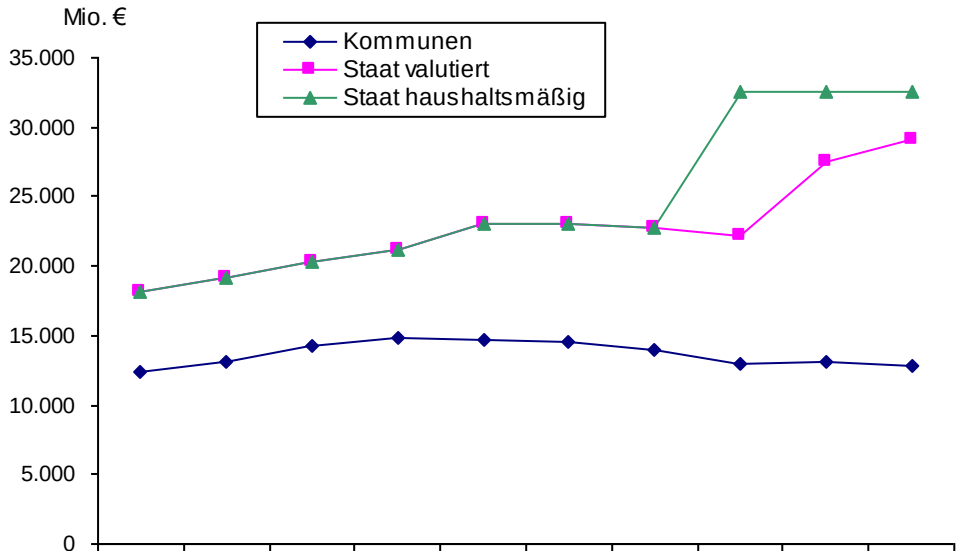
4. Entwicklung der Verschuldung im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum

In der Darstellung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen stehen hinsichtlich der Verschuldung gegenüber der Gesetzesbegründung des Vorjahres noch keine neuen Werte zur Verfügung. Da die Schuldenstatistik für 2011 erst im Herbst 2012 erscheint, können die neuen Zahlen nicht mehr für die Beschlussfassung der Staatsregierung über den Entwurf des Finanzausgleichänderungsgesetzes 2013 und den kommunalen Finanzausgleich 2013 berücksichtigt werden. Daher wird dieser Abschnitt der Begründung zum Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2012 (Drs. 16/10799) entnommen.

Bis einschließlich 2009 wurden für den Vergleich der finanziellen Ausgangslage von Staat und Kommunen die Kreditmarktschulden des Staates und der Kommunen aus dem Statistischen Bericht Finanzen und Steuern, Schulden der öffentlichen Haushalte (Fachserie 14 Reihe 5) herangezogen (siehe auch die Entwürfe zu den Finanzausgleichsänderungsgesetzen der letzten Jahre). Ab dem Jahr 2010 wird in diesem Bericht der Begriff „Kreditmarktschulden“ durch den Begriff „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ ersetzt. Daher ist ab dem Jahr 2010 auf diese Abgrenzung umzustellen. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Kreditmarktschulden bis 2009 sind die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (ab 2010) um die Kassenkredite zu bereinigen.

4.1 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 5 FAGDV 2002)

Grafik 5: Entwicklung der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich[1] der Kernhaushalte ohne Kassenkredite von Staat[2] und Kommunen in Bayern



	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kommunen	12.441	13.176	14.280	14.879	14.666	14.497	13.935	13.010	13.052	12.779
Staat valutiert	18.164	19.183	20.306	21.240	23.077	23.072	22.766	22.117	27.567	29.146
Staat haushaltsmäßig	18.164	19.183	20.306	21.240	23.077	23.072	22.766	32.565	32.565	32.565

[1] Bis 2009: Stand der Kreditmarktverschuldung im weiteren Sinne zum 31.12. in den Kernhaushalten; ab 2010: wegen Umstellung der Statistik Stand der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite zum 31.12.

[2] Die Grafik gibt für die Kommunen nur die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt. Maßgeblich für die Beurteilung der Staatsverschuldung ist jedoch die haushaltsmäßige Verschuldung, die im Gegensatz zur kassenmäßigen Verschuldung aufgeschobene Anschlussfinanzierungen gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes sowie bestimmte Kreditmarktschulden beinhaltet, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Sie stellt sich für den Freistaat wie folgt dar (Angaben in Mio. €):

Jahr	Kassenmäßig (Fachserie 14, Reihe 5)	gem. Art. 8 HG aufgeschobene		ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kreditmarktschulden	haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung
		Anschluss-finanzierung	Kredite für den Stabi-Fonds		
2008	22.117	1.956	8.493		32.565
2009	27.567	3.459	1.539		32.565
2010	29.146	3.307	0	113	32.565

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 5 (bis 2009 Tabelle 4.1, ab 2010 Tabelle 5.1)

Die Grafik gibt für die Kommunen nur die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt. Danach sind die Schulden der Kommunen am Stichtag 31. Dezember 2010 gegenüber dem Stichtag 31. Dezember 2009 um 2,1 % niedriger. Beim Staat liegt die kassenmäßige Verschuldung am Stichtag 31. Dezember 2010 um 5,7 % über dem Vorjahreswert. Von den statistisch erfassten Schulden des Staates entfallen allein 10 Mrd. €, die in den Jahren 2008 bis 2010 im Kernhaushalt entstanden sind, auf den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB (Stabi-Fonds).

Für eine Beurteilung der Verschuldung des Staates ist auf die haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung abzustellen. Die haushaltsmäßige Verschuldung beinhaltet im Gegensatz zur kassenmäßigen Verschuldung aufgeschobene Anschlussfinanzierungen gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes sowie bestimmte Kreditmarktschulden, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Danach ergibt sich ab dem Jahr 2008 folgendes Bild:

Tabelle 5: Haushaltsmäßige Schulden des Staates

Jahr	Kassenmäßige Schulden (Fachserie 14, Reihe 5)	Anschluss-finanzierung	Kredite für den Stabi-Fonds	ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kreditmarktschulden	Haushaltsmäßige Kreditmarkt-schulden
		gem. Art. 8 HG aufgeschoben			
2008	22.117 Mio. €	1.956 Mio. €	8.493 Mio. €		32.565 Mio. €
2009	27.567 Mio. €	3.459 Mio. €	1.539 Mio. €		32.565 Mio. €
2010	29.146 Mio. €	3.307 Mio. €	0 Mio. €	113 Mio. €	32.565 Mio. €

Im Zehnjahreszeitraum von 2001 bis 2010 fiel der Zuwachs der in Grafik 5 betrachteten Schulden zum Stand 31. Dezember bei den Kommunen mit 2,7 % deutlich niedriger aus als der Schuldenzuwachs beim Staat mit 60,5 % (bei haushaltsmäßiger Betrachtung 79,3 %).

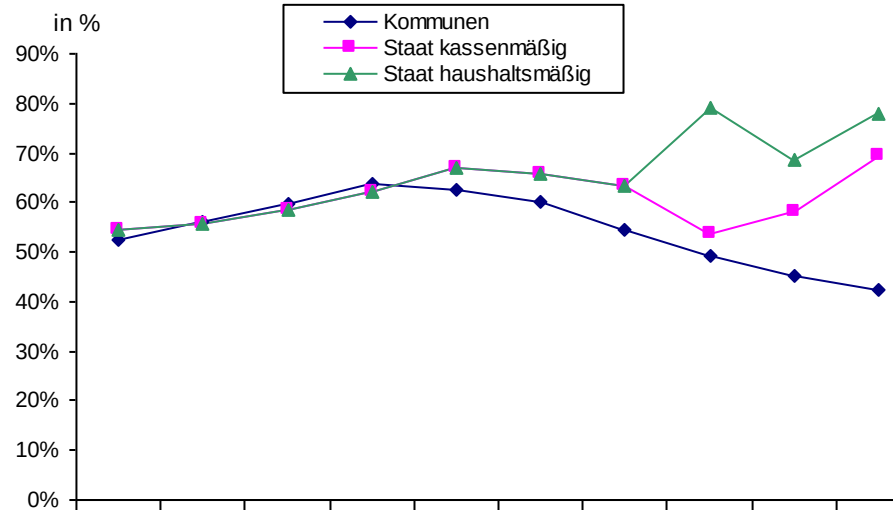
Tabelle 6: Zunahme der Schulden von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Zunahme der Schulden von 2001 bis 2010	338 Mio. €	10.982 Mio. €	14.401 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2001 bis 2010	2,7 %	60,5 %	79,3 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 5 (bis 2009 Tabelle 4.1, ab 2010 Tabelle 5.1)

4.2 Schulden der Kernhaushalte in Relation zu den Gesamtausgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 6 FAGDV 2002)

Grafik 6: Verhältnis der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich[1] ohne Kassenkredite zu den bereinigten Ausgaben von Staat[2] und Kommunen in Bayern (jeweils Kernhaushalt)



	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kommunen	52,7%	56,1%	59,6%	63,8%	62,5%	60,2%	54,5%	49,1%	45,0%	42,2%
Staat kassenmäßig	54,7%	55,6%	58,3%	62,0%	67,2%	65,9%	63,4%	53,6%	58,1%	69,6%
Staat haushaltsmäßig	54,7%	55,6%	58,3%	62,0%	67,2%	65,9%	63,4%	79,0%	68,7%	77,8%

[1] Bis 2009: Stand der Kreditmarktverschuldung im weiteren Sinne zum 31.12. in den Kernhaushalten; ab 2010: wegen Umstellung der Statistik Stand der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite zum 31.12.

[2] Die Grafik gibt für die Kommunen nur die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt. Maßgeblich für die Beurteilung der Staatsverschuldung ist jedoch die haushaltsmäßige Verschuldung, die im Gegensatz zur kassenmäßigen Verschuldung aufgeschobene Anschlussfinanzierungen gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes sowie bestimmte Kreditmarktschulden beinhaltet, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Sie stellt sich für den Freistaat wie folgt dar (Angaben in Mio. €):

Jahr	Kassenmäßig (Fachserie 14, Reihe 5)	gem. Art. 8 HG aufgeschobene		ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kreditmarktschulden	haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung	haushaltsmäßige Verschuldungs-quote
		Anschluss-finanzierung	Kredite für den Stabi-Fonds			
2008	22.117	1.956	8.493		32.565	79,0 %
2009	27.567	3.459	1.539		32.565	68,7 %
2010	29.146	3.307	0	113	32.565	77,8 %

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihen 5 und 2
Quote: Eigene Berechnung des StMF auf Basis dieser Daten

Im Zehnjahresvergleich von 2001 bis 2010 ist das Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben bei den Kommunen von 52,7 % auf 42,2 % gesunken. Beim Staat ist die kassenmäßige Verschuldungsquote von 54,7 % auf 69,6 % gestiegen. Berücksichtigt man die haushaltsmäßigen Schulden des Staates (vgl. Nr. 4.1), dann ergibt sich ein Anstieg von 54,7 % auf 77,8 %.

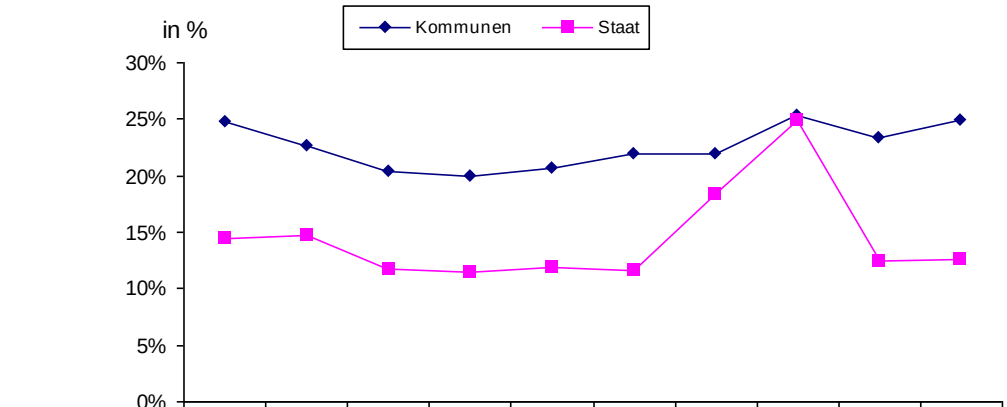
Tabelle 7: Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Quote 2001	52,7 %	54,7 %	54,7 %
Quote 2010	42,2 %	69,6 %	77,8 %
Prozentuale Veränderung	-19,9 %	27,3 %	42,3 %

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihen 2 und 5

5. Entwicklung der Investitionsquoten im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 7 FAGDV 2002)

Grafik 7: Entwicklung der Investitionsquoten[1] in den Kernhaushalten von Staat[2] und Kommunen in Bayern



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Kommunen	24,8%	22,6%	20,4%	20,0%	20,6%	22,0%	21,9%	25,3%	23,4%	24,9%
Staat	14,4%	14,7%	11,7%	11,4%	11,9%	11,6%	18,4%	24,9%	12,5%	12,5%

[1] Die Investitionsquote beschreibt das Verhältnis von Investitionsausgaben zu bereinigten Gesamtausgaben. Die Definition der Investitionsausgaben ist in Art. 13 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 BayHO festgeschrieben.

[2] Ohne Maßnahmen zur Stablilisierung der BayernLB beträgt die Investitionsquote des Staates im Jahr 2008 12,0 %, im Jahr 2009 11,9% und in den Jahren 2010 und 2011 jeweils 12,6 %.

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamtes; Fachserie 14, Reihe 2

Die Investitionsquote der Kommunen stieg von 23,4 % im Jahr 2010 auf 24,9 % im Jahr 2011. Die Investitionsquote des Staates blieb 2011 unverändert bei 12,5 %.

Im Zehnjahresvergleich von 2002 bis 2011 ist die Investitionsquote der Kommunen um 0,4 % leicht gestiegen, die des Staates um -12,9 % gesunken.

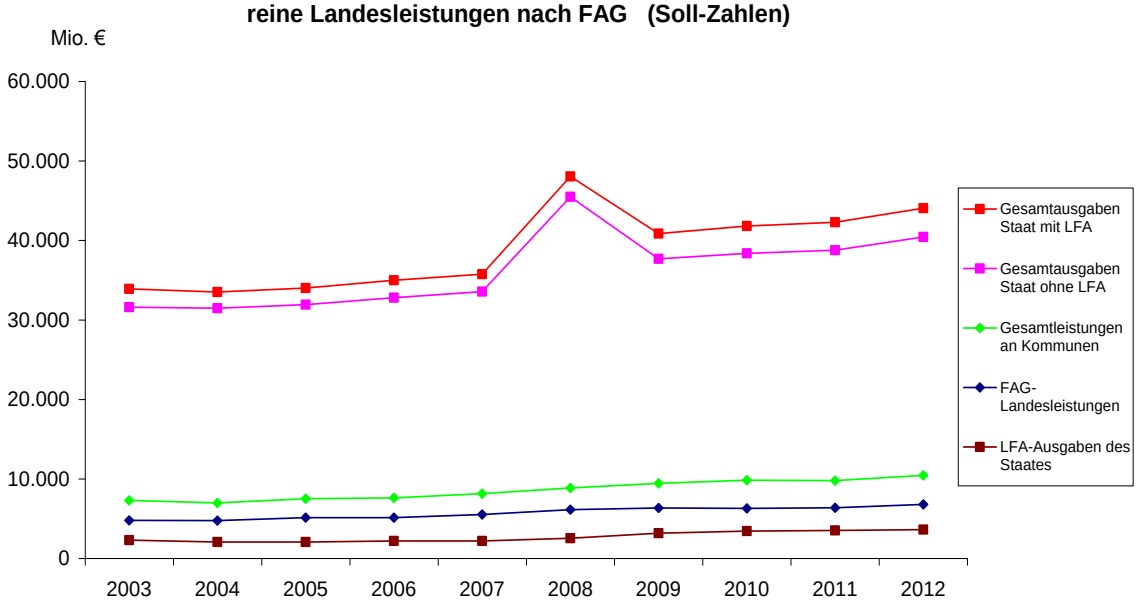
Tabelle 8: Vergleich der Investitionsquoten von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Investitionsquote 2002	24,8 %	14,4 %
Investitionsquote 2011	24,9 %	12,5 %
Prozentuale Veränderung	+0,4 %	-12,9 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 14, Reihe 2; Verhältnis Investitionsausgaben (Kapitalrechnung ohne Schuldentilgung) zu bereinigten Ausgaben.

6. Entwicklung der Ausgaben des Staates und staatliche Leistungen an die Kommunen im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 8 FAGDV 2002)

Grafik 8: Ausgaben des Staates[1] mit und ohne Länderfinanzausgleich (LFA), LFA-Ausgaben sowie Leistungen an die Kommunen – insgesamt und reine Landesleistungen nach FAG (Soll-Zahlen)



[1] Nach Abgrenzung des Finanzplanungsrates; ab 2008 einschließlich der außerordentlichen Ausgaben zur Stabilisierung der BayernLB im Kap. 13 60 (2008: 10.000,0 Mio. €, 2009 220,9 Mio. €, 2010: 310,0 Mio. €, 2011: 348,2 Mio. €, 2012: 360,5 Mio. €)
Quelle: Haushaltsplan des Freistaates Bayern (Soll-Zahlen) bzw. eigene Berechnung des StMF nach Haushaltsplan des Freistaates Bayern

Ein beachtlicher Teil der Gesamtausgaben des Staates entfällt auf Abführungen und Zuweisungen an andere Gebietskörperschaften. Dazu gehören die Leistungen an die Kommunen innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. Im Zehnjahresvergleich von 2003 bis 2012 sind die Leistungen an die Kommunen mit 43,0 % deutlich stärker gestiegen als die Gesamtausgaben, die um 29,9 % gewachsen sind.

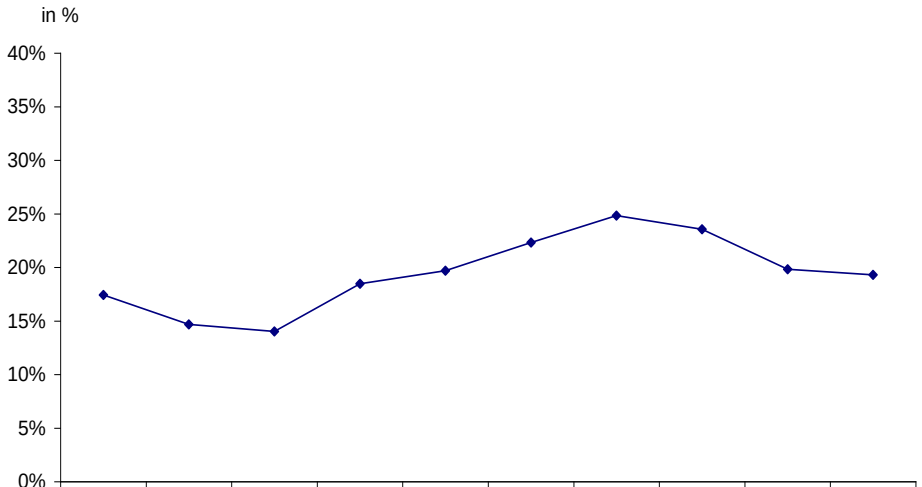
Tabelle 9: Ausgabenzuwachs des Staates insgesamt im Vergleich zur Entwicklung der Gesamtleistungen des Staates an die Kommunen (Haushaltssoll)

	Staatsausgaben	Leistungen an die Kommunen
Zuwachs von 2003 bis 2012	10.145 Mio. €	3.141 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2003 bis 2012	29,9 %	43,0 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMF nach Haushaltsplänen des Freistaates Bayern

7. Entwicklung der verfügbaren Mittel der Gemeinden für freiwillige Aufgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 2 FAG, § 20 FAGDV 2002)

Grafik 9: Entwicklung der freien Spitze der Gemeinden in Bayern im Verhältnis zu deren Gesamteinnahmen



	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Freie Spitze in Mio. €	3.744	3.077	2.921	3.973	4.303	5.284	6.340	6.168	5.214	5.342
Freie Spitze in % der Gesamteinnahmen	17,4%	14,7%	14,0%	18,5%	19,7%	22,3%	24,8%	23,6%	19,8%	19,3%

Datenquelle: Berechnung des Bayer. Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung nach der Anlage zu § 20 FAGDV auf der Grundlage der Daten der Jahresrechnungsstatistik

Der den Gemeinden zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben verbleibende Gesamtbetrag ist von 19,8 % der Gesamteinnahmen im Jahr 2009 auf 19,3 % der Gesamteinnahmen im Jahr 2010 leicht zurück gegangen. Der Anteil der für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamteinnahmen liegt im Jahr 2010 einerseits deutlich unter dem im Jahr 2007 erreichten Anteil, der mit 24,8 % den Spitzenwert im Zehnjahresvergleich von 2001 bis 2010 markiert. Andererseits wird der im Jahr 2003 erreichte Anteil der für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamteinnahmen, der mit 14,0 % den Tiefpunkt im Zehnjahresvergleich darstellt, deutlich übertroffen.

8. Ausblick (Art. 23 Abs. 2 Nr. 3 FAG, § 21 FAGDV 2002)

8.1 Entwicklung der Steuereinnahmen im laufenden Jahr 2012 und Schätzung für das Folgejahr 2013

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland zeigte sich 2011 mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,0 % sehr robust, wobei das Wachstum vor allem in der ersten Jahreshälfte stattfand. Insbesondere der private Konsum und die Investitionen, aber auch der immer noch dynamische Außenhandel trugen zu diesem Aufschwung bei. Das bayerische Wirtschaftswachstum lag mit 2,7 % knapp unter dem Bundesdurchschnitt.

Nach einem schwachen vierten Quartal 2011 mit einem Rückgang der realen Wirtschaftsleistung um 0,2 % im Vorquartalsvergleich ist das deutsche BIP laut Statistischem Bundesamt im ersten Quartal 2012 um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Deutschland befindet sich damit wieder auf Wachstumskurs, wenn auch derzeit mit etwas gezügelter Dynamik. Nach wie vor bestehen erhebliche Risiken aus dem internationalen Umfeld, insbesondere aufgrund der anhaltenden Staatsschuldenkrise im Euroraum.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung in ihrer am 25. April 2012 veröffentlichten Frühjahrsprojektion die Schätzung für die Steigerungsrate des – der Steuerschätzung zu Grunde liegenden – nominalen BIP im Jahr 2012 im Vergleich zur letzten Herbstprojektion von 2,4 % auf 2,3 % leicht gesenkt. Im Jahr 2013 rechnet sie mit einem Anstieg des nominalen BIP in Höhe von 3,2 %. Für das reale BIP erwartet die Bundesregierung im laufenden Jahr ein Plus von 0,7 % (Herbstprojektion: 1,0 %), im kommenden Jahr ein BIP-Wachstum von 1,6 %. Die Forschungsinstitute prognostizieren einen etwas besseren Verlauf der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland (2012: + 0,9 %, 2013: + 2,0 %).

Nach dem starken Einbruch im Jahr 2009 sind in Bayern die Steuereinnahmen bereits im Jahr 2010 wieder gestiegen. 2011 setzte sich die positive Entwicklung für Staat und Kommunen fort (siehe Nr. 1).

Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012 steigen bundesweit die Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2012 um 5,1 %. Für die Steuereinnahmen der Länder wird mit einem Anstieg um 4,4 % gerechnet.

Im Jahr 2013 wird sich der Wachstumstrend der Steuereinnahmen verlangsamen. Der Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen wird auf 4,6 % geschätzt, der Zuwachs der Steuereinnahmen der Länder auf 3,6 %.

Die Steuerschätzung berücksichtigt die seit der letzten Schätzung in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen.

Tabelle 10: Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2012

(Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr)	2012	2013
Steuern insgesamt	4,0 %	3,6 %
Bund	1,7 %	3,1 %
Länder	4,4 %	3,6 %
Gemeinden	5,1 %	4,6 %

Quelle: Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012

8.2 Für die Ausgabenseite wichtige Entwicklungen

Besonders erfreulich sind die Prognosen für den Arbeitsmarkt. Die Anzahl der Arbeitslosen wird der Bundesregierung zufolge im Jahr 2012 auf 2,85 Millionen und 2013 auf 2,78 Millionen sinken (jeweils jahresdurchschnittlich). Die Forschungsinstitute gehen sogar von einem Rückgang auf 2,79 Millionen bzw. 2,62 Millionen aus, bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen.

In Bayern liegt die Arbeitslosenquote im Juni 2012 bei 3,4 %. Im Vergleich zum Vormonat sowie im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Arbeitslosenquote im Juni um 0,1 %-Punkte zurückgegangen. Die Arbeitskräftenachfrage (gemeldete - ungeförderte - Arbeitsstellen) zieht weiter auf einem hohen Niveau an. Im Juni 2012 gab es 73.373 gemeldete Arbeitsstellen, wovon rd. 95 % sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen waren. Dies entspricht einer Zunahme im Vorjahresvergleich um 5.460 Stellen bzw. 8,0 %.

Im Rechtskreis des SGB II sank die Zahl der Arbeitslosen im Juni 2012 im Vergleich zum Vormonat um 6.654 Personen bzw. rd. 5,0 % auf 127.159 Personen. Dies wirkt sich dämpfend auf die Ausgaben der bayerischen Kommunen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) aus. In Deutschland erhalten aktuell 71 % der Arbeitslosen Leistungen nach dem SGB II. In Bayern ist diese Quote mit rd. 55 % deutlich geringer. Die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern ist um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr auf 19.677 Personen zurückgegangen und liegt mit 2,4 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 5,5 %. Die Arbeitslosigkeit der älteren Menschen und der schwerbehinderten Menschen ist gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen (-3,0 % bzw. -2,5 %).

Demgegenüber ist bei den sonstigen Sozialausgaben mit einem weiteren Anstieg der Ausgaben zu rechnen. Dies gilt besonders für die Bereiche der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII). Allerdings entlastet der Bund die Kommunen in drei Schritten von den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Er trägt im Jahr 2012 45 % der Ausgaben und wird 2013 75 % und ab 2014 100 % der Ausgaben (jeweils des Vorvorjahres) übernehmen. Damit wird ein nachhaltiger Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen geleistet. Für die bayerischen Kommunen wird die Entlastung durch den ersten Schritt im Jahr 2012 auf 141 Mio. €, durch den zweiten Schritt 2013 auf 300 Mio. € geschätzt.

Weitere Verbesserungen auf der Einnahmenseite, denen jedoch korrespondierende Ausgaben gegenüberstehen, ergaben sich im Jahr 2011 durch die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Sozialausgaben um insgesamt 12,8 %-Punkte auf 35,8 %. 1,5 %-Punkte entfallen auf die formelmäßige Anpassung der Bundesbeteiligung, die 2011 letztmals vorgenommen wurde. 1,9 %-Punkte beruhen auf der Einbeziehung der Warmwasserkosten in die von den Kommunen zu tragenden Unterkunftskosten. 2,8 %-Punkte werden vom Bund für Schulsozialarbeit und Mittagessen im Hort vorübergehend bis zur vollständigen Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, also bis einschließlich 2013, übernommen. 6,6 %-Punkte (5,4 %-Punkte für die Leistung, 1,2 %-Punkte für die Verwaltungskosten) dienen als Ausgleich für die Mehraufwendungen der Kommunen durch Bildungs- und Teilhabe-Leistungen in SGB II und BKGG. Im Jahr 2013 wird der 5,4 %-Punkte-Anteil für die Bildungs- und Teilhabe-Leistungen überprüft und bei Bedarf angepasst.

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst führt zu Mehrausgaben bei den Kommunen. Zum 1. März 2012 erhöhten sich die Entgelte für die Beschäftigten der Kommunen um 3,5 %, zum 1. Januar 2013 um weitere 1,4 % und zum 1. August 2013 nochmals um 1,4 %. Nach Angaben der Arbeitgeber kostet die Einigung die Kommunen deutschlandweit 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2012 und rund 4,3 Milliarden Euro im Jahr 2013.

Aufgabenschwerpunkte für Staat und Kommunen stellen sich weiterhin in den Bereichen „Schule“ und „Kinderbetreuung“. Insbesondere der ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 eingeführte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder von über einem bis zu drei Jahren erfordert weiterhin hohe Anstrengungen von den Kommunen. Im schulischen Bereich ist die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, das in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft getreten ist, an die Zustimmung der kommunalen Schulaufwandsträger gebunden. Die zunehmende Nachfrage nach inklusiven Unterrichtsformen kann dabei zu Kosten für die kommunalen Schulaufwandsträger führen.

Beim Staat ist 2013 von einem weiteren Anstieg der Ausgaben gegenüber dem Nachtragshaushalt 2012 auszugehen. Ursächlich hierfür sind u. a.

- die aufgrund von Verbundautomatiken und gesetzlichen Vorgaben ansteigenden Zuweisungen an die Kommunen,
- höhere Belastungen im Länderfinanzausgleich, auch wegen der Steuerstärke der bayerischen Gemeinden,
- die Fortführung der im Nachtragshaushalt 2012 vorgenommenen programmatischen Schwerpunktsetzung in den Bereichen Bildung, Energie/Klima und Ländlicher Raum/Demografie sowie das vorgesehene Kulturkonzept.

9. Schlussfolgerung

Das Wirtschaftswachstum der beiden vergangenen Jahre hat sich auch in der Finanzlage von Staat und Kommunen niedergeschlagen. Zeichen sind deutlich steigende Steuereinnahmen 2011 und ein positiver Finanzierungssaldo 2011 sowohl für den Staat als auch für die Kommunen. Dabei entwickelten sich die Steuereinnahmen der Kommunen sowohl im Ist 2011 als auch in der Zehnjahresbetrachtung besser als die Steuereinnahmen des Staates. Gleiches gilt für die Vorausschätzung. Der Finanzierungssaldo des Staates fiel zwar 2011 höher aus als derjenige der Kommunen, jedoch im Zehnjahresvergleich ergibt sich für den Staat kumuliert ein negatives Ergebnis, während die Kommunen einen positiven Saldo aufweisen.

Neben dem positiven Finanzierungssaldo, den die Kommunen 2011 erwirtschaften konnten, ist auch die wieder steigende Investitionsquote 2011 Anzeichen für eine sich verbessernde kommunale Finanzlage. Demgegenüber blieb die Investitionsquote des Staates konstant.

Die günstige Ausgangslage ermöglicht es den Kommunen, zu erwartende Ausgabensteigerungen im Personalkostenbereich und im sozialen Sektor aufzufangen. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Kommunen beispielsweise durch die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bis zum Jahr 2014 spürbar entlastet werden. Zudem setzt sich die Staatsregierung mit Nachdruck für weitere Entlastungen im Bereich der Eingliederungshilfe ein.

Für den Staat zeichnen sich weiterhin hohe Belastungen durch den Länderfinanzausgleich und programmatische Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Bildung, Energie/Klima und Demografie ab.

Bei den frei verfügbaren Mitteln der Kommunen für freiwillige Aufgaben liegen die Werte für das Jahr 2011 noch nicht vor. Im Jahr 2010 sind die frei verfügbaren Mittel für freiwillige Aufgaben das dritte Jahr in Folge gesunken. Dies ist noch eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Allerdings hat sich der Rückgang erheblich verringert. Trotz des Rückgangs standen den Gemeinden noch immer frei verfügbare Mittel in beachtlicher Größenordnung zur Verfügung. Damit war auch im Jahr 2010 weiterhin eine kraftvolle Wahrnehmung der kommunalen Selbstverwaltung möglich.

Wie auch in den Vorjahren ergibt die Auswertung der Einzelindikatoren im Zehnjahresvergleich eine für die Kommunen im Vergleich zum Staatshaushalt günstigere Ausgangslage. Der Ausblick lässt keine Verschlechterung erwarten. Die Kommunen verfügen noch immer über beachtliche frei verfügbare Mittel. Es besteht kein Verteilungsdefizit zu Lasten der Kommunen.

II. Finanzielle Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2013

Der Entwurf des Staatsministeriums der Finanzen zum kommunalen Finanzausgleich 2013 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen (Art. 23 Abs. 1 FAG). Dabei wurden die Belange des Staates und die Forderungen der Kommunen eingehend erörtert. Bereits in dem den kommunalen Spitzenverbänden übermittelten vorläufigen Entwurf des Staatsministeriums der Finanzen war eine erhebliche Steigerung der Finanzausgleichsleistungen vorgesehen. Die kommunalen Spitzenverbände forderten demgegenüber insbesondere mit Blick auf kleinere und strukturschwache Kommunen weitere finanzielle Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich 2013. Im intensiven Austausch der Argumente wurde unter Würdigung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, der Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und des Ausblicks auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2013 schließlich ein von beiden Seiten getragener Kompromiss gefunden. Schwerpunkte werden bei kleineren und strukturschwachen Gemeinden gesetzt. Außerdem werden die investiven Mittel erheblich gestärkt.

Dies wird durch eine Anhebung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund von 12,5 % auf 12,75 %, die Bereitstellung weiterer Haushaltsmittel und Umschichtungen im kommunalen Finanzausgleich erreicht.

Insgesamt wächst der kommunale Finanzausgleich 2013 gegenüber 2012 um 456,6 Mio. € auf 7.713,9 Mio. €. Die reinen Landesleistungen steigen 2013 im Vergleich zu 2012 um 427,4 Mio. € auf 7.214,0 Mio. €.

Hinsichtlich der Gesamtausstattung des kommunalen Finanzausgleichs und den in dem Gesetzentwurf enthaltenen inhaltlichen Änderungen wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden Einvernehmen erzielt.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Das Finanzausgleichsgesetz regelt die im kommunalen Finanzausgleich angesiedelten Finanzbeziehungen zwischen Staat und Kommunen sowie im Verhältnis der Kommunen untereinander. Das Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze enthält Regelungen zum Belastungsausgleich. Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden enthält notwendige Ausführungsregelungen.

Die Regelungen sind erforderlich, um die für die Kommunen vorgesehenen Zuweisungen auf die einzelnen Kommunen aufteilen und auszahlen sowie die notwendigen Umlagen erheben zu können. Die vorgesehenen finanziellen und strukturellen Änderungen bezwecken eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation und eine erhöhte, an geänderte Verhältnisse angepasste Zielgenauigkeit bei der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Kommunen.

C. Einzelbegründung

Zu § 1 Nr. 1 Buchst. a Doppelbuchst. aa (Art. 1 Abs. 1 FAG)

Die Kommunen sind nach Art. 1 Abs. 1 FAG an den Einnahmen des Landes aus den Gemeinschaftsteuern sowie den Einnahmen aus dem bzw. den Ausgaben für den Länderfinanzausgleich beteiligt. Als dauerhaft wirkende strukturelle Verbesserung wird der kommunale Verbundanteil von 12,5 % auf 12,75 % angehoben.

Zu § 1 Nr. 1 Buchst. a Doppelbuchst. bb (Art. 1 Abs. 1 FAG)

Änderungen in der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern, die auf Korrekturposten zur Kraftfahrzeugsteuer beruhen, sind abgewickelt. Daher können die Vorschriften über die Herausnahme der entsprechenden Beträge aus dem allgemeinen Steuerverbund und Zuordnung zum Kraftfahrzeugsteuer(ersatz)verbund gestrichen werden (siehe auch Begründung zu § 1 Nr. 6).

Zu § 1 Nr. 1 Buchst. b (Art. 1 Abs. 2 FAG)

Trotz der hohen Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs gibt es Kommunen mit anhaltenden finanziellen Schwierigkeiten. Um diesen Kommunen künftig noch zielgerichteter helfen zu können, werden im Rahmen der Bedarfszuweisungen Stabilisierungshilfen eingeführt. Zur Finanzierung dieser Stabilisierungshilfen werden Mittel aus dem allgemeinen Steuerverbund als Vorwegentnahme zugunsten der Bedarfszuweisungen nach Art. 11 FAG bereitgestellt. Im Doppelhaushalt 2013/2014 beträgt diese Vorwegentnahme jährlich 74,4 Mio. €. Für Bedarfszuweisungen einschließlich Stabilisierungshilfen können damit insgesamt 100 Mio. € pro Jahr veranschlagt werden.

Zu § 1 Nr. 2 (Art. 1b FAG)

Entsprechend ihrem Anteil an der Einkommensteuer werden die Gemeinden an den erhöhten Landesanteilen an der Umsatzsteuer beteiligt, die das Land zum Ausgleich überproportionaler Belastungen der Länder und Gemeinden im Zusammenhang mit der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und zum Ausgleich von Einkommensteuerausfällen durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 erhält. Es ist zu erwarten, dass der Bund auch künftig bei Steuerrechtsänderungen die Einkommensteuerausfälle der Länder und Gemeinden (teilweise) durch erhöhte Umsatzsteueran-

teile oder -beträge ausgleichen wird. Aktuell befindet sich das Gesetz zum Abbau der kalten Progression nach Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Bundesregierung (noch) im Gesetzgebungsverfahren. Das vom Bundestag am 29. März 2012 verabschiedete Gesetz sieht eine Erhöhung des Umsatzsteuerfestbetrags nach § 1 Satz 5 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz – FAG) vor. Bundesweit beläuft sich die Erhöhung im Jahr 2013 auf 379 Mio. € und ab dem Jahr 2014 auf jährlich 1,2 Mrd. €. Auf Bayern entfielen hiervon etwa 15 %.

Damit die bayerischen Gemeinden an dem auf das Land entfallenden Kompensationsbetrag aus diesem Gesetz und an weiteren sich künftig ergebenden Ausgleichsleistungen des Bundes im Zusammenhang mit Steuerrechtsänderungen im Einkommensteuergesetz ohne weitere Normänderung „automatisch“ beteiligt werden können, ist Art. 1b Satz 1 FAG umzuformulieren.

Zu § 1 Nr. 3 Buchst. a (Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 FAG)

Die Schlüsselzuweisungen basieren auf einer Gegenüberstellung der Aufgabenbelastung einer Gemeinde mit ihrer Steuerkraft nach Art. 4 FAG. Die Aufgabenbelastung wird auf der Grundlage objektivierter Belastungsparameter ermittelt. Ausgangswert sind dabei die Einwohnerzahlen (mit Zurechnungen wie z. B. Demografiefaktor). Die Einwohner werden mit einem Prozentsatz gewichtet. Der Prozentsatz setzt sich aus Hauptansatz und Ergänzungsansätzen zusammen. Der Hauptansatz soll eine durchschnittliche Ausgabenbelastung ausdrücken. Der Anstieg des Hauptansatzes ist einem mit zunehmender Einwohnerzahl steigenden Ausgabenbedarf geschuldet. Einige wenige Sonderbelastungen (Strukturschwäche, Kreisfunktion der kreisfreien Gemeinden, Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende) werden durch die Ergänzungsansätze berücksichtigt. Die gewichteten Einwohner werden mit dem Grundbetrag nach Art. 2 Abs. 3 FAG multipliziert. Der sich so ergebende Eurobetrag symbolisiert die Aufgabenbelastung.

Der Hauptansatz beträgt für Gemeinden bis zu 5.000 Einwohner 108 % und steigt für Gemeinden bis 500.000 Einwohner auf 150 %. Gemeinden mit mehr als 500.000 Einwohnern erhalten 150 % zuzüglich eines Zuschlags von 1 %-Punkt je weitere 100.000 Einwohner. Der Hauptansatz wurde letztmals 1979 geändert.

Seither haben sich nicht zuletzt im Hinblick auf den demografischen Wandel die Anforderungen an die Gemeinden in Bayern weiterentwickelt. Die kommunale Gliederung in Bayern ist kleinteilig. Damit ist eine größere Nähe zu den Bürgern und Bürgerinnen verbunden und wird die Identität mit der Heimat gefördert. Dies soll, trotz des Einwohnerrückgangs in einzelnen Landesteilen, erhalten bleiben. Ziel der Staatsregierung ist es, in allen Teilräumen gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen oder zu erhalten. Das Leben auf dem Land soll gestärkt und der weiteren Landflucht vorgebeugt werden. Dies bedeutet gerade für kleinere Gemeinden erhöhte Anstrengungen bei der Bereitstellung für Leistungen für ihre Bürger und Bürgerinnen, bei der Schaffung und dem Erhalt von Infrastruktureinrichtungen. Wo es erforderlich und vertretbar ist, soll in Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang dem Erhalt notwendiger Infrastruktur der Vorzug gegenüber Auslastungserfordernissen eingeräumt werden.

An diese Zielvorstellungen wird die Hauptansatzstaffel angepasst und in moderatem Umfang geändert. Zum einen wird die Eingangsstufe für Gemeinden bis 5.000 Einwohner auf 112 % angehoben. Zum anderen entfällt der Zuschlag für Gemeinden mit mehr als 500.000 Einwohnern. Damit verringert sich die Spannweite des Hauptansatzes von 51,2 Prozentpunkten im Jahr 2012 auf 38 Prozentpunkte ab dem Jahr 2013. Dies führt zu der beabsichtigten Stärkung der kleinen und mittleren Gemeinden. Damit verbundene Rückgänge für größere Gemeinden werden durch den Aufwuchs bei der Schlüsselmasse 2013 abgefedert.

Zu § 1 Nr. 3 Buchst. b und Nr. 4
(Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 und Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 FAG)

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen werden die Belastungen der kreisfreien Städte und der Landkreise durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende in einem Ergänzungsansatz berücksichtigt. Um die tatsächliche Belastungssituation zu erhalten, werden von den reinen Ausgaben jeweils die zweckgebundenen Erstattungen des Bundes abgesetzt. Die kommunalen Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende werden um die prozentuale Erstattung des Bundes zu den Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 46 SGB II gekürzt.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2011 (BGBl I S. 453) umfassen die Erstattungsleistungen des Bundes zu den Kosten für Unterkunft und Heizung mehrere Komponenten. Die in § 46 Abs. 5 SGB II geregelte Erstattung enthält zunächst mit 26,4 Prozentpunkten die bisherige Erstattung von Unterkunftskosten (24,5 Prozentpunkte) zuzüglich eines Ausgleichs für die Streichung der Warmwasserkosten aus den Regelsätzen und Übernahme in die Unterkunftskosten (1,9 Prozentpunkte). Daneben ist ein Ausgleich von Verwaltungskosten für die Abwicklung der „Bildung und Teilhabe“ mit 1,2 Prozentpunkten sowie – vorübergehend für die Jahre 2011 bis 2013 – zur Abgeltung der Aufwendungen für die Schulsozialarbeit und für die Mittagsverpflegung von Schulkindern in Einrichtungen nach § 22 SGB VIII mit 2,8 Prozentpunkten enthalten. Insgesamt beläuft sich der Ausgleich nach § 46 Abs. 5 SGB II auf 30,4 % der Unterkunftskosten.

Hinzu kommt als weiterer Bestandteil die Bundeserstattung nach § 46 Abs. 6 SGB II in Höhe von aktuell 5,4 % der Unterkunftskosten zur Abdeckung der Sachkosten für „Bildung und Teilhabe“ nach § 28 SGB II und § 6b des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG). Die Bundeserstattung zu den Aufwendungen für „Bildung und Teilhabe“ soll diese mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in § 28 SGB II neu geregelte Aufgabe der Kommunen voll abdecken.

Damit wird die Bundeserstattung auch zu Aufwendungen geleistet, die im Ergänzungsansatz nicht berücksichtigt werden. Dies sind die Verwaltungskosten „Bildung und Teilhabe“, die Schulsozialarbeit und die Mittagsverpflegung für Hortkinder im Bereich des SGB II. Die Sachkosten „Bildung und Teilhabe“ beziehen mit § 6b BKGG ebenfalls Leistungen ein, die nicht in den Ergänzungsansatz eingehen. Zudem besteht zumindest für die Aufwendungen 2011 keine einheitliche Buchungs- und Zuordnungspraxis. Eine genaue Trennung und Zuordnung aller Bereiche sowie der zugehörigen Teile der Bundeserstattung ist nicht möglich.

Bei der Berechnung des Ergänzungsansatzes sind Aufwendungen der Kommunen und die zugehörige Bundeserstattung einheitlich zu behandeln. Auch im Hinblick auf die bestehende Zuordnungsproblematik ist es zweckmäßig, die Aufwendungen für „Bildung und Teilhabe“ insgesamt aus dem Ergänzungsansatz herauszulassen und die Leistungen nach § 28 SGB II auszuklammern. Dementsprechend wird auch die Bundeserstattung nach § 46 Abs. 6 SGB II nicht in Abzug gebracht. Von der Bundeserstattung nach § 46 Abs. 5 SGB II wird nur der auf die Unterkunftskosten entfallende Teil berücksichtigt.

Zu § 1 Nr. 5 (Art. 12 Abs. 3 FAG)

Kleinen, kreisangehörigen Gemeinden ist ein fester Mindestbetrag bei der Investitionspauschale garantiert. Seit dem Jahr 2009 ist der

Mindestbetrag umlagekraftabhängig ausgestaltet. Der Basisbetrag bei durchschnittlicher Umlagekraft wurde 2012 auf 68.000 € angehoben. Die für die Anhebung auf den Mindestbetrag notwendigen Mittel werden der verfügbaren Zuweisungsmasse vorweg entnommen.

Zur Stärkung der Investitionsfähigkeit kleiner und mittlerer Gemeinden wird der Mindestbetrag erneut angehoben. Der Basisbetrag steigt auf 90.000 €. Da der Mindestbetrag weiterhin nach der Umlagekraft gestaffelt wird, kommt diese Anhebung besonders den strukturschwachen Gemeinden zugute. Es ergeben sich folgende Beträge:

Umlagekraft je EW zum Landesdurchschnitt	Ansatz des Basisbetrags mit	Mindestbetrag in Euro (Basisbetrag 90.000 Euro)
unter 50 %	145 %	130.500 €
50 % bis unter 70 %	130 %	117.000 €
70 % bis unter 90 %	115 %	103.500 €
90 % bis unter 110 %	100 %	90.000 €
110 % bis unter 130 %	85 %	76.500 €
130 % bis unter 150 %	70 %	63.000 €
150 % bis 200 %	55 %	49.500 €
über 200 %	0 %	keine Investitionspauschale

Zu § 1 Nr. 6 (Art. 13 FAG)

Die Kraftfahrzeugsteuer als Grundlage für den Kraftfahrzeugsteuerverbund wurde bereits mit dem Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 gestrichen, da der Staat in den nach dem 30. September 2009 beginnenden Verbundzeiträumen keine Kraftfahrzeugsteuer mehr vereinnahmt. Einen Nachlauf gab es noch bei Korrekturposten zur Kraftfahrzeugsteuer. Diese sind nunmehr abgewickelt. Deshalb können die entsprechenden Bestimmungen gestrichen werden (siehe auch Begründung zu § 1 Nr. Nr. 1 Buchst. a Doppelbuchst. bb). Damit wird der Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund ausschließlich aus dem Betrag gespeist, den der Bund den Ländern als Ersatz für die ab 1 Juli 2009 auf ihn übertragene Ertragshoheit an der Kraftfahrzeugsteuer überlässt.

Zu § 1 Nr. 7 (Art. 13c FAG)

Mit Ablauf des Jahres 2012 ist der Nachlauf bei den Korrekturposten zur Kraftfahrzeugsteuer abgewickelt (siehe auch Begründung zu § 1 Nr. 6). Damit steht der ungekürzte Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund für den Kommunalanteil nach Art. 13 Abs. 1 Satz 1 FAG zur Verfügung. Gegenüber 2012 steigt der Kommunalanteil um 3,7 Mio. €. Diese Mittel erhöhen den als Festbetrag definierten Härtefonds nach Art. 13c FAG.

Von den im Rahmen des Härtefonds bereitgestellten Mitteln entfallen wie bisher höchstens 60 % auf die Förderung von Investitionen im ÖPNV-Bereich.

Zu § 1 Nr. 8 (Art. 13e FAG)

Die für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen vorgesehenen Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund werden um 20 Mio. € auf 81,25 Mio. € zugunsten der Investitionspauschalen abgesenkt. Dieser Betrag dient als Teilfinanzierung der erneuten Anhebung des Mindestbetrags nach Art. 12 Abs. 3 FAG. Technisch wird dieser Mitteltransfer über eine Erhöhung des Verstärkungsbetrags aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund zugunsten des Ausgleichs nach Art. 15 FAG bei gleichzeitiger Absenkung des Verstärkungsbetrags aus dem allgemeinen Steuerverbund für diesen Zweck bewerkstelligt.

2011 bis 2015 können aus den Mitteln für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen auch Wasserversorgungsanlagen gefördert werden. Die Obergrenze, bis zu der Mittel für Wasserversorgungsanlagen vorgesehen werden können, wird entsprechend der Absenkung der Mittel für die Abwasserentsorgungsanlagen ab 2013 auf jährlich 16 Mio. € angepasst.

Zu § 1 Nr. 9 (Art. 13h FAG)

Die Zuweisungen an die Bezirke steigen im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 um 20 Mio. € auf insgesamt 643,6 Mio. € pro Jahr.

Die Zuweisungen an die Bezirke nach Art. 15 FAG werden unter anderem aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund verstärkt. Dieser Verstärkungsbetrag sinkt ab 2013 per Saldo um 10 Mio. € auf 256 Mio. €. Dies ist Folge der aus technischen Gründen zunächst notwendigen Anhebung des Verstärkungsbetrags um 20 Mio. € im Zuge des Mitteltransfers zugunsten der Investitionspauschalen (siehe Begründung zu § 1 Nr. 8 des Gesetzentwurfs) sowie einer anschließenden Absenkung des Verstärkungsbetrags um 30 Mio. € zugunsten der Straßenunterhaltspauschalen nach Art. 13a und 13b FAG. Dadurch können die Straßenunterhaltspauschalen um durchschnittlich rund 15 % angehoben werden.

Zu § 2 Nr. 1 (Art. 5 Abs. 1a AGSG)

Die Vorschrift hat sich durch Zeitablauf erledigt und kann aufgehoben werden.

Zu § 2 Nr. 2 (Art. 5 Abs. 4 AGSG)

Der Belastungsausgleich nach Art. 5 AGSG wird zu Belastungen der Landkreise und kreisfreien Gemeinden gewährt, die sich durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Leistung für erwerbsfähige Arbeitsuchende („Hartz IV“) sowie die Verlagerung sozialer Zuständigkeiten für Ausländer und Aussiedler von den Bezirken auf die Kreisebene ergeben haben. Die durch beide Maßnahmen entlasteten Bezirke geben ihre Entlastung durch eine entsprechende Minderung bei der Bezirksumlage und durch eine Umschichtung von bisher 50 Mio. € aus der Zuweisung nach Art. 15 FAG in den Belastungsausgleich an die Landkreise und kreisfreien Gemeinden weiter. Ansonsten finanziert sich der Belastungsausgleich aus der Netto-Entlastung, die das Land durch die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende erfahren hat. Die Netto-Entlastungen ergeben sich aus dem Saldo von Minderausgaben des Landes für das Wohngeld und von Mindereinnahmen des Landes infolge der anteiligen Belastung durch den Ausgleich-Ost.

Ab dem Jahr 2013 sinken die Belastungen durch den Ausgleich-Ost um voraussichtlich jeweils 44 Mio. € in den Jahren 2012 und 2013 und jährlich 28 Mio. € ab dem Jahr 2014. Gleichzeitig sind die Belastungen der Kommunen durch Unterkunft und Heizung für erwerbsfähige Arbeitsuchende durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit gesunken.

Im Rahmen der Prioritätensetzung im kommunalen Finanzausgleich 2013 wird auf Wunsch der kommunalen Spitzenverbände die Umschichtung aus der Zuweisung nach Art. 15 FAG in den Belastungsausgleich um 20 Mio. € auf 30 Mio. € verringert. Entsprechend steigt die sich rechnerisch ergebende Bezirksumlagenentlastung nach Art. 5 Abs. 2 Sätze 2 und 4 AGSG, da der Umla-

gebedarf der Bezirke durch die um 20 Mio. € höheren Zuweisungen nach Art. 15 FAG sinkt.

Außerdem wird die Netto-Entlastung des Landes in Höhe von 31 Mio. € zur Erhöhung der Investitionspauschalen nach Art. 12 FAG verwendet. Dieser Teil der Netto-Entlastung steht daher nicht mehr für den Belastungsausgleich zur Verfügung. Eine Einsparung für den Staatshaushalt ist damit nicht verbunden, die Netto-Entlastung des Staates kommt weiterhin in voller Höhe den Kommunen zugute.

Zu § 3 Nr. 1 Buchst. a (§ 1 Abs. 1 FAGDV 2002)

Im kommunalen Finanzausgleich sind für die Berechnung einwohnerbezogener Zuweisungen, der Krankenhausumlage und der Durchschnittszahlen je Einwohner die auf der Grundlage der Ergebnisse der letzten Volkszählung fortgeschriebenen Einwohnerzahlen nach dem Stand vom 31. Dezember des vorvorhergehenden Jahres maßgebend. Für die Zuweisungen 2013 sind das die Einwohnerzahlen vom 31. Dezember 2011. Damit wären erstmals die fortgeschriebenen Ergebnisse der Volkszählung zum Stichtag 9. Mai 2011 als der letzten Volkszählung heranzuziehen. Die Ergebnisse dieser Volkszählung sind jedoch noch nicht festgestellt. Um dennoch die einwohnerbezogenen Zuweisungen 2013 rechtzeitig berechnen und auszahlen zu können, muss auf die fortgeschriebenen Ergebnisse der Volkszählung 1987 zurückgegriffen werden. Aus Gründen der Planungssicherheit für die Kommunen wird auf nachträgliche Berichtigungen der Zuweisungen verzichtet.

Zu § 3 Nr. 1 Buchst. b (§ 1 Abs. 2 FAGDV 2002)

Redaktionelle Änderung aus Gründen der Rechtsklarheit.

Zu § 3 Nr. 2 Buchst. a (§ 9 Satz 3 FAGDV 2002)

Die ursprünglich geplante Durchführung systematischer Cross-Compliance-Kontrollen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch einen übergeordneten Prüfdienst an der Regierung von Niederbayern mit abgeordneten Tierärzten wurde zu Gunsten der Durchführung dieser Cross-Compliance-Kontrollen durch die örtlich zuständigen Kreisverwaltungsbehörden verworfen. Die Abordnung von Tierärzten zum übergeordneten Prüfdienst wurde damit obsolet. Die Ausnahmeregelung zur Berechnung der Finanzzuweisungen in diesem speziellen Fall der Abordnung an ein überörtliches Kontrollteam zur Durchführung der Cross-Compliance-Kontrollen ist nicht mehr erforderlich.

Zu § 3 Nr. 2 Buchst. b (§ 9 Satz 4 alt FAGDV 2002)

Folgeänderung.

Zu § 4

§ 4 Abs. 1 regelt das Inkrafttreten der Vorschrift. § 4 Abs. 2 ermöglicht eine Neubekanntmachung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Staatsminister Dr. Markus Söder
Abg. Volkmar Halbleib
Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Erika Görlitz
Abg. Mannfred Pointner
Abg. Claudia Stamm
Abg. Karsten Klein
Zweiter Vizepräsident Franz Maget
Abg. Georg Winter
Abg. Christine Kamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drs. 16/13464)
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014) (Drs. 16/13465)
- Erste Lesung -

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Söder das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein der Titel, den unsere Präsidentin vorgelesen hat - die Einbringung des Haushaltsentwurfs und des Finanzausgleichsgesetzes -, klingt zunächst etwas spröde. In der Tat waren Haushaltsdebatten früher eher etwas für Technokraten und vielleicht, wie man immer abschätzig sagte, für Buchhalter. Heute ist Finanzpolitik die Mutter aller Politikfelder.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Und der Vater!)

Laut vieler Umfragen sorgen sich 80 % der Deutschen und der Bayern um die finanzielle Zukunft der Währung und um ihre Einkommen; denn Haushalt und Währung sind die Basis für Wohlstand, die Basis für Arbeitsplätze und die Basis für sichere Renten und Pensionen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir in Bayern geben heute darauf eine Antwort. Wir nehmen diese Sorgen auf.

Unser Haushaltsentwurf ist ein Dokument der Sicherheit und der Stabilität, ein Konzept der Zukunft und der Stärke, eine Antwort auf die Schuldenkrise in Europa und eine Aufforderung an Deutschland, es uns auf Dauer gleichzutun. Der Haushalt 2013/2014 ist der Premiumhaushalt in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Bravo!)

Dies wird auch von anderen so gesehen. Die neue Studie der "Wirtschaftswoche" und der Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft - NSM - hat im neuesten Bundesländerranking erneut festgestellt, dass Bayern die absolute Nummer eins in Deutschland ist, sowohl was Wirtschaft und Lebensqualität als auch soziale Ausgewogenheit betrifft. Meine Damen und Herren, wir sind nicht nur die Nummer eins, der Abstand zum Zweiten, zu Baden-Württemberg, hat sich vergrößert. Ich zitiere: "Der Freistaat Bayern trägt im zehnten Bundesländerranking zum neunten Mal die Krone des Siegers im Bestandsranking. Der Vorsprung ist dabei so deutlich, dass sich daran auch in den nächsten Jahren nichts ändern dürfte". Meine Damen und Herren, wir werden stärker, und andere werden schwächer.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Grund dafür ist die finanzielle Leistungsfähigkeit. An dieser Stelle sind wir top. Wir machen keine Schulden. Schulden sind - das ist in ganz Europa spürbar - nicht nur eine Hypothek für die Zukunft, weil sie die nächste Generation belasten, sondern auch durch die Zinsen, die gezahlt werden müssen, eine Lähmung der Gegenwart. Deswegen ist es der richtige Weg, Schulden zu tilgen. Ein Vergleich zeigt, wie stark wir sind und wie richtig unser Weg ist. Unser Nachbarland Baden-Württemberg ist immer als ein Land bezeichnet worden, das solide wirtschaftet. Baden-Württemberg macht drei Milliarden Euro neue Schulden. Dort ist vor der Wahl versprochen worden, es besser zu machen. Nach der Wahl machen sie Schulden. Das ist der Unterschied zu Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Mappus! - Alexander König (CSU): Trotz steigender Einnahmen!)

Wir legen Ihnen und damit auch den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern zum achten und neunten Mal in Folge einen allgemein ausgeglichenen Haushalt vor. Wir haben mit einer Verschuldung von 2.593 € pro Kopf die mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und 833 € pro Kopf für die Landesbank!)

Im Schnitt ist der Schuldenstand in Deutschland dreimal so hoch. Nordrhein-Westfalen hat einen aktuellen Schuldenstand von 180 Milliarden Euro. Dieser ist damit fünfmal höher als in Bayern. Sie legen sogar noch mit neuen Schulden nach. Meine Damen und Herren, wer an die Zukunft junger Menschen denkt, der muss in Bayern sein und nicht woanders.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen nicht nur keine Schulden, sondern wir tilgen alte Schulden: Eine Milliarde Euro im Jahre 2012 und eine Milliarde im Doppelhaushalt 2013/2014. Die Finanzplanung für die Jahre 2015 und 2016 zeigt ganz deutlich, dass wir wieder eine Milliarde Euro tilgen werden. Wir sind die Einzigen in Deutschland, die nachhaltig jedes Jahr Schulden tilgen. Es gibt kein vergleichbares Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir kommen damit unserem Ziel, bis zum Jahre 2030 schuldenfrei zu sein, Herr Ministerpräsident, sehr nahe. Das haben wir fest im Blick. Das machen wir nicht nur - das spürt man diese Tage -, um eine Milliarde Euro Zinsersparnis zu erzielen, die für die Pensionsvorsorge wichtig ist. Das machen wir nicht nur, um der jungen Generation in zehn oder fünfzehn Jahren ein bestelltes Feld zu übergeben. Meine Damen und Herren, einer der wesentlichen Gründe, die heute unterschätzt werden, ist die Emanzipation von den Finanzmärkten. Das spüren wir bei den Ländern, die massiv Schulden machen. Schuldenfrei zu sein, bedeutet nicht nur zinsfrei zu sein, sondern auch

unabhängig und autark. Wir wollen Bayern selber gestalten und wir wollen nicht, dass andere mit uns spekulieren. Das ist der Grund für ein schuldenfreies Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sogar die Landesbank, unsere größte Herausforderung in den letzten Jahren, befindet sich wieder auf einem soliden Weg. Keiner wird bestreiten können, dass die Chancen, Herausforderungen und Risiken für Banken aufgrund der Finanzmärkte derzeit insgesamt groß sind. Gerade in diesem Jahr haben wir jedoch die Weichen dafür neu gestellt. Wir haben gemeinsam im Parlament Fehler aufgearbeitet und die Landesbank neu ausgerichtet.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Zum selben Zeitpunkt - das ist ein historisch wichtiges Datum -, als die WestLB mit weiteren Milliardenverlusten für die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen abgewickelt werden musste, hat die Europäische Union mit ihrer Entscheidung anerkannt, dass die Bayerische Landesbank lebensfähig ist. Mit dem Abschluss des Beihilfeverfahrens eröffnen sich in der Tat neue Perspektiven. Die Bank wird regionaler und mittelstandsorientierter. Die Bank wird kleiner und halbiert ihre Bilanzsumme. Die Bank wird ab dem Jahr 2013 bis zum Jahr 2019 fünf Milliarden Euro an den Steuerzahler zurückzahlen. Meine Damen und Herren, deswegen bleibt es in jeder Form eine Herausforderung, heute auf diesen Märkten tätig zu sein. Wenn wir zukünftig für die Steuerzahler Erfolge erzielen wollen, dürfen wir nicht Woche für Woche versuchen, Partner, Investoren und Mitarbeiter zu verschrecken. Wir müssen motivieren. Der Blick zurück ist gut. Der Blick in die Zukunft ist jedoch noch wichtiger.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Haushaltsentwurf ist hinsichtlich der Finanzdaten grundsolide. Es gibt jedoch Risiken. Zunächst handelt es sich bei den Risiken um externe Faktoren. Wie geht es

weiter mit der Stabilität im Euroraum? Die Währung ist für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Einnahmesituation und die Stabilität der Konjunktur wichtig.

Wir haben vor der Sommerpause eine Warnung erhalten: Moody's, eine Ratingagentur, hat Deutschland und letztlich auch die Bundesländer gewarnt. Sie hat gesagt: Die aktuellen Probleme der einzelnen Länder der Eurozone können dann überspringen, wenn man das Problem der ausufernden Zahlungen nicht in den Griff bekommen kann.Deswegen ist es für uns ganz wichtig klarzumachen: Wenn wir heute über den Euro reden, so handelt es sich nicht um ein Problem der Währung, sondern um ein Problem einzelner Länder der Eurozone. Es reicht daher auf Dauer nicht - in diesem Punkt hat die Bayerische Staatsregierung eine klare Haltung -, Geld zu geben. Konzepte, die Märkte mit Geld zu fluten, helfen nicht langfristig. Hilfspakete sind Schmerzmittel, Reformen aber die Therapie. Deswegen braucht es Reformen in den Schuldnerstaaten, um Europa wieder sicherer zu machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn die Analyse stimmt, wonach Reformen das Entscheidende sind, gibt es Unterschiede in Deutschland in Bezug auf den Weg, den man gehen soll. Sigmar Gabriel hat im "Deutschlandfunk" gesagt, der beste Weg, um die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, seien Eurobonds. Wir in Bayern aber sagen ganz klar: Wir wollen keine Vergemeinschaftung, wir wollen nicht Schulden mit anderen teilen, sondern jeder muss seine Schulden selbst tilgen.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Was macht die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag?)

Nur nebenbei, Herr Rinderspacher: In Bezug auf den Gipfel, auf welchem die Eurobonds behandelt worden sind, gab es einen bemerkenswerten Vorgang, der in der Geschichte der Bundesrepublik noch eine besondere Beachtung erfahren wird. Kurz vor diesem Gipfel reisten drei potenzielle Kanzlerkandidaten der SPD nach Paris und haben beim französischen Präsidenten für Eurobonds geworben, und zwar gegen die

Position der deutschen Bundesregierung. Ich habe kein Problem damit, dass wir im Parlament und in der deutschen Öffentlichkeit hart um den Kurs der Währung ringen und uns überlegen, wie wir uns aufstellen. Dass aber deutsche Politiker nach Frankreich fahren, um gegen deutsche Politik Stimmung zu machen, ist ein unerhörter Vorgang, der sich nicht wiederholen darf.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Wenn jemand Stimmung gegen Frau Merkel macht, dann sind Sie es, Herr Söder!)

Wir haben Europa im Herzen und den Euro im Blick. Wer auch Europa im Herzen und den Euro im Blick hat, der muss aber auf das Geld der Steuerzahler in Bayern und Deutschland achten. Daher lehnen wir nicht nur Eurobonds ab, sondern wir sind in großer Sorge in Bezug auf neue Vorschläge in Europa, zum Beispiel in Bezug auf die Bankenunion. Wir akzeptieren keine Schwächung unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir wehren uns gegen Einlagensicherungsfonds für alle europäischen Banken.

(Beifall bei der CSU)

Es kann doch nicht sein, dass am Ende die bayerischen Sparer mit ihren Konten indirekt für die Bankgeschäfte in Griechenland, Spanien oder Zypern haften sollen. Sparkassenpräsident Zellner sagte zu Recht, er lehne dies ab und es dürfe keine Refinanzierung maroder Banken mit den Einnahmen unserer Sparer geben. Dafür stehen wir Bayern, um dies nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Dagegen dürften Sie nun wirklich nicht schreien, denn ich hoffe, dass das auch Ihre Meinung ist. Wir bleiben auch grundsätzlich skeptisch gegenüber einer EZB-Politik des ungebremsten Ankaufs von Staatsanleihen. Das übrigens nicht nur, weil es eine Umwidmung des Mandats der EZB ist, und nicht nur, weil es die Gefahr einer schleichenden Inflation birgt. Inflation ist für denjenigen, der wohlhabend ist und Ver-

mögen hat, immer schlecht. Inflation ist nur für den gut, der Schulden hat. Wissen Sie, wohin dieses Konzept führt? Dieses Konzept führt dazu, dass das Konstrukt ESM und Fiskalpakt geschwächt wird, weil einzelne Staaten, die sich bisher einem starken Regime hätten unterwerfen müssen, dann möglicherweise leichter an Geld kommen. Die ersten Signale aus Spanien und Italien stimmen uns sorgenvoll, weil dort bereits gesagt wird: Das Geld nehmen wir gerne, aber bei den Bedingungen sind wir skeptisch. Einzelne Zeitungen dort haben schon getitelt: Danke, Herr Draghi.

Unser Bundesbankpräsident hat massiv davor gewarnt und sich deutlich eingebracht. Was war die Reaktion von einigen deutschen Politikern? Jürgen Trittin, der Bundesfinanzminister werden will und Spitzenkandidat der GRÜNEN, hat gesagt, Herr Weidmann solle sich mit seinen Lehrbuchweisheiten gefälligst zurückhalten. Wenn die Deutschen zu entscheiden haben, wem sie vertrauen - Herrn Trittin oder Herrn Weidmann - ist die Wahl klar: Wir vertrauen Herrn Weidmann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Kurs in Bayern ist klar, klar auch auf der Grundlage des Bundesverfassungsgerichts. Wir sagen Ja zum Euro, Ja zu ESM und Fiskalpakt, aber Nein zur Aufweichung und Verschiebung von Bedingungen, Nein zur Ausweitung und Vergemeinschaftung von Schulden. Wir sagen auch ein klares Ja zu einer Neugewichtung von Stimmen in der EZB. Wer für 27 % haftet, muss auch entsprechend für 27 % mitbestimmen dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Um Risiken für Steuerzahler abzuwenden, helfen wir gerne, aber am Ende helfen wir nicht alleine. Unser Konzept zur Sicherung der Stabilität ist eine moderne politische Architektur. Diese besteht nicht nur im Sparen, sondern wir investieren auch. Unser Haushalt wächst in Bezug auf das Jahr 2013 um 5,7 %. Mit fast 95 Milliarden Euro ist es das größte Konjunkturpaket, das ein Bundesland in den nächsten zwei Jahren darstellen kann. Wir setzen politische Schwerpunkte dort, wo wir uns eine ökonomische

und gesellschaftliche Dividende erwarten. Wir investieren in Bildung und Forschung, und zwar in zwei Jahren 33 Milliarden auf beiden Feldern. Während andere Bundesländer Lehrerstellen abbauen - wir hatten gerade eine Debatte darüber -, bauen wir auf. Wir haben in dieser Periode 7.000 Lehrer angestellt, während andere Lehrerstellen abbauen. Wir etablieren neue Studienplätze, und zwar noch einmal 10.000 neue, sodass wir in dieser Zeit fast 48.000 Studienplätze geschaffen und 400 Professoren angestellt haben. Aus ganz Deutschland wollen Studenten bei uns in Bayern studieren, und zwar trotz Studiengebühren. Ich kann nur eines sagen: Bei uns gibt es bessere Startchancen als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir setzen einen Schwerpunkt bei Kindern und Familien. Wir geben rund drei Milliarden im Doppelhaushalt für Kinderbetreuung aus. Dies geschieht durch Betriebskostenförderung der Kitas für neue Betreuungsplätze sowie durch Hilfe beim Kindergartenbeitrag. Wir setzen Schwerpunkte bei Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Wir tätigen dabei Gesamtinvestitionen von 11 Milliarden. Dies betrifft Breitbandförderung, Regionalmittel, Städtebau, Dorferneuerung, Brachlandförderung und und und. Die stärkste Konjunkturspritze vor Ort erfahren unsere Kommunen. Wir leisten uns eine beispiellose Teilhabe für Städte, Landkreise und Gemeinden. Unser FAG ist mit 7,7 Milliarden Euro der bisher höchste mit einer absoluten Grenze und der stärkste. Der Ausgleich ist nicht nur hoch, er ist auch gerecht. Andere sparen auf Kosten der Kommunen, aber wir investieren in die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Mit den Stabilisierungshilfen - dies ist ein gerechter Ansatz - von 100 Millionen Euro werden die Schwächsten unterstützt. Mit der neuen Einwohnergewichtung wird gerade der ländliche Raum gestärkt, und mit mehr Selbstständigkeit durch die höhere Verbundquote erweisen wir Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung. Wir sind das Land, in dem vor Ort die meisten Investitionen getätigt werden. Deswegen wollen wir,

dass die Kommunen stark sind, und zwar auch im zukünftigen Wettbewerb. Ich glaube, dass der Umfang von 7,7 Milliarden Euro das Maß der Unterstützung belegt. Vergleichen Sie und finden Sie eine so kommunalfreundliche Landesregierung. Sie werden in Deutschland keine vergleichbare finden.

(Beifall bei der CSU)

Ein letzter Punkt: Wir investieren auch in unsere Mitarbeiter - in den letzten Jahren war dies ein großes Diskussionsthema -, in die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Wir wissen um die Qualität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bayern. Mit einem Paket von über 280 Millionen Euro setzen wir mehr Leistungsanreize, schaffen eine gerechtere Arbeitszeit, eine sichere Altersvorsorge und bieten viele Möglichkeiten der Beförderung. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes sagt in einem Zeitungsinterview, dies sei ein beachtliches Paket, das bundesweit seinesgleichen sucht. Damit hat er recht. Wir tun etwas für unsere Mitarbeiter.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt in diesem Haushalt - ich muss das zugeben - eine echte Schwachstelle. Es gibt einen Punkt, der offenkundig macht, dass wir Geld nicht sinnvoll ausgeben. Das betrifft rund 8 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Dieses Geld, das dem Zugriff des Landtags und dem Zugriff der Bayern entzogen ist, obwohl sie es verdient haben, betrifft den Länderfinanzausgleich. Was bedeuten eigentlich acht Milliarden? Acht Milliarden, Herr Rinderspacher, bedeuten umgerechnet rund 150.000 Lehrerstellen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Jetzt hören Sie einmal zu, das haben Sie noch nicht gewusst.Meine Damen und Herren, wenn das Gesang wäre, dann würde man einen Chor hören. So aber versteht man das nicht, meine Damen und Herren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Seehofer, hören Sie genau zu! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Herr Rinderspacher, hören Sie zu. Ich weiß, das tut Ihnen weh. Haben Sie trotzdem Interesse an der Diskussion.

(Anhaltende Unruhe)

Acht Milliarden Euro, das wären, wenn wir sie für Bayern ausgeben dürften, 150.000 Lehrer, 400.000 Krippenplätze oder 4.000 Kilometer Straße in Bayern. Meine Damen und Herren, jeder, der im bayerischen Haushalt mehr Geld haben will, hat die beste Chance, etwas dafür zu tun, nämlich den Länderfinanzausgleich zu ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben fast 40 Jahre lang Geld erhalten und dafür sagen wir Danke: 3,5 Milliarden Euro. Seit dieser Zeit haben wir aber fast 40 Milliarden Euro bezahlt. Und wir zahlen auch im nächsten Doppelhaushalt. Wir bezahlen inzwischen jedes Jahr mehr, als wir in 40 Jahren bekommen haben. Wir sind wirklich gerne bereit zu helfen,

(Markus Rinderspacher (SPD): Und Herr Seehofer hat das alles vermerkt!)

aber wenn inzwischen fast nur noch einer zahlt, dann ist das schon schlimm. Was aber einer bekommt, das ist noch viel schlimmer, und zwar das eine Bundesland, das durch seine hervorragenden Flughafenplanungen in Deutschland aufgefallen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen deshalb entscheiden: Die Schmerzgrenze ist erreicht. Am Ende müssen wir Bayern sogar die Schadensersatzansprüche für die Planung des Willy-Brandt-Flughafens zahlen. Ich sagen Ihnen deshalb eines: Wir werden klagen. Sie müssen hier im Landtag entscheiden, wo Sie stehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und was ist Ihre Verantwortung?)

Ich habe gelesen, dass die SPD kürzlich zum Wandern mit Wowereit eingeladen hat. Hier im Landtag wird die Wahl zu treffen sein: Wollen Sie wandern mit Wowereit oder klagen mit Seehofer, meine Damen und Herren? - Wir wollen klagen, denn ausnehmen lassen wir uns nicht, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind also, glaube ich, top aufgestellt. Der Entwurf lässt uns beruhigt in die Zukunft schauen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und was ist mit Herrn Ramsauer?)

Ich glaube, wir haben mit dem Haushaltsentwurf und mit dem, was wir für die Kommunen tun, auch ein Bollwerk gegen eine international schwächere Konjunktur gesetzt. Allerdings, das muss man offen sagen, dieser Haushalt allein wird uns nicht reichen, wenn wir uns in Deutschland selbst schwächen. Die größte Herausforderung für die Binnenkonjunktur in Deutschland ist deshalb am Ende die Steuerpolitik. Ich bin fest davon überzeugt, es ist nicht die Zeit, Versprechungen für weitere Entlastungen zu machen. Es ist aber auch nicht die Zeit für Steuerexperimente oder radikale Steuerbelastungen. Herr Gabriel hat erklärt, er möchte eine Steuerpolitik nach französischem Vorbild in Deutschland etablieren. Er möchte mehr Belastung für die Mittelschicht, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und er will die Mobilität verteuern. Er möchte die Energiekosten erhöhen. Über 22 Milliarden Euro wären damit von den Deutschen zusätzlich zu bezahlen. Die SPD blockiert im Bundesrat schon jetzt Entlastungen für Geringverdiener und die Mittelschicht. Zusätzlich soll es aber massive Erhöhungen geben! - Meine Damen und Herren, das Ausland wartet doch geradezu darauf, dass Deutschland sich schwächt. Sie werden deshalb von uns erbitterten Widerstand erfahren. Wir lassen nicht zu, dass Deutschland durch Steuererhöhungen schwächer wird. Das kann nicht die Zukunft unseres Landes sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden die Entwürfe nun beraten. Ich glaube aber, man kann schon jetzt sagen, selbst wenn man sich anstrengt, wird es schwer werden, viel zu kritisieren. Sie werden es trotzdem schaffen. Das müssen Sie auch, und das ist in Ordnung. Ich glaube aber, wenn Sie unseren Haushalt und unsere Haushaltsentwürfe mit dem vergleichen, was anderswo geboten wird, dann hat diese Staatsregierung, getragen von den Koalitionspartnern, getragen von den Ministern und den Fraktionen, einen, so finde ich, bemerkenswerten Entwurf vorgelegt, der ein Signal setzt,

(Inge Aures (SPD): Das stimmt!)

ein Signal für eine solide Grundlage für unser Land, ein Signal für die Zukunft Bayerns. Er ist aber auch ein Kompass für alle anderen Länder in Deutschland und, was sogar noch wichtiger ist, er ist eine Blaupause für die Zukunft in Europa. Wir bitten deshalb ganz herzlich, ihn seriös zu beraten und ihn zu unterstützen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf das Wort jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Halbleib erteilen. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Söder, Ihr Auftritt vor dem Bayerischen Landtag

(Zuruf von der CSU: War super! - Weitere Zurufe: Bravo, Bravo!)

passt zu der Überheblichkeit, mit der Sie diesen Doppelhaushalt vorbereitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen von der bayerischen Oase in der Finanzwüste Europas. Diese angebliche Oase ist jedoch eine Fata Morgana, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident Seehofer, Sie und Ihr Finanzminister sind finanzpolitische Scheinriesen, so wie der Scheinriese Herr Turtur im Lummerland. Wir alle kennen ihn. Je weiter man sich von ihm entfernt, desto größer erscheint er. Nur wenn man sich ganz nahe an ihn heranwagt, erkennt man, dass er genauso groß ist wie jeder normale Mensch. Sie, Herr Ministerpräsident, sind ein finanzpolitischer Scheinriese, und Sie, Herr Finanzminister Dr. Söder, ebenso.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das fängt schon bei der Schuldentilgung an. Es ist schon ein absurdes Schauspiel, wenn sich die CSU gerade als diejenige politische Kraft aufspielt, die angeblich die Schulden tilgt. Die CSU ist doch vielmehr die politische Kraft, die dafür gesorgt hat, dass sich der Schuldenstand Bayerns seit 2008 mit 10 Milliarden Euro, also mit 10.000 Millionen Euro, um 45 % erhöht hat.

(Unruhe bei der CSU)

Das tut Ihnen weh. Das weiß ich.

(Alexander König (CSU): Da tut uns gar nichts weh!)

Damit ist die Schuldenlast um 800 € je Einwohner angestiegen. Diese Schuldenerhöhung haben Sie zu vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind Sie die Scheinriesen in der Schuldentilgung, Sie sind vielmehr die Riesen im Schuldenaufbau!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie sind auch Scheinriesen in Sachen Stabilität, das wissen Sie auch selbst. Die CSU hat dem Steuerzahler nicht nur 10 Milliarden Euro Landesbank-Debakel hinterlassen

mit einer Zinszahlung von jährlich 350 Millionen Euro. Das entspricht der Finanzierung von 7.000 Lehrern. Die CSU hinterlässt in Sachen Landesbank noch weitere Risiken für die Zukunft. Das erste Risiko wird sich schon in diesem Doppelhaushalt realisieren: Es ist eine Garantiezahlung in Höhe von weiteren 1,6 Milliarden Euro.

(Zurufe von der CSU)

Hinzu kommen die Risiken bei der MKB, die Risiken der Rückzahlung des Darlehens oder des Eigenkapitals. Das wird von der Landesbank noch zu klären sein. Ist das die Stabilität, die Sie hier verkünden wollen? - Es sind vielmehr milliardenschwere Risiken für Bayern und für die bayerischen Steuerzahler, und das ist die Wahrheit!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo, Bravo!)

Nun komme ich zum Scheinriesen Zukunftssicherung. Sie sind es doch, CSU und FDP, allen voran der Ministerpräsident und der Finanzminister, die in diesem Bayerischen Landtag mit der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds das zentrale Instrument der Zukunftsvorsorge im Freistaat Bayern zerschlagen.

(Thomas Hacker (FDP): Der Fonds wird weiter angespart!)

CSU und FDP wollen die Pensionskassen, die Zukunftsvorsorge des Freistaats Bayern, bis zum Jahr 2014 - und nun hören Sie sich die Zahl in aller Ruhe an -, um 1,22 Milliarden Euro plündern.

(Thomas Hacker (FDP): Der Fonds wird weiter angespart!)

Das ist Ihre Art der Zukunftsvorsorge. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Scheinriesen Zukunftssicherung!

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir werden der CSU und der FDP hier im Hause nicht den Gefallen tun, die positive Entwicklung in Bayern mit den positiven Folgen für die Einnahmesituation in unserem

Freistaat schlechtzureden. Aber wir sehen genau hin. Wir sehen uns auch die Schattenseiten an, wir blicken auch auf die Kehrseiten der Medaillen, die Sie sich selbst umhängen wollen. Wir blasen den Trockeneisnebel Ihrer Rocky-Horror-Haushaltsshow auf die Seite,

(Heiterkeit bei der SPD)

um die Sicht freizubekommen für die finanzpolitischen Tarnungen, Täuschungen und leider auch Lügen, die Sie, Herr Finanzminister, uns und den bayerischen Bürgern auch heute wieder zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Wir nehmen die Pflicht ernst, Ihre politischen Fehlentscheidungen und Ihre Versäumnisse aufzudecken. Sie wollen sie mit diesem bayerischen Haushaltsentwurf unter dem Teppich kehren. Wir haben gerade wegen Ihrer überzogenen Lügenrhetorik, für die Ihr Redebeitrag das beste Beispiel war, Herr Minister, auch die Aufgabe, deutlich zu machen, dass Sie sich bei vielen positiven Entwicklungen in Bayern mit fremden Federn schmücken.Da sind wir auch sehr selbstbewusst.

Natürlich ist die wirtschaftliche Entwicklung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmern in Bayern zu verdanken, aber neben Ihrem Anteil, den wir gar nicht leugnen wollen, auch drei sozialdemokratischen Leistungen - ich weiß, dass Ihnen das wehtut, aber es entspricht der Wahrheit -: Das ist erstens die Arbeitsmarktreform unter Gerhard Schröder. Es sind zweitens die sozialdemokratischen, nicht die liberalen und konservativen Konzepte in der Wirtschaftskrise 2008 und 2009. Das war eine wirksame Reaktion auf den wirtschaftlichen Einbruch aufgrund der Finanzmarktkrise. Bayern hat davon am meisten profitiert. Dies ist mit sozialdemokratischen Namen verbunden: Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Olaf Scholz für die Kurzarbeiterregelung. Das ist unser Anteil an diesem Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über die Anteile der Gebietskörperschaften reden - damit meine ich Bund, Land und Kommunen -, die zur Wirtschafts- und Steuerkraft beitragen, dann lassen Sie uns auch einmal über den Beitrag im Freistaat Bayern reden, den das seit vielen Jahrzehnten sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum München mit seiner hohen Wirtschafts- und Steuerkraft zu den Einnahmen des Freistaats Bayern leistet. Oberbayern liegt 129 % über dem Durchschnitt der bayerischen Steuerkraft. Einen entscheidenden Beitrag dazu hat auch die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Landeshauptstadt München geleistet. Das ist doch ohne Zweifel richtig.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister - Sie haben das richtig angesprochen -, wir haben es auch dem Euro zu verdanken, dass Bayern so gut dasteht; denn der Export nimmt in Bayern bekanntermaßen eine zentrale Stellung ein. Mit einer Exportquote des verarbeitenden Gewerbes von 51 % wird mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet, was die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft unterstreicht. Im Exportgeschäft können die höchsten Zuwächse seit langen Jahrzehnten verzeichnet werden. Mit einem Anstieg um 11 % beliefen sich die Ausfuhren 2011 auf knapp 160 Milliarden Euro. Deswegen, Herr Staatsminister, ist Ihr Gerede während der Sommerpause zum Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone nicht nur verantwortungslos, sondern dies schädigt elementar die wirtschaftlichen Interessen Bayerns. Das muss man an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Franz Maget (SPD): Der Wirtschaftsminister stimmt zu!)

Dies schädigt die Interessen der bayerischen Unternehmen sowie die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern. Bayern hat - das ist doch klar - das größte wirtschaftliche Interesse, die Turbulenzen in der Eurozone endlich zu lösen und hinter sich zu bringen und sie nicht durch populistisches Geschwätz dieses Finanzministers noch anzufachen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Bravo!)

Herr Ministerpräsident, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger erwarten Klarheit hinsichtlich des bayerischen Kurses zur Eurorettung. Die Vielstimmigkeit in Ihrer Partei, Herr Ministerpräsident, Herr CSU-Vorsitzender, schadet diesem Land. Die CSU ist mit Söder und Dobrindt auf der einen Seite mit "Griechenland raus!" und mit Hasselfeldt und Ferber auf der anderen Seite mit "Griechenland retten!" richtungslos und nicht handlungsfähig.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten, dass sich der Ministerpräsident nach diesem Sommer der unmöglichen Äußerungen in dieser Plenarsitzung erklärt, ob er sich die Einlassungen seines Finanzministers zu eigen macht, an den Griechen sei "ein Exempel zu statuieren". Er soll hier und heute sagen, welche Ansteckungsgefahren der geforderte sofortige Austritt von Eurostaaten auf andere Euroländer hat und welche Konsequenzen damit auch für das exportorientierte Bayern verbunden sind, und zwar für die konjunkturelle Entwicklung Bayerns und für die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Bayern.

Herr Seehofer, Sie sollten gegenüber diesem Landtag und der bayerischen Öffentlichkeit auch vollumfänglich erklären, welche unmittelbaren Kosten der deutsche und bayerische Steuerzahler tragen muss, die mit dem Austritt Griechenlands aus der Eurozone unweigerlich auf ihn zukommen, und was die Auswirkungen auf diesen Doppelhaushalt und die Finanzplanung des Freistaats Bayern wären. Die Form der Auseinandersetzung mit der Eurokrise, die der Finanzminister hier betreibt, ist unsäglich. Herr Ministerpräsident, wir erwarten in der heutigen Plenarsitzung ein klares Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss sagen: Das, was der Finanzminister hier zur Eurokrise gesagt hat, war eine der unfundiertesten und unsäglichsten Oppositionsreden - -

(Zuruf von der CSU)

- Ich antworte auf die Erklärung des Staatsministers. Auch er hat leider nicht zum Staatshaushalt geredet. Deswegen muss ich mich mit seinen Ausführungen befassen. - Das war eine der unsäglichsten Oppositionsreden gegen Bundeskanzlerin Merkel in dieser Frage; denn alles, was Sie kritisiert haben, wird im Augenblick von der Bundesregierung in der Eurozone und bei der Eurorettung verantwortlich vorangetrieben. Das sind genau die Punkte, für die diese Regierungskoalition in Berlin steht. Statt die SPD zu kritisieren, Herr Finanzminister, sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir bei schwierigen Entscheidungen in der Eurofrage nicht - wie Sie - auf das parteipolitische Klein-Klein gesetzt haben, sondern auf staatspolitische Verantwortung. Zudem haben wir zu bestimmten Entscheidungen dieser Regierungskoalition, die nicht unsere ist, im Deutschen Bundestag gestanden und haben dazu auch klar Position bezogen. Dafür muss die Sozialdemokratie Lob erhalten statt Kritik. Das, was Sie hier aufführen, ist unsäglich!

(Beifall bei der SPD - Franz Maget (SPD): Ohne uns habt ihr ja gar keine Mehrheit im Bundestag!)

Zurück nach Bayern:

(Zurufe von der CSU)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben noch genug Grund, sich aufzuregen. Das kann ich Ihnen versprechen.

Kommen wir doch einmal zur Kehrseite manch glänzender Medaille in Bayern. Greifen wir einmal das auf, was der Finanzminister zur Situation in Nordrhein-Westfalen gesagt hat.

Zur Situation in Baden-Württemberg sage ich nur eines: Wenn Sie in der Staatsregierung die Lehrer-Schüler-Relation, also das Verhältnis von Lehrern zu Schülern, endlich einmal wie in Baden-Württemberg hinbekämen

(Georg Schmid (CSU): Da baut man doch endlos ab!)

und wenn Sie hinbekämen, dass die bayerischen Kommunen so gut behandelt würden wie die baden-württembergischen Kommunen, dann reden wir in beiden Bereichen weiter; denn bei dem zentralen Bereich der Bildung und bei der kommunalen Unterstützung ist Baden-Württemberg weit vorne.

(Georg Schmid (CSU): Wo wohnen Sie denn?)

Die Erblasten eines Herrn Mappus müssen Sie schon Herrn Mappus und der CDU anlasten, aber nicht der SPD in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): So ein Blödsinn!)

Sie haben zu Nordrhein-Westfalen, zu einem aufgrund der Strukturkrise schwer gebeutelten Land, kritische Worte gesagt.

(Widerspruch bei der CSU)

- Hören Sie doch einmal in aller Ruhe zu! Ich weiß, dass Ihnen das wehtut. - Jetzt frage ich einmal, warum auch in Bayern die wirtschaftliche Schere zwischen den Regionen und den Regierungsbezirken so weit auseinandergeht, wie dies der Fall ist. Der Unterschied innerhalb der Regierungsbezirke Bayerns bei der wirtschaftlichen Entwicklung ist größer als der Unterschied zwischen Bayern und Berlin.

(Georg Schmid (CSU): In Berlin ist alles schlimmer!)

Das Bruttoinlandsprodukt Oberfrankens liegt nur bei 83 % des Bayerndurchschnitts. Oberbayern liegt bei etwa 120 % des Bayerndurchschnitts. Das heißt, die CSU hat es innerhalb ihrer langen Regierungszeit, in ihrer Regierungsverantwortung, also seit über 54 Jahren, nicht geschafft, die wirtschaftliche Schere innerhalb Bayerns näher zusammenzubekommen als die unterschiedlichen Verhältnisse zwischen Bayern und Berlin.

(Georg Schmid (CSU): Das lernt ihr nie! Das lernen die Sozis nie!)

Sie kritisieren andere Bundesländer, schaffen es aber nach 50 Jahren Regierungsverantwortung nicht einmal in Ihrem eigenen Bundesland, annähernd gleichwertige Verhältnisse zu schaffen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Es geht weiter bei der Schere, die Sie völlig außen vor lassen und gegen die Sie kein auch nur irgendwie geartetes Rezept anbieten. In Bayern ist die soziale Herkunft so maßgeblich für den schulischen und beruflichen Erfolg wie in keinem anderen Bundesland. Das wissen Sie. Die bayerische Bildungspolitik zementiert soziale Ungleichheiten, statt sie zu beheben. Die unsozialen, ungerechten Studiengebühren leisten einen weiteren Beitrag dazu. Ich will dies wegen der vorhergehenden bildungspolitischen Debatte nicht weiter ausführen.

Aber zu einem Punkt, bei dem Sie eine maßgebliche Verantwortung haben und bei dem Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, möchte ich schon noch etwas sagen, nämlich zu der Schere bei den Arbeitsverhältnissen. Unsichere, schlecht bezahlte Arbeit nimmt auch in Bayern drastisch und deutlich zu. Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich. Wir brauchen endlich wirksame Maßnahmen, aber Sie verweigern sich diesen. CSU und FDP verweigern sich einem flächendeckenden Mindestlohn, und sie verweigern sich einem bayerischen Vergabegesetz. Damit subventionieren Sie weiter die wirtschaftliche Ungleichheit, und die Schere bei den Arbeitsverhältnissen wird größer. Damit subventionieren Sie weiter Unternehmer, die Dumpinglöhne zahlen, mit öffentlichen Haushaltsmitteln zulasten solider Unternehmer, die normale, vernünftige Löhne zahlen. Das ist Ihre Art und Weise, auf diese wirtschaftliche Schere zu reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir schon bei den Vergleichen sind: Es ist doch eine Tatsache, dass die Altersarmut im Freistaat Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional hoch ist. Der vom bayerischen Sozialministerium aktuell vorgelegte Bericht zur sozia-

len Lage in Bayern ist doch alarmierend. Wenn in Bayern jeder fünfte Mensch über 65 Jahren von Altersarmut bedroht ist und der Anteil bei den alleinstehenden Frauen sogar bei 28,3 % liegt, dann ist rasches politisches Handeln gefordert. Aber dazu sind Sie nicht in der Lage. Seit über einem Jahr liegen Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Empfehlungen der von Ihnen selbst eingerichteten sogenannten Schösser-Kommission vor. Obwohl darin zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Prävention von Altersarmut aufgezeigt werden, ignorieren Sie und die Staatsregierung diese Vorschläge. Damit tragen Sie zu einer Vergrößerung der wirtschaftlichen Schere innerhalb Bayerns bei. Das ist ein Umstand, den wir nicht akzeptieren können.

Last but not least ist die Schere zwischen Arm und Reich zu nennen. Herr Söder, Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen. Schauen Sie nur einmal, was sich nach dem Entwurf für den Vierten Armuts- und Reichtumsbericht entwickelt hat: Zwischen 2007 und 2012, innerhalb von wenigen Jahren, hat sich das private Nettovermögen in Deutschland um 1,4 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro erhöht. Hinter dieser Zahl steckt eine gravierend ungleiche Verteilung des Privatvermögens. In der gleichen Zeit mussten 40 % der Vollzeitbeschäftigten Verluste beim Einkommen hinnehmen. Die Entwicklung beim privaten Reichtum - das ist vielleicht auch im Zuge der Haushaltsplanberatungen wichtig - steht auch in einem deutlichen Kontrast zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Während das Nettovermögen des deutschen Staats zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012, also innerhalb von zwanzig Jahren, um 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum von knapp 4,6 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Staatliches öffentliches Vermögen geht also zurück, privates Vermögen wächst. Die Rettungsmaßnahmen im Zuge der Finanzkrise haben diese Entwicklung eher forciert, als sie zu korrigieren.

Und jetzt kommt’s - wenn man dem Finanzminister zuhört, ist es eine Bestätigung -: CSU und FDP haben nicht nur keine Antwort auf diese Frage, sondern sie vergrößern mit ihrer Politik die Kluft zwischen Arm und Reich. Die CSU hat mit ihrer jahrzehnte-

lang praktizierten Unterbesetzung der Finanzämter auch in Bayern die Steuergerechtigkeit zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen getreten. Herr Söder will erklärtermaßen die Erbschaftsteuer für die Reichen noch einmal halbieren, wodurch die soziale Kluft in Deutschland noch größer wird, und die FDP spielt sich lieber beim Ankauf von Steuerdaten als Verteidigerin der Steuerhinterzieher auf, anstatt wenigstens für die ganz Kleinen und für die ganz unten für Mindestlöhne zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Solange die FDP in dieser Form mitregiert und solange die CSU so agiert, bekommen wir keine Politik, die diese Schere zwischen Arm und Reich schließt. Darauf kommt es aber uns, darauf kommt es der SPD an.

Nun ein paar Worte zu Ihrem "wunderbaren" Haushaltsplanentwurf, Herr Finanzminister. Er ist - das wissen Sie selbst am besten - im Prinzip eine etwas dicklich gewordene Wahlkampfbroschüre von CSU und FDP. Das, was die Staatsregierung heute der Öffentlichkeit und dem Bayerischen Landtag vorlegt, ist eigentlich gar kein Doppelhaushalt, sondern es ist nur ein Haushalt für das Jahr 2013. Das wissen Sie auch. Es ist eigentlich ein Haushalt bis zum 15. September 2013. Noch genauer: Das ist - das merkt man an allem - ein Haushalt für den 15. September 2013, den Tag der bayerischen Landtagswahl. Danach wird dieser Haushaltsplanentwurf Makulatur sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU - Glocke der Präsidentin)

Das ist ein Wahlkampfhaushalt, mit dem Sie versuchen, die politischen Fehler der letzten vier Jahre auf den letzten Drücker zu korrigieren. Die CSU baut in alter Manier auf die Vergesslichkeit der Wähler; aber das wird Ihnen dieses Mal nichts nützen. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei. Die Menschen erkennen, dass Sie nur ein kurzes Wahlkampf-Strohfeuer abbrennen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Bevor Sie sich noch weiter erregen: Ein paar Beispiele gefällig? Im öffentlichen Dienst haben Sie in den vergangenen Jahren eine Grausamkeit nach der anderen begangen. Als es aber auf den Wahltermin zuging, hat der Wolf seinen Schafspelz angezogen. Finanzminister Söder ist zu den Beamten gegangen und hat gesagt: Bisher waren wir brutal; ab jetzt sind wir wieder friedlich.

(Zurufe von der CSU)

Die Kürzungen der Doppelhaushalte 2009/2010 und 2011/2012 - Sie wissen selber aus Ihrer örtlichen Arbeit, was im Detail gekürzt worden ist - versuchen Sie jetzt wieder geradezubiegen.

Bei den Kommunalfinanzen ist es das Gleiche. Diese hinkten den Staatsausgaben hinterher. Jetzt versuchen Sie in der letzten Minute, zumindest die Flanke bei den Kommunen zu schließen. Bei den Staatsstraßen war es ganz klassisch. Da waren die Ansätze viel zu niedrig. Jetzt sind wir wieder bei Ansätzen, über die man vernünftig sprechen kann.

(Zurufe von der CSU)

Das beste Beispiel ist das Thema DSL, auf das ich später gerne noch näher eingehe. Warum müssen Sie denn in diesem Doppelhaushalt Millionenbeträge einstellen? Doch nur deshalb, weil Sie das Thema DSL in den letzten vier Jahren nicht so vorangebracht haben, wie es die Bürgerinnen und Bürger in Bayern erwarten, weil Sie bei der DSL-Politik versagt haben und jetzt auf den letzten Metern signalisieren wollen: Es geht voran, das Defizit der letzten vier Jahre wird abgebaut. - Das versuchen Sie mit diesem Haushalt.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Den Unterschied zwischen den Übertragungsgeschwindigkeiten kennen Sie nicht, oder?)

- Lieber Herr Kollege, der Haushalt ist von Unwahrhaftigkeit, auch von Verschleierung und Ablenkung geprägt. Das stellt man vor Wahlen immer wieder fest. Der Finanzmi-

nister schreckt in seiner Rhetorik sogar vor einer glatten Lüge nicht zurück. Bisher waren es immer Äußerungen, die leicht angreifbar waren; aber hier wird das Haushaltsgesetz mit einer Lüge begonnen. Im Vorblatt zum Gesetzentwurf heißt es - - Herr Finanzminister, Ihr Satz, der Ausgleich des Haushalts erfolge zum achten und neunten Mal ohne Einnahmen aus Krediten, ist Ihr politischer Stil. Sie haben keinen Skrupel, diesen Entwurf mit einer Lüge zu beginnen. Sie wissen genau, dass der Freistaat Bayern zwischen 2006 und 2012 jedes Jahr durchschnittlich 1,42 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung zu verzeichnen hatte. Selbst wenn Sie die Tilgung des Jahres 2012 abziehen, von der wir nicht wissen, ob sie schon getätigt wurde, sind es immer noch 1,3 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung jedes Jahr. Und Sie behaupten, dies sei der achte oder neunte - -

(Georg Schmid (CSU): Wo denn? Sie müssen anders rechnen! Sie rechnen falsch!)

- Ja, klar. Wir rechnen falsch. Rechnen Sie einmal nach, Herr Kollege Schmid. Vielleicht kann Ihnen der Finanzminister dabei Hilfestellung leisten.

(Harald Güller (SPD): Wir haben bei der Landesbank gesehen, wohin es führt, wenn die CSU rechnet!)

Das wird bestimmt sehr instruktiv. Sie behaupten, der Haushalt komme zum achten oder zum neunten Mal ohne Nettoneuverschuldung aus. Tatsächlich sind es jedes Jahr durchschnittlich 1,3 Milliarden Euro gewesen.

Sie versuchen in diesem Haushalt auch, die Folgen der Landesbankaffäre zu verschleiern. Es ist ganz klar, dass sie auch weiterhin die Zukunft des Freistaats Bayern belasten werden, und es ist nach diesem Haushaltsplanentwurf und nach den Informationen zum gegenwärtigen Zustand der Landesbank mit seinen vielen offenen Fragen klar: Diese CSU-Staatsregierung hinterlässt der nächsten Staatsregierung und dem nächsten Parlament eine finanzielle Erblast von dramatischer Dimension.

(Zuruf von der CSU: Mein Gott! - Weitere Zurufe von der CSU)

- Das ist nichts als die Wahrheit. Schauen Sie selbst in den Finanzplan des Finanzministers hinein. Darin steht es. Es ist doch ganz klar, dass die Garantie, die in Höhe von 1,6 Milliarden Euro noch fällig werden wird, die Mindestsumme ist, die wir zahlen müssen. Es ist doch ganz klar, dass weitere Risiken bestehen. Befassen Sie sich einmal mit dem Entwurf des Herrn Staatsministers. Dann werden Sie mir nicht mehr widersprechen können.

(Zurufe von der CSU)

Natürlich ist auch Ablenkung mit dabei. Das Thema des Länderfinanzausgleichs ist doch ganz klar ein Ablenkungsthema. Denn dass die Belastung Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens im Rahmen des Länderfinanzausgleichs zu groß ist, dass dieser Beitrag limitiert werden muss, dass der Finanzausgleich anreizgerechter gestaltet werden muss, ist doch eine Position in der Breite dieses Landtags, ist die Position der SPD-Landtagsfraktion.

(Georg Schmid (CSU): Sie unterstützen doch die Klage nicht!)

Nicht unterstützen können wir eine reine Wahlkampfaktion in Form einer Klage, die nur von der Verantwortung der CSU und der politischen Verantwortung dieses Ministerpräsidenten ablenken soll, der den Länderfinanzausgleich ausgehandelt und auf den Weg gebracht hat. Das wissen Sie doch selbst am besten.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch ein Schmarrn! Die Bedingungen waren ganz anders! Das wissen Sie selbst!)

Das war Ihr Finanzausgleich!

(Georg Schmid (CSU): Ich beantrage eine namentliche Abstimmung darüber, ob Sie für diese Klage sind!)

Die Empörung des Finanzministers Dr. Söder richtet sich doch gegen die Regierungspolitik der CSU. Es ist ihr Länderfinanzausgleich. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Da lachen ja die Hühner!)

Wenn Sie vor dem Wahltag von diesem Länderfinanzausgleich ablenken wollen, brauchen Sie nicht zu glauben, dass wir Ihnen zu diesem Ablenkungsmanöver noch die Hand reichen. Das können Sie von uns wirklich nicht erwarten.

(Thomas Hacker (FDP): Ihr kümmert euch um die Renten und macht da eine Rolle rückwärts! - Markus Rinderspacher (SPD): Das werden wir im Wahlkampf verwenden!)

Schauen wir uns einmal den großen Schuldentilgungsplan an, den der Ministerpräsident angekündigt hat. Was ist von dem verbindlichen, durchgerechneten und umfassenden Schuldentilgungsplan, der der präziseste aller Zeiten war, heute übrig geblieben?

(Inge Aures (SPD): Nichts!)

Ein einziger dürrer Satz im Entwurf eines neuen Artikels 18 Absatz 1 Satz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung. Der große Schuldentilgungsplan des Freistaates Bayern lautet - bitte halten Sie sich alle fest - ich zitiere:

Die Verschuldung am Kreditmarkt ist bis 2030 abzubauen; die konjunkturelle Entwicklung ist dabei zu berücksichtigen.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, dieser Satz hat in etwa die Qualität und Verbindlichkeit wie folgender Satz: "Im nächsten Jahr wird das Wetter schöner, und wenn das Wetter schlechter wird, kann man eben auch nichts machen." Dieser Satz hat eine solche Unverbindlichkeit, dass nicht einmal Ihre sonstigen Operationen notwendig sind, um das Haushaltsgesetz auszuhebeln.

(Beifall bei der SPD)

Die politische Fallhöhe zwischen Ihren großen Ankündigungen und der banalen Unverbindlichkeit Ihrer Politik, wie Sie sie hier vorschlagen, könnte nicht größer sein.

(Thomas Hacker (FDP): Wir tilgen Schulden!)

Schauen wir einmal, was Sie bei der Tilgung machen. Schauen wir doch einmal rein.

(Georg Schmid (CSU): Das passt euch auch wieder nicht! Was passt euch überhaupt? Ist es zu wenig?)

- Was uns daran nicht passt, kann ich gleich sagen.

(Thomas Hacker (FDP): Wir tilgen eine Milliarde Euro Schulden! - Georg Schmid (CSU): Ihr hättet das Geld lieber ausgegeben!)

Diese Schuldentilgung ist keine Schuldentilgung. Das wissen Sie selbst am besten. Ich kann es Ihnen auch ganz klar begründen. Sie bezahlen die Schuldentilgung mit der Zerschlagung des Vorsorgesystems für die Beamtenpensionen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch ein Schmarrn! - Renate Will (FDP): Das eine ist der eine Topf und das andere ein anderer Topf! - Markus Rinderspacher (SPD): Das mit euren vielen Töpfen kapiert sowieso keiner!)

Herr Schmid, Sie haben sich offensichtlich überhaupt nicht mit dem Haushalt befasst. Ich lese Ihnen einmal die Zahlen vor: 2010 haben Sie aus dem Pensionsfonds gegenüber der jetzigen Regelung 35 Millionen Euro herausgenommen.

(Thomas Hacker (FDP): Wir haben nichts aus dem Fonds entnommen!)

2011 waren es 252 Millionen Euro, 2012 sind es 280 Millionen Euro. 2013 kommen 310 Millionen Euro hinzu und 2014 noch einmal 345 Millionen Euro. Insgesamt werden dem Vorsorgesystem, das der Landtag in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat, allein zwischen 2010 und 2014 insgesamt 1,22 Milliarden Euro ent-

zogen. Nicht getätigte Rückstellungen - das ist eine ökonomische Binsenweisheit, danach können Sie jeden Fachmann fragen - für bereits absehbare Verpflichtungen wie zum Beispiel Pensionsverpflichtungen sind ökonomisch eindeutig neue Schulden. Das heißt, Sie bezahlen die Tilgung von Schulden, die Sie erst vor Kurzem mit zehn Milliarden Euro aufgebaut haben, mit neuen Schulden, indem Sie die Vorsorgesysteme zerschlagen. Wenn das solide sein soll, brauchen wir über Solidität in diesem Hause nicht mehr zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Haushalt ist und bleibt ein Haushalt der versteckten Verschuldung. Auch das wollen Sie nicht hören, aber es ist die Wahrheit.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der Stoiber ärgert sich über euch grün und blau!)

Die versteckte Verschuldung Nummer 1: Sie sorgen nicht mehr für die Pensionsverpflichtungen vor. Die versteckte Verschuldung Nummer 2: Sie leisten nicht mehr für den Bauunterhalt. Er geht um 20 % zurück. Sie stecken nichts mehr in die maroden Straßen. Sie geben nicht einmal mehr etwas aus für kleine Um- und Neubauten, die notwendig wären. Das heißt, Sie leben von der Substanz.

Last but not least - damit komme ich zum Schluss - bedienen Sie sich an den Kommunen.

(Renate Will (FDP): Das stimmt aber wirklich nicht!)

Sie leisten keinen Beitrag dazu, dass sich die bayerischen Kommunen entschulden können. Das wäre das Mindeste, was man von dieser Staatsregierung erwarten muss. Offensichtlich kann man es nicht, wie man auch andere Maßnahmen, die in der Haushaltspolitik erforderlich wären, nicht erwarten kann. Deswegen garantiere ich Ihnen eine engagierte Auseinandersetzung mit Ihrer Haushaltspolitik in der Öffentlichkeit, mit einer Fata Morgana von CSU und FDP. Bei dieser Auseinandersetzung werden wir

deutlich machen, dass Ihre Haushaltspolitik unsolide und nicht auf die Zukunft gerichtet ist.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Görlitz von der CSU das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Sie erlauben mir, dass ich wieder in unsere bayerische Welt zurückkomme. Herr Halbleib, ich muss ganz ehrlich sagen, dass mich Ihre Rede in weiten Strecken an eine Märchenstunde erinnert hat.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben mit den schlimmsten Bildern ein Schreckgespenst an die Wand gemalt, das mit bayerischen Verhältnissen überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Die Landesbank hat mit bayerischen Verhältnissen nichts zu tun?)

Wir bringen heute den Doppelhaushalt 2013/2014 ein. Für mich ist es eine wahre Freude, wenn ich den kommunalen Finanzausgleich präsentieren darf. Bayern unterstützt seine Kommunen wie kein anderes Land. Das ist Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dieser Finanzausgleich ist ein Rekordfinanzausgleich. 7,7 Milliarden Euro bedeuten eine Steigerung von 6,3 %. Es gibt kein anderes Land, das seine Kommunen in der Finanzausstattung so reich unterstützen kann. Das ist einfach Tatsache.

Sie haben gesagt, Baden-Württemberg solle für uns ein glorreiches Beispiel sein. Dazu möchte ich an der Stelle nur eine Zahl nennen: 11.000 Lehrerstellen wurden in

Baden-Württemberg gestrichen. Wenn das in Bayern nur einem Menschen einfallen würde, wäre die Hölle los.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben nicht zugehört!)

Wir haben zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. In Baden-Württemberg werden sie gestrichen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der kommunale Finanzausgleich stellt sich in besonderer Weise dar. Man muss auch immer die Voraussetzungen anschauen. Die Kommunen in Bayern stehen mit den Steuereinnahmen weit besser da als der Freistaat Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie einmal Oberfranken, den Landkreis Wunsiedel!)

Ich blicke einmal auf die letzten zehn Jahre zurück. Bei den Kommunen sind die Einnahmen um 56 % gestiegen, während die Einnahmen des Freistaates Bayern nur um 32,3 % stiegen. Auch das ist eine stattliche Summe. Überall dort, wo viel Steuern gezahlt werden, wird auch viel verdient. Unsere Unternehmen und unsere Arbeitnehmer haben sich dies hart erarbeitet und dies auch verdient. Deswegen geht es uns in Bayern um ein ganzes Stück besser als in anderen Ländern.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen sind bereit und auch in der Lage, die notwendige Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Die Investitionsquote der bayerischen Kommunen ist mit 24,9 % doppelt so hoch wie die des Freistaates und liegt damit auf einer wirklich guten Höhe. Hier wird sehr viel für die Kommunen getan.

Auch die Zukunft sieht gut aus. Die Steuerschätzung im Mai hat ergeben, dass im Jahr 2012 bundesweit die Steuereinnahmen der Kommunen um 5,1 % steigen. Bei

den Ländern sind es zwar immerhin 4,4 %, aber lange nicht so viel wie bei den Kommunen.

Der kommunale Finanzausgleich ist gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in langen Sitzungen so erarbeitet worden, dass beide Seiten gut damit zurechtkommen. Er wird in gewohnt guter Manier umgesetzt. Die Vorstellungen der Kommunen sind im Finanzausgleich gut wiedergegeben; es wird nicht einfach irgendetwas bestimmt. Wir tragen den Bedürfnissen der Kommunen Rechnung.

Vor allem für die kleineren Gemeinden wird es Verbesserungen geben. Das war auch Ziel der Verhandlungen. Für kleine Gemeinden wird die Eingangsstufe der Hauptansatzstaffel von 108 auf 112 % erhöht. Großstädte ab 500.000 Einwohner werden den entsprechenden Zuschlag nicht mehr bekommen. Damit erfolgt eine Verschiebung hin zu den kleineren Gemeinden. Sie zu stärken ist unser erklärtes Ziel.

Zwar haben Kommunen nach wie vor Schulden, aber immer mehr Kommunen sind schuldenfrei; im Jahr 2005 waren es in Bayern 75, im Jahr 2010 schon 187. Mir liegen leider die neuesten Zahlen noch nicht vor.

Dennoch gibt es Kommunen, die von negativen Entwicklungen - zurückgehende Einwohnerzahlen, Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen - betroffen sind. Gerade für diese Kommunen haben wir die Bedarfszuweisungen zur Stabilisierungshilfe ausgeweitet und damit ein wichtiges Instrument geschaffen, um den Kommunen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen. Es gibt hier eine gewaltige Aufstockung, von 75 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro. Inzwischen sind Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt worden, um auszuhandeln, an welche Bedingungen diese Hilfen geknüpft werden. Man ist übereingekommen, dass man die Vorgaben, die man für die Konsolidierungshilfe gewählt hat, auch hier anwenden will. Die Unterstützung für die Kommunen kann sich durchaus über mehrere Jahre erstrecken. Damit wird ihnen auch langfristig geholfen.

Aber auch die Investitionen sind den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat ein wichtiges Anliegen, sodass die Investitionspauschalen erhöht werden. Nach der Aufstockung um 60 Millionen Euro werden in Zukunft 350 Millionen Euro zur Verfügung stehen, um die Investitionskraft der Kommunen weiter zu stärken. Der Mindestbetrag bei durchschnittlicher Umlagekraft wird von 68.000 Euro um ein Drittel auf 90.000 Euro erhöht. Die Obergrenze liegt bei 130.500 Euro; dieser Mindestbetrag kommt Kommunen zugute, deren Umlagekraft je Einwohner unter 50 % des Landesdurchschnitts liegt. Diese Kommunen zu unterstützen ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Halbleib zu?

Erika Görlitz (CSU): Ja.

(Georg Schmid (CSU): Er hat so lange geredet!)

- Eigentlich schon. Aber bitte.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Kollegin, ich habe drei Fragen. Erstens. Sie haben eingeräumt, dass es in Bayern durchaus Regionen gibt, in denen die Kommunen riesige Probleme haben. Worauf führen Sie das zurück? Kann es sein, dass die Struktur- und Regionalpolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten so manche offene Frage hinterlassen hat?

Zweite Frage: Wenn es um die Bedarfszuweisungen geht, würde mich schon interessieren, warum Sie, Frau Kollegin, dem Antrag der SPD-Fraktion, eingebracht in die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2012, auf Erhöhung von Bedarfszuweisungen abgelehnt haben, obwohl sie jetzt die Notwendigkeit von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen betonen.

Drittens. Was sagen Sie den Bürgermeistern der Gemeinden aus dem Landkreis Wunsiedel, aber auch denen der anderen oberfränkischen Landkreise - ich glaube, es sind insgesamt fünf -, die sich an den Finanzminister gewandt haben, weil sie auch mit Stabilisierungshilfen und vielem anderen Drum und Dran die Zukunft ihrer Kommunen nicht mehr gewährleistet sehen, da der Schuldendienst so hoch ist? Für die strukturellen Probleme können diese Kommunen alle nichts. Was sagen Sie diesen Kommunen? Etwa das, was anscheinend aus dem Finanzministerium als Botschaft an diese Bürgermeister zurückging: "Wir erwarten, dass ihr uns für unseren tollen Finanzausgleich auf die Schulter klopft, anstatt uns immer zu kritisieren!"?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Halbleib, das war eine Zwischenbemerkung in Form einer Zwischenfrage. Ich gebe jetzt Kollegin Görlitz wieder das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Das war eine sehr lange Frage; die hätte ich fast mitschreiben müssen, Herr Kollege. - Auch Sie wissen, dass morgen eine Anhörung zum kommunalen Finanzausgleich stattfindet. Da werden sicherlich auch diese Fragen angesprochen und beantwortet werden. Ich möchte Sie einfach auf morgen vertrösten. Wir werden sicherlich interessante Dinge erfahren.

Zum anderen muss ich sagen: Bedarfszuweisungen haben bisher im Großen und Ganzen ausgereicht. Wenn es Stabilisierungshilfen gibt, dann gelten ganz andere Bedingungen. So wird verlangt, dass die Kommune einen Plan vorlegt, wie sie in den nächsten fünf Jahren die Finanzen in den Griff bekommen will. Das wird ein Geben und ein Nehmen sein, also Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stabilisierungshilfen haben einen ganz eigenen Charakter.

Was die Konsolidierungshilfen angeht, so hat sich gezeigt, dass die Kommunen, wenn man sie unterstützt, durchaus bereit sind, wieder auf eigene Beine zu kommen. Ich bin insoweit ganz guter Dinge.

Es trifft zu, dass manche Kommune besonders stark von Abwanderung betroffen ist. Wir haben in Bayern aber immer noch eine bessere Situation als andere Länder. Unsere Hochschuleinrichtungen sind breit gestreut und auch in ländlichen Regionen vertreten. Das garantiert ein hohes Niveau an Arbeitsplätzen. Ich denke, dass wir auch dort die richtigen Entscheidungen getroffen haben.

Nichtsdestotrotz werden wir im Rahmen unseres kommunalen Finanzausgleichs noch viele Dinge anpacken können. Die Investitionspauschalen habe ich angesprochen; es wird eine deutliche Verbesserung für die Kommunen geben.

Beim Kraftfahrzeugsteuerverbund werden wir bei 51 % bleiben und den Anteil am Kompensationsbeitrag weitergeben. Beim kommunalen Straßenbau legen wir tüchtig drauf; der Ansatz wird um 30 Millionen Euro angehoben. Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, ihre Straßen in ordentlichem Zustand zu halten und gegebenenfalls neu zu bauen. Beim Staatsstraßenbau sind es 220 Millionen Euro mehr; darauf wird Kollege Winter noch eingehen. Den Härtefonds, der in ganz besonders schwierigen Situationen einspringt, wird es weiterhin geben.

Der Härtefondsanteil der ÖPNV-Investitionen beträgt im Jahr 2013 67,3 Millionen Euro. Für Straßenbau und -unterhalt stehen 276 Millionen Euro oder 32 Millionen Euro mehr zur Verfügung als 2012. Für Infrastrukturmaßnahmen wenden wir wirklich eine gewaltige Summe auf.

Zur Krankenhausfinanzierung. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, angesichts des hohen Bedarfs und der steigenden Bautätigkeit die bayerischen Kliniken zu unterstützen. Wir haben 70 Millionen Euro draufgelegt. Damit stehen 500 Millionen Euro zur Verfügung, um die Kliniken in Bayern wirklich auf den neuesten Stand zu bringen. Mit diesem Betrag können im nächsten Jahr zahlreiche Baumaßnahmen durchgeführt werden.

Den kommunalen Hochbau möchte ich ebenso ansprechen. Die Mittel dafür werden noch einmal um 30 Millionen Euro auf 376 Millionen Euro erhöht. Wir begrüßen es,

dass unsere Kommunen, unsere Bürgermeister Schulen, Kindergärten und Krippen bauen. Wir unterstützen das voll. Damit durch den Wegfall der Zweidrittelförderbeschränkung bei Kindertageseinrichtungen keine finanzielle Lücke entsteht, haben wir den entsprechenden Betrag noch einmal gewaltig heraufgesetzt. Damit unterstützen wir weiterhin die intensiven Bemühungen um die Erhaltung bzw. Schaffung guter Bildungseinrichtungen. Den Zuschussanteil für die Schülerbeförderung halten wir auf dem Niveau von 60 %; weitere vier Millionen Euro - insgesamt sind es 305 Millionen Euro - werden das sicherstellen.

Die Überweisungen an die Bezirke steigen um 20 Millionen Euro, obwohl sie durch die Übernahme von Kosten der Grundsicherung durch den Bund circa 55 Millionen Euro gewinnen und aufgrund der hohen Umlagekraft neun Prozent mehr Einnahmen erhalten werden. Dennoch haben wir, wie gesagt, noch einmal 20 Millionen Euro draufgelegt, um den Bezirken die Möglichkeit zu geben, die Umlagen zu senken.Das ist in den meisten Bezirken schon passiert. Für den oberbayerischen Bezirk weiß ich definitiv, dass die Bezirksumlage gesenkt wurde. Das sind positive Nachrichten.

An dieser Stelle darf ich feststellen: Der Freistaat Bayern steht zu seinen Kommunen und schafft es immer wieder, gute Voraussetzungen für ein gutes Miteinander zu schaffen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Mannfred Pointner von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lieber Herr Finanzminister Dr. Söder, ich möchte zunächst auf den Länderfinanzausgleich eingehen, den Sie angesprochen haben. Wir haben heuer im ersten Halbjahr mehrmals in diesem Hause über dieses Thema diskutiert. Das Thema wurde auch vor einem oder zwei Jahren schon einmal angesprochen. Herr Dr. Söder, Sie und der Ministerpräsi-

dent haben angekündigt, dass eine Klage erhoben wird. Davon hört man nichts mehr. Sie sprechen heute davon, dass hier unbedingt was passieren müsste. Wir haben das unterstützt, aber Sie haben bisher nichts getan. Wir halten den Finanzausgleich, wie er von Ihrer Vorgängerregierung ausgehandelt wurde, für ungerecht und erwarten, dass hier etwas passiert. Vielleicht können Sie eine Erklärung dazu abgeben, wie weit der Stand der Dinge ist, bevor wir weiter über dieses Thema diskutieren und nichts geschieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zum Doppelhaushalt 2013/2014. Was die Zahlen betrifft, ist dies ein Rekordhaushalt. Dieser war möglich, weil die Steuereinnahmen in den Jahren 2013 und 2014 voraussichtlich so hoch sein werden wie niemals zuvor. Wir gehen davon aus, dass die Steuerschätzungen, die bisher vorliegen, diese Richtung bestätigen werden. Diese Steuereinnahmen - das ist heute noch nicht konkret angeklungen - haben wir dem Fleiß und der Arbeit unserer Bürgerinnen und Bürger, der Innovationskraft unserer Unternehmen, aber auch den weitsichtigen Planungen in unseren Städten und Gemeinden zu verdanken; denn ohne Gewerbegebiete und ohne Erschließung wären keine Betriebsansiedlungen und keine Arbeitsplätze möglich. Man sollte nicht vergessen, dass in dieser Beziehung in unseren Gemeinden einiges geleistet wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Staatsregierung nutzt diese hohen Steuereinnahmen, um einen klassischen Wahlkampfhaushalt vorzulegen. Sie will mit diesem Doppelhaushalt zahlreiche Wünsche erfüllen und vor allem Versäumnisse der Vergangenheit bereinigen. Zudem verspricht sie eine Schuldentilgung bis zum Jahr 2030. Dies alles soll den Eindruck der Nachhaltigkeit und Solidität erwecken, ist aber gerade das Gegenteil. Vor den Wahlen wird nämlich das Geld, das die Steuerzahler erwirtschaftet haben, über das Land ausgeschüttet. Für die Zukunft werden haltlose Versprechungen gemacht. Eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung, die bei Zuschüssen für Bau- und Unterhaltsmaßnah-

men so entscheidend zum Gelingen beiträgt, hat es in dieser Legislaturperiode nicht gegeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Versäumnis kann auch jetzt nicht mehr korrigiert werden. Stattdessen befeuert die Staatsregierung das ständige Wechselspiel zwischen Abfinanzierungsstaus und Sonderfinanzierungsprogrammen. Das ist keine vernünftige und schon gar keine nachhaltige Haushaltspolitik. Zwar erfüllt die Staatsregierung jetzt viele Forderungen, die wir FREIEN WÄHLER bereits zu Beginn der Legislatur erhoben haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für ein Jahr! Das Verfallsdatum steht schon drauf!)

- Für ein Jahr. Wir werden sehen, was nach dem Jahr 2013 kommen wird.

Hätte die Staatsregierung aber auf die FREIEN WÄHLER gehört, hätte sie sich diese durchschaubare Wahlkampfstrategie sparen können. Das gilt insbesondere für die Beamtenstellen in der Justiz und an den Finanzämtern, die jetzt wenigstens im Ansatz geschaffen werden. Auch hier würde eine vernünftige Politik und Personalplanung darin bestehen, kontinuierlich die benötigten Stellen zu schaffen und das Personal ordentlich zu behandeln, anstatt durch kurzfristige Wahlmanöver die Gewogenheit der Staatsbediensteten zu erkaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Diese Taktik wird von den Beschäftigten des Freistaats längst durchschaut, und sie wird Ihnen bei der Wahl auf die Füße fallen, insbesondere weil Sie mit der Neuregelung der Pensionsrückstellungen weitere Unsicherheit streuen. Sie haben ein vernünftiges, nachvollziehbares und vorausschauendes Konstrukt sang- und klanglos beerdigt.

Ich komme damit zu den konkreten Politikfeldern, zunächst zum kommunalen Finanzausgleich. Seit wir im Landtag sind, haben wir eine bessere Finanzausstattung der Kommunen gefordert. Beim Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund hat sich dadurch nach und nach eine Verbesserung für die Kommunen ergeben. Sie haben den Anteil auf jetzt 12,75 % angehoben, obwohl Sie bei der Ablehnung unserer Forderungen in den letzten Jahren ständig darauf hingewiesen haben, dass es den Kommunen sehr gut gehe und dass sie mehr als gut bedient seien. Diese 12,75 % sind ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung. Sie können aber noch nicht das Ende sein, weil die Finanzlage in manchen bayerischen Kommunen - nicht in allen - nach wie vor prekär ist. Frau Görlitz, Sie brauchen nur draußen herumzufahren und sich mit den Bürgermeistern zu unterhalten. Wir waren in Oberfranken. Was wir dort gehört haben, stimmt nicht mit Ihrer Aussage überein, dass es den Kommunen in Bayern prächtig geht.

Die Erhöhung der Investitionspauschale, die im Finanzausgleich vorgenommen wurde, und die Wiederauffüllung der Krankenhausfinanzierung haben die FREIEN WÄHLER in den letzten Jahren ebenfalls gefordert. Sie haben die Mittel für die Krankenhausfinanzierung gekürzt; jetzt haben Sie sie wieder aufgefüllt. Das Gleiche gilt für die Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs bei den Bezirken. Auf den Finanzausgleich werde ich später noch zu sprechen kommen.

Sie haben in diesem Haushalt eine weitgehende Gleichbehandlung der kommunalen und kirchlichen Schulen mit den staatlichen Schulen eingeführt. Auch das haben wir in den vergangenen Jahren ständig gefordert. Weitere Beispiele für Forderungen der FREIEN WÄHLER, die Sie in der Vergangenheit immer abgelehnt haben und denen Sie jetzt nachkommen, sind die regionale Wirtschaftsförderung, der Staatsstraßenbau - allerdings nicht beim Bauunterhalt - und teilweise der Ausbau der Hochschulen sowie Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit beim Sportstättenbau.

Beim Ausbau der Breitbandversorgung, einer der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen in unserem ländlichen Raum, ist zumindest bei der Bereitstellung von Mitteln etwas

passiert. Allerdings fehlt immer noch, jedenfalls nach unserem heutigen Kenntnisstand, das Programm für die Verteilung dieser Mittel, sodass strukturschwache Gebiete bei diesem Thema nicht vorankommen. Zumindest hat Bad Staffelstein erreicht, dass das Kloster Banz mit Breitband versorgt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Somit konnte die CSU auf ihrer Klausurtagung von der digitalen Zukunft Bayerns schwärmen. Von dieser digitalen Zukunft können allerdings viele Gemeinden in Bayern nur träumen.

Sie haben endlich Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zum kostenfreien Kindergartenjahr einigermaßen erfüllt. Bei der Umsetzung knirscht es noch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsbank und den Regierungsfraktionen, was ich gerade aufgeführt habe, klingt zunächst gut und schön. Das bedeutet aber nicht, dass wir die Hände zufrieden in den Schoß legen und diesen Doppelhaushalt freudig abnicken könnten. Der Haushaltsplan ist nicht nur da, um über das Land zu fahren und Geschenke zu verteilen, zum Beispiel den Konzertsaal in Nürnberg, den Ausbau der Festung Marienberg in Würzburg oder das Museum der Franken.Man kann darüber diskutieren; das ist überhaupt keine Frage. Man kann sich mit dem Thema beschäftigen. Aber nach meiner Meinung - ich denke, das müsste auch Ihre Meinung sein - müsste erst das Parlament über die Einstellung der Mittel entscheiden, bevor man sie verteilt.

Der Haushaltsplan ist das Werkzeug zur Verteilung der Mittel, die dem Staat vom Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden. Die Verteilung - darauf haben unsere Steuerzahler einen Anspruch - muss gerecht sein. Der Haushalt muss gegenüber den einzelnen Regionen in Bayern gerecht sein, gegenüber den strukturschwachen im Vergleich zu den starken Regionen. Er muss gegenüber den Menschen in Bayern, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht sein, gerecht gegenüber denen, denen es gut geht, und denen, denen es nicht so gut geht.

Der Staat muss auch gegenüber den Generationen gerecht sein, gegenüber der jetzigen Generation im Vergleich zu den nachfolgenden Generationen. Die Generationengerechtigkeit ist vor allem deshalb wichtig, weil wir durch den gigantischen Ressourcenverbrauch, den wir alle momentan verursachen, die Möglichkeiten und Chancen der nachfolgenden Generationen permanent einschränken. Es darf nicht sein, dass wir, nur damit es uns gut geht, Lasten in die Zukunft verschieben.

Zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen gehört zweifelsfrei auch der Schuldenabbau. Allerdings halten wir nichts davon, wenn in der Haushaltsordnung steht, dass bis 2030 - das betrifft den allgemeinen Haushalt, also beispielsweise nicht die Landesbankgeschichte - die Schulden auf null zurückgeführt werden müssen.

Das Ziel ist richtig. Aber wenn es schon eine gesetzliche Regelung gibt, dann müsste es im Haushaltsgesetz entsprechende Vorschriften geben, die den Weg zum Ziel beschreiben und "Leitplanken" setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn bei den vorauszusehenden höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten alljährlich jeweils 500 Millionen Euro und Beträge in Höhe der eingesparten Zinsen getilgt werden, dann erscheint es nicht glaubwürdig, dass das Ziel der Schuldenfreiheit im Jahr 2030 ernsthaft verfolgt wird. Wenn man jedes Jahr 500 Millionen Euro und den Betrag der eingesparten Zinsen und Zinseszinsen tilgt, dann kommt man in den nächsten 17 Jahren - so viel Zeit haben wir noch bis 2030 - nur auf ungefähr die Hälfte des Schuldenstandes von zurzeit zwischen 20 und 22 Milliarden Euro.

(Zuruf von der CSU: Sie wissen aber nicht, wie sich das Zinsniveau entwickelt!)

- Wie sich die Zinsen entwickeln, kann keiner sagen. Ich gehe einmal von 3 % aus; das ist für den Staat sehr günstig gerechnet. Über den Zinssatz können wir nachher noch reden.

(Zuruf von der CSU: Aber die Rechnung stimmt doch nicht!)

- Ich war im Kopfrechnen gut. Die Rechnung stimmt doch. Sie brauchen es bloß nachzurechnen.

Alle Unwägbarkeiten, die die Zukunft bringen kann, sind natürlich nicht eingerechnet. Der ESM ist schon genannt worden. Die Bundesrepublik soll zunächst für 190 Milliarden Euro haften; das Wort "haften" muss man wohl in Anführungszeichen setzen. Wenn allerdings die Hebelung käme, die jetzt im Gespräch ist, besteht ein erheblich höheres Risiko, weil 190 Milliarden Euro vorrangig haften. Der Haftungsfall für die 190 Milliarden Euro kann viel schneller eintreten.

Bei der EZB wird ein weiteres Risiko geschaffen. Es wurde schon angesprochen. Dieses Risiko ist überhaupt nicht abschätzbar. Bei meiner Rechnung müsste man derartige Unwägbarkeiten mitberücksichtigen.

Ich komme zurück zur bayerischen Schuldentilgung. Ich möchte hier nicht missverstanden werden. Ich fordere nicht, dass ein höherer Betrag eingesetzt wird, es sei denn, die Steuerschätzungen im November oder das Jahresergebnis 2012 ergeben weitere Spielräume. Ich stelle nur fest, dass es höchst unglaubwürdig ist, wenn Sie ein Ziel formulieren, es aber nicht konsequent verfolgen.

Wir fordern auch schon deshalb momentan keine höhere Tilgung, weil Ihr Haushaltsentwurf erhebliche Mängel hinsichtlich der vorhin genannten Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aufweist.

Als Erstes darf ich Bildung und Erziehung nennen. Im Doppelhaushalt wird zwar Geld eingesetzt, um einiges zu verbessern, aber es bestehen nach wie vor erhebliche Defizite, die es verhindern, unseren Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit zu gewährleisten. Gerade auch in diesem Bereich sind wir als eines der im Ländervergleich reichsten Länder Deutschlands keineswegs im Spitzenfeld zu finden.

Bei Bildung und Ausbildung ist die Chancengleichheit zwischen Kindern, die aus sozial schwächeren Familien kommen, gegenüber den Kindern aus bessergestellten Fa-

milien nicht gegeben. Wir müssen schon bei den Kindertagesstätten ansetzen, wenn wir hier eine Verbesserung erreichen wollen. Auf jeden Fall brauchen wir eine Qualitätsverbesserung, um allen Kindern die gleichen Chancen für ihr Leben zu geben. Dies gilt vor allem - das wissen wir - für Kinder mit Migrationshintergrund und für Kinder mit Entwicklungsdefiziten.

Herr Ministerpräsident, es wäre besser und vernünftiger, das von Ihnen geforderte Betreuungsgeld für eine Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten einzusetzen, als es mit der Gießkanne über das Land zu verstreuen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zwar wird das Betreuungsgeld aus Bundesmitteln gezahlt. Aber es dürfte keine große Schwierigkeit sein, die Mittel zur Verbesserung der Betreuung in den Kindertagesstätten über die Länder auf die Kommunen umzuschichten.

Den nächsten Handlungsbedarf sehen wir in den Schulen. Die Ganztagsschulen müssen weiter ausgebaut werden, um vor allem zu erreichen, dass möglichst viele Schüler einen Abschluss erreichen und damit die Chance bekommen, eine Berufsausbildung zu durchlaufen. Es darf nicht hingenommen werden, dass ein relativ hoher Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler keinen Schulabschluss erhält und dann auch keine Berufsausbildung bekommen kann.

Ich bin immer wieder bei Verabschiedungen aus der Berufsschule oder bei der Freisprechung von Junghandwerkern dabei. Da beobachte ich, wie wenig Kinder mit Migrationshintergrund überhaupt die Abschlüsse erreichen.

Weiter nenne ich die Hochschulen. Wir fordern nach wie vor die Abschaffung der Studiengebühren. Bayern ist nun bald das letzte Land, das weiterhin Studiengebühren erhebt. Wir sehen hierin eine Ungerechtigkeit gegenüber unseren Studenten, aber auch eine Beeinträchtigung der Chancengleichheit. Denn Studiengebühren halten junge Leute immer wieder davon ab, ein Studium aufzunehmen.

Nun zu den Kommunen. Der Finanzausgleich funktioniert gut. Er kann aber sicher noch verbessert werden. Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, möchte ich Sie, Herr Ministerpräsident - er unterhält sich gerade, aber er kriegt es wohl schon mit -, nochmals eindringlich auffordern, alles zu tun, dass das versprochene Bundesleistungsgesetz endlich vorankommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben dies der Bundeskanzlerin im Rahmen der Verhandlungen über den Fiskalpakt abgerungen. Aber ich habe den Eindruck, dass in letzter Zeit nichts mehr vorangegangen ist. Angeblich hat man es auf die Zeit nach 2013 verschoben.

Fakt ist, dass die Steigerungen bei der Eingliederungshilfe, die hauptsächlich die Bezirke zu tragen haben, mehr oder weniger die zusätzlichen Finanzausgleichsleistungen auffressen, sodass die Kommunen, die über Umlagen den Bezirk finanzieren, unter dem Strich genauso oder noch schlechter dastehen als vorher.

Wenn vorher Vergleiche mit anderen Bundesländern angestellt worden sind, muss man natürlich auch die unterschiedlichen Strukturen sehen. Sozialleistungen werden in anderen Bundesländern zum Teil von den sogenannten Landschaftsverbänden erbracht. Dabei gibt es auch staatliche Gelder. Man muss somit alle Fakten einrechnen, die die Kommunen besserstellen.

Unabhängig vom Bundesleistungsgesetz sind nach wie vor Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich erforderlich. Die Kommunen fordern seit Langem eine Anhebung des Kommunalanteils am Steuerverbund auf 15 %. Wir wollen natürlich nicht sofort so weit gehen, aber wir denken, dass diese Angleichung nach und nach erfolgen sollte.Wie das Geld im Detail eingesetzt werden soll, muss dann natürlich verhandelt werden. Morgen haben wir auch eine Anhörung zum kommunalen Finanzausgleich.

Nach wie vor - das ist heute schon angesprochen worden - haben die Gemeinden, die von starker Abwanderung betroffen sind, erhebliche Probleme, ihre Haushalte auszugleichen. Zwar sind im Finanzausgleich 2013 die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen auf 100 Millionen erhöht worden, aber über die Wirkung und Verteilung dieser Mittel besteht noch erhebliche Unsicherheit.

Nicht zufriedenstellend ist für die Kommunen nach wie vor der Zuschuss des Staates für die Schülerbeförderung und die Beteiligung der Kommunen an den Kompensationszahlungen des Bundes für die Kfz-Steuer. Sie haben zwar hervorgehoben, dass der Anteil an der Kfz-Steuer jetzt bei 51 % liegt und der Zuschuss zur Schülerbeförderung 60 % beträgt, aber ich muss doch immer wieder daran erinnern, dass der Zuschuss zur Schülerbeförderung ursprünglich bei 80 % lag und der Anteil an der Kfz-Steuer bei 65 %. Das haben Sie gekürzt und nie wieder angehoben.

Nachhaltiges Wirtschaften und die Lasten nicht in die Zukunft zu verschieben, bedeuten auch, sich rechtzeitig um das Vermögen des Staates zu kümmern. Das gilt insbesondere für den Bauunterhalt an staatlichen Straßen und Gebäuden. Der Rechnungshof stellt hier immer wieder erhebliche Mängel fest, die nur nach und nach ausgeglichen, aber nicht entscheidend verbessert werden. Im Ergebnis sind teure Sanierungen nötig oder, im Falle von Gebäuden, ein Abbruch und eventuell ein kostspieliger Neubau. Auch hier gibt es zwar etwas mehr Geld, das aber bei Weitem nicht ausreicht, um die Unterlassungen der Vergangenheit zu beheben. Gerade bei der jetzt guten Finanzsituation des Staates müsste ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass es der Staat mit der Substanzerhaltung seines Vermögens ernst meint.

Zusätzliche Mittel sind auch für die Energiewende notwendig. Ein ganz wichtiger Baustein der Energiewende ist die Energieeinsparung. Die energetische Sanierung staatlicher Gebäude und die Unterstützung der Sanierung kommunaler Gebäude müssen uns hier ein besonderes Anliegen sein. Gerade das Konjunkturpaket II hat gezeigt, dass hier erheblicher Handlungsbedarf besteht. Auch dafür sollten zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Beim Personal der Finanzämter - das wurde schon angesprochen - hat die Staatsregierung zwar nachgebessert. Allerdings sind mehr Stellen notwendig, um den dringendsten Bedarf abzudecken. Die Ausbildung von Finanzanwärtern muss noch verstärkt werden. Auch das ist eine Investition in die Zukunft; denn vom Rechnungshof wird immer wieder festgestellt, dass jeder Finanzbeamte, der zum Beispiel in der Prüfung tätig ist, ein Mehrfaches dessen für den Staat erbringt, als er selbst kostet.

Für die Justiz ist im Doppelhaushalt zwar eine Verbesserung zu sehen, aber der Bedarf ist noch nicht gedeckt. Ein funktionierendes Rechtswesen ist für unsere Wirtschaft ein wichtiger Standortfaktor, der uns gegenüber vielen Konkurrenten in der Welt Vorteile bringt. Bei den Rankings der besten Investitionsstandorte für internationale Unternehmen spielen Rechtssicherheit und ein Rechtswesen mit relativ kurzen Verfahrensdauern eine ganz wichtige Rolle.

Ein besonderes Kapitel sind der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage. Sie wollen den Versorgungsfonds und die Rücklage aufheben und stattdessen einen Pensionsfonds einführen. Die Einzahlungsbeträge in diesen Fonds liegen aber weit unter denen, die für den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage vorgesehen waren. Der Zweck des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage, die zusätzlichen Belastungen für den Staatshaushalt aufzufangen, wenn ab Mitte 2020 die Zahl der Pensionisten erheblich ansteigen wird, kann mit diesem Pensionsfonds nicht erreicht werden; das ist jetzt schon absehbar, meine Damen und Herren. Das heißt, dass ab diesem Zeitpunkt auf den Staatshaushalt erhebliche zusätzliche Belastungen zukommen werden. Je nach finanzieller Lage, die wir jetzt noch nicht abschätzen können, wird es heftige Diskussionen darüber geben, ob die Pensionen für die Beamten gerechtfertigt sind oder ob die Beamten in dieser Zeit diese Pensionslasten durch entsprechende Kürzungen ihrer Beamtengehälter tragen sollen.

Zum Schluss darf ich noch auf die Einnahmenseite eingehen. Ein Thema, das ich immer gerne anspreche: Obwohl es angekündigt war, ist die Darlehensrückführung durch die Flughafen München GmbH an den Freistaat und an die anderen Gesell-

schafter - Letzteres können wir natürlich nicht in unserem Haushalt verbuchen - nicht vorgesehen. Auch das werden wir einfordern, wobei wir nicht eine bestimmte Zweckbindung vorschlagen, sondern diese Mittel für den allgemeinen Staatshaushalt vorsehen, aus dem sie schließlich gekommen sind. Dazu müsste nach unserer Auffassung die Flughafen München GmbH, nachdem es ihr ihren eigenen Angaben zufolge wirtschaftlich sehr gut geht, eine Gewinnausschüttung mindestens in der Höhe der dann eingesparten Zinsen an den Freistaat leisten. Das wäre ein bescheidener Ausgleich dafür, dass die Flughafen München GmbH einen Betrag von fast einer Milliarde an Zinsen eingespart hat, weil sie einen für einen Darlehensnehmer einmaligen Darlehensvertrag erhalten hat. Sie muss nämlich nur dann Zinsen für das Darlehen zahlen, wenn sie Gewinne macht.

Ich will noch kurz die Kapitalaufstockung des Flughafens Nürnberg ansprechen, die auch im Haushaltsplan enthalten ist. Diese Kapitalaufstockung wird aus dem Grundstock vorgenommen. Ich kann Ihnen prophezeien, dass das Grundstockvermögen, das eigentlich nicht angetastet werden soll, um diesen Betrag geschmälert wird, wenn die Konkurrenzfähigkeit des Flughafens Nürnberg nicht gestärkt wird. Der Ausbau des Flughafens München durch die dritte Startbahn ist zwar meines Erachtens vom Tisch, aber wenn die Staatsregierung dieses Ziel weiterhin langfristig verfolgt, werden sich die Fluggesellschaften in der Hoffnung, dass sie irgendwann einmal für Punkt-zu-Punkt-Verbindungen Slots bekommen, nicht anderen Flughäfen zuwenden, zum Beispiel Nürnberg, um die Urlauber in die Urlaubsgebiete - Antalya oder Mallorca - zu bringen.

Zuletzt möchte ich noch eine besondere Eigenart ansprechen, die mir aus anderen Haushalten nicht bekannt ist. Das ist das Spielgeld für die Abgeordneten, diese 40 Millionen, die im Haushalt ausgebracht worden sind. Es ist unglaublich, dass hier Beträge ohne eine bestimmte Zweckbindung ausgewiesen werden, damit jeder Abgeordnete - natürlich nur die Abgeordneten der Koalition - in seinem Stimmkreis den Wählern ein Wunschprojekt verkaufen kann. Wir werden natürlich versuchen, diese Mittel auch in

Anspruch zu nehmen. Wir werden dann sehen, ob es eine Art Gleichbehandlung der Abgeordneten gibt.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Staatsregierung gibt das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus, ohne die richtigen und nachhaltigen Konzepte für die Zukunft Bayerns zu haben. Die Menschen im Freistaat dürfen nach dieser Politik nach Kassenlage nicht darauf vertrauen, dass diese Staatsregierung kontinuierlich an der Verbesserung ihrer Zukunftschancen arbeitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Pointner. Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Stamm von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Bayern steht gut da; daran gibt es keinen Zweifel. Man muss aber nicht besonders genau hinschauen, um die riesigen Berge an versteckten Schulden zu sehen, um zu sehen, dass die Staatsregierung keine Vorsorge für die Zukunft trifft, also auf Kosten unserer Kinder haushaltet, dass es die PR-Abteilung ist, die im Haushalt am besten funktioniert, und dass die Tilgung aller Schulden allein aus den Rücklagen passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss nicht besonders genau hinschauen, um zu erkennen, dass dieser Doppelhaushalt als reiner Wahlkampfhaushalt aufgestellt ist.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Man sieht, dass falsche bzw. keine Prioritäten gesetzt werden, und man sieht leicht, dass das Landesbankdebakel wieder einmal unter den Teppich gekehrt wird. Man sieht, dass der Schuldenabbau bis 2030 nichts weiter als ein prosaischer Satz im

Haushaltsgesetz ist; Kollege Volkmar Halbleib hat das schon angesprochen. Dieser Haushalt ist alles andere als nachhaltig und gerecht.

Ich könnte Sie allerdings zuerst einmal auch loben, weil sie in punkto Steuerverwaltung tatsächlich endlich einmal auf uns gehört haben.

(Beifall des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Bayern stellt im Zeitraum dieses Doppelhaushalts zwar Anwärter und Anwärterinnen für die Finanzverwaltung ein - wir haben das jahrzehntelang gefordert, und Finanzminister Söder hat uns GRÜNEN offenbar endlich zugehört -, aber das geschieht erstens viel zu spät.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und viel zu wenig!)

Zweitens ist es eine aufholende Entwicklung, wie man es in den Entwicklungsländern nennt, und außerdem geht diese Entwicklung in Bayern viel zu langsam und zu widerwillig voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen nämlich drittens noch sehr viel mehr Personal in der Steuerverwaltung. Bislang nehmen wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern wirklich in jedem Punkt den allerletzten Platz ein. Dabei will doch Bayern immer spitze sein.

Es sind immer noch viel zu wenige. Deshalb werden wir in den Beratungen zu diesem Doppelhaushalt mit unseren Anträgen weiter Druck machen. Denn Bayern kann mehr. Mantramäßig betonen wir, dass Beamte und Beamtinnen der Finanzämter den Staat nichts kosten, vielmehr bringen sie dem Staat ein Vielfaches dessen, was sie an Personalkosten verursachen.

Bayern hat bislang mit seiner Politik indirekt eine Standortpolitik und Wirtschaftsförderung betrieben, um Millionäre nach Bayern zu locken. Vielleicht gibt es ja jetzt ein Einsehen, wenn das auch wie immer viel zu spät kommt.

Ein anderes Beispiel sind die Krippen. Früher war es Teufelszeug.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genauso war es!)

Auch hier hat Ihnen unser jahrelanger Druck geholfen, endlich die bayerische Wirklichkeit wenigstens ansatzweise wahrzunehmen, so, wie sie ist, und nicht, wie Sie sie gerne hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE können das eben besser.

Beispiel Atomkraft. Zunächst war Ihre unbedingte Haltung: Ohne Atomkraft würden Deutschland und Bayern als Industriestandorte zusammenbrechen. Dann, nach dem schrecklichen Gau in Fukushima, tat die CSU so, als ob sie die treibende Kraft beim Atomausstieg sei. Wenn der Anlass nicht so tragisch gewesen wäre, gäbe das viel Grund zur Erheiterung. Es ist eine geradezu bizarre Selbsteinschätzung; das zeigt sich, wenn man genauer hinsieht. Ihre Energiewende ist mehr Schein als Sein. Nein, es ist nicht nur mehr Schein als Sein, sondern der Schein ersetzt das Sein in Gänze.

Es ist schon darauf hingewiesen worden: Bayern braucht eine stärkere energetische Sanierung der staatlichen Gebäude. Ich sage, wir brauchen keinen neuen Straßenbau, sondern eine komplett andere Verkehrspolitik, um die Energiewende hinzubekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie spät und widerwillig die CSU akzeptiert, wo der Hase langläuft. Doch Bayern hat Besseres verdient; Bayern kann mehr. Wir wollen und werden Bayern nachhaltiger und gerechter gestalten. Wir wollen einen ehrlichen Haushalt. Transparenz und Wahrheit sind die Grundpfeiler eines jeden Haushalts. Dieser Haushalt ist alles andere als ehrlich, genauso wie Ihre Politik auf der großen Ebene auch. Wir haben uns lange anhören müssen, wie Sie Politik betrei-

ben; das scheint zum Markenzeichen der CSU zu werden. Wir nehmen die Euro-Rettungsmaßnahmen und das, was Sie dazu gesagt haben, als Beispiel. In Brüssel schreit die CSU - namentlich Herr Ferber - Hurra. In Berlin stimmen Sie alle bis auf ein paar wenige Rebellische unter Ihnen zu und hier in München müssen wir uns populistische, tumbe Sprüche anhören, und das nicht nur in Interviews im Sommerloch, sondern auch hier im Plenum, Herr Minister Söder!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihrer Rede gerade habe ich mir überlegt, ob der Haushaltsausschuss nicht bereits heute im Bierzelt ist und nicht erst morgen Abend, wozu Sie uns eingeladen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern hat nach Jahren tatsächlich wieder einmal rechtzeitig den Haushalt aufgestellt, nämlich bereits vor dem Jahr des Inkrafttretens. Dafür ein ganz dickes Lob an den neuen Finanzminister. Nachdem sein Vorgänger Fahrenschon offiziell zu den Sparkassen ging und dort Präsident geworden ist, ist Minister Söder bei all dem Hin und Her in der Nachfolgesuche zunächst nur eine Notlösung gewesen. Zumindest wirkte dieses Hin und Her so. Wenn man sich nun ansieht, wie der oberste Herr im Finanzministerium mit dem Geld der Steuerzahler umgeht, ist es tatsächlich eine Notlösung. Herr Söder nutzt das Finanzministerium als Ort, um sich selbst zu präsentieren. Es hat sich dort ein Imagewandel ohne Ende vollzogen. Sieht man sich die Webseiten an, findet man keine Zahlen, was man bei einem Haushalt eventuell erwarten könnte, sondern man sieht ein Foto von Minister Söder nach dem anderen: einmal mit Schwänen in einer Grotte, einmal hier, einmal dort.

(Alexander König (CSU): Nur kein falscher Neid! - Volkmar Halbleib (SPD): Eine Oase der Erholung!)

Es wirkt wie eine Werbeseite für eine Versicherung: statt dem netten Herrn Kaiser jetzt der nette Herr Söder. Das ist die neue Webseite des Finanzministeriums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit nicht genug. Nach den diversen Finanzempfängen, die unter einem Markus Söder neu eingeführt wurden - auch das eine Möglichkeit, sich zu produzieren und zu profilieren -, wird soeben einmal eine neue Titelgruppe in dem Haus im Einzelplan 06 eingeführt, um Orden und Nadeln zu verleihen. Genaues weiß man allerdings nicht.

Finanznadeln, überreicht von Minister Söder? Oder gibt es künftig den Orden für einen reuigen Steuersünder, der aus der Schweiz zurückkehrt? Werden damit vielleicht auch die Beamtinnen und Beamten entlohnt, die trotz des Personalmangels und der hohen Arbeitsdichte jahrzehntelang anständig bis sehr gut geprüft haben, wie es der Ländervergleich zeigt? Oder gibt es vielleicht sogar Unternehmen, die kommen und sagen: Hören Sie mal zu. Wir sind so und so lange nicht mehr geprüft worden, wollen aber Steuern zahlen, weil wir wissen, dass unsere Solidargemeinschaft genau davon lebt, dass wir Steuern zahlen, in Straßen investieren und auch genügend Lehrerinnen und Lehrer bezahlen müssen?

Solidarität ist das Stichwort für Ihr Wahlkampfgerassel. Was wollen Sie eigentlich, Herr Minister Söder und Sie, Herr Ministerpräsident Seehofer? Aus Europa und aus der Bundesrepublik aussteigen? Wird Bayern sich auf eine Insel verlagern oder wird Bayern dann zu einer einsamen Insel? Was glauben Sie, wer in der Welt, in Deutschland dann noch die bayerischen Autos kaufen wird? Bayern lebt doch von den Exporten und seinem Image. Das geht aber nicht mit Ihren tumben Sprüchen.

(Reserl Sem (CSU): Wenn Sie doch nicht alles kaputtreden wollten!)

Soweit denken Sie überhaupt nicht, weil Sie sowieso nur an das Wahljahr denken und an Ihre PR.

Auch wir GRÜNE wollen einen anderen Länderfinanzausgleich, aber es muss ein gerechterer für beide Seiten, für Nehmer- und Geberländer sein, einer, der Anreize schafft, tatsächlich Steuern zu erheben und auch in Bayern für Steuergerechtigkeit zu

sorgen. Hören Sie bitte mit Ihren tumben Sprüchen auf. Der Länderfinanzausgleich ist bescheuert, das stimmt. Aber erarbeiten Sie endlich ein Konzept, verhandeln Sie mit den anderen Bundesländern. Handeln Sie tatsächlich so, als ob wir in einer Solidargemeinschaft lebten. Kommen Sie nicht immer mit Ihrem dummen Wahlkampfgerassel daher und reden Sie nicht immer von Klagen, ohne dass überhaupt etwas da ist, geschweige denn eine Klageschrift existiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Public relations, das ist das, was gut in der bayerischen Haushaltspolitik funktioniert, spätestens seit Herr Söder der oberste Dienstherr im Finanzministerium ist. Da geht es mehr um Schein als um Sein. Der Posten für die Öffentlichkeitsarbeit ist in allen Einzelplänen gestiegen. Sein eigener Einzelplan ist jetzt im Wahljahr sogar um das Vierfache erhöht worden. Wer da Böses denkt!

Das, was wir in den Händen halten, ist ein Wahlkampfhaushalt. Die Ausgaben sollen um zwei Milliarden steigen. Das haben wir bereits gehört. Wenn man die Geschichte der Haushalte anschaut, sieht man: Das hat Tradition. Besser erkennt man es noch, wenn man die Ausgaben für die Investitionen ansieht. Der erste große Anstieg lag im Jahre 2002. Wir erinnern uns: Edmund Stoibers Kanzlerkandidatur stand bevor. Die Ausgaben sind damals auf knapp fünf Milliarden Euro gestiegen.

Dann kam die Landtagswahl 2003; damals stiegen die Ausgaben nochmals auf 5,1 Milliarden. Nun könnte man sagen, Ausgaben für Investitionen seien gut für unser Land. Aber warum fallen sie im Jahre 2004 dann rasant auf vier Milliarden zurück? Das ist durchsichtig. Die Ausgaben sinken dann weiter bis zur Landtagswahl im Jahre 2008. Zur Landtagswahl 2008 stiegen sie wieder an. Aber vielleicht sind sie nicht genügend gestiegen und vielleicht ist damit auch die Niederlage des damaligen Ministerpräsidenten aus Franken zu erklären. Also nicht die Dirndlverweigerung seiner Frau oder irgendwelche Zwei-Maß-Sprüche oder seine Herkunft, sondern einfach weil im

entsprechenden Haushalt nicht genügend Geld für den Wahlkampf, fürs Ausgeben bereitgestellt war, um Wohltaten im Land verbreiten zu können.

Für diese Wahl haben Sie nun gut vorgesorgt. Im Haushaltsjahr 2013 steigt das Investitionsvolumen massiv an. Wir liegen jetzt mit dem neuen Entwurf bei 5,7 Milliarden Euro. Die Staatsregierung setzt mit diesem Haushaltsentwurf auf Wachstum, Wachstum, Wachstum. Immer höher, weiter, schneller, ganz nach Ihrem Motto, Herr Minister Söder. Aber passen Sie auf, nicht zu hoch hinaus zu wollen, denn Sie könnten sonst möglicherweise wie Ikarus verbrennen. Bei Wikipedia ist zu lesen, der Ikarus-Mythos werde im Allgemeinen so gedeutet, dass Absturz und Tod des Übermütigen die Strafe der Götter für seinen unverschämten Griff nach der Sonne sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Volkmar Halbleib (SPD): Das war der Guttenberg!)

2013 passiert der Glaube an Wachstum, Wachstum, Wachstum, ohne Umstrukturierungsvorschläge in diesem Haushaltsentwurf, mit Geschenken unterm Arm und einem auch noch ausgeglichenen Haushalt.Im Jahre 2014 ist die Wahl vorbei. Der Haushalt wächst weiterhin um 1,5 Milliarden Euro. Allerdings wird dieser Haushalt bereits mit einem Finanzierungssaldo von 215 Millionen Euro veranschlagt. Das bedeutet, die Einnahmen decken nicht die Ausgaben. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen: Die Staatsregierung, die Steuern ohne Ende einnimmt und posaunt, dass wir in 18 Jahren schuldenfrei sind, und sich als Oase der Stabilität verkauft, stellt nach der Wahl einen Haushalt auf, der einen Finanzierungssaldo aufweist.

Schauen wir uns einmal die Rücklagen an. Das ist bereits angesprochen worden. Diese schmelzen nicht wie das Eis in Zeiten des Klimawandels, sondern tatsächlich wie Speiseeis in der Sonne. Ende des Jahres 2011 betrug der Stand der Rücklagen 3,7 Milliarden Euro. Nach der Wahl beträgt der Stand der Rücklagen nach ihrer eigenen Haushaltsaufstellung 2,2 Milliarden Euro. Der Rücklagenstand wird im Jahre 2014 voraussichtlich 1,8 Milliarden Euro betragen. Konkret bedeutet das: Die Staatsregierung haushaltet auf Kosten unserer Kinder. Ich vermisse schon die Unruhe. Wie kann

man so etwas sagen? Wie kann man im Hinblick auf die Schuldentilgung davon sprechen, dass wir auf Kosten unserer Kinder haushalten? Sie tilgen jedoch auf Kosten der zukünftigen Generationen. Die Tilgung lässt sich gut verkaufen. Das ist eine bessere PR-Geschichte. Auf diese Weise wird man gerne und gut landauf und landab gefeiert, anders als wenn man zum Beispiel den Pensionsfonds anständig bedienen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert im Jahre 2030, wenn wir auch nach Ihren eigenen Berechnungen sechs bis sieben Milliarden Euro alleine an Pensionsverpflichtungen haben werden? In 18 Jahren müssen wir alleine für die Pensionen, nicht für die Beamten im Dienst, sechs bis sieben Milliarden Euro aufbringen. Was wird dann passieren? Mit einer Schuldenbremse, die zu diesem Zeitpunkt in Kraft treten wird, dürfen eigentlich keine Nettokredite aufgenommen werden. Das sind keine Umstände, die nicht vorhersehbar gewesen wären. Es handelt sich auch nicht um Notfälle. Lieber Herr Söder, Ihren Kindern wird nichts anderes übrig bleiben, als Kredite aufzunehmen, um die Beamtinnen und Beamten im Ruhestand zu versorgen. Das ist allerdings nicht die ganze Wahrheit. Die ganze Wahrheit lautet: Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, so wie Sie haushalten und wirtschaften, müssen zwangsläufig die Pensionen gekürzt werden. Es wird nicht anders funktionieren. Diese Wahrheit sollten Sie Ihren Beamtinnen und Beamten einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wer heute einen Pensionsfonds auflöst - das machen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf -, diesen vorgestern erst eingeführt und gestern bereits nicht mehr bedient hat, der muss seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Wahrheit sagen und ehrlich sein. Wenn man schon über Gerechtigkeit und Wahrheit redet, muss man dem einfachen Polizisten, der auf der Straße Schichtdienst leistet und Streife fährt, sagen: Wir werden uns deine Pension nicht leisten können. Denken Sie an die nachfolgenden Generatio-

nen und sorgen Sie einigermaßen für das, was die Beamten im Ruhestand kriegen werden. Lösen Sie den Pensionsfonds nicht auf, sondern lassen Sie ihn in voller Höhe weiterlaufen. Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zur Auflösung des Fonds zurück. Haushalten Sie endlich wirklich generationengerecht und nicht nach kurzfristigen Show- bzw. PR-Effekten heischend.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dieses Jahr tilgen Sie gut 500 Millionen Euro Schulden. Das nehmen Sie aus der Rücklage, um damit andere Verbindlichkeiten zu bedienen. Das ist ein Taschenspielertrick. Das muss man noch einmal betonen: Sie sparen gar nicht, ganz im Gegenteil. Der Haushalt wächst und wächst und wächst. Die Tilgung erfolgt auf Kosten der Rücklagen. Sie verfrühstücken unsere Rücklagen und sorgen trotzdem nicht nachhaltig und gerecht für die Zukunft vor. Bayern kann aber mehr. Bayern hat mehr verdient.

Sie tilgen Ihre Schulden auf Kosten der Vorsorge für die Beamten. Sie tilgen Schulden auf Kosten unserer Studierenden in Bayern. Bayern steht als vorletztes Land fast alleine da und hält starr an den Studiengebühren fest. Investieren Sie lieber in die Zukunft und tun Sie etwas dafür, dass der Abschluss eines Kindes auch in Bayern nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Um nachhaltig zu haushalten, muss der Haushalt umstrukturiert werden. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Das vermisst dieser Haushalt wie jeder Haushalt vorher.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Wir setzen ganz klare Prioritäten. Wir schichten im Haushalt zugunsten der Energiewende, der Inklusion und der Bildung um. Bildung heißt bei uns von ganz klein bis inklusive Studium. Deswegen sind wir für die Abschaffung der Studiengebühren und mehr Grundlagenforschung - nicht so viele kleine Geschenkchen, nicht so viele Mittel für irgendwelche Projekte, die aus dem Einzelplan 07 bedient werden und im Rahmen derer man im Jahre 2013 einen Spatenstich nach dem anderen setzen kann.

Sie setzen entweder keine oder die falschen Prioritäten. Wer profitiert denn von Ihrem angeblich kostenfreien Kindergartenjahr? Heute war es schon ein bisschen ehrlicher. Sonst ist es immer als kostenfreies Kindergartenjahr verkauft worden. Es ist eben nicht kostenfrei. Die Beiträge werden lediglich reduziert. Genau diejenigen, die sich die reduzierten Beträge leisten können, profitieren davon. Diejenigen, die wenig verdienen, bezahlen entweder gar nichts oder fast nichts für den Kindergarten.

Grundsätzlich wollen wir auch, dass die Vorschule kostenfrei ist. Selbstverständlich ist das unser Fernziel. Man muss mit dem Geld, das man hat, jedoch haushalten. Momentan müssen wir in die Qualität investieren, in einen anderen Stellenschlüssel. Und wir müssen es auch endlich schaffen, eine bessere Bezahlung und Anerkennung von Erzieherinnen und Erziehern hinzukriegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Und das ist für mich ganz klar, und sagen Sie nicht wieder: Das geht nicht. Nehmen Sie endlich das Geld von Ihrem Projekt "CSU-allein-Zuhause"; es ist definitiv so: Sie sind ganz allein auf weiter Flur - CSU allein zu Hause. Wirtschaftsverbände, katholische Verbände und alle sagen, dieses Betreuungsgeld ist widersinnig und setzt die falschen Anreize. Falsches wird dadurch nicht besser, dass man weiteren Kuhhandel betreibt. Nehmen Sie das Geld und geben Sie es den Fachkräften, die für unsere Kinder verantwortlich sind. In dieser Verantwortung müssen Sie endlich einmal entsprechend bezahlt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

- Ich verstehe Sie nicht. Das ist wahrscheinlich auch besser.

Schuldenfrei im Jahre 2030 - das ist ihr leeres Schlagwort. Ein wichtiger Pfeiler ist dabei die Kosteneinsparung beim Personal. Wie soll das denn gehen? Personalabbau funktioniert nur mit Aufgabenkritik. Machen Sie das endlich. Sie ziehen wieder nach

Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes Personal ein und prüfen nicht, ob der Mensch gebraucht wird oder nicht. Das ist keine Personalpolitik, die Sie betreiben. Auch wir wollen einen schlanken Staat, aber nur, wenn es sinnvoll ist. Deswegen werden wir im Laufe der Doppelhaushaltsberatungen einen Antrag stellen, mit dem wir Sie auffordern, endlich Ihrer Aufgabe nachzukommen. Sie sollen prüfen, an welchen Stellen Personal benötigt wird, und dieses nicht einfach pauschal nach Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes einkassieren. Wir werden auch wieder den Antrag stellen, dass der Landtag - -

Heute habe ich viel über das Selbstbewusstsein eines Parlaments lesen können. Wir werden mit unserem Antrag dazu auffordern, dass sich der Landtag endlich an seinen eigenen Beschluss halten soll, nämlich genügend Geld für den Bauunterhalt einzustellen. Im Jahre 1999 hat dieses Hohe Haus das beschlossen. Es hat beschlossen, endlich mehr und genug Geld für den Bauunterhalt einzustellen. Mit dem letzten Doppelhaushalt ist das einkassiert, 20 % pauschal rasiert worden. Mit diesem Doppelhaushalt wird das nicht nachgeholt. Tun Sie dies endlich. Damit verkommen unsere Gebäude und unser Eigentum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auffällig ist, dass relativ viel Geld in den Bauunterhalt der Schlösser- und Seenverwaltung fließt. Dies würde ich grundsätzlich für gut befinden, wenn ich nicht vermuten müsste, dass dieses Geld für Fotoposier-Aktionen auf der Website des Finanzministeriums dienen soll. Aber egal, auch da sehen wir das Gute. Wir wollen unser Kulturerbe erhalten. Das ist die ureigenste Aufgabe des Staates. Die Priorität muss auf Erhalt und Sanierung und nicht auf Neubau, Neubau, Neubau gelegt werden. Sie können sich aussuchen, welche drei Projekte ich damit meine.

Das Absurdeste, was den Bauunterhalt anbelangt, werden wir diese Woche im Haushaltsausschuss beraten. Der Staat verkauft tatsächlich einen Turm für einen Euro an eine Gemeinde, weil dieser so baufällig ist, dass ihn niemand mehr betreten darf.

Warum ist der Turm so baufällig? Es ist kein Bauunterhalt angesetzt worden. Das ist wirklich unglaublich. Es ist noch nicht einmal geprüft worden, ob es weiterhin Staatsbedarf gibt oder nicht. Dieser Turm ist einfach so baufällig, dass der Staat ihn nicht mehr sanieren möchte. Deswegen drückt man ihn an eine Gemeinde für einen Euro ab. Jetzt ist ein Museum drin. Diese Geschichte zeigt, dass es uns auf lange Sicht auf die Füße fällt, wenn wir Gebäude nicht unterhalten. Diese versteckte Verschuldung kommt uns teurer. Das, was Sie tun, ist alles andere als nachhaltiges Haushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis zu diesem Punkt ging es mir nur um die Ausgaben. Die Ausgaben, die der Staat tätigt, müssen sinnvoll sein und die Ausgaben, die der Staat macht, müssen sich auf Staatsaufgaben beziehen. Dort muss genau hingeschaut werden. Es sollten nicht merkwürdige Projekte gefördert werden, die in den Aufgabenbereich der Industrie fallen. Derartige Projekte sollten nicht wahlkampfbedingt in den Haushalt geschrieben werden.

In diesen Tagen wurde über den Armutsbericht diskutiert. Die Zahlen haben wir bereits vom Kollegen Halbleib gehört.Es ist eine Diskussion über die Einnahmenseite und darf bei einer Haushaltsdebatte auch nicht fehlen. Versuchen Sie bitte nicht wieder eine Steuersenkung ohne Gegenfinanzierung. Wir brauchen die Einnahmen, um die Aufgaben des Staates zu erfüllen. Schließen Sie sich auf Bundesebene einer sinnvollen Bundesratsinitiative an, wie es die eines rot-grün-orange-geführten Bundeslandes ist, nämlich eine Vermögensabgabe einzuführen. Es schadet nicht, sich öfter einer sinnvollen Bundesratsinitiative - Stichwort Frauenquote - anzuschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch hier werden Sie schon noch merken, wo der Hase langläuft. Es reicht nicht, nur das Jahr der Frauen auszurufen und das war es dann. Oder vielleicht ja eine … naja, das lass’ ich jetzt hier. - Nein, lieber nicht.

Es gibt viele Menschen mit Vermögen und Reichtum, die sich beteiligen wollen und die sagen: Wir wissen, dass der Staat Geld braucht. Sie wollen sich beteiligen, damit die öffentlichen Aufgaben erfüllt oder Schulden abgebaut werden können. Sie wollen sich aber nur dann beteiligen, wenn sie wissen, dass das Geld in richtigen und guten Händen ist.

Zum Schluss noch eine kleine Anekdote: Als ich in den Haushaltsausschuss nachgerückt bin, saßen wir am Frühstücktisch. Als ich darüber geredet habe, hat mich meine große Tochter ernsthaft gefragt: Musst du, wenn du in den Haushaltsausschuss gehst, da auch putzen? Erst mal hab ich natürlich geschmunzelt. Ich finde aber, sie hat tatsächlich gar nicht unrecht, weil dieser Haushalt, der Doppelhaushalt 2013/2014, viel Anlass zum Aufräumen und zum ordentlich Rauskehren gibt. Einmal mehr haben Sie den Haushalt nicht aufgeräumt, Sie haben nicht geputzt, sondern überall ein bisschen mehr draufgesattelt, überall noch ein bisschen mehr, damit im großen Wahljahr landauf, landab die Wohltaten verteilt werden können und ein Spatenstich nach dem anderen getan werden kann. Aber Bayern kann mehr, nämlich auch nachhaltig und gerecht haushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Stamm, auch für Ihre interessanten Einblicke in die Arbeit des Haushaltsausschusses. Als Nächster hat Herr Kollege Karsten Klein von der FDP das Wort.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über den Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014. Wir diskutieren über einen Entwurf. Dieser Entwurf, der hier vorgelegt wird, ist der erste mit einem echt ausgeglichenen Haushalt. Es darf uns alle mit Freude erfüllen, dass wir es geschafft haben, in dieser Legislaturperiode nicht nur ausgeglichene Haushalte, das heißt Haushalte ohne Neuverschuldung, vorzulegen, sondern auch, einen Haushalt in das Parlament einzubringen, der echt ausgeglichen ist. Es war nicht immer einfach,

den Geist in den Haushaltsverhaltungen aufrechtzuerhalten, der an die künftigen Generationen und eine solide Haushaltspolitik erinnert. Man darf an dieser Stelle durchaus sagen, dass die FDP einen direkten Anteil daran hatte, dass dieser Geist wach gehalten wurde.

(Beifall bei der FDP)

Der Rücklagenstand ist nach vor hoch. Wir werden am Ende dieses Doppelhaushalts immer noch Rücklagen und Reserven im Umfang von 2,3 Milliarden Euro haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gespeist aus der Landesbank!)

Wir kennen die vom Obersten Rechnungshof angestoßene Diskussion, wonach die vom Freistaat Bayern angehäuften Rücklagen zu hoch sein sollen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns für gute Zeiten wappnen und die Rücklagen hochhalten. Wichtig ist aber auch, mehr darüber hinaus zu tun. Sie werden in diesem Haushalt auch die Fortsetzung dessen finden, was in Bayern und Europa einzigartig ist, nämlich die Schuldentilgung. Wir tilgen auf der Grundlage dieses Haushalts nochmals über eine Milliarde Euro. Damit - das ist unser und mein erklärtes Ziel - werden wir am Ende der Verhandlungen soweit sein, dass wir die Rückzahlung dieser Schulden auf den Weg gebracht haben, nachdem wir 10 % Haushaltsschulden 2008 übernommen haben, nämlich 21,6 Milliarden Euro. Das ist ein großer Erfolg dieser Koalition aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP)

Nichts macht die Unterschiede zwischen den Politikansätzen von Grün-Rot und Schwarz-Gelb deutlicher als Schuldenpolitik und Staatsverschuldung. Baden-Württemberg war eine Perle der deutschen Industriekultur, die eine schwarz-gelbe Regierung dort abgeben musste.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Halbleib zu?

Karsten Klein (FDP): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

In der Zeit mit den besten Steuereinnahmen bringt es Grün-Rot in Baden-Württemberg fertig, 3 Milliarden Euro Neuverschuldung auf den Weg zu bringen. Während in Baden-Württemberg 3 Milliarden Euro Neuverschuldung auf den Weg gebracht werden, tilgen wir in Bayern über 2 Milliarden Euro.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): 10 Milliarden habt ihr aufgenommen!)

Zwischen 3 Milliarden Euro Neuverschuldung in Baden-Württemberg bei Grün-Rot und 2 Milliarden Tilgung in Bayern - Schwarz-Gelb - liegen 5 Milliarden Euro. Das sind Welten in der politischen Kultur.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Strategie ist klar: Basierend auf einem ausgeglichenen Haushalt haben wir die Struktur des Haushalts klar vor Augen. Indem wir die Schulden tilgen und damit strukturelle Ausgaben zurückfahren, stärken wir die Investitionskraft und die Investitionsmöglichkeiten des Freistaats. Wir investieren in Bayern wie kein anderes Land in die Zukunft.

Das alles ist natürlich kein Selbstzweck. Mit diesen Investitionen stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern in Bezug auf die Unternehmen und die Arbeitsplätze. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist ausschlaggebend für das, was Sie immer wieder negativ darstellen - Kollegin Stamm hat es gerade wieder getan -, nämlich das Wachstum. Ohne Wachstum ist der Erhalt des Wohlstands in diesem Land nicht möglich. Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger interessiert.

(Beifall bei der FDP)

Es geht um den Wohlstand, der hier über Jahrzehnte erarbeitet worden ist. Dafür leisten wir mit unserer Politik die Rahmenbedingungen und bilden ein solides Fundament.

Dieses Wachstum sorgt für Wohlstand und bildet die Grundlage für unser politisches Handeln, nämlich die Steuereinnahmen für den Freistaat zu sichern. Dabei schließt sich der Kreis. Sie stellen dabei fest, dass wir als einzige Kraft einen ganzheitlichen politischen Ansatz verfolgen, anstatt nur markante Schlagzeilen zu produzieren.

(Beifall bei der FDP)

Diese Erfolge, die ich gerade angeführt habe und die Ihnen vielleicht nicht schmecken, lassen sich messen. Wenn Sie auf die Internetseite des Steuerzahlerbundes in Bayern gehen, dann werden Sie dort eine Schuldenuhr sehen, die aktuell beim Zuwachs der Schulden eine Null aufweist. Das ist nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland einzigartig: eine Schuldenuhr, die nicht weiterläuft. Wenn der Steuerzahlerbund am Ende des Jahres noch die Milliarde abzieht, die wir getilgt haben, dann ist es das erste Mal, dass in einer solchen Größenordnung eine Schuldentilgung vorgenommen worden ist. Das ist sehr erfreulich und ein guter Tag für Bayern.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wie viel Zinsen sind bei der Landesbank aufgelaufen?)

Der Erfolg ist auch beim Finanzierungssaldo messbar. Der Finanzierungssaldo aus dem Regierungshandeln der FDP ist positiv. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, und zwar nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland und Europa. Einen ausgeglichen Haushalt und einen positiven Finanzierungssaldo werden Sie nirgends anders finden.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Politik hat die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen, den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger und die Handlungsfähigkeit der aktuell Regierenden und unserer Kollegen im Bayerischen Landtag im Blick. Das zeigt der Haushaltsentwurf 2013/2014. Er ist eine Etappe unseres politischen Handelns in der Regierungsarbeit, die sich noch einige Jahrzehnte hinziehen wird. Lassen Sie mich kurz an dieser Stelle

auf ein paar gemeinsame Erfolge dieser Koalition eingehen, die in diesem Haushaltsentwurf sichtbar werden. Ich finde, es ist gut, dass Sie an dieser Stelle äußerst nervös werden. Ich kann Ihnen nur zurufen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition: Ihre Nervosität ist berechtigt. Sie werden auch die nächsten zehn Jahre noch auf der Oppositionsbank sitzen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich kurz einige FDP-Erfolge schildern. Zunächst möchte ich auf das Feld der Familienpolitik eingehen. Die Familien haben jegliche Unterstützung von uns verdient. Gerade die jungen Familien in Bayern sind es, die das Rückgrat unserer Leistungsträger bilden. Es ist deshalb richtig, dass wir mit diesem Haushalt, mit dem Nachtragshaushalt 2012 und dem Doppelhaushalt, den Startschuss für das kostenfreie letzte Kindergartenjahr geben.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben lange dafür kämpfen müssen und viele Zahlen diskutiert. Ab 01.09.2012 gibt es im letzten Kindergartenjahr 50 Euro für die Familien und im nächsten Jahr, ab 01.09.2013, 100 Euro. Das ist ein guter Tag für die Familien in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte den Ausbau der Krippenplätze erwähnen, der hier schon oft genannt wurde. Wir haben eine beispiellose Aufholjagd mit dieser Staatsregierung aus CSU und FDP gestartet.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sind wir im Jahr 2008 noch mit einer Mittelausstattung von 13 Millionen Euro gestartet, so liegen wir heute im Doppelhaushalt bei 436 Millionen Euro.

(Beifall bei der FDP)

Das sind Steigerungen von über 400 Millionen Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wirklicher Kraftakt. Wem die Millionenzahlen zu schwer verständlich sind, für den will ich aufzeigen, wie sich die Betreuungsquote entwickelt hat. Die Betreuungsquote, die wir 2008 in der Koalition vorgefunden haben, lag bei 13 %. Wir werden, und das ist die klare Botschaft und die Leistung dieser Koalition, nach den Hochrechnungen am Ende des nächsten Jahres bei 38 % liegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, als sich die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gemacht hat, die Betreuung der Kinder unter drei Jahren in die Hand zu nehmen, war man in der Bundesrepublik der Meinung, dass Bayern keinen Wert über 31 % erreichen werde. Wir erreichen aber nicht nur das bundesdeutsche Ziel, sondern wir liegen auch bei Weitem über diesem Ziel.

(Volkmar Halbleib (SPD): Durch die sozialdemokratischen Kommunen! Schauen Sie beispielsweise mal nach München!)

Wer jetzt noch glaubt, dass man für diese Leistung kein engagiertes und überzeugtes politisches Handeln benötigt, der weiß nicht, in welcher Welt wir leben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben zum wiederholten Mal den Anstellungsschlüssel und damit die Betreuungsqualität in den Krippen- und Kindereinrichtungen verbessert. Wir haben die Ganztagsschulangebote mit diesem Haushaltsentwurf auf über 4.700 erhöht. Dafür werden wir noch einmal zusätzlich 427 Millionen Euro in die Hand nehmen. Das zeigt, dass der Weg, den diese Koalition aus FDP und CSU eingeschlagen hat, richtig ist. Wir sind nicht der Meinung, dass wir den Menschen und den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern vorgeben, wie sie ihr persönliches und ihr gesellschaftliches Leben zu organisieren haben, sondern wir nehmen die Entwicklung in der Gesellschaft ernst, greifen die Probleme auf und transferieren sie in politisches Handeln. Das ist doch der Kraftakt dieser Koalition!

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Und was ist mit dem Betreuungsgeld?)

Wir Liberale sind da sicher unverdächtig. Ein weiterer sehr großer Erfolg ist im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik gelungen. Wenn man sich überlegt, dass wir in den letzten vier Jahren 53.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen haben, mit diesem Doppelhaushalt jetzt noch einmal 10.000, dann kann man sich vorstellen, was das für eine Leistung ist. Das ist der größte Anstieg aller Zeiten in Bayern. Zeigen Sie mir ein Bundesland, das mit Bayern vergleichbar wäre! Das schafft weder Nordrhein-Westfalen noch Baden-Württemberg. Kein anderes Bundesland hat diesen Kraftakt auch nur annähernd geleistet. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier ist Bayern mit seinem Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch und seinen Hochschulen spitze. Deshalb geht mein Dank an Wolfgang Heubisch, der heute nicht da sein kann, für diese hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Weil der früher angefangen hat!)

Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, das erwähnte ich schon. Es geht um die Arbeitsplätze hier in Bayern. Das darf man nicht vergessen. Dafür tun wir eine ganze Menge. Wir investieren erhebliche Mittel beispielweise in den Technologietransfer, weil die Bürgerinnen und Bürger in Bayern von uns nicht nur eine Debatte über die Ängste beim Thema Globalisierung erwarten, sondern weil sie Antworten erwarten. Wir als FDP-Fraktion haben diese Antwort. Ein Teil der Antwort heißt: Wir machen den Unternehmen ein Angebot, damit sie mit der Hochschule vor Ort ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, sich weiterentwickeln können. Wir machen dieses Angebot, und dafür setzen wir in diesem Doppelhaushalt noch einmal 200 Millionen Euro zusätzlich ein. Für die Forschungseinrichtungen, die mit dem Bund zusammen finanziert werden, stellen wir noch einmal 150 Millionen ein. Das macht insgesamt 350 Millionen Euro. Wir sprechen heute über den Staatshaushalt, da darf man schon einmal ein paar Zahlen nennen. Das haben einige vielleicht vergessen. Wir bringen also 350 Millionen Euro in diesem Bereich auf den Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu unterstützen.

Wir sehen uns die Wettbewerbsfähigkeit auch an anderen Stellen an, beispielsweise im Hinblick auf den Breitbandausbau, der hier auch schon einmal erwähnt worden ist, allerdings vielleicht mit einer etwas falschen Bemerkung. Wir jedenfalls haben von Anfang an erkannt, dass es in Bayern Regionen gibt, in denen es Marktversagen beim Breitbandausbau und beim schnellen Internet geben wird. Wir haben von Anfang an verstanden, dass wir dafür ein Förderprogramm brauchen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das brauchen wir, um das zu regeln, was an dieser Stelle der Markt nicht regeln kann. Es ist deshalb Martin Zeil zu danken, der engagiert ein Förderprogramm auf den Weg gebracht hat, mit dem wir Ende letzten Jahres eine Grundversorgung mit einem flächendeckenden Internetausbau realisieren konnten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist wohl ein Wunschtraum! - Volkmar Halbleib (SPD): Seit einem Jahr warten wir darauf!)

Wir verstärken diese Anstrengungen jetzt noch einmal mit über 400 Millionen Euro, um gerade in den Bereichen, in denen unsere einheimischen Gewerbe vor Ort sind, mit dem schnellen Internet eine Versorgung zu generieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Programme, die wir auf den Weg gebracht haben, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sind in der Bundesrepublik Deutschland beispiellos.

Wir arbeiten auch in einem dritten Bereich, und zwar bei der Energiewende. In dieser Frage sind viele auf einem etwas schlingernden Kurs unterwegs. Es gibt bei der Energiewende eine klare Aufgabenteilung. Unsere Aufgabe ist es in erster Linie, Unterstützung bei der Energieforschung, bei der Speichertechnologie und bei der Technologieforschung zu leisten. Dafür geben wir jetzt allein 260 Millionen Euro aus. 140 Millionen Euro gehen allein in diesen Forschungsbereich. Wir arbeiten mit unserem Wirtschaftsminister Martin Zeil, dem ich an dieser Stelle auch recht herzlich danken will, an gesicherten, zukunftsfesten Rahmenbedingungen. Das ist richtige, engagierte Wirtschaftspolitik. Sie erleben Sie hier in Bayern seit vier Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind ein starker Partner der Kommunen. Wir haben einen kommunalen Finanzausgleich auf Rekordniveau mit 7,7 Milliarden Euro. Damit manche Kollegen nicht wieder auf dem Weg der Fehlinterpretationen wandeln können: Das sind 21,3 % unserer prognostizierten Steuereinnahmen. Wir statten unsere Kommunen finanziell nicht schlechter als andere Bundesländer aus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das könnte Bayern schon lange tun!)

Ich habe dieses Mal auch die Anfrage von Herrn Kollegen Rinderspacher dabei. Bevor hier wieder falsch zitiert wird, bitte ich Sie, auf Seite zwei zu sehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort ist klar festgehalten, dass Bayerns Kommunen bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf Platz zwei in der Bundesrepublik liegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nach Baden-Württemberg!)

Den bayerischen Kommunen geht es gut. Wir leisten einen erklecklichen Beitrag dafür, dass es den Kommunen gut geht. Diese Staatsregierung ist ein starker Partner der Kommunen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist wichtig, den Sachverhalt anzuerkennen, dass es in Regionen Bayerns schwache Kommunen gibt. Es gibt strukturell schwach aufgestellte Kommunen, die man unterstützen muss. Wir haben deshalb die Stabilisierungshilfen im aktuellen Entwurf noch einmal auf 100 Millionen Euro ausgeweitet.

Auch über den Personalbereich wurde schon einiges gesagt. Wir haben eine richtungweisende Änderung vorgenommen. Wir haben die Versorgungsproblematik, die Versorgungsausgaben, die drückend auf uns zukommen, neu geordnet. Dazu haben wir den aktuellen Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage zusammengeführt und nicht aufgelöst, auch nicht geplündert, wie Frau Kollegin Stamm das hier skizziert hat,

sondern wir haben die Mittel zusammengelegt und damit erhalten. Wir nehmen keine Mittel heraus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Natürlich tun Sie das!)

Wir werden in den nächsten Jahren in diesen neuen Fonds je 100 Millionen Euro zusätzlich einlegen. Das Ganze basiert auch auf einem Konzept, denn wir werden damit ab 2023 in der Lage sein, Mittel aus diesem Fonds herauszunehmen, um die Versorgungsausgaben zu dämpfen. Ab 2030 werden wir, auch das haben wir festgelegt, die Milliarde nehmen, die wir nicht mehr für Zinszahlungen brauchen, weil wir bis dahin die Schulden getilgt haben - darauf haben wir uns verständigt -, um die Pensionen zu bezahlen.Damit stellen wir uns hinsichtlich der Generationengerechtigkeit besser als im jetzigen System, in dem im Saldo maximal 600 Millionen Euro aus dem Fonds in den Staatshaushalt geflossen wären. Schauen Sie sich die Zahlen an: 1 Milliarde Euro zu 600 Millionen Euro macht bei mir eine Verbesserung in der Generationengerechtigkeit von 400 Millionen Euro. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Wir halten auch Wort, egal ob es um die Absenkung bei der Eingangsbesoldung geht, um die Wiederbesetzungssperre, die wir wieder auf drei Monate zurückführen, oder um die Wochenarbeitszeit, die auf 40 Stunden reduziert wird. Alles das, was wir angekündigt und gemeinsam entschieden haben, ist in diesem Haushalt niedergelegt und mit Finanzmitteln in nicht unerklecklichem Maße hinterlegt.

Es ist richtig, dass wir diese Botschaft aussenden: Wir sind ein starker Partner der Kommunen. Aber wir wissen auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beamtinnen und Beamten ein wichtiger Teil des Freistaats Bayern sind; denn ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist nun einmal das Rückgrat der Staatsverwaltung.

Wenn das Ganze, was wir für die Wettbewerbsfähigkeit bisher investiert haben, noch untermauert werden muss, dann möchte ich Ihnen einmal einen kurzen Überblick über

die Programme geben. In Bezug auf die Programme, die wir neben den normalen Mitteln im Haushalt auf den Weg gebracht haben, gibt es kein anderes Bundesland in Deutschland, das neben seinem normalen Haushalt einen solchen Kraftakt auf den Weg bringt. Wir haben mit dem Programm "Aufbruch Bayern" 1 Milliarde Euro in die Zukunft investiert. Wir haben Programme im Bereich Energie, Bildung und ländlicher Raum auf den Weg gebracht, die schon jetzt insgesamt 2,1 Milliarden Euro betragen. Das sind insgesamt 3,3 Milliarden Euro neben den normalen Haushaltsausgaben, die wir in die Zukunft dieses Landes investieren. Das ist die Stärke und macht die Stärke Bayerns aus.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Auch diese Erfolge lassen sich wieder messen: Erstens. Die Investitionsquote, die 2008 bei 12 % und 2012 im Westdurchschnitt bei 9,9 % lag, werden wir mit 12,2 % im nächsten Jahr gegenüber 2008 nicht nur noch steigern; wir liegen auch noch immer weit über 2 % über dem Westdurchschnitt. Bei allem, was hier geredet und kritisiert wird, macht das deutlich: Wir sind an der Spitze, wenn es um Investitionen in die Zukunft geht; denn diese Investitionsquote ist ja nicht von uns erfunden worden.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der FDP: Wir sind überhaupt spitze!)

Ein Zweites, womit sich unsere Arbeit messen lässt: Die Deutsche Forschungsstiftung hat vor Kurzem eine Erhebung gemacht, wie die Professoren und die Hochschulen die Entwicklung, die Veränderungen an den Hochschulen bewerten. Da liegt Bayern über den Zeitraum der letzten vier Jahre an der Spitze. Das macht noch einmal deutlich, wie erfolgreich die Wissenschaftspolitik in Bayern in den letzten Jahren war: Sie war auf diesem Feld in Deutschland spitze.

Ein Drittes, das ich an dieser Stelle noch erwähnen möchte, ist das Bundesländerranking, das von der Initiative "Neue Soziale Marktwirtschaft" erstellt wird. Natürlich haben wir dort Bestnoten beim Bestandsranking. Wir haben unter den Westländern aber auch Bestnoten beim Dynamikranking. Das sage ich gleich, nicht dass nachher

wieder falsche Interpretationen bei einigen auftauchen. Wir haben Bestnoten in beiden Bereichen. Das zeigt noch einmal, dass wir die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt haben. Wem das noch nicht reicht, der sollte einmal das nachlesen, was dort festgehalten ist, nämlich dass Bayern am besten aus der Krise herausgekommen ist.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Jeder, der davon redet, dass die wirtschaftliche Situation in Bayern, das Wirtschaftswachstum, die guten Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit usw. von Gott gegeben sind, hier vorhanden waren und nicht durch die Rahmenbedingungen gesetzt worden sind, die wir in dieser Staatsregierung erreicht haben, der sollte sich einmal vor Augen führen: Wir sind aus der Krise am besten herausgekommen, weil wir die richtigen Rahmenbedingungen und die richtigen Akzente setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der FDP: Weil wir die richtige Politik gemacht haben!)

Dieser Haushalt ist nach den Haushalten, die wir in dieser Koalition schon eingebracht haben, noch einmal eine Steigerung. Wir werden jetzt die Einzelpläne im Haushaltsausschuss durchdiskutieren. Aber ich bin mir sicher, dass es so enden wird wie beim letzten Mal, nämlich dass wir kurz vor Weihnachten hier an diesem Redepult stehen und feststellen werden, dass Sie keine politische Alternative vorzuweisen haben, die besser für dieses Land wäre, als die Koalition aus CSU und FDP dies anzubieten hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf Sie bitten, für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Halbleib noch zur Verfügung zu stehen. - Bitte schön, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich weiß nicht, welche Pillen in der Fraktionssitzung ausgeteilt worden sind. Aber zum Versorgungsfonds würden mich die Zahlen schon einmal interessieren. Wir vergleichen das, was Sie jetzt auf den Weg bringen wollen, mit einem Feigenblatt. Schauen wir uns einmal hinsichtlich der Vorsorge, was die Beam-

tenpensionen betrifft, die Rechtslage an, die gegolten hat, als der Landtag in diese Legislaturperiode gestartet ist. Wenn Sie einmal das, was Sie vorhaben, mit dem vergleichen, was der Landtag hier in breiter Mehrheit beschlossen hat, dann muss ich sagen, dass der Unterschied in den nächsten Jahren dramatisch ist. Sie nehmen 2,8 Milliarden Euro an Ansparsumme aus dem Beschluss des Landtags heraus. Das, was Sie übrig lassen, ist nicht mehr als ein Feigenblatt. Das wissen Sie selbst. Aber Sie sollten dann so ehrlich sein, das auch hier im Bayerischen Landtag einmal zuzugeben. Sie nehmen keine Vollzerschlagung vor, weil Sie das in der Öffentlichkeit nicht darstellen können, aber Sie zerschlagen die wesentliche Grundkonstruktion dessen, was der Bayerische Landtag auf den Weg gebracht hat. Das sind im Ergebnis knapp 3 Milliarden Euro. Das können Sie vergleichen, mit was Sie wollen.

Zweitens verstehe ich Ihre Position, dass Sie als FDP sich Fehler der CSU nicht anlasten lassen. Aber Sie sollten schon sagen, dass Sie, was die Schuldentilgung betrifft, von einer Legislaturperiode reden, in der wir zunächst einmal mit einer Nettoneuverschuldung von 10 Milliarden Euro konfrontiert sind. Auch das sollten Sie der Ehrlichkeit halber sagen, auch wenn Sie sich als FDP diesen Schuh nicht anziehen müssen. Das gestehe ich Ihnen durchaus zu.

Dann möchte ich noch etwas zu DSL sagen. Sie haben durchaus recht, dass die CSU in diesem Bereich wirklich versagt hat. Der Kollege Wirtschaftsminister Zeil hat das in der "Main-Post" sehr pointiert auf den Punkt gebracht:

> Das
>
> - also DSL -
>
> haben meine Vorgänger schlicht verschlafen. … Die CSU stand bei dem Thema Breitband lange Zeit auf der Bremse, da waren andere Bundesländer sehr viel schneller. Die CSU hatte vergessen, dass der Laptop auch einen Anschluss braucht.

Das ist richtig, aber seitdem hat sich unter Ihrer Verantwortung nichts geändert. Erst hatten Sie kein Geld, aber ein Förderprogramm. Jetzt haben Sie Geld, aber kein Förderprogramm, weil Sie nämlich auf die Notifizierung dieses Verfahrens warten. Das ist eigentlich der Skandal. Wir kommen in Bayern nicht voran, egal ob die CSU oder die FDP die Verantwortung hat.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Grundversorgung erledigt!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. - Bitte schön, Herr Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege, ich kann das mit dem Fonds jetzt gerne noch einmal sagen. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir eine nachhaltigere Lösung gefunden haben als die, die bisher bestanden hat, indem wir nämlich weiterhin den zusammengelegten Fonds ansparen, damit wir ab 2023, also in dem Zeitraum, in dem wir noch Schulden tilgen, die Versorgungsausgaben dämpfen können. Ab 2030 haben wir dann einen neu strukturierten Haushalt, aus dem wir 1 Milliarde Euro Mittel frei haben, um sie für die Pensionslasten zu verwenden.

Noch einmal: Wir stellen uns in dieser Konzeption 400 Millionen Euro besser, und zwar in der Spitze.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gegenüber was?)

- Gegenüber der Welt, in der wir uns jetzt befinden. - Aus dem Fonds und der Rücklage wären im Saldo maximal 600 Millionen Euro herausgekommen, weil man immer weiter angespart hätte. Wenn man diese 600 Millionen Euro mit einer Milliarde Euro vergleicht, dann macht das nach meiner Rechnung 400 Millionen Euro Differenz. Deshalb ist das die nachhaltigere Lösung.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Neuverschuldung in Höhe von zehn Milliarden Euro: Es ist sicherlich richtig - dazu gab es einen Untersuchungsausschuss -, dass wir aufgrund des Fehlverhaltens von Verwaltungsräten unter anderem zehn Milliarden Euro in die Landesbank geben mussten. Aber das hat nicht diese Koalitionsregierung zu verantworten. Ich möchte in keiner Weise auch nur den Anschein erwecken, dass ich die Verantwortung dafür übernehmen will.

Zum Thema DSL kann ich Ihnen sagen, dass das, was Sie gesagt haben, falsch ist. Wir haben schon an Grundversorgung auf den Weg gebracht. Wir sind jetzt dabei, uns noch einmal strukturell zu verbessern. Die Prozesse in Brüssel - auch wenn das auf Ihrer Seite des Hauses immer schwierig ist, egal um welches Thema es geht - werden nicht durch die Bayerische Staatsregierung gelenkt, auch wenn der eine oder andere manchmal diesen Anschein erwecken möchte, sondern in Brüssel wird die Politik von anderen Leuten gelenkt und organisiert.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. - Dann kommen wir zum nächsten Redner. Der Kollege Winter hat für die CSU-Fraktion noch einmal um das Wort gebeten. Danach kommt Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat sich die Mühe gemacht, in den Süden Deutschlands zu schauen, wo gerade die Haushaltsaufstellung stattfindet, und hat in einer Zusammenfassung, die sehr hilfreich ist, die wichtigsten Veränderungen herausgearbeitet. Ich möchte Ihnen vortragen, wie es aussieht, wenn man sich den Artikel vom vergangenen Freitag zu Gemüte führt.

2.200 Lehrerstellen werden nicht mehr besetzt.

(Zuruf von der FDP: In Baden-Württemberg, nicht wahr? - Eduard Nöth (CSU): Wo?)

Die Bezüge der Beamten der dritten und vierten Qualifikationsebene werden in den ersten drei Jahren dauerhaft um 4 % gekürzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habt ihr doch schon die ganze Zeit gemacht!)

Der kommunale Finanzausgleich für 2013 und 2014 wird jeweils um 600 Millionen Euro gekürzt.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Das Landeserziehungsgeld, das überwiegend für sozial Schwache gewährt wurde, wird gestrichen.

(Eduard Nöth (CSU): Wo? In Baden-Württemberg?)

Das Verbot der Schuldenaufnahme steht nur in der Haushaltsordnung und wird mittels Haushaltsgesetz ausgehebelt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie bei euch! Das habt ihr auch schon gemacht! Die haben von Bayern und von euch gelernt!)

Überschrift: "Liste der Grausamkeiten".

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sollten alle, ganz gleich ob Regierungsfraktion oder Opposition, froh sein, dass wir nicht in diesem Land leben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Erblasten von CDU und FDP!)

- Wenn man der Opposition zuhört, hätte man fast meinen können, das sei für uns passend. Aber alle diese Punkte treffen nachweislich auf Bayern nicht zu. Deshalb versuche ich darauf einzugehen, wie es bei uns aussieht.

Da kann man nur sagen: Gott sei Dank nicht so wie in diesem grün-rot regierten Land. Allerdings - das möchte ich auch sagen -, ist es für uns als Schwaben schon eine Er-

nüchterung, lieber Herr Fraktionsvorsitzender, dass dieses Land, das über Jahrzehnte hinweg das wirtschaftsstärkste Land Deutschlands war, Baden-Württemberg, nun eine solche Regierung hat und den Bürgern eine solche Liste von Veränderungen - die "FAZ" nennt sie Grausamkeiten - heute mit dem Beschluss der Landesregierung vorgestellt wird.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- So ist es, Herr Ministerpräsident. Danke. Dies ist umso schlimmer, da sich die Bürger anstrengen.

Wie sieht es bei uns aus? Es ist auch das Anliegen der Opposition, dass wir uns heute mit Bayern befassen und streng am Haushalt orientieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben uns am Finanzminister orientiert!)

Der Staatsminister hat Wichtiges getan: Er hat den Rahmen abgesteckt, der uns betrifft; denn wir leben ja nicht auf einer Insel, sondern wir leben in Deutschland, in Europa und letztlich in dem globalen Dorf dieser Erde. Deswegen war es wichtig, die Rahmenbedingungen zu bestimmen. Herr Kollege Halbleib hat sogar noch erläutert, was dies mit dem Export zu tun hat, was für uns wichtig ist. Insofern sind wir ganz nah beieinander.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Nun greife ich einmal die Ausführungen zu den Lehrern auf. Darüber haben wir uns ja schon in der Aktuellen Stunde intensiv auseinandergesetzt, Frau Will. Ich kann nur sagen: Die demografische Rendite des Doppelhaushalts 2013/2014 beträgt bei uns in Bayern 2.762 Stellen. Soweit sind wir uns noch einig; aber dann gehen die Meinungen oft schon auseinander. Im Gegensatz zu unseren Nachbarn unter der grün-roten Landesregierung Baden-Württembergs - dort werden 2.200 Lehrerstellen gestrichen - setzen wir dieses Volumen weitestgehend für Verbesserungen ein. Konkret: 1.082 Stel-

len werden durch den "Aufbruch Bayern" weiterfinanziert, und die kw-Vermerke werden gestrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Des Weiteren werden 1.309 Stellen für die zusätzliche Verbesserung im Schulbereich geschaffen. Es wird ja noch eine Beratung dieses Haushalts geben, und am Ende, im Dezember, werden wir dann sehen, wie es insgesamt ausschaut. Jetzt lässt sich schon sagen: Wir setzen diese demografische Rendite nahezu wieder ein, und sie kommt damit unseren Schülern und der Bildung in Bayern zugute.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Georg Winter (CSU): Ich kann sie am Schluss beantworten, Herr Präsident.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das machen wir so.

Georg Winter (CSU): Nun komme ich zu den Verbesserungen im Personalbereich. Dazu kann man nur sagen: Das ist schlichtweg gigantisch. Ich habe selber noch einmal nachgefragt, ob das Zahlen für die ganze Wahlperiode sind oder ob das alleine für den Doppelhaushalt gilt. Ja. Sie gelten ganz allein für den Doppelhaushalt 2013/2014:

Rückführung der Wochenarbeitszeit, 95 Millionen Euro; Stellenhebungen und zusätzliche Beförderungen, 62 Millionen Euro; Verkürzung der Wiederbesetzungssperre von zwölf auf drei Monate, 50 Millionen Euro; auslaufende Absenkung der Eingangsbesoldung - für die Ersten endet es bereits, weil wir, lieber Kollege Klein, auf 18 Monate befristet haben, zum 31. Oktober -; hierfür sind 30 Millionen Euro erforderlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind die Grausamkeiten, die ihr schon hattet!)

- Wir sind eine große Familie. Wir reden jetzt von dieser Wahlperiode, von dieser Regierung und von dem, was aktuell stattfindet.

(Zurufe von den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Jetzt haben Sie wieder etwas dagegen, dass wir uns steigern, besser werden, die Ansätze anheben, mehr tun. Nun frage ich mich: Was sollen wir denn machen?

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): "Was müssen wir denn machen?")

Ihr fordert es Tag und Nacht, wir setzen es um, und dann ist es auch nicht recht und die Enttäuschung ist noch größer. Das ist ja schrecklich! Welche Lösungen gibt es denn?

(Ingrid Heckner (CSU): Sollen wir es so machen wie in Baden-Württemberg?)

- Anscheinend wäre das besser.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es lässt sich - anscheinend zur Unfreude - feststellen: deutliche Verbesserung bei der Personalausstattung in den Bereichen Schule, Polizei, Finanzämter. Sie wissen es aus den Haushaltsberatungen und dem Nachtrag 2012: 1.000 Azubis allein im Finanzamtsbereich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will es bloß einwerfen, aber zu fragen ist doch, welchen Sinn es macht, wenn wir mehr Finanzbeamte haben, mehr Steuern eintreiben und das dann beim Länderfinanzausgleich wieder 1 : 1 an die anderen Länder abgeben? Das ist doch der Punkt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wissen wir doch!)

Darum stellt sich die Frage: Um wie viel sollen wir die Zahl der Finanzbeamten steigern, wenn das so frustrierend ist, weil das Geld schließlich nicht in unserer Kasse verbleibt?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das nur an dieser Stelle zum Länderfinanzausgleich. Vielleicht wird dadurch das Thema besser verstanden. Finanzminister Dr. Söder hat ganz klar gesagt: Bei diesem Thema gibt es bloß eines: mit Wowereit wandern oder eben mit Seehofer klagen.

Ich komme auf den Pensionsfonds zurück. Herr Kollege Klein hat es angesprochen und die Zwischenfrage beantwortet. Auch hierbei muss man doch die Unterschiede herausarbeiten. Wir zahlen jetzt 100 Millionen Euro jährlich. Nun kann man sagen, die Summe sei aber kleiner, als zunächst für zwei Fonds bis 2017 oder 2018 gedacht war; aber wir zahlen bis 2030, das heißt, wir haben eine viel längere Strecke. Das ist die eine Veränderung. Die zweite Veränderung - die Kolleginnen Goderbauer und Görlitz haben es schon gesagt - besteht darin, dass wir bis zu diesem Jahr 2030 die Schulden abbauen und dass damit Spielräume entstehen. Allein die geringeren Zinsaufwendungen - Herr Kollege Klein, das war auch immer Ihr Hinweis - bieten die Möglichkeit, dann mehr zu tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind doch alles Luftbuchungen, die ihr macht! Das wisst ihr doch!)

Das Interessante ist, dass die Betroffenen, der Beamtenbund und seine Mitglieder, nach einer ersten Überlegungsphase sehr schnell erkannt haben, dass es unterm Strich einfach wesentlich besser und mehr ist, wenn alle Schulden abgebaut werden und trotzdem 100 Millionen Euro jährlich bis 2030 eingezahlt werden. Deshalb wird dieser Weg auch breit akzeptiert.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Des Weiteren könnte man noch fragen: Wie könnte man es noch besser machen? Es gibt die politische Zusage, Frau Kollegin Heckner, dass der Tarifabschluss 2013 für die Beamtinnen und Beamten übernommen wird. Besser geht es nicht, denke ich.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Das hätte man in der Vergangenheit auch machen können!)

Herr Kollege Halbleib, nun kommen wir zum kommunalen Finanzausgleich. In Baden-Württemberg wird er um 600 Millionen Euro gekürzt. In Bayern wird er im gleichen Zeitraum um 400 Millionen Euro erhöht. Das heißt, bei der Art und Weise, wie man die Kommunen unterstützt, besteht zwischen Baden-Württemberg und Bayern nun ein Unterschied von exakt einer Milliarde Euro.Das ist ein konkretes Beispiel.

Herr Kollege Pointner, Sie haben es angesprochen: Morgen wollen wir uns in der Anhörung mit dem kommunalen Finanzausgleich befassen. Unser Ziel ist, dass wir diesen Ausgleich weiter verbessern, verfeinern und - dieses Wort höre ich immer öfter - auch gerechter gestalten. Der Herr Finanzminister hat bereits einige Punkte erwähnt, die heuer gelungen sind, um das Ziel einer gerechteren Gestaltung und feineren Justierung des Finanzausgleichs zu erreichen. Eine wichtige Botschaft war es auch, Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, dass wir 100 Millionen Euro für Stabilisierungshilfen einsetzen, um die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen in Bayern auszugleichen. 100 Millionen Euro setzen wir dafür 2013 ein.

(Volkmar Halbleib (SPD): 7 Milliarden Euro!)

Sie werden sehen, dass wir Wege finden werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Ein weiteres Thema, das aktuell aus unterschiedlichen Gründen wieder auf der Tagesordnung steht, möchte ich ansprechen: Familie und Kinder. Eine Nachricht freute uns sicher nicht so sehr: Die Geburtenrate in Deutschland ist 2011 wieder leicht gesunken. Sie ist auf 1,36 Kinder je Frau zurückgegangen. Bisher haben wir noch nicht das Ei des Kolumbus entdeckt, wie wir dazu beitragen können, dass wir wieder mehr Kinder

haben und dass die Geburtenrate nicht weiter absinkt. Trotzdem kann man nur sagen: Jede Leistung, die dazu dient, die Geburtenrate wieder zu verbessern, ist gut und richtig. Darum ist es auch richtig, dass Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Regierung im Bundesrat und als Partner in der Koalitionsregierung in Berlin alles tun, um weitere Verbesserungen zu erreichen. Das Patentrezept kennt keiner. Nichts zu tun, ist der allerschlechteste Ansatz.

Was tun wir in Bayern ganz konkret? Wir wollen, dass die Kinder in Bayern ein Zuhause haben. Wir wollen die Kinderbetreuung verbessern. Unsere Maßnahmen sind im Gegensatz zu der Kritik, die Sie vorgetragen haben, alles andere als ein Strohfeuer. Wir tun viel. Baden-Württemberg schafft das Landeserziehungsgeld ab. Bayern - -

(Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): - behält es bei! - Claudia Stamm (GRÜNE): Sie wollten doch in Bayern bleiben, haben Sie gerade gesagt!)

- Wir bleiben in Bayern, und deswegen freuen wir uns, dass für das Landeserziehungsgeld 83 Millionen Euro ausgegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die größte Leistung eines Landes in Deutschland, die für Kinder erbracht wird.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Auch für bedürftige Kinder!)

- So ist es. Sie sagen es, Herr Ministerpräsident. 40 % der bayerischen Familien profitieren vom Landeserziehungsgeld. Damit erreichen wir die, die es wirklich brauchen. Das sei an dieser Stelle auch gesagt, weil immer wieder versucht wird, das Gegenteil darzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Wir als Volkspartei kümmern uns um die, die diese Unterstützung tatsächlich gut brauchen können.

Ein weiteres Ziel sind kleinere Gruppen und mehr Qualität in den Kindertagesstätten. Deswegen haben wir den Personalschlüssel auf 11,0 verbessert. Auch das kostet Geld. Darüber hinaus gab es die Anregung - darüber haben wir uns mit dem Koalitionspartner verständigt -, dass die Kindergartengebühr heuer um 600 Euro und nächstes Jahr noch einmal um die gleiche Summe abgesenkt wird; das sind 1.200 Euro pro Eltern und Jahr. Damit haben wir die Chance, dass für das dritte Kindergartenjahr keine Gebühren mehr erhoben werden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt, zur Investitionskostenförderung. Die Zahl der Krippenplätze hat sich nahezu vervierfacht. Es sind mittlerweile 93.000. Wir sind sicher, dass wir das gesetzlich vorgegebene Ziel erreichen werden. Die Investitionsmittel betragen einschließlich des Bundesanteils schon heute 1 Milliarde Euro. Wenn wir über Ausgaben reden, fragen wir oft, wie es mit 1 Milliarde Euro wäre, damit unsere Forderung gut herüber kommt. Bei den Kinderkrippen haben wir diese eine Milliarde bereits erreicht. Bei der Betriebskostenförderung steigen die Ausgaben an. Wir sind jetzt schon bei 1 Milliarde. 2014 werden wir 1,2 Milliarden erreicht haben.

Ein Drittes möchte ich noch sagen: Auch im kommunalen Finanzausgleich konnten wir für die Kinder und die Bildung Wichtiges tun. Wir haben bei den Verhandlungen mit den Spitzenverbänden dafür gesorgt, dass die Kindergärten künftig nicht mehr nur zu zwei Dritteln gefördert werden, sondern dass das gesamte Volumen zu 100 % förderfähig ist. Auch damit ist eine wichtige Verbesserung für die Kindergärten erreicht. In einem ganz kurzen Zeitraum, zwischen 2011 und 2013, ist es gelungen, die Ausgaben für Schulen und Kindergärten im kommunalen Finanzausgleich um 50 %, nämlich von 250 Millionen Euro auf 375 Millionen Euro im Jahr 2013 zu steigern. Mit 50 % mehr unterstützen wir diesen wichtigen Aufgabenbereich Bildung und Kindergärten.

(Beifall bei der CSU)

Eine wichtige Botschaft muss immer wieder betont werden, damit nichts Falsches verbreitet wird. Auch nach Auslaufen des Programms für die Kinderkrippenförderung werden wir diese Einrichtungen in Bayern weiter unterstützen. Daran darf es keinen Zweifel geben.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Verschuldung. Dazu haben wir von den FREIEN WÄHLERN gehört, dass der Abbau richtig ist, dass er aber noch schneller vorangehen muss. Die anderen glauben es nicht. Dazu kann man nur Folgendes festhalten. Im Januar hat der Ministerpräsident das Ziel des Schuldenabbaus ausgerufen und dafür Zustimmung auf breitester Front bekommen. Die Menschen haben gesagt, das ist richtig. Gefragt wurde aber auch, ob wir das schaffen, ob machbar ist, was da verkündet wurde. Jetzt im September ist diese Ankündigung neun Monate alt. Wie weit sind wir gekommen? Gefragt wurde, ob mit dem Schuldenabbau schon begonnen wurde. Eine Milliarde Euro ist tatsächlich bereits getilgt. Eine weitere Milliarde steht im Doppelhaushalt 2013/2014. Herr Kollege Pointner, Sie haben es angesprochen. Wenn es die Steuerschätzung im November zulässt, werden die Staatsregierung und die Regierungskoalition den Schuldenabbau weiter beschleunigen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr. Ihre Redezeit ist schon überschritten. Die Schuldentilgung findet schon außerhalb der Redezeit statt.

Georg Winter (CSU): Entschuldigung, Herr Präsident. Dann kann ich nur sagen: Der Schuldenabbau ist noch - -

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sie bekommen aber einen Nachschlag, wenn Sie eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm zulassen. Wenn Sie es geschickt machen, bringen Sie den Rest Ihrer Rede in der Antwort unter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, Sie haben mich zwar ein bisschen zu früh gestoppt, aber machen wir es so.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Dann machen wir es so. Frau Kollegin Stamm, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Claudia Stamm (GRÜNE): Herr Kollege Winter, zunächst möchte ich einen gemeinsamen Punkt ansprechen, den ich auch schon in meiner Rede erwähnt habe. Der Länderfinanzausgleich muss reformiert werden. Darin, glaube ich, sind wir uns alle einig. Allerdings haben Sie - nicht Sie persönlich, sondern die CSU und namentlich Herr Seehofer - über den Länderfinanzausgleich in Berlin verhandelt. Herr Seehofer hat sich dann auch in Bayern dafür feiern lassen, wie toll er ist.

(Thomas Hacker (FDP): Das haben wir schon einmal gehört!)

Hören Sie deshalb endlich auf mit Ihrem tumben Wahlkampfgerassel und Ihren Klageandrohungen und legen Sie ein Konzept vor. Wir wollen auch Steuergerechtigkeit in Nehmer- und Geberländern. Das geht aber nur mit einem sinnvollen Konzept für den Länderfinanzausgleich.

Mit den Wohltaten, die Sie für die bayerischen Beamtinnen und Beamten verkündet haben, haben Sie indirekt die Liste der Grausamkeiten der Mehrheit in diesem Landtag manifestiert. Alles das, was vorher genommen wurde, und zwar nicht zu Recht genommen wurde - die Steuermehreinnahmen sind nämlich schon im letzten Doppelhaushalt geflossen -, geben Sie jetzt wieder zurück. Sie haben eben aufgezählt, was alles - welch Wunder! - im Wahljahr 2013 zurückgegeben werden soll. Teilweise ist schon vorherzusehen, wie. Die Eingangsbesoldung soll wieder angehoben werden und auch die 42-Stunden-Woche soll im Wahljahr 2013 zurückgenommen werden.

Ganz kurz zum Pensionsfonds. Darüber ist heute schon oft diskutiert worden. Ich habe es immer noch nicht verstanden, dass es mehr und besser ist, wenn man nur

100 Millionen einzahlt, obwohl man eigentlich 240 Millionen einzahlen müsse. Vielleicht verstehe ich es noch im Laufe der Beratungen des Doppelhaushalts.

(Thomas Hacker (FDP): Wir erklären es noch ein paarmal!)

Zum letzten Punkt. Schon beim letzten Doppelhaushalt haben Sie sich gerne an der Regierung in Nordrhein-Westfalen oder anderen rot-grünen oder grün-roten Regierungen abgearbeitet. Die Stellen, die in Baden-Württemberg gestrichen werden müssen, waren unter Ministerpräsident Mappus nicht etatisiert. Vielleicht haben Sie vorher nicht zugehört. In Baden-Württemberg kommen auf einen Lehrer 14,1 Schülerinnen und Schüler. In Bayern ist das Verhältnis dagegen 1 : 16. Trotz der Streichungen haben wir in Baden-Württemberg immer noch ein besseres Verhältnis.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. - Herr Kollege Winter, jetzt haben Sie zwei Minuten.

Georg Winter (CSU): Das ist aber wenig, Herr Präsident. Es waren vier Fragen in einer; deshalb müssten es eigentlich acht Minuten sein.

Die Statistik der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zur Schüler-Lehrer-Relation für Grundschulen zeigt auf, dass sie in Baden-Württemberg 18,2 beträgt und in Bayern mit 17,9 Schülern pro Lehrer besser ist. Das ist eindeutig so.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Zweite: Wir haben aufgehört, uns mit den Nordländern zu vergleichen, weil das zu einfach wäre. Deswegen haben wir uns entschieden, uns einer größeren Herausforderung zu stellen. Ich kann nur sagen: Ein noch besseres Bundesland als Baden-Württemberg können wir Ihnen nicht mehr übergeben. Bayern wollen wir nicht abgeben. Baden-Württemberg ist nach Bayern das beste Bundesland, aber selbst dort kriegt ihr es nicht hin. Auch das muss man hier eindeutig feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Was den Länderfinanzausgleich angeht, so ist klar: Wir sind solidarisch und helfen. Jetzt nenne ich eine Summe, die vielleicht auch Sie von der Opposition überzeugt: In dieser Wahlperiode zahlt der Freistaat Bayern in den Finanzausgleich einschließlich Umsatzsteuervorwegabzug 26 Milliarden Euro ein. Jetzt sagen Sie mir bitte, welches Problem in einem Haushalt dieser Legislaturperiode größer ist als 26 Milliarden Euro? Das ist die Herausforderung. Angesichts dessen muss man sagen: Das ist aus dem Ruder gelaufen. Das System stimmt nicht mehr. Es muss angepasst werden. Das ist unser Anliegen.

Sie von der Opposition müssen sich entscheiden, ob Sie für Bayern, für die Interessen der bayerischen Bürger sind oder ob Sie anderes im Blick haben, etwa die Hauptstadt zu fördern bzw. zu stützen. Letzteres ist in Amerika eine Aufgabe des Bundes. Andere Länder müssen sich beteiligen. Es kann jedenfalls nicht nur die Aufgabe Bayerns sein. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Von diesem Haushalt geht eine weitere wichtige Botschaft aus - Kollege Halbleib, ich sage das, weil das Thema immer wieder hochkam -: Die Bank wird den Haushalt 2013/2014 nicht belasten. Das konnten wir, anders als beim Länderfinanzausgleich, ohne Klage erreichen. Wenn wir Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellen, erkennen wir, dass - so der Plan - 235 Millionen Euro mehr in der Kasse sind. Ich wiederhole die Nachricht: Die Bank belastet den Haushalt nicht. Es sind 235 Millionen Euro mehr Einnahmen.

Herr Finanzminister, für diesen schwierigen Job ganz herzlichen Dank!

Ich schließe mit Uli Hoeneß, der am Sonntagabend bei "Günther Jauch" gesagt hat: "Wir leben im Paradies", und mit Peter Löscher, der in Banz erklärte: "Selbst wenn der Export aus Deutschland zurückgeht, lebt Bayern immer noch auf einer Insel der Seligen."

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ehrlichkeit, Transparenz, Klarheit - das sollten die Grundlagen eines Haushaltsplans sein. Herr Kollege Winter, mit Ihren Ausführungen vorhin haben Sie nicht dazu beigetragen.

Die Studie, die Sie zu dem Lehrer-Schüler-Verhältnis in Baden-Württemberg zitiert haben, betrifft lediglich die Situation an den Grundschulen.

(Zuruf von der CSU: Was heißt denn hier "lediglich"?)

Wenn man den gesamten Bildungshaushalt zugrunde legt, stellt man fest, dass derzeit in Baden-Württemberg trotz Rücknahme der nicht etatisierten Stellen eine bessere Lehrer-Schüler-Relation besteht als in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlichkeit, Transparenz, Klarheit - das sollte auch die Grundlage des Finanzausgleichs sein. In diesem Sinne wünschte ich mir, dass auf Ihrer Homepage, Herr Finanzminister, nicht nur die beschönigenden Darstellungen aus Ihrem Hause zu sehen wären, sondern auch das Tableau des kommunalen Finanzausgleichs, wie er sich in Wirklichkeit darstellt.

Wie ist die Situation? Wir haben vorhin gehört, alle möglichen Töpfe seien erhöht worden. Fakt ist, dass der kommunale Finanzausgleich um zwei Prozent erhöht wird - das war es.

All die Töpfe, die Sie vorhin aufgeführt haben - hören Sie zu, Herr Kollege! -, beispielsweise die Stabilisierungshilfen oder die Erhöhung der Ansätze für die Bezirke, die Schulen und die Krankenhäuser -, werden direkt aus den den Kommunen zustehen-

den Mitteln des Finanzausgleichs refinanziert, das heißt, aus Mitteln des kommunalen Steuerverbundes entnommen. "Linke Tasche, rechte Tasche" hat Kollege Mütze vorhin zu Recht dazwischengerufen. Zu versuchen, mit solchen Taschenspielertricks das Wahlvolk zu verblödeln, ist wirklich ärgerlich.

So geht es weiter. Wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man, dass sich die Schlüsselmasse trotz erhöhter Steuereinnahmen lediglich um 108 Millionen Euro erhöhen wird. Diese Schlüsselmasse soll nun etwas anders verteilt werden. Die kleinen Gemeinden sollen mehr bekommen. Es ist zu begrüßen, wenn kleine Gemeinden, insbesondere solche in schwierigen Regionen, mehr bekommen. Erste Modellrechnungen haben aber ergeben, dass von der beabsichtigen Verteilung durchaus auch Kommunen im Speckgürtel der Zentren profitieren. Das andere ist: Wo Gewinner sind, sind auch Verlierer. Der wesentliche Teil der Erhöhung für die kleinen Gemeinden wird natürlich nicht aus der Summe von 108 Millionen Euro gestemmt, sondern geht zulasten anderer Kommunen. Es wird nicht die Stadt München betreffen, die ohnehin keine Schlüsselzuweisungen bekommt, sondern andere Kommunen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Unser Anliegen ist - deswegen bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antrag "Mehr Transparenz im FAG" -, dass Modellrechnungen angestellt werden, um festzustellen, wie sich die Veränderungen an den Stellschrauben für die Kommunen in Bayern tatsächlich auswirken. Wahrscheinlich liegen diese Modellberechnungen längst in Ihren Ministerien vor. Halten Sie sie nicht geheim, sondern veröffentlichen Sie sie! Schaffen Sie Transparenz, schaffen Sie Klarheit! Bevor an Stellschrauben gedreht wird, müssen die Auswirkungen dargestellt werden.

Wir wollen die Verbesserung der Situation aller Kommunen mit Strukturproblemen. Der Finanzausgleich muss in Zukunft gerechter sein. Das Grundproblem, dass ein Drittel der bayerischen Kommunen seinen Investitionsbedarf nicht erwirtschaften kann, muss endlich gelöst werden.

Zudem warten wir immer noch auf das versprochene Eingliederungsgesetz, das heißt, auf Ihre Initiativen auf Bundesebene. Diese haben wir noch nicht gesehen.

Wir gehen ferner davon aus, dass in Zukunft auch andere Belastungen, die in den Kommunen unterschiedlich stark zu Buche schlagen, im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Insofern freuen wir uns auf die morgige Anhörung und erwarten neue Erkenntnisse. Wir hoffen auf einen zukünftig transparenteren und klareren Umgang mit dem Finanzausgleich. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des kommunalen Finanzausgleich, wie er mit der Drucksachennummer 16/13464 vorliegt, nicht beschlossen wird, bevor die morgige Anhörung ausgewertet worden ist und bevor die Modellrechnungen zu den Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderungen vorgelegt worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Der Herr Staatsminister der Finanzen hat das Wort zu einer zusammenfassenden Stellungnahme. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, nur ganz kurz; denn das meiste wurde schon ausführlich und auf, wie ich fand, gute Weise von den Kollegen Winter und Klein angesprochen, denen ich für die Beiträge, die sie heute gebracht haben, noch einmal herzlich danken möchte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der gesamten Debatte nach elementaren Schwachstellen gesucht. Ehrlich gesagt: Ich habe keine gefunden. Allerdings habe ich viele persönliche Angriffe gehört: "Lügner!", "Plump!", "Dumm!" und

Ähnliches mehr. Ich verstehe, was Wahlkampf bedeutet, und bin dort selbst ein leidenschaftlicher Kämpfer. Aber man muss auch vor Wahlen aufpassen, dass man nicht verbissen oder verbittert wirkt. Ich glaube, persönliche Angriffe sind kein fairer Stil. Argumente müssen das Hohe Haus beherrschen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Ich möchte nur wenige Punkte zum Thema Schulden ansprechen. Es ist schon beeindruckend, was hier gesagt worden ist. Bayern ist - das zeigt auch ein Blick in die Geschichte - das einzige Land, das Schulden in einer solchen Höhe tilgt. Wir tilgen in diesem Jahr eine Milliarde Euro - reell. Wir werden im nächsten Doppelhaushalt eine Milliarde Euro tilgen; das ist zumindest unser Vorschlag. Im Finanzplan, der so wichtig ist und der vorhin oft zitiert wurde, wenn es um andere Themen ging, gehen wir genauso vor.Dann wird tatsächlich versucht, den Eindruck zu erwecken, wir würden an dieser Stelle täuschen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir täuschen nicht, wir tilgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außerdem wird der Eindruck erweckt, es gehe hin und her. Man kann nur mit den Mitteln tilgen, die man erwirtschaftet. Wir haben eine Tilgungsoption, weil wir Überschüsse haben und durch eine solide Haushaltspolitik dafür sorgen, dass diese Überschüsse nicht verfrühstückt werden. Warum können wir tilgen, und warum haben wir so hohe Rücklagen? Weil wir nicht das ganze Geld ausgeben. Allein die Forderungen der Opposition zum Nachtragshaushalt 2012 und zum Doppelhaushalt 2011/2012 belaufen sich insgesamt auf mehr als zwei Milliarden Euro. Sie werfen uns vor, zu wenig Rücklagen zu haben. Ich kann nur sagen: Wer selber fordert, alles zu verfrühstücken, kann anderen keine Vorschriften machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Argument der verdeckten Schulden entspringt einer faszinierenden Denkweise. Schulden sind das, wofür man Zinsen zahlt. Wir haben einige solcher Schulden aufgehäuft, wenn auch weniger als andere. Es gibt jedoch keine verdeckten Schulden. Es gibt Verbindlichkeiten, die wir erfüllen müssen. Dazu gehören übrigens auch die Gehälter der Parlamentarier. Keiner käme auf die Idee zu sagen, weil wir uns gebunden haben, in jedem Monat Gehälter auszuzahlen, haben wir doch Schulden. Ganz im Gegenteil.

Sie erwecken den Eindruck, wir würden etwas gegen unsere Beamten tun. Das ist geradezu absurd. Sie waren doch beim Bayerischen Beamtenbund dabei. Sie haben gehört, was uns die Vertreter des Beamtenbunds gesagt haben. Sie haben auch gehört, was die Gewerkschaften gesagt haben. Alle haben uns bestätigt, dass der Weg, den wir in Bayern gehen, deutschlandweit ein einzigartiger Weg ist. Wenn wir jetzt einen Pensionsfonds anlegen würden, hätten wir am Ende auch eine Milliarde, die wir so durch eingesparte Zinsen haben. Was wäre es für eine Vorsorge, wenn Zinsen für alte Schulden gezahlt und immer wieder neue Belastungen generiert werden müssten? Wir tilgen und ersparen uns die Zinsen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben erklärt, wir wären auch beim Thema Kommunen nicht gut. Georg Winter war ein sehr brillanter und fachkundiger Architekt des kommunalen Finanzausgleichs. Wir haben drei widerstreitende kommunale Spitzenverbände. Am Tag vorher schien eine Einigung zwischen dem Gemeindetag und dem Städtetag nicht möglich. Am Ende ist es uns gelungen, einen Reformweg zu finden, bei dem fast alle bessergestellt sind. Die Schwachstellen bei der Gerechtigkeit, die öffentlich benannt wurden, wurden abgeschwächt und aufgehoben. Wir hören damit nicht auf, sondern gehen auf diesem Weg weiter. Im Wesentlichen gibt es aus der Sicht der kommunalen Spitzenverbände nur eine Kommune, die zu viel bekommt, nämlich die Landeshauptstadt. Wenn Sie hier bereit sind, Kürzungen vorzunehmen, können wir darüber reden. Wir haben einen guten Finanzausgleich gemacht, der auch gelobt wurde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Euro: Bei diesem Thema ist Streit in Ordnung. Man sollte diesem Thema aber nicht generell ausweichen und sagen, jeder, der die Sorgen der Bürger aufnimmt, sei plump, dumm oder schaue aufs Bierzelt. Der Bundesbankpräsident ist kein Bierzeltredner. Das Ifo-Institut ist nie durch plumpe Aussagen aufgefallen. Viele Wirtschaftler und Mittelstandsverbände sagen dasselbe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie 70 bis 80 % der Bayern ignorieren, Wirtschaftswissenschaftler ausblenden und den Bundesbankpräsidenten verhöhnen, brauchen Sie sich nicht wundern, wenn Sie auch in Zukunft in der Opposition bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Stamm hat vom Putzen und vom Haushalt gesprochen. Ich finde, dies ist ein Haushalt, der sich sehen lassen kann. Da muss nichts aufgeräumt werden. Das ist ein echter Meister-Proper-Haushalt, der einzigartig in Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich schlage gemäß der Geschäftsordnung vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Ich sehe, dass damit Einverständnis besteht. Dann ist das so beschlossen.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15097**
06.12.2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

   Drs. 16/**13464**, 16/**15097**

   zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013)

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 16/**14791**, 16/**15097**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 16/13464)

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

   Drs. 16/**14792**, 16/**15097**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 16/13464)

4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

   Drs. 16/**14793**, 16/**15097**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 16/13464)

5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

   Drs. 16/**14794**, 16/**15097**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 16/13464)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

In § 3 wird folgende Nr. 3 angefügt:

„3. Dem § 13 Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„[3]Die Mittel gemäß Art. 13 bis 13c und 13f FAG können auch verwendet werden für den Bau oder Ausbau von öffentlichen Feld- und Waldwegen nach Art. 53 Nr. 1 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes in der für Geh- und Radwege notwendigen Breite durch Gemeinden, soweit solche Wege als Teilstrecken von im Übrigen unselbständigen Geh- und Radwegen nach Satz 2 Nr. 1 oder Art. 13f FAG genutzt werden.““

Berichterstatterin zu 1:	**Erika Görlitz**
Berichterstatter zu 2:	**Claudia Stamm**
Berichterstatter zu 3 - 5:	**Mannfred Pointner**
Mitberichterstatter zu 1:	**Mannfred Pointner**
Mitberichterstatterin zu 2 - 5:	**Erika Görlitz**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf mitberaten.
   Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
   Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 16/14791, Drs. 16/14792, Drs. 16/14793 und Drs. 16/14794 eingereicht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/14791, Drs. 16/14792, Drs. 16/14793 und Drs. 16/14794 in seiner 193. Sitzung am 28. November 2012 beraten.
Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/14792, 16/14793 und 16/14794 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/14791 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/14791, Drs. 16/14792, Drs. 16/14793 und Drs. 16/14794 in seiner 78. Sitzung am 5. Dezember 2012 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/14792, 16/14793 und 16/14794 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/14791 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/14791, Drs. 16/14792, Drs. 16/14793 und Drs. 16/14794 in seiner 89. Sitzung am 6. Dezember 2012 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/14792, 16/14793 und 16/14794 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/14791 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15225**
13.12.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/**13464**, 16/**15097**

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013)

§ 1
Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2010 (GVBl S. 258, BayRS 605-1-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 120), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird die Zahl „12,5“ durch die Zahl „12,75“ ersetzt.
      bb) Satz 3 wird wie folgt geändert:
         aaa) In Nr. 1 wird das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.
         bbb) In Nr. 2 werden nach dem Wort „wird“ das Komma und das Wort „und“ durch einen Schlusspunkt ersetzt.
         ccc) Nr. 3 wird aufgehoben.
   b) In Abs. 2 Satz 1 werden nach den Worten „nach Art. 10“ ein Komma und die Worte „für Bedarfszuweisungen nach Art. 11“ eingefügt.
2. Art. 1b Satz 1 erhält folgende Fassung:

   „[1]Die Gemeinden erhalten als Einkommensteuerersatz 26,08 v.H.
   1. des nach § 1 Sätze 6 bis 15 und 18 bis 20 FAG erhöhten Landesanteils an der Umsatzsteuer als Ausgleich für die überproportionalen Belastungen durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und
   2. der erhöhten Landesanteile an der Umsatzsteuer, die das Land zum Ausgleich der Belastungen durch Steuerrechtsänderungen im Einkommensteuergesetz erhält.“
3. Art. 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Nr. 1 Satz 1 werden die Zahl „108“ durch die Zahl „112“ und die Worte „mit 500 000 Einwohnern 150 v.H. der Einwohnerzahl; bei Gemeinden mit mehr als 500 000 Einwohnern beträgt der Hauptansatz 150 v.H. zuzüglich 1 v.H. je weitere 100 000 Einwohner“ durch die Worte „mit 500 000 und mehr Einwohnern 150 v.H. der Einwohnerzahl“ ersetzt.
   b) In Nr. 4 Satz 3 zweiter Spiegelstrich werden die Worte „abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 3 AGSG“ durch die Worte „ohne die reinen Ausgaben nach § 28 SGB II abzüglich des auf 26,4 Vomhundertpunkte entfallenden Teils der Erstattungsleistungen nach § 46 Abs. 5 SGB II in Verbindung mit Art. 3 AGSG“ ersetzt.
4. In Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 zweiter Spiegelstrich werden die Worte „abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 3 AGSG“ durch die Worte „ohne die reinen Ausgaben nach § 28 SGB II abzüglich des auf 26,4 Vomhundertpunkte entfallenden Teils der Erstattungsleistungen nach § 46 Abs. 5 SGB II in Verbindung mit Art. 3 AGSG“ ersetzt.
5. In Art. 12 Abs. 3 Satz 1 wird der Betrag „68 000 €“ durch den Betrag „90 000 €“ ersetzt.
6. Art. 13 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „[1]Der Staat stellt den Gemeinden und Gemeindeverbänden 51 v.H. der auf Bayern entfallenden Zuweisung des Bundes zum Ausgleich der Übertragung der Ertragshoheit an der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund (Kompensationsbetrag) zur Verfügung (Kommunalanteil).“
   b) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „[1]Die Finanzmasse jedes Haushaltsjahres errechnet sich aus dem auf Bayern entfallenden Kompensationsbetrag (Abs. 1 Satz 1), der dem Staat im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Kalenderjahres bis zum 30. September des vorhergehenden Kalenderjahres zugeflossen ist.“
7. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 wird der Betrag „108 500 000 €“ durch den Betrag „112 200 000 €“ ersetzt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

8. Art. 13e wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 1 wird der Betrag „101 250 000 €“ durch den Betrag „81 250 000 €“ ersetzt.

   b) In Satz 2 werden die Worte „2011 bis 2015“ durch die Worte „2013 bis 2015“ und der Betrag „20 000 000 €“ durch den Betrag „16 000 000 €“ ersetzt.

9. In Art. 13h wird der Betrag „266 000 000 €“ durch den Betrag „256 000 000 €“ ersetzt.

§ 2
Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze

Art. 5 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 942, BayRS 86-7-A), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 689), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1a wird aufgehoben.

2. In Abs. 4 wird folgender Satz 6 angefügt:

   „[6]Den Netto-Entlastungen nach Satz 1 wird nach Maßgabe des Staatshaushalts vorweg ein Verstärkungsbetrag für andere Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs entnommen.“

§ 3
Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBl S. 418, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 120), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

      „[3]Soweit bei Beginn der Berechnung der in Satz 1 genannten Zuweisungen, Umlage und Durchschnittszahlen die Ergebnisse der letzten Volkszählung noch nicht festgestellt und auf den maßgeblichen Stichtag fortgeschrieben sind, ist abweichend von Satz 1 die auf der Grundlage der Ergebnisse der vorletzten Volkszählung fortgeschriebene Einwohnerzahl maßgebend.“

   b) In Abs. 2 Satz 2 wird das Wort „vorliegen“ durch die Worte „festgestellt sind“ ersetzt.

2. § 9 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 3 wird aufgehoben.

   b) Der bisherige Satz 4 wird Satz 3.

3. § 13 Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

   „[3]Die Mittel gemäß Art. 13 bis 13c und 13f FAG können auch verwendet werden für den Bau oder Ausbau von öffentlichen Feld- und Waldwegen nach Art. 53 Nr. 1 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes in der für Geh- und Radwege notwendigen Breite durch Gemeinden, soweit solche Wege als Teilstrecken von im Übrigen unselbständigen Geh- und Radwegen nach Satz 2 Nr. 1 oder Art. 13f FAG genutzt werden.“

§ 4
Inkrafttreten, Ermächtigung zur Neubekanntmachung

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz neu bekannt zu machen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde
Abg. Georg Winter
Abg. Dr. Paul Wengert
Abg. Mannfred Pointner
Abg. Claudia Stamm
Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß
Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Erika Görlitz
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Christine Kamm
Abg. Karsten Klein
Staatsminister Dr. Markus Söder

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 18, 19 und 20 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drs. 16/13464)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14792 mit 16/14794) und
Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14791)

und

Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14808),
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14835 mit 16/14842),
Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14687 mit 16/14696 und 16/14807) sowie
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14798 mit 16/14802 und 16/14804 mit 16/14806)

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/15139)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)

(Drs. 16/13465)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/14823),
Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/14824),
Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/14821) sowie
Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14822)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 45 Minuten, auf die SPD-Fraktion 28 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 21 Minuten. Die FDP-Fraktion hat 20 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann daher bis zu 45 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass beantragt worden ist, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14807 und 16/15139 einzeln und zwar in namentlicher Form abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Georg Winter das Wort.

(Alexander König (CSU): Der viel gelobte Haushaltsausschussvorsitzende!)

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir kommen zum Schluss, das heißt zur großen Klammer für die vielen Einzelpläne, genannt Haushaltsgesetz.

Ich darf eingangs den heutigen Namenstag aufgreifen, wenn es heute auch nur noch wenige Trägerinnen dieses Vornamens gibt. Ich meine die heilige Lucia, die Leuchtende. Vielleicht ist es ein gutes Omen, dass wir am Tag der Leuchtenden diesen großartigen Leuchtturm verabschieden.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat eine hübsche Lucia in seinem Haus. Herr Minister, übermitteln Sie unseren Glückwunsch!

(Heiterkeit)

Verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir haben vor knapp vier Jahren − heute ist der 13. Dezember −, nämlich am 16. Dezember 2008, mit unserem ersten Haushaltsgesetz begonnen, und wir haben in diesen knapp vier Jahren immerhin fünf Finanzausgleichsgesetze vorbereitet, beraten, verhandelt und beschlossen, und zwar alle fünf einvernehmlich mit den Spitzenverbänden. In diesen knapp vier Jahren haben wir auch sechs Haushaltsgesetze im Haushaltsausschuss beraten, die dann vom Landtag verabschiedet wurden. Auch das ist ein Rekord. Es ist ein großes Pensum, sowohl Plenum als auch Fachausschüsse können auf diese Leistung stolz sein.

Natürlich gab es zu Beginn dieser Legislatur eine große Herausforderung. Im Jahre 2009, dem Rezessionsjahr, verzeichneten wir ein Minus von fünf Prozent. Und wir wollen es nicht verschweigen, auch die Bankenkrise und die davon betroffene Landesbank spielten eine Rolle. Das waren die Ausgangspunkte. Trotzdem können wir heute sagen: Wir haben viel erreicht. Wir können mit dem nun vorliegenden Haushalt eine gute Grundlage bereitstellen. Sie alle wissen: Heute zählt nicht mehr die Ankündigung, sondern heute zählt das Tun. Und damit kann bereits ab Jahresanfang begonnen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mein Dank gilt an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, namentlich dem Kollegen Halbleib, meinem Stellvertreter. Der Dank gilt aber auch den Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen und in den Facharbeitskreisen, die uns zugearbeitet haben und dabei auch für ihre Belange gekämpft haben. Ich denke an die verehrte Kollegin Stewens und viele andere, die ein oder mehrere Themen fest auf der Fahne hatten und sich für deren Erreichen eingesetzt haben. Am Ende war es wichtig, Wesentliches aus dieser Arbeit aufnehmen zu können.

Ich sage ganz herzlichen Dank auch den Damen und Herren der Staatsregierung und in den einzelnen Ressorts, die uns unterstützt und entsprechende Hilfe geleistet haben. Besonders gilt an dieser Stelle dem Finanzminister und seinem Staatssekretär sowie seinem Team Anerkennung, der den Entwurf federführend eingebracht hat. Es war eine Riesenherausforderung. Das sollte man sich einmal bewusst machen. Vor Weihnachten bräuchte man eigentlich nichts Neues an Themen und Aufgaben, aber wenn man im letzten Quartal unmittelbar vor der Weihnachtszeit dieses ehrgeizige Projekt Haushalt auf die Tagesordnung setzt, kommen schon etliche Dinge zusammen, die uns alle stark fordern.

Nicht vergessen möchte ich, meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Landtag, beginnend von den Offizianten bis hin zu den Mitarbeitern des Ausschussbüros, abzustatten. Letztere mussten vieles leisten, um die Sitzungen vorzubereiten.

(Allgemeiner Beifall)

Die zweitägige Debatte hat gezeigt, dass wir einen guten Haushalt 2013/2014 für Bayern − nicht für uns! − aufgestellt haben. Darauf kommt es an. Dies wurde in der Debatte deutlich.

Ich möchte jetzt ein paar Kernpunkte ansprechen. Vorrangig zählt immer das, was stattfindet. Dazu gehört der Breitbandausbau. Er findet statt und macht sichtbare Fortschritte. Auch der Einsatz für unsere Kinder findet statt und auch er macht Fortschritte.

Sie alle werden das in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, wenn Sie bei Terminen zur Einweihung neuer Kinderkrippen oder bei der Modernisierung eines Kindergartens dabei waren. Das hat sich bayernweit von jedem nachvollziehen lassen. Das ist einfach beispielhaft und großartig.

Einen weiteren Punkt, der sehr schwierig war, haben wir ebenfalls neu geregelt. Der Kollege Karsten Klein hat mit gutem Ergebnis dafür gekämpft. Ich meine die Pensionsvorsorge. Dazu möchte ich kurz etwas sagen, auch wenn die Zeit knapp ist. Denn dabei ist eine große Irritation entstanden.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die ganz wesentliche Vorsorge für die verbeamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst kommt aus unserem Staatshaushalt. Das ist vergleichbar mit den Arbeitnehmern, deren Sozialversicherungsbeiträge, die während der Woche eingenommen wurden, auch dafür stehen, dass man die Rente am Freitag auszahlen kann. Da ist nun der Eindruck entstanden, dass durch die Veränderung der Fonds etwas Negatives geschieht und dass durch die großen stattfindenden Veränderungen plötzlich etwas infrage gestellt würde.

Nun muss man einfach die Relationen kennen. Die Dämpfungswirkung, um es auf den Punkt zu bringen, sollte nach dem alten Modell für die Jahre 2025 bis 2030 eine Größenordnung zwischen 3,2 % und 5 % haben.Die Dämpfungswirkung nach dem neuen Modell wird in der Endphase 2025 bis 2030 sogar noch stärker sein, nämlich dergestalt, dass wir bei knapp 4 % bis 6,5 % liegen werden. Wir wollen hier nichts durcheinanderbringen. Beide Modelle, ob alt oder neu, haben nur die Aufgabe, diese Spitze zu kappen. Für den großen Kern bleibt die Frage: Wie gut geht es unserem Land? Davon hängt die Altersversorgung ab. Sie hängt davon ab, wie wir aufgestellt sind. Deshalb müssen wir gute Haushalte vorlegen und für die Konjunktur kämpfen. Es hängt auch von unserer Steuerpolitik, gerade für den Mittelstand, ab. Wie gehen wir mit der kalten Progression um? Was müssen wir tun, damit die Lokomotive unter

Dampf bleibt? So können wir die Zukunft gestalten, Sicherheit geben und Arbeitsplätze sichern. Darum geht es, und nicht um die Frage, wie wir Fonds zusammenführen, verändern oder modellieren.

Unser Modell stellt darauf ab. Wir wollen den Vorschlag des Ministerpräsidenten umsetzen und bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein. Von 32 Milliarden Euro kann bei einem Zinssatz von 3 % eine echte Milliarde eingespart werden. Diese Zinsmilliarde, die wir einsparen, ist unsere Pensionsmilliarde. Damit haben wir langfristig mehr für die Versorgungssicherheit getan, als das alle Fonds könnten. Diesen Weg haben wir eingeschlagen. Er ist bei den Betroffenen, bei den Verbänden und beim Beamtenbund sehr schnell verstanden worden. Deswegen kam von dort auch das Okay. Das ist gut. Das akzeptieren wir. Hier kommt Positives auf den Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Soviel zu diesem Thema. In manchen Runden wurde das Thema so dargestellt, dass die Leute verängstigt nach Hause gingen. Deshalb wollte ich dazu etwas sagen.

Zu den wirtschaftspolitischen Zahlen möchte ich Folgendes feststellen: Der Haushalt besteht aus unendlich vielen Zahlen. Aus meiner Sicht war aber die erfreulichste Zahl, dass wir in Bayern 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse haben. Das ist ein absoluter Rekordhöchststand. Diese Zahl ist allein in den zurückliegenden sieben Jahren um 600.000 Menschen gewachsen. 600.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger haben einen sicheren Job und sind damit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das war uns immer ein Anliegen.

Wenn wir von der Wirtschaft reden, geht es zunächst um die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer. Sie sind die Betroffenen, die die Leistungen erbringen müssen. Deshalb ist das die beste Zahl. Wir erkennen an, dass wir in diesem Lande sehr viel für die Bildung tun müssen, für die Vorbereitung der Kinder auf den Berufsweg. Diese jungen Menschen brauchen aber, wenn sie im Berufsleben angekommen sind, Jobs. Dazu gehört die Bereitschaft, Investitionen zu unterstützen. Was erleben wir aber

draußen vor Ort bei den Bürgerentscheiden, ob in Landshut oder in Starnberg? Unabhängig davon, ob dort ein Aufzug, eine Straße oder ein Platz für ein Hochregal benötigt wird; vielfach geht die jeweilige Abstimmung mit einem Nein aus.

Wir müssen erkennen: Die Aufträge von morgen sind die Chance für Beschäftigung, sind die Chance dafür, dass Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden. Aktuell werden so viele Sozialversicherungsbeiträge wie nie zuvor bezahlt. Deshalb sind unsere Sozialkassen gefüllt und unsere Renten sicher. Wir müssen deshalb noch besser vermitteln, was mit Investitionen verbunden ist.

Ich nenne zunächst die Innovation. Bei der Bahn besteht ein riesiger Nachholbedarf beim Ausbau des Schienenwegenetzes. Wir hatten die Chance, dass unsere Bürger hier ihr Geld sicher einbringen und damit für Beschäftigung sorgen können. Deshalb sind diese 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die beste Zahl, die wir gehört haben. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In den letzten Tagen war für mich die kleine Replik im Plenum interessant, bei der es hieß, die CSU vergesse die kleinen Leute; sie kümmere sich nur um große Maßnahmen und Großprojekte sowie um die "Großkopferten". Der Kollege, der dies sagte, ist gerade nicht anwesend. Mir gefällt dieses Wort nicht. Dieser Kollege hat das Bild gemalt, dass die CSU als Volkspartei die breite Masse der Bevölkerung übersehe und sie somit zwangsweise anderen Parteien zuschiebe. Das tun wir nicht.

Ich möchte dazu aus unserer Sicht sagen: Diese CSU ist anders. Sie ist bürgernah. Ich nenne nur ein Beispiel: Unser Ministerpräsident besucht alle Landkreise in Bayern. Die Reaktionen in der Bevölkerung darauf sind querbeet, wie mir berichtet wurde, sehr positiv, unabhängig von der politischen Einstellung der Bürger. Die Abgeordneten der CSU sind im Lande unterwegs, kümmern sich um ihre Stimmkreise und sind präsent. Sie beweisen Bürgernähe. Der Kollege, den ich meinte, ist gerade nicht da. Deshalb

können wir ihn nicht stärker einbinden. Wahrscheinlich käme von ihm sofort ein Zwischenruf, dann wäre das, was ich meinte, verständlicher.

Uns ist wichtig, dass wir die Regionen − Stadt und Land − nicht gegeneinander ausspielen, sondern sehr wohl erkennen, dass dieses Miteinander und diese Ergänzung von Ballungsräumen und ländlichen Regionen Bayern stark macht. Wir müssen versuchen, unterschiedliche Antworten auf die unterschiedlichen Anforderungen zu geben. Für den ländlichen Raum ist es wichtig, dass wir sagen können, dass es für den öffentlichen Personennahverkehr mehr Mittel gibt. Die Zugangebote, die Versorgung mit Bussen, Radwegen und überhaupt das Verkehrsnetz sind dort besser geworden. Wir tun hier viel für den Ausbau. Ich nenne auch unsere Programme zur Dorferneuerung und zur Städtebauförderung, die für die Kommunen gute Instrumente sind, um ihre Aufgaben anzupacken.

Der Finanzminister hat heute Vormittag gesagt, dies sei der größte kommunale Finanzausgleich, den es in Bayern je gegeben hat. Herr Kollege Halbleib, man muss hier richtig rechnen. Das ist nur eine Frage des Addierens. Sie nennen einen Steuerverbund. Wenn Sie nur bis vier zählen, also den Daumen weglassen: Mit allen vier Verbünden in Bayern haben wir Baden-Württemberg längst hinter uns gelassen. Deshalb war die Darstellung heute Vormittag nicht richtig. Frau Kollegin Görlitz wird noch einmal perfekt darlegen, dass wir in Bayern bereits bei 26 % liegen.

Meine verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU hätte diese Erfolgsgeschichte, die sie am Ende dieser Wahlperiode vorzeigen kann, nicht schreiben können, wenn sie notwendige Veränderungen nicht rechtzeitig gesehen, aufgenommen und darauf reagiert hätte. Herr Rinderspacher hat davon gesprochen, dass wir sehr viel veränderten und uns anpassen, manchmal neu aufstellen, und er hat dies mit Drehungen und Sonstigem in Verbindung gebracht. Wenn wir auf die Veränderungen nicht reagiert hätten, wären wir schon längst im Museum gelandet.

Was sind die neuen Herausforderungen? Die Ballungsregionen wachsen. Wer sich in München bewegt, erkennt sehr schnell, dass die Zahl der Menschen, die in die U-Bahnen, die S-Bahnen und die Busse drängen, immer weiter steigt. Das Netz wird immer stärker gefordert. Deswegen brauchen wir hier eine Entlastung. Wer sich die Zahlen des Statistischen Landesamts ansieht, die vor 14 Tagen auf Seite 1 der Zeitungen standen, sieht, wo die Zuwächse liegen. Ob wir diese Entwicklung richtig finden oder sie ablehnen, spielt keine Rolle. Wir müssen uns rechtzeitig darauf einstellen; denn eine neue S-Bahn oder eine neue U-Bahn wird nicht an einem Tag gebaut. Das braucht ein bisschen Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahre 1972 wurde in München dieses tolle Verkehrssystem im Hinblick auf die Olympischen Spiele eröffnet. Jetzt müssen wir den Veränderungen Rechnung tragen. Die Landeshauptstadt München hat dazu gesagt: Was ist denn da Besonderes dran? Meine Damen und Herren von der SPD, was ist Besonderes daran, wenn der Staat eine staatliche Aufgabe löst? Das Besondere ist, dass es sich dabei nur in Bayern um eine staatliche Aufgabe handelt. In Hessen müssen die Frankfurter für ein solches System selbst zahlen. In Baden-Württemberg müssen die Stuttgarter und die umliegende Region selbst bezahlen, weil sie der Träger sind.

Wir hätten mit den 1,5 Milliarden Euro, den förderfähigen Kosten für die zweite Stammstrecke, kein Problem, wenn der Bund davon 60 % und wir 40 % bezahlen würden. Wir müssten dann 600 Millionen Euro aufwenden und der Bund 900 Millionen Euro. Notfalls könnten wir dem Bund die Summe zum Teil vorfinanzieren. Der Träger, also die Stadt und das Umland von München, müssten dann aber die Summe, die über diese 1,5 Milliarden Euro hinaus aufzuwenden ist, selbst bezahlen. Die Gesamtsumme könnte 2 Milliarden Euro betragen, sie könnte aber auch bei 2,5 Milliarden Euro liegen. Diese Differenz müsste die Stadt drauflegen. Diese halbe Milliarde wäre ein wesentlich größeres Volumen als die 147 Millionen Euro, die sie jetzt aufwendet.Deswegen ist das, was München bringt, weniger als 10 % vom Ganzen. Das ist

hundertmal komfortabler als das, was in anderen Ländern dafür aufgebracht werden muss. Soviel zum Thema CSU und Ballungsraum bzw. Großstadt und dazu, worüber wir uns Sorgen machen und wessen wir uns annehmen.

Ich kann es ganz kurz machen. 3,5 Milliarden umfassen die Leistungen, die an die Landeshauptstadt gehen, egal, ob es Theater, Museen, wissenschaftliche Sammlungen oder Universitäten sind. Der Kuchen von 3,5 Milliarden ohne Stammstrecke und sonstige Leistungen ist in einem Diagramm aufgeteilt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Uns verweigert der Finanzminister diese Auskunft! Wir haben eine parlamentarische Anfrage gestellt, er hat uns die Antwort verweigert!)

Dann kann man es nur nachholen, wenn es so ist. Danke, Herr Kollege Halbleib, dass Sie das noch einmal ansprechen. Damit unterstreichen Sie das, was hier Großartiges getan wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber warum verweigert er dann die Auskunft?)

Der Herr Staatsminister kommt heute noch zu Wort.

Wichtig ist aber auch Folgendes, wenn Sie schon den Dialog aufnehmen, Herr Kollege Halbleib: Ich habe die Stammstrecke angesprochen. Beim ÖPNV heißt es, die Stadt betreibt die U-Bahnen, und das klappt toll. Warum klappt es so toll, liebe Kolleginnen und Kollegen? Weil wir 90 % bei den U-Bahnen bezahlen. Ähnliches gilt für die S-Bahnen. Da sind wir als Träger voll verantwortlich.

Schauen wir uns ein weiteres Beispiel an. Es heißt, Ude hat eine gute Sparkasse, was macht ihr aber mit der BayernLB? Dazu kann ich nur sagen, es wird zu Recht gesagt, wie enorm die Anstrengungen des Freistaates waren. Warum fallen so viel Zinsen an? Warum mussten wir so viel Kapital aufnehmen? Herr Kollege Halbleib, wir haben schon ab und zu darüber gesprochen. Wenn wir nur den schwachen Sparkassen geholfen und den gesunden, wie zum Beispiel der Münchner Sparkasse, gesagt hätten, ihr könnt euch selber helfen, dann hätten wir uns von fünf Milliarden 15 % gespart.

Das ist eine Dreiviertelmilliarde. Das wäre eine tolle Sache gewesen. Die hätten dieses Geld gar nicht gebraucht. Sie haben es aber trotzdem bekommen. Da sie es gar nicht gebraucht haben, sagten sie auch gar nicht danke dafür. Wir hätten die 750 Millionen nehmen können und dann wäre die ganze Stammstrecke von vorne bis hinten mit Fresh Money finanziert gewesen. So einfach ist es.

(Beifall bei der CSU)

Eine Sparkasse, die gesund ist, die zu ihrer Verantwortung selber stehen könnte, bekommt eine Dreiviertelmilliarde. Das sind wir, die CSU, die FDP und die Staatsregierung. Dazu kann man nur sagen, das ist Menschenfreundlichkeit pur. Mehr kann man nicht mehr machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde es gar nicht ansprechen, wenn Sie nicht immer wieder sagen würden, dass wir wegen der Bank so viele Schulden gemacht haben. Sie wissen jetzt, warum wir so viel Kredit aufgenommen haben. Nach meinem Vorschlag hätte auch weniger gereicht, dann wären wir noch ein bisschen besser weggekommen.

Jetzt ist auf die Großkopferten hingewiesen und gefragt worden, ob wir für die kleinen Leute auch noch etwas übrig haben. Frau Präsidentin kennt diese Fragen. Die ganz kleinen Leute sind uns sehr wichtig, nicht nur weil wir wissen, dass in der Demokratie jeder eine Stimme hat, sondern weil wir aus den Regionen kommen, wo es die kleinen Schulen und die kleinen Krankenhäuser gibt, wo die Landkindergartenregelung gilt. Gestern oder vor zwei Tagen stand hier einer am Pult und hat gesagt, wir brauchen kleine Schulen, dafür müssen wir mehr tun. Schauen wir uns einmal an, wie kleine Schulen in Bayern aussehen. Da gibt es jahrgangskombinierte Klassen, das sind zwei Jahrgänge mit jeweils 13 Kindern. Wenn man das mal zwei nimmt, haben wir 26 Kinder und vier Jahrgänge.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): 200 Standorte habt ihr geschlossen!)

26 Kinder reichen bereits aus, um eine selbstständige Grundschule zu haben.

(Maria Noichl (SPD): Mit 26 Kindern?)

- 26 Kinder sind die Mindestvoraussetzung für eine selbstständige Grundschule. Das ist der Status quo in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Hier wurde aber vor zwei Tagen gesagt, wir brauchen kleinere Schulen. Wer will hier etwas ändern? Ein anderes Beispiel ist die Landkindergartenregelung, nach der auch bei neun bis 13 Kindern eine Förderung gewährt wird. Ein anderes Beispiel ist die Schülerbeförderung, die zu 60 % finanziert wird. Da glaube ich, dass wir uns den Herausforderungen schon längst gestellt haben. Das, was manche fordern, ist von uns schon längst umgesetzt.

Oder nehmen wir die Krankenhäuser. Natürlich will der Patient im ländlichen Raum auch die beste Medizin. Natürlich wissen wir alle, dass die Aufrechterhaltung eines Betriebs an sieben Tagen rund um die Uhr höchste finanzielle Anstrengungen erfordert. Trotzdem gibt es in unseren Landkreisen diese modernen Krankenhäuser. Wir haben pro Landkreis nicht nur ein Krankenhaus. Wer durch die Regionen fährt, weiß, dass es immer noch zwei oder drei Krankenhäuser pro Landkreis gibt, die gut aufgestellt sind. Herr Kollege Pointner, ich könnte sie Ihnen für meinen Regierungsbezirk, den ich auswendig im Kopf habe, aufzählen. Gott sei Dank funktionieren diese Krankenhäuser. Die brauchen wir auch, damit die jungen Ärztinnen und Ärzte sich künftig auf dem Land niederlassen, weil sie diesen Hintergrund benötigen. Soviel zum Thema ländlicher Raum, soviel zum Thema klein und groß.

Wenn wir schon von klein reden, die Fraktionsinitiativen der letzten beiden Monate im Haushaltsausschuss waren uns ganz wichtig. Sie haben es mitverfolgt. Manche haben spöttische Bemerkungen dazu gemacht. Vom Spielen war die Rede. Es ging nicht ums Spielen, sondern es ging darum, dass wir einen Haushalt feinjustieren können,

dass wir Themen aufgreifen können, die uns wichtig sind. Ich nenne nur stichwortartig die innere Sicherheit, die Polizei, die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 50 Millionen für die Städtebau- und die Wohnbauförderung − der Kollege Rotter hat es mitverfolgt -, die Justiz mit den kleinen Baumaßnahmen, für die wir mehr tun, die Bildung, die Jugendarbeit oder die kirchlichen Gebäude.

Ein Beispiel war uns in der CSU-Fraktion besonders wichtig. Da ist die Mannschaft hundertprozentig dahinter gestanden. Bei den Schulsekretärinnen, den Verwaltungskräften an den Schulen haben wir eine kräftige und deutliche Erhöhung vorgenommen. 150 Stellen waren es an der Zahl.

(Beifall bei der CSU)

Das war das größte, was gefordert wurde. Da haben wir keinen Abstrich gemacht. Dieses Anliegen haben wir zu hundert Prozent erfüllt. Das Ergebnis ist 150, und darauf sind wir stolz. Daran sieht man auch, dass mit Summen im einstelligen Millionenbereich Vieles und Gutes bewegt werden kann. Bei der Wirtschaft, der Landwirtschaft, bei den Forschungsprojekten oder bei den Bildungsangeboten wurden Ergänzungen vorgenommen. Bei der Dorferneuerung und im Sozialbereich wurden Verbesserungen vorgenommen. Ganz wichtig ist der Landesbehindertenplan, das Taubblindengeld, das wir vorgeschrieben haben, die Asylsozialberatung und die Familienpflege.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Alles das waren wichtige Punkte, die sich jetzt im Haushalt wiederfinden. Ich komme zur Umweltpolitik, Herr Staatsminister Huber und Frau Staatssekretärin Huml. Schon im Nachtragshaushalt haben wir bei der Windkraft für die Bürgeranlagen ein zusätzliches Programm aufgelegt. Wir haben jetzt im neuen Doppelhaushalt Mittel für den Ausbau und die Verbesserung der medizinischen Infrastruktur vorgesehen, damit wir in den Kurorten und den Heilbädern eine modernste Ausstattung anbieten können. Auch das sind Maßnahmen, die sich sehen lassen.

Wissenschaft, Kunst und Kultur sind ein riesiger Erfolg, wie heute von Frau Sandt und Herrn Jörg berichtet wurde. Neben den Leuchttürmen haben wir ein breites Programm mit 26 Millionen Euro gestaltet, mit dem viel erreicht wird. Das hat man uns gar nicht zugetraut. Ich kann nur sagen: Auch hier haben wir Vieles geschafft.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn ich es zusammenfasse, kann ich feststellen, wir haben sicherlich Glück gehabt. Wir können aber auch stolz auf die Menschen sein, die diese großartigen Leistungen erbringen. Gelegentlich sind wir auch mit unserer Opposition zufrieden.

(Alexander König (CSU): Sehr zufrieden! Eine bessere können wir uns nicht wünschen!)

Das will ich gar nicht weglassen, weil die Zusammenarbeit gelegentlich sachlich und konstruktiv war. Was mehr und was weniger war, kann man quantifizieren.

Der Ausgangspunkt ist 2009. Damals hatten wir ein Minus von 5 % und eine Rezession. Wir hatten die Landesbank, und die Wirtschaftsweisen haben uns für fünf Jahre ein Tal der Tränen vorausgesagt. Das war keine Ermutigung. Trotzdem haben wir in der Zeit, in der die Vorzeichen schwierig und kritisch waren, eine Dienstrechtsreform auf den Weg gebracht. Als Stichworte nenne ich nur Stellenhebungen, Stellenverbesserungen oder die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Natürlich haben wir in den letzten Jahren über begrenzte Zeiträume hinweg auch sparen müssen, sonst hätten wir dieses Ziel nicht erreicht. Als Stichworte nenne ich nur die Wiederbesetzungssperre oder die befristete Absenkung der Eingangsbesoldungen. Gott sei Dank läuft das jetzt wieder aus. Wie hätten wir es bei der Ausgangslage 2009 anders machen sollen? Wer kann sich noch daran erinnern? Auch die Medien haben bezweifelt, dass wir, nachdem wir 2009 in die Rücklage gegriffen haben, den Haushalt 2010 noch ausgleichen können.

Im September des Jahres 2010 lautete die Kernfrage: Können wir die vier Milliarden Eurolücke überhaupt schließen? Die Damen und Herren vom Finanzministerium wissen das, weil sie alles miterlebt haben. Da fehlten vier bis sechs Milliarden Euro, um den Haushalt 2011/2012 auszugleichen. Die Antwort lautete: Das kann gar nicht funktionieren. So viel könnt ihr gar nicht einsparen. Am Ziel des ausgeglichenen Haushalts kann nicht festgehalten werden. Das war im September 2010. Wir haben jedoch entschieden, dass wir dranbleiben und dass in den Jahren 2011 und 2012 keine neuen Schulden gemacht werden. Siehe da, im Jahre 2011 ist es gelungen, den Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen. Trotzdem war es möglich, 48.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Trotzdem war es möglich, von der Halbtagsschule in die Ganztagsschule einzusteigen. Trotzdem war es möglich, für die Kindergärten laufend 1,2 Milliarden Euro und für den Krippenausbau mehr als eine Milliarde Euro auszugeben. Wir können zusagen, jeden neuen, weiteren Antrag zu finanzieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist der Punkt. Von der Rezession und der Landesbank war es ein riesiger Spannungsbogen zu Mehrleistungen und einer Vielzahl von Verbesserungen, die viele Bürger erreichen. Die Messlatte, keine neuen Schulden aufzunehmen, haben wir weiterverfolgt.

Im Januar 2012 hat der Ministerpräsident während der Klausur in Kreuth den Vorschlag unterbreitet, neben dem einen Bein, keine neuen Schulden zu machen, auch das zweite Bein, die Schulden zu tilgen, anzugehen. Herr Finanzminister, Sie haben das heute Vormittag bereits angesprochen. Respekt und Anerkennung, dass bereits eine Milliarde Euro an Schulden getilgt worden sind. Das ist schon geschehen. Im Doppelhaushalt steht eine weitere Milliarde. Das ist ganz großartig.

Meine Damen und Herren, was tun die anderen? Ich will Sie nicht überfordern oder langweilen. Ich lasse einmal das Nachbarland weg. Wir schauen mal nach Berlin. Berlin wird nächstes Jahr eine halbe Milliarde Euro Schulden machen. Die Hamburger

werden sich mit einer Milliarde Euro verschulden. Die Rheinland-Pfälzer überschreiten eine Milliarde Euro. Ich nehme nur das nächste Jahr. NRW schafft es auf 4,7 Milliarden Euro Schulden. In 2013 und 2014 kommt NRW auf 7,3 Milliarden Euro Schulden. Das sind die feinen Unterschiede. Wer gibt eine Garantie für das Jahr 2030? Was ist aktuell der Fall? − Wir bauen Schulden ab, die anderen bauen auf.

Das Thema Bank, auf das ich noch einmal eingehen möchte, hat uns sicherlich viel Stress bereitet. Das Beihilfeverfahren ist abgeschlossen. Herr Staatsminister, auch das gehört zur Bilanz des Jahres 2012. Die Termine waren nicht nur locker, sondern fordernd. Das Thema GBW läuft. Die LBS ist veräußert. Das BayernLabo-Kapital ist gehärtet. Die Rückzahlung hat begonnen. Gott sei Dank hat die Bank in den ersten drei Quartalen keine Scheinerfolge verzeichnet, sondern im eigenen Lande solide verdient. Die Bank macht wieder ein Plus mit ihrem ganz normalen Geschäft. Das ist okay so, weil es solide ist. Wir haben die Sparkasse München angesprochen. Das müssen wir mitschultern. Deswegen kann man sagen: Trotz MKP, trotz Ungarn und all dieser Widrigkeiten gibt es positive Nachrichten im größten und schwierigsten Betrieb unseres Freistaates.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss sage ich noch einmal Danke. Wir wollen heute das berühmte Wort des französischen Königs zitieren. Mir ist bewusst geworden, warum beim Wort "Etat" der ganze Staat im Spiel ist. Es geht wirklich um den Staat und seine Konstitution. Es geht um die Konstitution unseres Bayernlandes. Der Haushalt für die Jahre 2013/2014 zeigt, dass unser Land sehr leistungsfähig ist. Dieser Haushalt legt verbindlich fest, mit welcher finanziellen Unterstützung unsere staatlichen Einrichtungen, unsere Kommunen, die Verbände, die Beschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger, ob es sich um Wohngeld, Schulgeldersatz oder Landeserziehungsgeld handelt, in den nächsten Jahren rechnen können.

Immer wieder war vom Wahljahr-Haushalt und Wahlgeschenken die Rede. Wir leben in einer Demokratie und freuen uns, dass immer wieder Wahlen stattfinden. Das ist ein starkes Bürgerrecht, ohne das Demokratie nicht funktionieren kann. Der Haushalt er-

streckt sich, obwohl der Eindruck entstehen könnte, nicht nur bis zum Wahltag, sondern weit darüber hinaus. Er erfasst das gesamte Jahr 2014. Damit gibt er unseren Bürgerinnen und Bürgern und allen Betroffenen eine feste und zuverlässige Perspektive.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Der Herr Finanzminister hat noch eins obendrauf gesetzt. Er hat nicht nur für eine verlässliche Perspektive über die Wahl hinaus gesorgt, sondern in seinen Finanzplan auch geschrieben, dass im Finanzplan 2015/2016 eine weitere Milliarde getilgt werden soll. Das ist die Botschaft zu Weihnachten. Deshalb an dieser Stelle: Danke, gesegnete Weihnacht und ein gutes neues Jahr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion steht bereits Herr Kollege Dr. Wengert bereit. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Georg Winter, es wird zu keinem innerschwäbischen Schlagabtausch kommen. Dafür hast du dich zu sehr auf Allgemeinplätze beschränkt. Im Zuge der Aufzählung der Wohltaten in den einzelnen Bereichen hast du leider verschwiegen, dass das, was jetzt aus dem Füllhorn geschüttet wird, in den letzten Jahren kräftig eingedampft und gekürzt worden ist. Die Menschen draußen können rechnen. Das werden sie sicherlich nachvollziehen können. Ich will kurz auf zwei Punkte eingehen.

In Bezug auf die zweite S-Bahn-Stammstrecke sind wir uns in diesem Hohen Hause weitgehend einig. Das soll an dieser Stelle auch einmal gesagt werden. Ich möchte meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, warum immer wieder beschworen wird, die Stadt München greife nicht in die eigene Tasche. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie ich als Oberbürgermeister für die sogenannten dritten Gleise, den

S-Bahn-ähnlichen Verkehr in Augsburg gekämpft habe. Ich bin mit einer Rigidität, die beispielhaft ist, vom bayerischen Wirtschaftsministerium darauf hingewiesen worden, dass dies ausschließlich Sache des Bundes und der Bahn sei. Der Freistaat habe nichts damit zu tun, und schon gar nicht die Stadt Augsburg.

Was die Investitionen in die Landeshauptstadt München betrifft - - Jetzt habe ich einen freudschen Versprecher gemacht, bitte schön, was denn sonst? Welcher Staat würde nicht in seine eigenen staatlichen Einrichtungen, die er in der Landeshauptstadt, der Spitze seines Landes, nun einmal betreibt, investieren? Sollen die Münchnerinnen und Münchner sich auf Knien bei der Staatskanzlei dafür bedanken, dass der Freistaat Bayern so viel Geld in München ausgibt? Wo soll er es denn sonst ausgeben, wenn die Spitzeneinrichtungen üblicherweise in der Landeshauptstadt angesiedelt sind?

Es ist schon beeindruckend, wie Sie Ihren Haushalt der Öffentlichkeit verkaufen. Das erinnert mich an den Satz eines früheren Beichtvaters: Lügen darf man selbstverständlich nicht; aber man muss nicht immer die ganze Wahrheit sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Wahr ist, dass Sie Schulden tilgen. Das ist löblich. Das sind 1,06 Milliarden Euro in den beiden Haushaltsjahren. Wahr ist aber auch, dass für den neuen Doppelhaushalt insgesamt 1,16 Milliarden Euro aus Rücklagen, Fonds und Stöcken entnommen werden müssen. Die Schuldentilgung erfolgt somit nicht aus laufenden Mitteln, sondern vom Sparkonto. Darüber hinaus werden Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds abgeschafft sowie der bayerische Pensionsfond eingeführt. Man hat versucht, uns diesen mit schillernden Worten als positiv zu verkaufen. In Wirklichkeit ist das so, als wenn man zwei große Festgeldkonten mit Zuwachssparen abschaffen und durch ein kleines Sparschwein ersetzen würde, das man zu jeder Zeit und bei Bedarf mit dem Hammer zertrümmern kann. Bis zum Ende des Jahres 2014 beträgt die Minderzuführung gegenüber der alten Rechtslage vorsichtig gerechnet rund 1,3 Milliarden Euro, 2010 85 Millionen Euro, 2011 258 Millionen Euro und 2012 303 Millionen Euro. Der

Amtschef des Ministeriums hat uns im Haushaltsausschuss gesagt, in den kommenden Haushaltsjahren würden es zwischen 300 und 400 Millionen pro Jahr sein. Das ergibt 1,346 Milliarden Euro.Unser Änderungsantrag, bei der guten und nachhaltigen bisherigen Regelung zu bleiben, wurde von Ihnen abgelehnt. Sie verschieben das Problem damit in die Zukunft. Uns geht es nicht darum, wie das Konstrukt heißt, sondern uns geht es darum, dass die Pensionen und die Versorgung unserer Beamtinnen und Beamten nachhaltig gesichert sind und nicht zur Disposition des Haushalts gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Besonders ärgerlich ist, und das lässt den Glanz der Schuldentilgung weiter verblassen, dass die Kommunen an der Schuldentilgung nicht beteiligt werden, obwohl sie staatsorganisatorisch Teil des Freistaats sind. Dabei ist ihr Anteil an der Gesamtverschuldung von Staat und Kommunen − ich weiß, Sie hören das nicht gern, aber umso öfter müssen wir das sagen − mit fast 29 % mit am höchsten im deutschen Ländervergleich.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre nur recht und billig, auch kommunale Schulden in eben dieser Höhe zu tilgen. Weil wir das für richtig halten, haben wir die Ausweisung eines kommunalen Entschuldungsfonds gefordert, den Sie leider abgelehnt haben.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lassen Sie mich zu einem Vergleich kommen. Weil Sie so gerne Vergleiche bemühen, bevorzugt mit rot-grün- oder grün-rot-regierten Ländern, tue ich das an dieser Stelle auch; denn der von Ihnen immer wieder bemühte Vergleich mit Baden-Württemberg lässt Bayern gar nicht so gut aussehen, wie Sie das immer glauben machen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Die Fakten sprechen jedenfalls eine andere Sprache. Als gebürtiger Württemberger, also als Bayer mit Migrationshintergrund, sage ich das sehr gerne - Frau Kollegin Görlitz wird jetzt genau aufpassen müssen, weil ich auf ihre Jonglage schon sehr gespannt bin -: geplante Nettokreditaufnahme in Baden-Württemberg 2012 Null, 1,78 Milliarden in 2013, 1,49 Milliarden in 2014. In Baden-Württemberg ist das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs in diesem Jahr bereits um 1,2 Milliarden Euro höher als das des bayerischen. Im Jahr 2013 werden es wieder 1,2 Milliarden Euro mehr sein und 2014 sogar 1,4 Milliarden Euro, und das bei einem deutlich niedrigeren Volumen des kleineren Nachbarlandes Baden-Württemberg.

Damit aber nicht genug. Baden-Württemberg führt der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds 2012 insgesamt 396 Millionen Euro, 2013 475 Millionen, 2014 560 Millionen Euro zu. Die vergleichende Bilanz für die Jahre 2012 bis 2014 ergibt demnach ein Mehr von 3,8 Milliarden Euro beim kommunalen Finanzausgleich in Baden-Württemberg und 1,1 Milliarden Euro mehr für die Pensionsvorsorge als in Bayern, macht zusammen schlappe 4,9 Milliarden Euro. Baden-Württemberg könnte also auf die Nettokreditaufnahme von 3,3 Milliarden Euro in seinem Doppelhaushalt komplett verzichten und darüber hinaus noch 1,6 Milliarden Euro Schulden in den Jahren 2012 bis 2014 tilgen, wenn es dort eine ebenso niedrige Verbundquote gäbe wie in Bayern und die Pensionsvorsorge dort ebenso wie in Bayern eingedampft worden wäre. Hören Sie also bitte endlich damit auf, großkotzig mit dem Finger auf andere zu zeigen

(Beifall der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Christine Kamm (GRÜNE))

und mit dreisten Sprüchen, Herr Kollege Klein, die anderen mögen sich mehr anstrengen. Bayern hat keine Krisen von Werften und der Montanindustrie, des Bergbaus zu verkraften wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen. Ich möchte wissen, wie Sie das hätten bewältigen wollen. Die Regierungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind noch nicht so lange im Amt, als dass sie das Ruder hätten herumreißen kön-

nen. Wir könnten auch sagen: Sie müssen erst die Erblast der schwarz-gelben Vorgängerregierungen beseitigen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Besinnen Sie sich einmal in Ihrer christlichen Partei auf das achte Gebot: Du sollst kein falsches Zeugnis ablegen wider Deinen Nächsten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf unsere Beamtinnen und Beamten eingehen. Der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf des Doppelhaushalts ist im Hinblick auf die Beamten ein typischer Wahlkampfhaushalt. Daran ist nicht zu rütteln. Nach der Landtagswahl 2013 beschloss die CSU die 42-Stunden-Woche. Nach der Landtagswahl 2008 beschloss sie zusammen mit der FDP die Absenkung der Eingangsbesoldung, eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre und das Aussetzen der Leistungsbezüge. Rechtzeitig zur kommenden Landtagswahl sollen diese massiven Einschnitte wieder zurückgenommen werden, um die Beamten zu besänftigen, deren Wohl Ihnen zehn Jahre nicht gerade eine Herzensangelegenheit war und auf deren Vergesslichkeit Sie jetzt setzen.

Alle entsprechenden Forderungen der Opposition haben Sie in der Vergangenheit abgelehnt. Jetzt, mit der Furcht im Nacken, in die Opposition geschickt zu werden, geht es plötzlich; ein Schuft, wer Schlimmes dabei denkt. Auch bei der 19-monatigen Verschiebung der Besoldungsanpassung um 1,5 % und bei der vollständigen Rückkehr zur 40-Stunden-Woche im August 2013 hoffen Sie offensichtlich auf die rasche Vergesslichkeit der Beschäftigten des Freistaats und ihrer Familien.

Ihre hoch gelobten Stellenmehrungen dienen in weiten Teilen nur dem Ausgleich des Personalmehrbedarfs aufgrund der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche und dem Ausgleich der Abgänge in den Ruhestand.

Lassen Sie mich ein paar Worte zum bayerischen Kulturkonzept sagen: 50 Millionen Euro waren ursprünglich im Kulturkonzept vorgesehen. Wir wollten zusätzlich 80 Milli-

onen Euro, was Sie abgelehnt haben. Immerhin haben Sie in der Nachschubliste 26 Millionen Euro draufgelegt, obwohl ein Sanierungsstau in Höhe von 700 Millionen Euro besteht, weil seit Jahrzehnten Museen, Theater, Bibliotheken und Archive vernachlässigt wurden und die Kosten demzufolge ständig anwachsen.

Diese Summe von 700 Millionen Euro stellt nur die ermittelten und bezifferten Kosten dar. Es gibt darüber hinaus bayernweit zahllose Kultureinrichtungen, die sanierungsbedürftig sind. Insgesamt dürfte der Sanierungsbedarf mit Sicherheit die Milliarden-Euro-Grenze übersteigen.

Kommen Sie mir jetzt aufgrund dieser Ausführungen bloß nicht wieder mit Ihrem Mantra, wir würden Bayern schlechtreden. Nein, gerade weil es uns um Bayern und sein Wohl und Wehe geht, müssen wir die Finger in die Wunden legen, die Sie wie bei einem kleinen Kind wegzublasen versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Blick auf die auslaufenden Sonderprogramme ist sehr aufschlussreich. Da gab es einmal das "Klimaprogramm Bayern 2020" mit einem Gesamtvolumen von 350 Millionen Euro. Es ist ausgelaufen. Trotz der Energiewende, bei der nach den Worten von Minister Zeil Bayern Maßstäbe setzt, gibt es keine adäquate Fortsetzung. Ein Beispiel für Ihre Halbherzigkeit ist die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, für die pro Jahr nur noch 20 Millionen Euro vorgesehen sind. Im Klimaprogramm war man einmal bei 45 Millionen Euro. Wir haben deshalb die Verdoppelung der Ansätze gefordert. Wir werden das heute noch einmal zur Abstimmung bringen, weil wir sonst bis zum Ende dieses Jahrhunderts warten müssen, bis die staatlichen Gebäude alle energetisch saniert sind.

Das Programm "Bayern 2020 plus" und das Nord- und Ostbayern-Programm laufen aus. Für die 510 Millionen Euro gibt es keinen adäquaten Ersatz.

Das Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung der staatlichen Förderung mit 75 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2012 zugunsten privater Schulen, Sportstätten, kirchlicher Gebäude, der Landwirtschaft, für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, zum Bau von Abwasseranlagen usw. wird trotz des nachweislich vorhandenen Bedarfs nicht weitergeführt.

Lassen Sie mich nun zum kommunalen Finanzausgleich kommen, der vom Volumen unbestreitbar den bisher größten Umfang einnimmt. In Baden-Württemberg − ich habe es schon ausgeführt − ist er vom Volumen her aber noch höher. Weil wir die Not der Kommunen mit Blick auf ihre Verschuldung sehen, haben wir einen kommunalen Schuldungstilgungsfonds vorgeschlagen, ausgestattet mit 99 Millionen und 95 Millionen Euro. Sie haben dem nicht folgen können. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden setzen wir uns dafür ein, dass die Verbundquote auf zumindest 15 % angehoben wird; denn eine höhere Verbundquote bedeutet mehr Schlüsselmasse, bedeutet mehr Schlüsselzuweisungen, bedeutet, dass die Kommunen, die jetzt schon Schlüsselzuweisungen bekommen, mehr Geld erhalten und insgesamt mehr Kommunen überhaupt Schlüsselzuweisungen bekommen. In einem Vergleich der alten Flächenländer ist Bayern mit einer Verbundquote von 12,5 % und im nächsten Jahr von 12,75 % Schlusslicht. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen haben 23 %, Rheinland-Pfalz 21 %, das Saarland 20,55 %, Schleswig-Holstein 17,7 %, Niedersachen immerhin jetzt schon 15,5 %. Vielleicht wird es ja mit der Festschreibung einer angemessenen Finanzausstattung in der Bayerischen Verfassung besser.

Aller Enttäuschung darüber zum Trotz, dass wir uns in zu vielen Fällen nicht durchsetzen konnten, will ich aber auch erwähnen, dass wir das eine oder andere bewegt haben. Auf Anträge, die Sie reflexartig abgelehnt haben, folgte in den Nachschublisten doch noch ein Aufschlag, zum Beispiel bei der Städtebauförderung, bei der Wohnbauförderung, in der Bildungspolitik, für die Verwaltungsangestellten an Schulen, für die Rehabilitationen von Menschen mit Behinderungen, für die Betreuungsvereine, die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, für die Bamberger Symphoniker und letztlich

auch für das Kulturkonzept.Auch gestern und heute wieder − lassen Sie mich das zum Schluss ausführen − wurde mehrfach das Schwarz-Weiß-Bild an die Wand gemalt, die Opposition fordere nur, sorge sich aber nicht um die Deckung der Ausgaben. Ich weise diese Unterstellung jedenfalls für die sozialdemokratische Fraktion mit Nachdruck zurück. Wenn Sie das uns gegenüber behaupten, dann bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als dass Sie sich gar nicht die Mühe gemacht haben, die Vorschläge der SPD ernsthaft zu prüfen und zu saldieren. Wir haben uns ebenso um einen ausgeglichenen Vorschlag bemüht wie die Regierungsfraktionen und die Staatsregierung, allerdings haben wir andere Schwerpunkte gesetzt und werden das auch in künftiger Regierungsverantwortung tun.

Wir werden aber anders als die Fraktionen von CSU und FDP nicht Schulden ausblenden, die tatsächlich vorhanden sind und keine unlauteren Vergleiche anstellen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, das Beste für Bayern zu tun und nicht andere Länder zu bevormunden und zu belehren sowie Äpfel mit Birnen zu vergleichen und damit über die eigenen Schwächen hinwegzutäuschen. Auch das ist ein Stück Wahrheit und Klarheit, wie wir es von einem Haushalt erwarten. Da ihr Zahlenwerk diesen Prinzipien leider nicht entspricht, können wir ihm auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächstem Redner darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Mannfred Pointner das Wort geben.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, Sie haben heute Vormittag den Dank an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie alle Arbeitgeber dafür ausgesprochen, dass sie dafür gesorgt haben, dass Bayern im letzten Jahr, in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten gehabt hat bzw. haben wird. Sie haben nicht vergessen, auch die Arbeit der Staatsregierung einzubeziehen. Sie haben aber Verantwortliche vergessen, die ganz wesentlich dazu beigetra-

gen haben, dass es den Bayern so gut geht. Das sind die Kommunen und die kommunalen Vertreter. Ich darf darauf hinweisen: Es gibt keine Gewerbeansiedlungen und keine Betriebsansiedlungen, wodurch Arbeitsplätze geschaffen und Steuern bezahlt werden, wenn nicht Verantwortliche auf kommunaler Ebene tätig würden, die für Erschließung, für die Bereitstellung der Grundstücke und deren Ausweisung sorgen und alles dafür tun, dass sich Unternehmen ansiedeln können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich weiß nicht, warum die Kommunen immer wieder vergessen werden. Das liegt vielleicht auch daran, dass neben CSU-Bürgermeistern, Landräten und Kreisräten auch − ich glaube das zumindest − FREIE WÄHLER, SPDler und ein paar GRÜNE in der Verantwortung stehen. Diese machen draußen die Arbeit.

(Karsten Klein (FDP): Auch FDP!)

- Auch die FDP, Entschuldigung. Das stimmt, das hätte ich beinahe vergessen.

Heute ist von den Vertretern der Regierungsfraktionen gesagt worden, Sie liebten alle Bayern. Ich muss sagen: Wir alle lieben Bayern und wir lieben damit auch euch, wenn ihr uns liebt. Wir haben in allen möglichen Funktionen − in den Gemeinden, in den Städten und ehrenamtlich − alles dafür getan, dass Bayern gut da steht. Ich möchte das klarstellen, weil es immer so herauskommt, als ob nur ein Teil der politisch Verantwortlichen das tut.

Wenn wir schon beim Dank sind: Ich darf mich beim Vorsitzenden des Ausschusses sowie bei den Kolleginnen und Kollegen und ebenso bei den Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Ressorts für den kollegialen Umgang bedanken. Ich kann mich leider nur für den kollegialen Umgang und den Versuch, alles gut hinzubekommen, bedanken. Ich kann mich nicht für den Ablauf des Verfahrens − gerade in den letzten Tagen − und auch nicht für das Ergebnis der Beratungen bedanken.

Für Außenstehende ist es kaum vorstellbar, wie in den letzten Tagen − der Vorsitzende wird es bestätigen − die Beratungen abgelaufen sind. Neben der ordentlichen Tagesordnung von weit über 100 Punkten haben wir noch zwei Nachtragstagesordnungen gehabt. Für jeden Einzelplan sind − bis auf eine Ausnahme − teilweise bis zu drei Nachschublisten gekommen. Dann kamen sozusagen als Sahnehäubchen die Tischvorlagen. Die Tischvorlagen kamen so kurzfristig oder gar nicht, dass ein Kollege einmal einen Antrag begründet hat, der noch gar nicht vorgelegen hat.

Dabei ist für uns keine gute Vorbereitung möglich gewesen. Wir haben die Anträge gar nicht mehr genau anschauen können, dann ist schon abgestimmt worden. Du kannst nichts dafür, das ist mir schon klar, das sind die Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion gewesen. Aber so geht das natürlich nicht, dass man das so kurzfristig auf den Tisch legt und erwartet, dass man sich vernünftig mit den Dingen auseinandersetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es sind Anträge gewesen, die mit dem Titel 13 03 89305 gegenfinanziert worden sind. Das ist heute als Spielgeld oder als Feinjustierung bezeichnet worden. Ich habe aber den Eindruck gehabt, dass sich fast jeder Abgeordneter der Regierungsfraktionen austoben durfte. Das hat zu Anträgen geführt, die in jeder kleinen Gemeinde Bayerns von dem Bürgermeister allein hätten genehmigt werden können. Der Gipfel war ein Antrag über 5.000 Euro Zuschuss für ein Museum. Man muss sich vorstellen: Der Haushalt hat über 47 Milliarden Euro und 5.000 Euro Zuschuss für ein Museum. Im Wissenschafts- und Kulturhaushalt haben wir 6 Milliarden und man muss einen Antrag über 5.000 Euro stellen.

Ein weiteres Beispiel waren die 30.000 Euro, die der Herr Ministerpräsident für zusätzliche Ehrungen gebraucht hat. Er hat immerhin 2,3 Millionen Euro für repräsentative Verpflichtungen und 376.000 Euro für Orden. Warum er die Summe nicht aus diesem Titel hat entnehmen können, ist mir nicht klar. Wir haben nichts dagegen gehabt und

haben zugestimmt, weil man Ehrungen durchführen soll, wenn es Menschen verdienen. Ich weiß aber nicht, wie die Finanzierung abgelaufen ist. Da hat wohl wieder irgendjemand bestimmte Vorstellungen gehabt und es beantragt. Wenn wir als FREIE WÄHLER solche Kleinbeträge gefordert hätten, hätte es geheißen, wir kämen von den Gemeinden.

Wir sind aber nicht nur mit dem Verfahren unzufrieden gewesen, sondern auch mit dem Ergebnis der Abstimmungen. Grundsätzlich − das ist auch vorhin gesagt worden − wurden alle Anträge, die von den FREIEN WÄHLERN und Vertretern der anderen Oppositionsparteien gestellt worden sind, abgelehnt. Dann ist über die einzelnen Tischvorlagen der Regierungsfraktionen oder über die Nachschublisten der eine oder andere Antrag von uns bzw. von der SPD oder den GRÜNEN, sogar manchmal in unveränderter Form, wieder aufgetaucht. Ich darf, was unsere Anträge betrifft, zum Beispiel den Antrag in Bezug auf das Verwaltungspersonal an Schulen, die Schulsekretärinnen, nennen. Wir haben das beantragt und dieser Antrag hat euch in Bewegung gesetzt. Das betraf auch die Städtebauförderung und die einzelbetriebliche Förderung. Ebenso galt es für die Sanierung von Dienstgebäuden. Auch dabei ist eine verdächtige Million genehmigt worden. Dem haben wir auch zugestimmt, weil es nichts schadet. Dann haben Sie auch im Kulturbereich beispielsweise einer Erhöhung der Zuschüsse für nichtstaatliche Orchester zugestimmt. Sie lachen, weil Sie wissen, wie es läuft.

Sie sind es gewohnt, dass die Anträge abgelehnt werden, wir können dies aber auch als erfolgreiche Arbeit für uns, das heißt für die FREIEN WÄHLER und die anderen Oppositionsparteien, werten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich möchte noch kurz auf die immer wiederholten Vorwürfe − wahrscheinlich kommen sie auch heute wieder − aus dem Regierungslager eingehen, unsere Anträge hätten soundsoviele Stellen mehr bedeutet und hätten zu Mehrausgaben geführt, die nicht

mehr finanzierbar wären. Hinsichtlich der Stellen möchte ich darauf hinweisen: Wir haben 300 Stellen für Verwaltungspersonal gefordert, Sie haben sie dann auch zeitversetzt gebracht. Wir haben noch 1.000 Stellen für Anwärter gefordert. Diese Anwärter werden nach ihrer Ausbildung zum Teil freiwerdende Stellen bei der Polizei, der Justiz oder den Finanzbehörden besetzen. Gerade bei den Finanzbehörden rechnen sich − wir haben schon sehr oft darüber diskutiert − diese Stellen. Bei Umsetzung der von uns gestellten Anträge wären natürlich Mehrausgaben für den Haushalt angefallen. Es handelt sich aber um Ausgaben, die ohnehin früher oder später notwendig gewesen wären. Als Erstes nenne ich die 600 Millionen Euro für einen Zeitraum von zwei Jahren für die Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds. Wenn man die Anlage betriebswirtschaftlich betrachtet oder wenn man die Doppik − lieber Herr Kollege Barfuß, wir sind beide Befürworter der Doppik − schon eingeführt hätte, müssten wir feststellen, dass die Einzahlungen in den Fonds einer Schuldentilgung gleichgesetzt werden müssen, weil sie bestimmte, mit Gewissheit anfallende Ausgaben für die Zukunft einsparen.

Mir ist klar, dass man damit nur die Spitzen abfedern kann und der Staatshaushalt den Hauptteil leisten muss. Das war aber von vornherein so angelegt. Kollege Winter hat noch erwähnt, dass man das mit den eingesparten Zinsen leisten kann. Das hängt aber − das brauche ich nicht zu wiederholen, das haben wir in der letzten Woche schon diskutiert − von einer Menge Unwägbarkeiten ab.

Wir haben weiter 350 Millionen für den Breitbandausbau beantragt, der bei Ihnen im Haushalt in Form einer Verpflichtungsermächtigung enthalten ist. Wir wollten das Geld gleich drin haben, damit die Mittel gezahlt werden können, wenn die Programme umgesetzt werden. Sie haben ein 500-Millionen-Programm angekündigt, und das ist ein Teil davon. Diese Ausgaben werden kommen, wenn Sie das umsetzen; das Programm steht ja schon.

Wir haben zweimal 170 oder 180 Millionen als Kompensation für den Wegfall der Studienbeiträge eingesetzt. Das ist etwas, was Sie, mit Ausnahme der FDP, auch wollen.

Der Ministerpräsident hat schon erklärt, dass das kommen wird, und Rücklagen sind bereits gebildet worden.

Dann haben wir noch Anträge für die schulische und frühkindliche Bildung gestellt. Diese Mittel sollen für bessere Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen sorgen und die Chancen auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in unserem Land steigen lassen, vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Auch unsere Anträge auf Mittel für den Bestandserhalt an Straßen und Gebäuden und für energetische Sanierung weisen in die Zukunft und entlasten nachfolgende Generationen. Wenn wir die Doppik einführen würden, würde das zu einer Entlastung führen, weil in der Doppik die Abschreibung für diese Anlagen enthalten sein müsste. Wenn wir das einführen würden, wäre das keine zusätzliche Belastung für die Zukunft.

Wenn ich die Mittel der von Ihnen übernommenen Anträge, die ich vorhin erwähnt habe, abziehe, bleibt nicht mehr viel übrig. Wenn sich die Steuerschätzung als richtig erweist, werden wir Ende 2014 − das wurde heute von Kollegen Klein schon gesagt − eine Rücklage von 2,2 oder 2,3 Milliarden haben. Wir betrachten eine gewisse Rücklage durchaus als sinnvoll; dafür haben wir auch als Verantwortliche in den Kommunen gesorgt. Allerdings halten wir eine Milliarde für ausreichend, um auf kurzfristige konjunkturelle Schwankungen reagieren zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben als Gegenfinanzierung die Rückzahlung des Flughafendarlehens von 251 Millionen gefordert. Dieser Forderung wollen Sie jetzt nachkommen. Während wir die Rückzahlung als Gegenfinanzierung für unsere Anträge betrachtet haben, wollen Sie diese Mittel für die zweite Stammstrecke verwenden. Da gibt es unterschiedliche Meinungen. Das ist nun einmal so entschieden worden. Wir werden sehen, was kommt und ob die 2 Milliarden reichen werden; ich verweise auf Stuttgart 21. Das muss dann die Planung ergeben. So schnell wird das ohnehin noch nicht gebaut.

Eines überrascht mich. Wir haben die Rückführung dieses Darlehens schon vor Jahren gefordert. Damals wollte der seinerzeitige Finanzminister Fahrenschon dieses Geld ins Eigenkapital überführen, damit die Flughafen München GmbH bessere Voraussetzungen hat, um an Kredite für Investitionen heranzukommen, zum Beispiel für den Bau des Satelliten und die dritte Startbahn. Die dritte Bahn wird aber nicht kommen. Wenn eine spätere Stadtregierung einmal anders entscheiden würde, dann kommt eben ein neuer Bürgerentscheid, und ich bin mir ganz sicher, dass der noch deutlicher ausfallen würde.

Offenbar wird dieses Darlehen dort nicht mehr gebraucht. Hinzu kommt − das muss man auch ehrlich sagen -, dass die FMG für dieses Darlehen einen höheren Zins bezahlt hat, als sie bei den Banken zahlen müsste, weil sie jetzt Gewinne macht. Die Zinsverluste aus den Jahren, in denen die FMG keine Zinsen zahlen musste, sind bei Weitem nicht ausgeglichen; das geht in die Milliarden. Deswegen wollten wir, dass die FMG wie auch andere staatliche Unternehmen eine Gewinnausschüttung macht. Ich denke da nur an die beiden Brauereien; das sind die einzigen Gesellschaften, die Gewinne abführen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Und der Wald!)

- Richtig, der Wald führt auch Gewinne ab. Das hängt aber vom Holzpreis ab, während die Gewinnabführung der Brauerei nicht unbedingt vom Bierpreis abhängt.

Meine Damen und Herren, ich komme nun auf das Finanzausgleichsänderungsgesetz zu sprechen. Wir begrüßen es, dass Änderungen vorgenommen wurden, die wir als durchaus sinnvoll erachten. Die eine ist der Einwohnerzuschlag, im Volksmund auch Einwohnerveredelung genannt. Er ist von 108 Punkten, beginnend bei den kleinen Gemeinden, auf 112 Punkte erhöht worden. Bei 150 Punkten gibt es jetzt die sogenannte Kappungsgrenze.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Von vornherein war klar, dass die Landeshauptstadt München die einzige Stadt sein wird, die von der Kappungsgrenze betroffen ist und damit vergleichsweise weniger Zuweisungen erhalten wird. Der tatsächliche Rückgang von 100 Millionen auf jetzt 40 Millionen ist allerdings nicht nur auf die Veränderung der Kappungsgrenze zurückzuführen. Das liegt daran, dass die Landeshauptstadt München jetzt eine höhere Steuerkraft hat als früher. Mich hat aber erstaunt, dass nun die Münchner CSU den Oberbürgermeister heftigst attackiert, weil er sich nicht nachdrücklicher gegen diese Regelung gewehrt hat. Da sieht man mal wieder, wie scheinheilig die ganze Politik ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Sie müssten jetzt eigentlich den Oberbürgermeister in Schutz nehmen und Ihren Parteikollegen in München sagen, dass gerade Sie es waren, die bewusst die Lex München ins Spiel gebracht haben. Ebenso wie der Münchner Oberbürgermeister begrüßen wir diese Änderungen, weil sie für die kleinen und mittleren Gemeinden eine leichte Verbesserung ihrer Finanzausstattung erbringen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die unterschiedliche Steuerkraft der Kommunen nach wie vor der Hauptgrund für die zum Teil erheblichen Unterschiede bei der Finanzlage ist. Die Schlüsselzuweisungen können die unterschiedliche Finanzkraft nur zum Teil ausgleichen.

Eines muss ich jetzt auch klarstellen, weil da immer wieder gewisse Forderungen kommen: Wir wollen am vertikalen Finanzausgleich festhalten, weil bei einem horizontalen Finanzausgleich, also bei einem Ausgleich der Kommunen untereinander, einzelne Gemeinden für ihre Initiativen für mehr Einnahmen oder für bessere Bedingungen bestraft würden. Der Staat muss − so wird es bald in der Verfassung stehen − die unterschiedlichen Steueraufkommen, soweit das finanziell möglich ist, wenigstens teilweise ausgleichen. Er muss vor allem eine finanzielle Grundausstattung sicherstellen, die den Gemeinden nicht nur die Erfüllung der Pflichtaufgaben ermöglicht, sondern auch freiwillige Leistungen. Wichtig ist, dass die Investitionsfähigkeit der Gemeinden erhalten bleibt; denn 70 % der öffentlichen Investitionen kommen von den Gemeinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist wichtig, weil es wieder Krisen geben könnte.

Wir haben in Bayern eine relativ große Zahl von finanzschwachen Gemeinden, vor allem in strukturschwachen Gebieten. Eine noch größere Zahl von Gemeinden bewegt sich in finanziell einigermaßen gesichertem Mittelfeld. Einige wenige Gemeinden sind überproportional reich. Diese reichen Gemeinden verwässern natürlich die Statistik, sodass der Staat immer darauf verweist, dass im Durchschnitt alles passt.

Meine Damen und Herren, für die finanzschwächeren Kommunen hat man die Stabilitätshilfen in Höhe von 75 Millionen eingeführt. Das ist für diese Gemeinden zwar hilfreich, kann aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Außerdem werden diese 75 Millionen aus der Verbundmasse − neben weiteren 625 Millionen − genommen, sodass die Verbundmasse um 700 Millionen gekürzt wird; der Rest bleibt für die Schlüsselzuweisungen. Entscheidende Verbesserungen der finanziellen Ausstattung der Kommunen können nur dadurch erfolgen, dass ihr Anteil an der Verbundmasse nach und nach angehoben wird. Sie haben das erkannt und haben, offenbar auf unsere Anträge in den letzten Jahren hin, den Anteil an der Verbundmasse ständig angehoben auf jetzt 12,75 %. Wir sind uns mit den kommunalen Spitzenverbänden aber darin einig, dass das nicht das Ende sein kann. Es ist zwar erfreulich, dass die Gemeinden mehr bekommen − das hängt auch mit der höheren Verbundmasse zusammen -, aber die kommunalen Spitzenverbände fordern 15 %.So weit wollen wir nicht gehen; denn diese Anhebung kann nur nach und nach erfolgen. Wir haben in unserem Antrag die Zahl von 13 % genannt. Diese Mehreinnahmen sollen in die Schlüsselzuweisungen fließen, weil das der richtige Ausgleich für die Gemeinden ist.

Schon traditionell sind unsere Anträge zur Kfz-Steuerkompensation und zur Schülerbeförderung. Ich sage, weil es sonst vergessen wird, immer: Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern, als die Kfz-Steuerbeteiligung bei 65 % lag und es bei der Schülerbeförderung 80 % waren. Dass man das nicht von heute auf morgen wieder so ma-

chen kann, ist klar; aber Anhebungen in diesem Bereich sind durchaus erforderlich, vor allem weil die Zahlungen aus der Kfz-Steuerkompensation in relativ gleicher Höhe bleiben.

Ich möchte auch sagen: Eine Verbesserung des Finanzausgleichs, mehr Geld im Finanzausgleich, nützt uns nichts, wenn sich auf der anderen Seite die Kosten für die Jugendhilfe und vor allem für die Sozialleistungen laufend erhöhen. Insbesondere die Eingliederungshilfe steigt, vor allem aufgrund der demografischen Entwicklung, ständig an. Das im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt versprochene Bundesleistungsgesetz liegt jetzt scheinbar auf Halde. Es muss unbedingt kommen. Denn kein Finanzausgleich nützt uns, wenn auf der anderen Seite die Gelder wieder in die Sozialleistungen fließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir hoffen, dass das Gesetz im Frühjahr 2013 kommt und dass das dann endlich umgesetzt wird.

Zum Einzelplan 13 allgemein. Die Landesbank ist ein eigenes Thema. Darüber könnte man jetzt wieder eine halbe Stunde reden. Wir haben jetzt erfreulicherweise eine Rückzahlung bekommen. Diese Rückzahlung wird allerdings nicht für die Tilgung verwendet, sondern wird als Rücklage für mögliche Zahlungen aus unserer Garantie für eventuell eintretende Verluste, die 2014 erstmals abgerechnet werden, verwendet werden müssen. Dagegen kann man grundsätzlich nichts sagen. Nur, eines muss man auch sagen: Es sollen fünf Milliarden von der Landesbank zurückgehen. Davon stammen zwei Milliarden aus der Garantiesumme. Wenn das zum Ausgleich für die Zahlungen genommen wird, die wir für die Landesbank leisten müssen, können diese fünf Milliarden nicht für die Schuldentilgung verwendet werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Wir fordern einen Tilgungsplan; aber es bestehen natürlich auch viele Unwägbarkeiten, sodass nicht klar ist, ob das möglich ist. Die erste Unwägbarkeit sitzt in Österreich. Heute oder morgen wird dort entschieden, ob es zu einer Klage kommt. Ich hoffe und wünsche für uns alle und für die Landesbank, dass die damaligen Vereinbarungen mit den Österreichern im Rahmen der HGAA rechtssicher gemacht worden sind.

Meine Damen und Herren, zum Flughafen Nürnberg muss ich unbedingt noch etwas sagen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr!

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Ja. − ich freue mich, dass der Flughafen Nürnberg mit Ryanair jetzt eine Gesellschaft bekommt, die neue Flugbewegungen anbietet. Ich möchte gar nicht nachfragen, weil das Geschäftsgeheimnis ist. Ich kenne Ryanair von anderen Flughäfen. Es gibt eine Klage des Flughafens Münster/Osnabrück gegen Dortmund weil Ryanair keine kostendeckenden Gebühren zahlen will.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege!

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Ich hoffe und wünsche nur, dass das in Nürnberg anders ist und dass Nürnberg aus den roten Zahlen herauskommt. Im Jahr 2011 waren es 8 Millionen Verlust.

Ich komme zum Schluss. Wir müssen das Finanzausgleichsgesetz, das Haushaltsgesetz mit Haushaltsplan, leider ablehnen, da unsere Anträge nicht berücksichtigt worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf nun das Wort an die Kollegin Claudia Stamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterreichen. Bitte sehr.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Der Weihnachtsmann oder das Christkind hat dieses Jahr besonders viele Helfer. Ich habe mir überlegt, welches Bild besser passt. Das Christkind ist heimisch bei uns und kommt auch aus Nürnberg; aber es ist definitiv ein zu großer Sympathieträger, als dass das Bild passen würde. Deswegen habe ich mich für den Weihnachtsmann entschieden. Bekanntlich wurde er aus den USA eingeführt, und bei uns glaubt niemand an den Weihnachtsmann. Auch an die Märchen, die Sie rund um den Haushalt hier in regelmäßigen Abständen, in Autosuggestionsübungen erzählen, glaubt niemand, außer vielleicht Sie selbst. Das war in den letzten drei Tagen wieder zu sehen. Sie stehen hier und verkünden mantraartig: Nur Bayern richtet's und nur in Bayern ist es gut. Details dazu erspare ich mir. Die hat mein geschätzter Kollege Hallitzky heute Morgen schon genannt. Aber Ihre Reden rund um den Haushalt erfüllen fast alle Kriterien eines Märchens.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Die Menschen lieben Märchen!)

Charakteristisch für Märchen ist unter anderem das Erscheinen phantastischer Elemente. In Ihrer Mär vom Haushalt gibt es verschiedene phantastische Elemente − "phantastisch" im Sinne von "nicht der Realität entsprechend". Von den angeblich ausgeglichenen Haushalten seit 2006 mussten wir erst heute wieder hören. Nicht ein Haushalt seit 2006 war bei im Aufstellen ausgeglichen. Ein Beispiel dazu: Der Haushalt 2011 war bei seiner Aufstellung beim Finanzierungssaldo mit 1,7 Milliarden im Minus, und am Schluss war dort ein Plus von knapp 950 Millionen Euro. Das zeigt auch, dass all die Ungerechtigkeiten, die Sie bei den Beamten beschlossen hatten, völlig daneben waren, weil schon beim Haushalt 2011 die Steuereinnahmen ohne Ende gesprudelt sind.

Nun zur angeblichen Schuldenfreiheit bis 2030. Kollege Winter, Sie haben das beste Beispiel dafür gegeben, dass Sie selbst nicht daran glauben. In Ihrem Satz gab es

zwei Konjunktive und es war ein Wenn dabei: Wenn das, was der Ministerpräsident … bis 2030 eintrifft,

(Georg Schmid (CSU): Wir schaffen das, keine Sorge!)

dann könnten wir das Geld abführen usw. Sie glauben selbst nicht daran.

(Georg Schmid (CSU): Ihr glaubt nicht daran!)

Es ist eine Mär, es ist ein Märchen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Ihr seid nicht einmal selbst auf diese Idee gekommen! So ein Blödsinn! Claudia, du enttäuschst mich! Wie kannst du so einen Unsinn reden?)

Bei diesen Märchen von der Schuldenfreiheit vergessen Sie regelmäßig die Landesbank. Die rechnen Sie einfach nicht dazu.

(Georg Schmid (CSU): Doch! Die rechnen wir schon dazu!)

10 Milliarden Euro rechnen Sie nicht mit dazu. Das sind aber Schulden.

(Georg Schmid (CSU): 32!)

- Nein, Sie reden von 22, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Schmid. Schauen Sie es sich an!

(Georg Schmid (CSU): 22 plus 10 sind 32!)

Die verdeckten Schulden sind bei Ihnen erst recht kein Thema. Es gibt sie in dreistelliger Millionenhöhe, würde man den Pensionsfonds mit einbeziehen, den Sie nicht bedienen. Zu reparierende Straßen werden bei Ihrem angeblichen Schuldenabbau nicht berücksichtigt und es fehlen auch die Mittel für den Gebäudeunterhalt.

Bei den meisten Märchen steht inhaltlich ein Held im Mittelpunkt, der Auseinandersetzungen mit guten und bösen Kräften bestehen muss. Nach dem Schauspiel, das uns

die CSU-Fraktion heute Vormittag lieferte, als der Finanzminister geredet hat, können Sie sich jetzt aussuchen, wer in der CSU-Fraktion gut und wer böse ist. Der Held im Märchen ist vordergründig eine ganz schwache Figur wie zum Beispiel der jüngste Sohn.

Jetzt kommt aber der allergrößte Unterschied zwischen den herkömmlichen Märchen und Ihrem Märchen vom Haushalt: Die herkömmlichen Märchen gehen immer gut aus; Ihr Märchen wird nicht gut ausgehen. Sie haben es, obwohl Sie so viel Geld in diesen Haushalt einstellen, wieder nicht geschafft, auch nur annähernd die Weichen für eine generationengerechte Haushaltspolitik zu stellen. Grüne Haushaltspolitik tut das. Grüne Haushaltspolitik ist ehrlich und nachhaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Das glaubt ja kein Mensch!)

Wie es aussieht, gibt es im Jahr 2013, also im Wahljahr, noch einen Nachtragshaushalt.

(Georg Schmid (CSU): Schlimm, schlimm!)

Dieser Nachtragshaushalt wurde bereits angekündigt. Es ist unglaublich, dass er, bevor überhaupt dieser Haushalt verabschiedet ist, schon in Gesprächen angekündigt wird. In diesem Nachtragshaushalt werden Sie die Studiengebühren abschaffen und sie eben aus dem Haushalt kompensieren, damit Sie die Wahl gewinnen. Sie werden hoffentlich endlich etwas für die Behindertenhilfe tun und Sie werden natürlich in die Energiewende investieren; denn nur dann kann die Energiewende auch gelingen.

Dieser Nachtragshaushalt wird sicher im Wahljahr kommen. Da werden dann ein paar Osterhasen durch die Gegend hoppeln, so wie jetzt der Weihnachtsmann und seine Helfer, mit Geschenken unterm Arm: der Hauptosterhase aus Nürnberg und ansonsten eben die Osterhasen aus der Gegend, die Geschenke unterm Arm.

Wir liegen nach den Nachschublisten, die wir vorletzte Woche im Ausschuss beraten haben, bei einem Haushaltsvolumen von knapp 47 Milliarden Euro für 2013 und für

2014 bei gut 48 Milliarden Euro, allerdings ohne echte Prioritäten zu setzen oder dem Haushalt etwa eine Struktur zu geben. Was machen Sie? Sie satteln einmal hier und einmal da ein bisschen drauf, kürzen dann aber sogar bei der Behindertenhilfe, und das in Zeiten von Inklusion.Ich finde, Sie sollten sich langsam einmal ein Wörterbuch zu Gemüte führen und schauen, was "Inklusion" heißt. Umsetzen tun Sie’s garantiert nicht.

Die Staatsregierung schafft es noch nicht einmal, bei einem Volumen von 47 Milliarden Euro die Kürzung bei der Behindertenhilfe zurückzunehmen. Man brauchte wohl Spielgeld für die Fraktionen. 40 Millionen Euro haben Sie als Spielgeld zur Verfügung. Dieses Betrages bedarf es, um die Kürzung abzumildern. Sie haben die Kürzung nicht zurückgenommen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis für Sie und die Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das beste Argument bei den Beratungen über die Behindertenhilfe und deren Kürzung habe ich im Ausschuss von der Sozialministerin gehört. Sie hat gesagt, "das ist ja nicht in ihrem Etat passiert, das ist ja beim Finanzminister passiert. Damit hat sie überhaupt nichts zu tun, weil das war der Finanzminister." Ich rate, ein bisschen weniger PR, ein bisschen weniger Öffentlichkeitsarbeit und dafür echte Sozialpolitik zu machen; das wäre gut.

(Georg Schmid (CSU): Ein bisschen langsamer, Claudia! Ich will das mitschreiben! Ich komme nicht mit!)

- Ich kann Ihnen, Herr Schmid, meine Rede nachher gern geben. Es wäre aber schön, wenn Sie mich jetzt erst einmal reden ließen.

40 Millionen Euro haben also die Regierungsfraktionen an Spielgeld. Das Finanzministerium hat Ihnen wohl nicht aufgeschrieben, dass Sie eigentlich 47 Milliarden Euro zur Verfügung haben, Herr Winter. Sie haben gerade gesagt, Sie brauchten das Geld,

um etwas zu gestalten. Sie haben eigentlich das Recht, über 47 Milliarden Euro zu verfügen. Aber das stand wohl nicht auf Ihrem Sprechzettel.

Auf dem Sprechzettel stand wohl auch, alle Anträge der Opposition einfach abzulehnen, egal, ob sie sinnvoll sind oder Geld umschichten oder sogar Geld streichen.

Ich bedaure sehr, dass der Herr Ministerpräsident nicht da ist. Sonst könnten wir vielleicht noch ein bisschen über Wolken und Sonne in der CSU-Fraktion philosophieren. Sehr geehrter Herr Schmid, das haben Sie ja gerade ausführlich getan.

Ich komme kurz darauf, was Kollege Pointner angesprochen hat. Wir sind mit Tischvorlagen überflutet worden. Über das Prozedere will ich jetzt nicht weiter reden; denn das hat er ausführlich getan.

Ich möchte mich an dieser Stelle aber ganz ausdrücklich bei Frau Fecke und ihren Mitarbeiterinnen im Ausschussbüro − da wurde wirklich eine Wahnsinnsarbeit geleistet − und natürlich auch bei unserem Offizianten bedanken. Ich will mich auch bei unserem Ausschussvorsitzenden bedanken, der während der Haushaltsberatungen meist die Ruhe bewahrt hat − bis auf gestern, als es um seinen Vorgarten in Höchstädt und um die Teilverlagerung des Finanzamts München ging. Aber vielen Dank dafür, dass Sie es meist geschafft haben, während der Haushaltsberatungen die Ruhe zu bewahren.

Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass die Tischvorlagen für das Jahr 2013 sind? Ich nenne Stichwörter: Blindengeld, Lehrerinnenstellen. Die demografische Rendite ist bei 2014 nicht mehr drin. Rechnen Sie nicht mehr damit, dass Sie dann noch regieren? Es stimmt also nicht, dass Sie über den Wahltermin hinausschauen. Alles zielt auf die Wahl ab. Und das war’s.

Mit den Tischvorlagen haben Sie wirklich etwas Gutes gemacht. Darin stehen auch Projekte, die wir wahnsinnig unterstützen. Aber den Menschen, die vor Ort mit ihrer Arbeit in Projekten, von mir aus Jadwiga oder Solwodi genannt, alles geben, nicht ein

bisschen Planungssicherheit für 2014 zu geben, sondern nur das Geld für 2013 einzustellen, ist ein Armutszeugnis, wenn man einen Doppelhaushalt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann komme ich zu Ihrem angeblichen Schwerpunkt: zur Bildung. Wie der Kollege Thomas Gehring schon ausgeführt hat, ist es erstens völlig normal und üblich, dass ein Drittel des Staatshaushalts für die Bildung ausgegeben wird. Das ist in allen anderen Flächenstaaten der Fall.

Zweitens bitte ich Sie, einmal genau hinzusehen. Straßenbau in kommunaler Verantwortung wird von Ihnen teilweise bis zu 100 % finanziert. Aber dies stimmt nicht ganz; es sind ungefähr 96 %. Aber die Sanierung von Schulgebäuden wird höchstens, allerhöchstens mit 50 %, meistens mit 30 % mitfinanziert. Wo ist denn da Ihr angeblicher Schwerpunkt Bildung? Das ist wirklich etwas anderes als dies.

Vor allem ist es Ihre Art, Politik zu machen, Bayern mit immer mehr Straßen zuzubetonieren. Es ist unsäglich, was Sie in große Projekte stecken, z. B. in Asphalt. Sie machen eine Großprojektepolitik.

Zum Stichwort "dritte Startbahn". Die ist zum Glück gekippt. Hoffentlich halten Sie sich an den Entscheid.

Aber schauen wir auch die A 94 an, die Sie, geschätzter Herr Minister Huber, auch auf Landesebene betreiben. Es ist unsäglich: Sie betonieren das schöne Bayern zu. Dafür ist Bayern eigentlich wirklich, wirklich, wirklich zu wertvoll.

(Zurufe von der CSU)

Das Gleiche gilt für die überdimensionierten Projekte im öffentlichen Nahverkehr. Ja, wir brauchen Geld. Ja, wir brauchen eine zweite Stammstrecke in München, um endlich die Pendler und Pendlerinnen zu entlasten. Wir brauchen aber keinen Tunnel, weil dann ein Projekt nicht in irgendeinem anderen bayerischen Landesteil mehr zustande

kommt. Der Tunnel wird sowieso nicht kommen, weil er nicht finanzierbar ist. Es ist immer noch eine Lücke da. Überhaupt an diesen Tunnel so lang hinzuplanen. Sie verbuddeln das Geld und helfen den Pendlern und Pendlerinnen damit kein bisschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So. und jetzt kann ich nur sagen: Ich hoffe, dass die Beamten und Beamtinnen nicht ein so löchriges Gedächtnis haben, wie Sie vielleicht denken oder es erhoffen. Alles, was jetzt im Wahljahr kommt, sind Ungerechtigkeiten, die Sie zu einem Zeitpunkt einführen, wo die Steuereinnahmen nur so gesprudelt haben.

In dem Haushaltsgesetz gibt es immer noch zwei Ungerechtigkeiten und haushalterische Unsinnigkeiten. Einerseits ist die Wiederbesetzungssperre haushaltsmäßig unsinnig. Außerdem ist die Eingangsbesoldung noch niedriger eingestuft. Aber das geschieht in einem Lebensabschnitt, in dem die Menschen eine Familie gründen wollen. Demnach ist das generationenungerecht. Nehmen Sie die Maßnahme sofort zurück. Die Steuereinnahmen sprudeln ja. Es gibt keine Legitimation für die Maßnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Haushalt haben wir natürlich Änderungsanträge gestellt. Ich weiß allerdings nicht, wie Sie, Herr Kollege Schmid, auf die abenteuerliche Summe kommen, die Sie vorgestern genannt haben. Sie haben entweder nicht gerechnet, weil Sie nicht rechnen konnten, oder Sie haben wider besseres Wissen nicht gerechnet und haben nicht unsere Anträge, wo wir gegenfinanzieren oder Geld streichen, mit reingerechnet.

An dieser Stelle danke ich meiner Fraktion noch mal ganz klar, die sich beschränkt und gesagt hat: Wir wollen einen Haushalt mit Prioritäten und wir wollen Anträge mit Augenmaß stellen. Ich sage ein herzliches Dankeschön an meine Fraktion.

Bei uns gibt es den Schwerpunkt Bildung von ganz klein bis zum Studium. Hier zeigt sich, dass wir niemandem das Blaue vom Himmel versprechen. Die frühkindliche Bildung: Wir wollen in die Qualität investieren, nicht in die Beitragsreduzierung. Reduzie-

rung, es ist keine Freiheit, es ist Beitragsreduzierung. Leider haben sich da die Sozialpolitiker und -politikerinnen der CSU von der FDP überrumpeln lassen, oder wie auch immer, weil überzeugend war es bestimmt nicht.

Unser zweiter Schwerpunkt ist Inklusion. Das ist ein Querschnittsbereich. Deshalb haben wir unsere Anträge zu mehreren Ministerien gestellt, damit in Bayern Inklusion endlich wahr werden kann.

Schließlich zur Energie. Eigentlich herrscht da fraktionsübergreifend große Einigkeit, vielleicht mit Ausnahme einer kleinen Fraktion des Hohen Hauses. Aber die Anträge der fraktionsübergreifenden Gruppe, wo man sich schon inhaltlich geeinigt hatte, diese dann mit Geld zu unterfüttern: Hierzu waren Sie wohl nicht in der Lage.

In diesen Tagen der Haushaltsberatung hatten wir ein interessantes Spiel. Hier stand ein SPD-Politiker, nämlich der Fraktionsvorsitzende Rinderspacher, der mit einem Zitat nach dem anderen des Kollegen Bernd Weiß von der CSU um sich gehauen hat. Kurz danach sprach der Fraktionsvorsitzende Schmid und haute mit einem Zitat des Landrats Adam um sich.

Ich werde es Ihnen jetzt ersparen, auch nur ein Zitat zu nennen, was der Ministerpräsident alles über seinen Finanzminister gesagt hat − und das auch noch mitten in der Haushaltsberatung -; denn bei solchen Auslassungen kommt tatsächlich etwas Sympathie für den Weihnachtsmann auf. Ein Weihnachtsmann, der ansonsten mit seinen Märchen landauf, landab zieht, versucht, die Menschen in dieser kalten Jahreszeit mit seinen Märchen etwas zu unterhalten, die aber einen relativ geringen Unterhaltungswert haben. Gleichzeitig verteilt er unstrukturiert, ohne Richtung und ohne echte Perspektive die Geschenke, um auf Stimmenfang zu gehen.

So einfach werden Sie es im Wahljahr 2013 aber nicht mehr haben. Bayern kann nämlich mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, da Sie in Ihrer Rede den Ministerpräsidenten erwähnt haben, möchte ich Ihnen und dem Hohen Hause zur Kenntnis geben, dass er in Berlin weilt und mit den Ministerpräsidenten der anderen Länder und der Bundeskanzlerin Gespräche zur Vorbereitung auf die morgige Bundesratssitzung führt. Ich bitte, ihn deshalb zu entschuldigen.

Nächster Redner in der Debatte ist der Kollege Professor Dr. Georg Barfuß für die FDP-Fraktion.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren! Ich versuche, es wieder ein bisschen ruhiger zu machen, wenn es Ihnen recht ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

- Aber nur, wenn es Ihnen recht ist. Ich kann auch laut.

Ich möchte mich zunächst bei den Kollegen Winter und Halbleib bedanken. Ihr wart beide hervorragende Vorsitzende. Es ist schon richtig, dass das ein bisschen viel war: eine Tagesordnung, eine Nachtragstagesordnung, eine Nachschubliste und noch diverse Tischvorlagen. Aber ich muss sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben dafür auch ein bisschen was gekriegt, das hat jetzt sogar die Kollegin Stamm gesagt.

Was ich nicht mehr hören kann, ist die blöde Zehn-Milliarden-Geschichte. Denn dann muss ich Ihnen immer wieder die 18 Milliarden der WestLB vorhalten, die 6 Milliarden in Berlin usw.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP − Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wir sind in Bayern! Bayerischer Haushalt!)

- Ja, ist schon klar. Ich will nur sagen, dass das nicht nur uns passiert ist. Wenn Sie woanders regieren würden, dann wäre es Ihnen auch passiert sein. Das will ich dazu nur sagen.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

Ich kann es nicht mehr hören, und ich sage das einfach, weil es mir langt. Schluss.

Wenn Sie eine Umfrage starten würden, wem die Leute wohl mehr zutrauen, dass Schulden abgebaut werden, Ländern mit einer schwarz-gelben Regierungskoalition, einer grün-roten oder rot-roten oder ganz knallroten, dann bin ich sicher, wie das Ergebnis ausfiele.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Von der FDP jedenfalls nicht! - Markus Rinderspacher (SPD): 100 Milliarden Schulden habt ihr in Berlin in vier Jahren aufgehäuft!)

Noch etwas zur Frau Kollegin Stamm: Gott sei Dank ist dieser Haushalt 2013/2014 kein Märchen, sondern in Kürze Wirklichkeit. Das unterscheidet uns von Ihren "Grüns Märchen", die Sie hier vorgetragen haben, falls Ihnen dieses Wortspiel gefällt. Mir jedenfalls gefällt es.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP) und von Abgeordneten der CSU)

Jetzt komme ich auf etwas anderes zu sprechen. Wir haben gerade gehört, dass unser Herr Landesvater mit den anderen in Berlin ist. "Dies ist ein absolut bescheuertes System", sagte der baden-württembergische Landesvater Kretschmann über den derzeitigen Länderfinanzausgleich. Er fügte hinzu, er habe Verständnis für den Kollegen Seehofer, der seine Kollegen in den anderen Bundesländern wissen ließ, er wolle das Bundesverfassungsgericht anrufen, wenn sich in Sachen Neuordnung nichts bewege. Auch Ministerpräsident Kretschmann schließt diesen juristischen Weg nicht aus, will aber im Gegensatz zu Seehofer die Klage als letztes Mittel sehen, falls sich

die Nehmer "einem Verhandlungskonzept verweigern". Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist jetzt das Hauptthema, denn Zahlen haben wir genug gehört.

Mir geht es darum, dass mir unser Land insgesamt mit dieser exorbitanten Staatsverschuldung im Bund und in den Ländern wichtiger ist als unser parteipolitisches Geplänkel. Wir alle miteinander, alle fünf Fraktionen in allen Landesparlamenten und im Bundesparlament, müssen den Bürgern den Nachweis erbringen, dass wir wirklich regierungsfähig sind und uns nicht in kleinlichem Zahlen-Hickhack hinüber und herüber verschleißen. Der Länderfinanzausgleich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, war zur Zeit seiner Gründung dazu da, im Bund einheitliche Lebensverhältnisse zu schaffen, und das war auch gut so. Doch die Realität hat sich weiterentwickelt. Es gab eine Dynamik, es gab unterschiedliche Ereignisse. Ich nenne drei Bezugspunkte: die Wiedervereinigung, die Globalisierung und den EU-Binnenmarkt. Das hat natürlich auch die Struktur in den unterschiedlichen Ländern geprägt. Deswegen muss man neu darüber nachdenken.

Ich habe in Berlin studiert und ich liebe Berlin, das sage ich sehr offen. Nicht weil ich Berlin liebe, sondern weil ich die Situation dort kenne, sage ich: Die Bundeshauptstadt muss eine besondere Bundeshauptstadthilfe erhalten. Das kann man den Berlinern nicht dauernd vorwerfen, wenn sie für uns Repräsentationspflichten haben oder sonstige Dinge erledigen; denken Sie an die Sicherheitsvorkehrungen usw. Aber dann muss dies auch abgegolten sein.

Deswegen gilt aus meiner Sicht insgesamt: Die Schuldnerländer in unserer Republik müssen mit mehr Kontrollen ihrer Haushalte rechnen. Was wir den Beziehern von Sozialhilfe zumuten, das müssen wir nach meiner Meinung auch den Ländern als Regel vorgeben.

Ich als Bürgermeister und mein Kollege Pointner als Landrat waren gewohnt, dass wir unsere Haushalte jeweils der Kommunalaufsicht vorlegen mussten. Das ist heute noch so. Das muss in Deutschland für die Bundesländer und in EU-Europa auch für

die Staaten gelten. Nur so bekommen wir diese exorbitante Verschuldung, die wir alle haben, in den Griff.

Der 2010 gegründete Stabilitätsrat wird nach meiner Auffassung analog zur EZB, die auf europäischer Ebene die Hüterin der Währung ist, "Hüter der innerdeutschen Finanzstabilität werden müssen". Notorischen Schuldnersündern sollten Gelder aus dem Länderfinanzausgleich zuerst einmal auf ein Sperrkonto überwiesen werden, und zwar so lange, bis sie fiskalisch wieder im Einklang mit der Schuldenbremse im Grundgesetz sind. Wir müssen uns irgendwann einmal trauen, nicht nur zu bellen, sondern irgendwann einmal zuzugreifen. Sonst lacht uns jeder nur aus.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP) und von Abgeordneten der CSU - Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr richtig!)

Vielleicht, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, könnte man auch einen − ich nenne es einmal so − Finanzkraftindex ähnlich den Steuermesszahlen, die wir aus der Kommunalpolitik kennen, konstruieren, der aus der Summe der Bemessungsgrundlagen Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer usw. bestünde, sodass wir dann wirklich das Besteuerungspotenzial des jeweiligen Bundeslandes gut abbilden könnten. Hier sind keine großen Sprünge zu erwarten, aber es ist, denke ich, schon ein ausreichendes Potenzial zu erzielen, um die Konsolidierung der jeweiligen Haushalte voranzubringen.

Die christlich-liberale Koalition in Bayern, die grün-rote in Baden-Württemberg, die schwarz-gelbe in Hessen und die rot-grüne Landesregierung in der Hansestadt Hamburg wollen aus diesem Grund Gespräche mit ihren Kollegen. Wir bleiben auch bei der Solidarität. Eine Gesprächsverweigerung wäre ein Akt der Nichtsolidarität. Wir wollen auch, dass die Anstrengungen zur Steigerung der eigenen Wirtschaftskraft stärker honoriert werden. Wenn einer keine Chance hat, nach vorne zu kommen, dann verliert er jede Hoffnung. Das muss man einbauen, und deshalb glaube ich, dass man eine Art Konsolidierungsbonus erfinden sollte. Aber wir müssen auch die Mentalität bre-

chen, die so klingen könnte: Wir können zwar autonom über unsere Ausgaben verfügen, aber für die Einnahmen sorgen nach wie vor Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg. Das ist das Gegenteil von Solidarität.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Herr Finanzminister, in Bayern handeln wir danach. Denn wir stärken die Schwächeren − logisch − auf Kosten der breiteren Schultern, Sie wissen, wen ich meine. Diese breiten Schultern bemühen sonst aber sonst Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn es um das Verteilen der Steuerlasten geht. Jetzt haben Sie eben einmal die breiten Schultern.

Die Botschaft von Schwarz-Gelb lautet: Gutes Regieren soll sich lohnen, zuerst für die Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Landes, deswegen: nachhaltige Finanzpolitik; dann aber auch für die Politiker, die gute Politik machen, durch deren Wiederwahl. Jetzt kommt es: Wer nun die Guten und die weniger Guten sind, darum geht letztlich die Debatte in allen Fraktionen. Wer letztlich gewählt wird, das entscheiden in unserer Demokratie Gott sei Dank die Wählerinnen und die Wähler.

(Beifall bei der FDP)

Darauf wollen wir doch einmal hoffen und vertrauen. Deswegen sage ich Ihnen mit unserer wunderschönen bayerischen Nationalhymne: "Gott mit dir, du Land der Bayern." Ihnen allen schöne Weihnachten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Görlitz das Wort erteilen.

Erika Görlitz (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wäre jetzt so ein schönes Schlusswort gewesen, aber ich kann jetzt Ihre Erwartungen nicht enttäuschen und werde also auch auf den kommunalen Finanzausgleich eingehen.

Herr Kollege Wengert, wir sind stolz darauf, dass wir mit 7,8 Milliarden den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten vorlegen können. Das ist wirklich einen Applaus wert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und aller Länder, nicht zu vergessen!)

Wir sind besonders stolz darauf, dass dieser Finanzausgleich,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Einschließlich Amerika!)

und zwar in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden, ganz starke Akzente zugunsten strukturschwächerer und kleinerer Gemeinden enthält. Genau dieser Bereich wird gestärkt, genauso der investive Bereich.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jawohl!)

Zum allgemeinen Steuerverbund und zu den Schlüsselzuweisungen ist zu sagen: Wir haben auf einen Anteil von 12,75 % angehoben, aber das ist natürlich nicht vergleichbar, Herr Kollege Wengert, mit dem Steuerverbund von Baden-Württemberg.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dort ist er viel höher!)

Man kann das nicht 1 : 1 vergleichen, das haben wir Ihnen schon ein paar Mal nahezubringen versucht. In Bayern ist es halt anders. Wir haben einen Kfz-Steuerersatzverbund, wir haben einen Grunderwerbssteuerverbund, wir haben einen Familienleistungsausgleich. Würden wir diese ganzen Leistungen zusammenzählen, dann wären wir bei 26 % und könnten uns damit gut sehen lassen. Wir werden auch nicht auf Baden-Württemberg schimpfen, auch wenn sie 11.000 Lehrerstellen streichen. Das ist eine Entscheidung, die sie dort vertreten müssen. Wir wollen nur, dass Bayern so dasteht, wie es ist, und dass auch entsprechend dargestellt wird, wie Bayern für seine Kommunen sorgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Eines muss man auch wissen. Den bayerischen Kommunen geht es von der Einnahmenseite her um einiges besser als dem Land. Die bayerischen Kommunen verzeichneten in den letzten zehn Jahren eine Steigerung der Einnahmen um 41 %. Wir reden jetzt die ganze Zeit von den guten Steuereinnahmen des Freistaates Bayern. Wenn ich das aber vergleiche, muss ich sagen, im Freistaat Bayern haben die Einnahmen nur um 35,2 % zugenommen.

Deshalb kann man hier feststellen: Obwohl es den Kommunen einnahmenmäßig sehr gut geht, haben wir den Finanzausgleich so ausgestaltet, dass er wirklich rekordverdächtig ist. Dazu stehen wir.

Die Schlüsselzuweisungen betragen knapp 2,9 Milliarden Euro. Dabei war für uns und auch für die kommunalen Spitzenverbände ganz wichtig, dass die kleineren Gemeinden ein stärkeres Gewicht erhalten und der Großstadtzuschlag für Städte ab 500.000 Einwohner entfällt.

Ein großes Anliegen ist es uns auch - da sind wir mit den kommunalen Spitzenverbänden einig -, den schwachen Kommunen, die in Schwierigkeiten sind, besonders zu helfen. Wir haben die Bedarfszuweisungen vervierfacht. Für die Stabilisierungshilfe haben wir 100 Millionen Euro ausgewiesen. Damit haben wir die Möglichkeit, den Kommunen, die in Schwierigkeiten geraten sind, nachhaltig zu helfen. Es gibt einen Runden Tisch, der vereinbart hat, welche Kriterien zugrunde gelegt werden. Das sind ganz wichtige Voraussetzungen, um den Kommunen helfen zu können.

Ein weiterer Punkt ist die Investitionspauschale. Auch sie ist enorm erhöht worden. Der umlagekraftabhängige Mindestbetrag für kleinere Gemeinden wurde um ein Drittel erhöht.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich Stellung zu dem Antrag beziehen, über den wir heute noch abstimmen werden. Er stammt von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN und betrifft die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden. Die Kommunen haben schon jetzt weit mehr Möglichkeiten, solche Projek-

te anzugehen. Deshalb sind wir der Meinung, dass dieser Antrag nicht vertretbar ist. Wir werden ihn ablehnen.

Ein Wort noch zu den Bezirken. Auch die Bezirke haben zusätzliche Zuweisungen erhalten. Das versetzt die meisten Bezirke in die Lage, die Bezirksumlagen zu senken. Damit gibt es wiederum eine Entlastung für die Kommunen. Das ist im Haushaltsentwurf noch nicht einmal berücksichtigt. Die Bezirke haben tatsächlich eine höhere Pauschale erhalten.

Damit möchte ich es bewenden lassen. Aber, Herr Pointner, eines kann ich mir nicht ganz verkneifen. Wenn Sie sagen, wir hätten Ihre Anträge alle abgeschrieben und dann selbst eingebracht, frage ich Sie, warum Sie dem Haushalt dann nicht zustimmen wollen. Vieles müsste dann doch in Ihrem Sinne sein.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle möchte auch ich mich bei unserem Finanzminister und seinem Team bedanken, die einen Haushalt vorgelegt haben, dessen Rahmenbedingungen nicht immer einfach waren. Ein herzliches Dankeschön also an die Finanzverwaltung und unseren Finanzminister.

Zugleich möchte ich auch unserem Ausschussvorsitzenden Georg Winter danken. Die Ausschussmitglieder haben es erlebt: Wie ein Uhrwerk hat er uns durch den Dschungel an Berichten, Anträgen und Haushaltspositionen geführt. Ein dickes Kompliment dafür und ein herzliches Dankeschön auch Dir, lieber Georg Winter.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Schlussbemerkung lautet: Wir sind verlässliche Partner der Kommunen. Das haben wir unter Beweis gestellt. Wir werden das auch nicht ändern und werden deshalb auf alle Fälle unsere Zustimmung nicht versagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat der Kollege Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind nach dreitägiger Debatte hier im Plenum und nach wochenlangen Beratungen im Haushaltsausschuss am Ende der Haushaltsberatungen angekommen. Gleichwohl möchte ich noch ein paar Eckpunkte beleuchten, die unserer Fraktion wichtig sind.

Da wäre zum einen das große Wort von der Schuldentilgung zu nennen. Wir sollten auch bei diesem Doppelhaushalt die Haushaltswahrheit und -klarheit ernst nehmen, auch im politischen Sinne. Denn das, was hier stattfindet, ist keine echte, sondern maximal eine politische Schuldentilgung.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Sie sondern Luftblasen ab!)

- Herr Kollege, auch wenn Sie noch so vorlaut dazwischenrufen, sollte Ihnen doch klar sein, dass wir mit dieser Staatsregierung den größten Schuldenmacher in der Geschichte Bayerns haben. Das steht fest. Die Gesamtbilanz dieser Legislaturperiode lautet folgendermaßen: Am Wahltag des Jahres 2013 wird Bayern 8,5 Milliarden Euro mehr Schulden haben als am Wahltag des Jahres 2008. Das ist die Bilanz! 8,5 Milliarden Euro mehr Schulden in dieser Legislaturperiode unter dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Das können Sie nicht abstreiten. Das ist Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Ein weiterer wunder Punkt kommt hinzu. Da können Sie so viel argumentieren, wie Sie wollen. Sie tilgen die Schulden auf Kosten der dringend gebotenen Vorsorge. Nicht getätigte Rückstellungen für absehbare Verpflichtungen sind ökonomisch neue Schulden. Sie verstecken die Verschuldung, anstatt sie konsequent anzugehen. Es ist schon ein besonderes Verständnis von finanzpolitischer Nachhaltigkeit, wenn man die Schuldentilgung auf Kosten der finanzpolitischen Nachhaltigkeit praktiziert. Es kann nicht funktionieren, intellektuell nicht, moralisch nicht und ökonomisch schon gar nicht.

Nächster Punkt: Sie beteiligen die Kommunen nicht an der Entschuldung des Staates. Das Wort "Stabilisierungshilfen", das im kommunalen Finanzausgleich jetzt genannt wird, ist bezeichnend. Es stabilisiert die Kommunen tatsächlich, aber genau auf dem schlechten Niveau und dem hohen Verschuldensstand, den sie haben und von dem sie ohne aktive Hilfe des Staates nicht herunterkommen. In dieser Hinsicht tun sie nichts. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen.

Von einem großen Schuldentilgungsplan, von dem lange Zeit die Rede war, ist weit und breit nichts zu sehen. Sie haben kein ökonomisches und auch kein rechtliches Konzept vorgelegt, das das Verhältnis von Schuldentilgung zu Steuereinnahmen einerseits zu den notwendigen Investitionen und Ausgaben andererseits widerspiegelt. Dazu haben wir von Ihnen nichts erfahren.

Wer Schulden abbauen will − auch das ist eine Erkenntnis im Bund wie in den Ländern -, kommt − eine wichtige Voraussetzung! − um Verbesserungen auf der Einnahmenseite nicht umhin. Das ist die einhellige Meinung des Sachverständigenrates, Herr Finanzminister. Sie verweigern sich wider besseres Wissen dieser Erkenntnis.

Wichtig ist auch mir, zum Abschluss dieser Haushaltsberatungen den Blick auf andere zu richten. Das ist hier immer wieder geschehen. Ich sage nur: Schauen Sie sich einmal die Landeshauptstadt München an. Dort wurden unter SPD-Führung seit dem Jahre 2005 die Schulden in Höhe von 3,3 Milliarden auf 1,3 Milliarden Euro gedrückt. Das war ein Schuldenabbau von insgesamt zwei Milliarden innerhalb weniger Jahre. 60 % der Münchner Verschuldung sind damit weg. Nur noch 40 % sind übrig geblieben. Das geschah nicht auf Kosten der Pensionsvorsorge, sondern es war alles ganz real. Der Freistaat unter Führung der CSU weist dagegen im Jahre 2012 immer noch 97 % der Schulden aus und selbst Ende 2014 werden es noch 93,5 % sein. Das, was Sie, meine Damen und Herren von der CSU, hier immer wieder beschwören und wo Sie hinwollen, hat Christian Ude in München schon längst erreicht und unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Zu Baden-Württemberg hat Kollege Wengert das Richtige gesagt. Ich will nur noch den naseweisen Bemerkungen der Kollegen von FDP und CSU ein paar Zahlen entgegenhalten.

(Zurufe von der CSU)

Ich kann begründen, worin die Naseweisheit besteht. Sie haben immer Nordrhein-Westfalen im Blick, wenn es um Fragen der Nettoneuverschuldung geht. Ich frage Sie, was in NRW für das Jahr 2013 pro Kopf an Neuverschuldung geplant ist. Die Haushalte dort sind mittlerweile aufgestellt.Es sind 195 Euro. Aber in Hessen besteht unter Schwarz-Gelb, unter maßgeblicher Regierungsbeteiligung der FDP und der Union seit mittlerweile 13 Jahren, eine deutlich höhere Nettoneuverschuldung als in Nordrhein-Westfalen. Dort liegt die Neuverschuldung 2013 bei 213 Euro pro Kopf. Das sind die Fakten, um die Sie sich einmal kümmern sollten. Als FDP würde ich mich schämen, solche Reden zu halten. Wo Sie Regierungsverantwortung tragen, geht es wesentlich problematischer zu als in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Sie sollten einmal die Nettoneuverschuldung, die in Berlin geplant ist und im Haushaltsentwurf steht, mit einem Bundesland vergleichen, in dem Sie seit über zehn Jahren regieren, nämlich Niedersachsen. Berlin und Niedersachsen haben absolut gleiche Werte und liegen bei 125 Euro Neuverschuldung pro Kopf. Das ist aber wieder typisch: Ihr McAllister und Ihre Regierungskoalition stehen in Niedersachsen vor einer Wahl. Sie blicken jedoch nur nach Nordrhein-Westfalen und Berlin. In Niedersachsen ist es genauso schlimm und problematisch wie in Berlin. Das wollen Sie aber bei Ihrer Ideologie nicht wissen. Sie sollten einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen und sie den Bürgern und dem Plenum des Bayerischen Landtags ehrlich mitteilen.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Im Januar ist Schluss in Niedersachsen!)

Ich halte es für einen großen Fehler, Bayern als Land darzustellen, in dem Milch und Honig fließen, wie das der Ministerpräsident getan hat. Das ist ein strategischer Fehler. Wir sind inzwischen maßlose Aussagen vom Ministerpräsidenten gewohnt. Das gilt auch für seine Rede, die Bayern als moralischen Maßstab bezeichnet. Diese Formulierungen dienen nicht dem Interesse Bayerns. Wenn wir Änderungen, die wir brauchen, beim Länderfinanzausgleich wollen, müssen wir deutlich machen, dass bei uns nicht Milch und Honig fließen und dass wir nicht der moralische Maßstab sind. Wir haben vielmehr landespolitische Aufgaben, für deren Erfüllung wir zusätzliche Mittel brauchen. Deshalb benötigen wir eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Wir müssen zum Beispiel die große Schere bei der Wirtschaftskraft innerhalb Bayerns ausgleichen. Hybris ist die völlig falsche Art und Weise, auf die Probleme Bayerns zuzugehen. Diese Hybris wird sich rächen. Ich denke, insbesondere in der Haushaltspolitik dient eine realistische Selbsteinschätzung der Bewältigung der Zukunft. Davon kann bei Ihnen leider keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich zur Bewertung des Haushalts sagen: Wir sind in die Auftaktberatung des Haushalts mit der Einschätzung gestartet, dass dies ein Wahlkampfhaushalt, also ein Haushalt für das Wahljahr 2013 werden wird. An dieser Einschätzung hat sich nach dem Ende der Beratungen nicht allzu viel geändert. Die Steigerungen der Haushaltsraten, die im fortschreitenden Ablauf von Haushaltsberatungen das Normalste der Welt sind, sind diesmal allerdings übertroffen worden. Wir haben höhere Raten. Das spricht dafür, dass Sie im Wahljahr etwas Besonderes bieten wollen. Man darf aber nicht vergessen, dass es beim öffentlichen Dienst Einschnitte gab, die jetzt ausgeglichen worden sind. Dies erklärt zum Teil diese höheren Raten.

Sie sprechen immer von der Bildungsexplosion in Bayern. Hier muss man ehrlich sein. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Wenn wir einmal einen Zehn-Jahres-Vergleich anstellen, sind die Ausgaben für die Versorgung im Schulbereich um etwa 60 % gestiegen. Die Ausgaben für die Lehrer und die Schulen sind ohne Versorgungszahlungen um knapp 32 % gestiegen. Die Steigerung des Gesamthaushalts im Vergleichsrahmen 2005 bis 2014 stieg jedoch um 41 %. Somit besteht eine Schere zwischen der Entwicklung des Gesamthaushalts und der Entwicklung des Bildungshaushalts, die 9,2 Prozentpunkte ausmacht. Es kann keine Rede davon sein, dass die Steigerung des bayerischen Staatshaushalts vor allem der Bildung zugute käme. Die Zahlen beweisen leider das Gegenteil. Auch dies sollten Sie sich noch einmal im Haushaltsvollzug ansehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mehr Lehrer brauchen. Das wissen Sie auch. Dieser Haushalt gibt das aber leider nicht her.

Mit einem Wahlkampfhaushalt werden natürlich viele Fehler, Defizite und Kürzungen der Vergangenheit rückgängig gemacht. Das ist so beim öffentlichen Dienst, bei den Staatsstraßen, beim kommunalen Finanzausgleich und in der Justiz deutlich geworden. Leider besteht an vielen Stellen aber immer noch der Status quo. Die Großbaustelle Steuerverwaltung wurde heute früh schon thematisiert, wie auch die Personalausstattung der Polizei. Bei einem Wahlkampfhaushalt − wie könnte es anders sein − werden auch viele Versprechen in die Zukunft gegeben. Sie haben die digitale Zukunft Bayerns beschworen und das Kulturkonzept. Seit zwei Tagen will sich der Ministerpräsident auch um Franken kümmern. Die Versprechen, die Sie mit diesem Doppelhaushalt machen, offenbaren Ihre Regierungsschwächen in der Vergangenheit. Sie versuchen jetzt, die Defizite noch auf den letzten Metern aufzuarbeiten. Das werden wir deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns, dass wir in den Haushaltsberatungen aus der Opposition heraus einiges bewegen konnten. Ihre rituelle Ablehnung unserer Änderungsanträge in allen Ehren; aber wir konnten doch über die politische Bande einiges erreichen. Wir sind

froh über Fortschritte, die wir angestoßen haben, zum Beispiel bei der Städtebauförderung, bei der Wohnungsbauförderung, bei den Lehrern, in der Bildungspolitik, bei den Verwaltungsangestellten, bei der Rehabilitation von Menschen mit Behinderung, bei den Heimatvertriebenen, bei den Bamberger Symphonikern und beim Kulturkonzept. Wir können als Opposition einiges auf unsere Haben-Seite schreiben, auch wenn Sie das in einer solchen Haushaltsberatung niemals zugeben würden.

Ein großes Sorgenthema bleibt jedoch, nämlich die BayernLB. Die CSU und der Finanzminister verstoßen bei diesem Thema leider gegen die Haushaltswahrheit und die Haushaltsklarheit. Herr Finanzminister, Sie sprechen wortwörtlich von einer Rückzahlung der staatlichen Beihilfe. Die Landesbank hat eine Garantiegebühr geleistet, also eine Gebühr für eine Garantie, die die Steuerzahler leider noch 1,6 Milliarden Euro in den nächsten Jahren kosten wird. Wenn Sie darin eine Rückzahlung an den Freistaat Bayern sehen, muss man vor jeder Rückzahlung der Landesbank an den Freistaat Angst haben. Diese Rückzahlung begleicht die Gebühr, die wir dafür erhalten, dass wir noch einmal 1,6 Milliarden Euro Steuergelder in die Landesbank stecken müssen. Um es vorsichtig zu sagen: Ich halte es für einen fragwürdigen Vorgang, wie Sie mit der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, im Übrigen zeigt sich der Erfolg Ihrer Reise nach Österreich darin, dass die Österreicher definitiv gegen den Freistaat Bayern bzw. die Landesbank klagen werden. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir Ihnen in der Zukunft noch die volle Reisefreiheit aus diesem Freistaat Bayern nach Österreich gewähren können. Wenn das Ergebnis Ihrer Vermittlungsbemühungen so aussieht wie das jetzige Ergebnis, dann kann uns vor einem solchen Finanzminister nur Angst und Bange werden.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Jawohl! Da würde Herr Seehofer jetzt applaudieren! - Isabell Zacharias (SPD): Aber er ist wieder nicht da!)

Abschließend möchte ich kurz die Bewertung der Presse wiedergeben. Unabhängig davon, ob Sie die "Augsburger Allgemeine", den "Münchner Merkur" oder die "Süddeutsche Zeitung" gelesen haben. Die Aussagen lauteten: Bayern geht es gut. Von dieser Koalition kann man dies nicht behaupten. Angesichts der Hybris und der Überheblichkeit, mit der Sie diesen Doppelhaushalt zelebrieren wollen, ist die Bilanz sehr ernüchternd. Deswegen werden wir diesem Haushalt auch nicht zustimmen. Wir lehnen diesen Haushalt wegen offener Widersprüche und Schieflagen ab. Heute stellt sich die Frage: Herr Finanzminister, haben Sie überhaupt noch die Kraft, diesen Haushalt nach dem Beschluss des Bayerischen Landtags umzusetzen? Wenn ich von den Worten des Ministerpräsidenten ausgehe, kann ich nicht feststellen, dass Ihre Kraft dafür nicht ausreichen wird. Der Ministerpräsident hat den Finanzminister schwer beschädigt.

(Alexander König (CSU): Wenn der Herr Staatsminister die Kraft dazu nicht hat, wer soll sie dann haben?)

Die Frage lautet, ob der Finanzminister nicht aus Selbstachtung zurücktreten sollte. Dazu hätte er heute die Gelegenheit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, bevor ich mit der Aussprache fortfahre, darf ich bekanntgeben, dass wir auf Antrag der CSU-Fraktion über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 in namentlicher Form abstimmen werden.

Frau Kollegin Kamm steht schon bereit.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich bedauern wir es sehr, dass unser Ministerpräsident gerade den Beratungen über diesen Tagesordnungspunkt nicht beiwohnt. Wir bedauern das zum einen wegen der Problematik des Finanzierungsausgleichs hier in Bayern und zum anderen, weil zu befürchten ist, dass sich unser Ministerpräsident im Bundesrat

dagegen ausspricht, dass die Impulse der Europäischen Union auf mehr Gleichstellung von Frauen in den Unternehmen aufgenommen werden.Das bedauern wir außerordentlich.

Jetzt zum Thema "Starke Kommunen in Bayern": Starke Kommunen sind Kommunen, die eine ausreichende Handlungskompetenz haben. An Handlungskompetenzen durch eigene Gestaltungsmöglichkeiten und in eigener rechtlicher Hinsicht fehlt es bei vielen Gesetzgebungsvorhaben in diesem Hause, es fehlen den Kommunen aber auch Gestaltungsmöglichkeiten in finanzieller Hinsicht. Wir erleben es, dass nur ein Teil der Kommunen in Bayern hier ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten hat. Wir haben bei den Kommunen in Bayern eine Spaltung zwischen gut und schlecht ausgestalteten Kommunen.

Eine Abfrage zur Mitte des Jahres 2012 hat ergeben, dass von 2.000 Kommunen 1.750 im Juni ihren Haushalt zur Genehmigung eingereicht haben. Davon haben wiederum nur 880 ihren Haushalt genehmigt bekommen. Alle anderen Kommunen haben Festsetzungen und Begrenzungen, vor allem Begrenzungen bei der zulässigen Kreditaufnahme, auferlegt bekommen. Der kommunale Finanzausgleich in Bayern liegt zwar auf einem für Bayern historisch höchsten Niveau. Die Ursache dafür liegt aber im Wesentlichen in der derzeit guten Situation bei den den Kommunen zustehenden Steuerverbundmitteln, nicht aber in den Leistungen des Freistaates Bayern. Die Leistungen des Freistaates Bayern sind nur um 2 % gestiegen.

Bei einem Fachgespräch zum Finanzausgleich haben wir auch erfahren, dass das Volumen des Finanzausgleichs, das die einzelnen Bundesländer leisten, in vielen anderen Bundesländern Deutschlands höher ist als in Bayern. Bei einer Neuregelung des Finanzausgleichs erwarten wir, dass Sie bei zukünftigen Änderungen des Finanzausgleichs nicht immer nur an einzelnen Stellschrauben drehen und sich hinter verschlossenen Türen nur auf den einen oder den anderen Punkt einigen. Wir möchten, dass diese Änderungen transparent erfolgen. Wir haben beantragt, dass eine Modellrechnung gemacht wird, wie sich das Finanzausgleichsgesetz, über das Sie demnächst in

namentlicher Abstimmung beschließen, auf die Schlüsselzuweisungen an die einzelnen Kommunen auswirkt. Es wäre nicht zu viel verlangt, wenn man vergleicht, wie es nach der alten Situation gewesen ist und wie es nach dem neuen Finanzausgleichsgesetz in den Jahren 2010, 2011 gewesen wäre, wenn man an den einen oder anderen Stellschrauben drehen würde. Dann wüssten Sie wirklich, welche Kommunen die Gewinner und welche die Verlierer dieses Geldes sind. Dann wüsste man, welche Änderungen richtig und welche Änderungen nicht richtig sind.

Wir beklagen es außerordentlich, dass die Änderungen am Finanzausgleich lediglich mit den Spitzen der kommunalen Spitzenverbände und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses unter Abwesenheit der Vertreter der anderen Landtagsfaktionen im Finanzministerium ausgehandelt werden. Bei diesen Verhandlungen werden nicht die Interessen aller bayerischen Kommunen vertreten. Wir haben bei unserem Fachgespräch gute Beispiele dafür kennengelernt, wie es in anderen Bundesländern abläuft. Die kommunalen Spitzenverbände können immer nur die Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder vertreten. Auf einen speziellen Bedarf und auf spezielle Probleme einzelner Kommunen können sie nicht Rücksicht nehmen. Andere Bundesländer finden dafür einen Ausweg, Bayern bisher leider nicht.

Ein wichtiger Punkt ist, dass viele Kommunen von der Substanz leben. Ich habe eine Anfrage an das Finanzministerium gestellt, auf welche Höhe sich nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung der Sanierungsstau bei Schulen, Kindertagesstätten und bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren beläuft. Die Antwort lautete: Erkenntnisse bzw. statistisches Material über einen aktuell bestehenden Sanierungsbedarf liegen dem Staatsministerium nicht vor. Angesichts eines unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwands sowohl bei den Regierungen als auch bei den Kommunen werde von einer Erhebung abgesehen. Ich finde das unglaublich. Sie sagen, die Kommunen seien gut ausgestattet. Sie interessieren sich aber überhaupt nicht dafür, wie es vor Ort ausschaut. Eine Statistik, die Sie selber gefertigt haben, müsste Ihnen schon zu denken geben. Auf der Grafik Nummer sieben Ihrer Schaubilder, die im Übrigen

höchstergänzungsbedürftig sind, haben wir gesehen, dass es in den Jahren 2008 und 2009 bei den Kommunen eine erhebliche Investitionsspitze gegeben hat, die anschließend wieder abbrach. Das war das Konjunkturprogramm. Wir haben einen erheblichen Finanzierungsstau bei den bayerischen Kommunen. Wir hätten die Mittel des Konjunkturprogramms siebenmal ausgeben können. Mir haben die Regierungen versichert, dass bei ihnen ein Vielfaches von Anträgen eingegangen ist. Leider sind jetzt keine Mittel vorhanden. Es wäre daher dringend nötig, dass Sie dem Antrag von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN zustimmen, wenigstens 40 Millionen für die Förderung der Sanierungsmaßnahmen durch Kommunen mehr einzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Krippenausbau ist auch ein etwas ärgerliches Thema. Sie müssten die Kommunen beim Unterhalt der Krippen besser unterstützen. Kosten- und Leistungsrechnungen zeigen: Drei Viertel der laufenden Kosten tragen derzeit die Kommunen. Interessant sind auch die kommunalen Schulen. Hier sieht man, wie wenig sich der Freistaat Bayern bei dieser Aufgabe engagiert. Lediglich ein Drittel der Personalkosten für kommunale Schulen wird vom Freistaat getragen. Das ist mehr als unzureichend.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich bitte auf die Uhr zu achten.

Christine Kamm (GRÜNE): Beim Sozialhilfeausgleich an die Bezirke besteht erheblicher Handlungsbedarf. Man kann nicht nach Berlin fahren und ein Eingliederungsgesetz versprechen, wenn die Kommunen nicht so weit entlastet werden, dass sie nur ein Drittel dieser Aufgaben zu tragen haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Zeit ist um. Ich habe Ihnen schon über eine Minute zusätzlich gegeben.

Christine Kamm (GRÜNE): Das ist natürlich sehr nett, Frau Präsidentin. Wir brauchen aber einen Finanzausgleich mit mehr Weitblick und einer Orientierung auf die Aufgaben von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte am Ende dieser Debatte, aber am Beginn meiner Rede noch einmal für alle Folgendes festhalten, damit es kein Missverständnis gibt: Aus dem Regierungshandeln dieser Koalition aus CSU und FDP ist kein einziger Euro Neuverschuldung entstanden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Zehn Milliarden Schulden habt ihr gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde zur Landesbank noch kommen. Dieses Handeln ist nicht nur in ganz Deutschland, sondern in ganz Europa beispiellos.

Am Ende dieser Debatte möchte ich auch mit einer Mär aufräumen, die die Sozialdemokraten immer wieder ans Tageslicht rücken. Es ist falsch, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln wollen, dass der Freistaat Bayern und die die Regierung tragenden Fraktionen von CSU und FDP die Kommunen in Bayern schlechterstellen als die Kommunen in anderen Bundesländern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber selbstverständlich!)

Es ist ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen, wenn Sie die Verbundquote von 12,75 % in Bayern mit der Verbundquote von 23 % in Hessen vergleichen. Richtig ist − darüber haben wir schon ein paarmal diskutiert -, dass wir bei den Ausgaben aus unseren Steuereinnahmen auf dem absolut gleichen Niveau sind wie die anderen Bundesländer. Wir unterstützen unsere Kommunen nicht weniger. Das möchte ich an der Stelle auch noch einmal klarstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie einmal die Zahlen von Baden-Württemberg!)

Aktuell für 2013 haben wir 7,8 Milliarden Euro für den kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht. Das sind 21,41 % unserer Steuereinnahmen. Das möchte ich für Sie nur noch einmal festhalten, damit Sie nicht wieder eine falsche Pressemitteilung herausgeben. Wenn Sie die Bedarfszuweisungen ansprechen, möchte ich darauf hinweisen, dass wir den Betrag von 75 Millionen Euro, der bisher dafür vorgesehen war, auf 100 Millionen Euro erhöht haben, um vor allem Kommunen in Oberfranken zu unterstützen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr entschuldet sie nicht!)

Zu den kommunalen Finanzen gibt es noch viel mehr zu sagen. Aber falsch ist es definitiv auch, wenn Sie behaupten, dass die Finanzsituation der Kommunen in Bayern schlecht sei. Denn die objektiven Zahlen sehen einfach anders aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung der bayerischen Kommunen steht an der Spitze unter den westdeutschen Flächenländern. Wenn Sie alle Schulden zusammenrechnen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Vor allem in Oberfranken!)

beispielsweise auch die in allen möglichen Zweckgesellschaften, liegen wir im Durchschnitt auf Platz zwei hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gibt es mehr als genug Statistiken. Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben dazu einmal eine Schriftliche Anfrage gestellt. Vielleicht werfen Sie hierzu einmal einen Blick auf Seite zwei. Dann werden Sie erkennen, dass es sich so verhält, wie ich es Ihnen gerade dargestellt habe. Deshalb wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie in Zukunft nicht immer die Arbeit - -

(Zuruf von der SPD)

- Nein, die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in Bayern ist Klasse und liegt auf Platz zwei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg!)

- Nein, Sie ist nicht doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg.

Auf einen Aspekt möchte ich im Übrigen noch hinweisen, weil von dem Schutzschirm in Hessen, auf den wir gleich noch zu sprechen kommen, die Rede war. Die Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Kommunen ist doppelt so hoch wie die der bayerischen. Deshalb macht es Sinn, in Hessen einen Schutzschirm aufzuspannen. Wir aber helfen den Kommunen dort, wo es nötig ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Darf ich wieder einmal daran erinnern: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht andauernd. So ist es nun einmal. Es gibt nur einen Redner hier am Redepult. − Bitte, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch ganz kurz zum Thema Landesbank kommen. Denn dabei handelt es sich um ein wichtiges Thema, das uns schon die ganze Legislaturperiode über begleitet. Es ist richtig, wenn Sie darauf hinweisen, dass es eine der ersten Maßnahmen dieser Koalitionsregierung war, einen zweiten Nachtragshaushalt 2008 auf den Weg zu bringen, in dem wir 10 Milliarden Euro an Neuverschuldung aufnehmen mussten, um dieses Geld der Landesbank zukommen zu lassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war schon Ihr Regierungshandeln!)

- Nein, diese 10 Milliarden Euro resultieren nicht aus unserem Regierungshandeln, sondern aus dem Handeln der Vorgängerregierung. Das muss man zur Klarstellung der Wahrheit dazusagen dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Harald Güller (SPD): Ihr Koalitionspartner war's! Die CSU war's!)

Bevor Sie sich zu sehr freuen, möchte ich festhalten: Ich glaube, wir sind uns in der historischen Bewertung alle darüber einig, dass es damals wirklich alternativlos war,

die Landesbank in dieser Situation zu stützen, und zwar im vollem Umfang, und die Sparkassen sowie die Kommunen davon auszunehmen; denn sonst hätten Sie mit Ihren Oberbürgermeistern vor Ort − außer in München, die Münchner hätten es vielleicht stemmen können − viele andere große Probleme gehabt. Es verwundert nicht, dass die Spitzen der Sparkassen und dieser Kommunen permanent auf uns zugekommen sind und uns erklärt haben, wie dramatisch schlecht ihre Situation aufgrund der Landesbank ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf an dieser Stelle nochmals gesagt werden.

Wir haben damals noch eine zweite Maßnahme auf den Weg gebracht: nämlich einen Rettungsschirm für das ABS-Portfolio, in dem wir für 4,8 Milliarden Euro bürgen. Das sage ich an dieser Stelle deshalb, weil es in der aktuellen Situation wichtig ist. Wir haben erfreulicherweise, Herr Kollege Markus Söder, von der Landesbank 351 Millionen Euro überwiesen bekommen. Das geschah früher, als wir es erwartet haben. Zur Klarheit muss dazu gesagt werden, dass dies keine Rückzahlungen sind, sondern eine Vergütung auf unseren ABS-Schirm. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass wir eine klare Trennung vornehmen müssen. 1,96 Milliarden Euro wird die Bayerische Landesbank aufgrund dieses Schirms an den Freistaat Bayern zahlen, und 3 Milliarden Euro werden aufgrund der stillen Einlagen zurückgezahlt. Das soll an dieser Stelle nochmals erwähnt werden.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist es bedauerlich, dass wir in der Zeit bis zum Ende dieses Doppelhaushaltes allein 1,7 Milliarden Euro für Zinszahlungen aufbringen müssen, die die 10 Milliarden Euro, die wir für die Landesbank aufnehmen mussten, verursachen. Dieses Geld fehlt uns für andere Projekte. Aber noch einmal sage ich: Die Aufnahme der 10 Milliarden Euro − ich denke, darüber sind wir uns alle einig − war alternativlos.

Wir haben in der gemeinsamen Regierungszeit von CSU und FDP den Kurs hinsichtlich der Landesbank entschieden vorangebracht. Wir haben die Entpolitisierung voran-

gebracht, die auch im neuen Landesbankgesetz festgeschrieben wird. Das ist auf Ihrer Seite nicht bei allen auf Freude gestoßen. Wir haben das Thema Rechtsaufsicht behandelt, und wir haben vor, das Thema Beteiligungskauf und Beteiligungsverkauf im Landesbankgesetz neu zu regeln.

Ein Thema bleibt noch offen, das Thema Haftungsprivileg. Nach der Vorstellung der FDP-Fraktion ist es nicht mehr zeitgemäß, dass es dort ein Haftungsprivileg gibt. Dieses gehört abgeschafft, und zwar spätestens mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung. Ich hoffe, dass mit den CSU-Kollegen ein Einverständnis zu erzielen ist. Ich glaube, dafür ist die Zeit gekommen. Denn Risikobereitschaft und Haftungsmaßstab stehen in einem engen Zusammenhang. Auch das ist ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses über die Landesbank.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was ist mit der HGAA?)

- Wir hatten einen Untersuchungsausschuss zum Fall HGAA. Ich glaube, die Aufklärungsarbeit, die gemeinsam von allen Fraktionen geleistet wurde, ist beispiellos in der Geschichte des Bayerischen Landtags.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und die neuen Entwicklungen?)

- Die neuen Entwicklungen bestehen in juristischen Auseinandersetzungen. Ihre Mitglieder in der Landesbankkommission können Ihnen darüber sicher noch berichten. Der Ausgang ist abzuwarten. In Österreich findet auch ein Wahlkampf statt. Man soll nicht kleinreden, aber auch nicht dramatisieren, was dort vonstatten geht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist zitierfähig?)

- Es steht im Protokoll.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach was?)

- Herr Kollege Rinderspacher, ich habe noch vier Minuten. Wir erwarten, dass die Republik von Österreich eine Klage einreichen wird. Vielleicht werden sogar zwei Klagen

eingereicht, nämlich aufgrund einer juristischen Position der HGAA und einer juristischen Position der Republik von Österreich. Die bayerische Landesbank hat "Gegengutachten" erstellen lassen, die zu einem anderen Ergebnis kommen. Ich bin kein Jurist, aber wenn die Auseinandersetzung ausgetragen werden muss, muss sie ausgetragen werden. Am Ende werden Gerichte zu entscheiden haben. Deshalb warne ich davor, die Situation romantisch zu verklären oder zu dramatisieren. Auf jeden Fall ist das Ergebnis, der Ausgang des Gerichtsverfahrens, nicht der aktuellen Regierung von CSU und FDP vorzuwerfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Am Ende meiner Rede möchte ich die Gelegenheit nutzen, Dank auszusprechen. Zuallererst danke ich dem Ausschussvorsitzenden und CSU-Arbeitskreisvorsitzenden Georg Winter. Lieber Georg, vielen Dank für die gute Zusammenarbeit. In den letzten Wochen und Monaten haben wir sehr vieles gemeinsam auf den Weg bringen dürfen und müssen. Wir haben viel diskutieren müssen und durften viel Zeit miteinander verbringen. Für die partnerschaftliche, aber auch kritische Auseinandersetzung bedanke ich mich herzlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Dank gilt auch allen CSU-Kollegen im Haushaltsausschuss.

Natürlich möchte ich mich genauso bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition bedanken. Stellvertretend danke ich dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. Lieber Volkmar Halbleib, wir sind zwar nicht immer einer Meinung, aber trotz allem verbindet uns eine partnerschaftliche, kritische Auseinandersetzung im Ausschuss. Deswegen richte ich an dich stellvertretend für alle anderen meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CSU und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich möchte mich auch beim Ausschussbüro bedanken, bei Frau Fecke, bei allen, die dort mitwirken und unsere Sitzungen so hervorragend vorbereiten, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fraktionen, die uns jeweils in den Ausschuss begleiten. Besonders bedanke ich mich auch bei meinem Mithaushälter Georg Barfuß, der gemeinsam mit mir die Politik der FDP-Fraktion im Haushaltsausschuss vertritt.

Aus gegebenem Anlass, aber auch, weil es mir persönlich ein Anliegen ist, möchte ich mich − last but not least −, lieber Markus Söder und lieber Franz Pschierer, auch bei euch bedanken sowie beim ganzen Finanzministerium, bei eurem Haus, für die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre, natürlich aber vor allem für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr. Wir haben gemeinsam über sehr viele Projekte diskutieren müssen. Das wird auch nächstes Jahr nochmals so weitergehen. Für diese vertrauensvolle Arbeit möchte ich mich recht herzlich an dieser Stelle bedanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich auch bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche, wenn alle Reden abgeschlossen sind, eine gute Weihnachtszeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die Staatsregierung erteile ich jetzt Herrn Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch 45 Minuten.

(Zurufe: Was?)

Jetzt sind es noch 44 Minuten und 50 Sekunden.Ich habe überlegt, aber ich denke, ich schöpfe sie nicht aus.

(Beifall der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute Morgen schon Etliches besprochen. Es ist hier Vieles diskutiert worden. Ich möchte aus meiner Sicht einige Punkte beleuchten und ein, zwei Bemerkungen im Gesamtzusammenhang machen.

Ich habe das heute Morgen schon gesagt und bleibe auch jetzt dabei: Es ist wie überall im Leben, dass der Vergleich die entscheidende Grundlage ist und nicht das, was man sich wünscht. Man vergleicht, was in den deutschen Haushalten möglich ist, welche Politik andere angeboten haben. Man vergleicht im europäischen Verbund, und man traut sich sogar, über die Grenzen der Europäischen Union zu schauen und zu fragen: Wer macht vergleichbare Haushaltspolitik? - Es ist nicht vermessen, zu sagen, dass das, was der Bayerische Landtag in wenigen Minuten abschließend entscheiden wird, ein Signal der Stabilität ist, das weit über die Grenzen Europas hinausgeht. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

Das Besondere daran ist, dass wir nicht gegen, sondern mit Partnern und für Partner im staatlichen Verbund arbeiten. Das gesamte Kompendium der Finanzdaten wie Verschuldungsquote, Zinsquote und Investitionsquote ist absolut stark.

Der kommunale Finanzausgleich 2013 ist sehr stark. Ich sage allen ein Dankeschön, die daran mitgewirkt haben: den kommunalen Spitzenverbänden, ganz besonders Kollegen Winter, der bei den Verhandlungen dabei war, aber auch allen anderen. Dieser Finanzausgleich ist mit 7,8 Milliarden Euro ein Rekord. Wir haben eine Steigerung um 7,8 %. Der Anteil der Kommunen wächst stärker als der Haushalt. Die Erhöhung des allgemeinen Steuerverbundes − Frau Kollegin Görlitz hat zu Recht darauf hingewiesen, eigentlich haben wir mit allen Steuerverbünden 26 % - gibt den Kommunen wesentlich mehr Gestaltungsspielraum. Wir ermöglichen den Kommunen Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung. Das ist ein ganz klares Signal an die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben etwas gemacht, was man sich viele Jahre lang, vielleicht ein, zwei Jahrzehnte lang nicht getraut hat: Wir sind einen Schritt weitergegangen. Das ist nicht leicht. Jeder, der einmal ein solches Spitzengespräch führen durfte oder führen möchte, weiß, dass ein Interessenausgleich gefunden werden muss. Am Verhandlungstisch sitzen vier starke Partner: Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag und der Verband der Bezirke. Wir haben es gemeinsam geschafft. Ich sage dafür auch ein Dankeschön an die Spitzenrepräsentanten Uwe Brandl, Jakob Kreidl, Ulrich Maly und Manfred Hölzlein, dem Bezirkstagspräsidenten, für die ausgewogene Konzeption.

Die Bezirke sind seit vielen Jahren in einer schwierigen finanziellen Lage. Sie werden entlastet, wo es um sozialpolitische Fragen geht. Ein gerechter Ausgleich zwischen Städten und Gemeinden wird erreicht. Damit wurde es geschafft, einen für das ganze Land wichtigen Ausgleich zu finden, und zwar in zwei Bereichen: Zum einen ist es uns gelungen, mit den Stabilisierungshilfen, die wir jetzt vervierfachen, schon jetzt ein deutliches Signal zu setzen. Wie oft haben wir hier im Landtag darüber geredet, dass in Bayern die Schere zwischen einzelnen Regionen noch nicht geschlossen ist oder manchmal sogar größer wird. Der Raum München ist dank hoher Gewerbesteuereinnahmen stark und leistungsfähig, aber auch dank der hohen Leistungen der Staatsregierung von fast 3,5 Milliarden Euro, die pro Jahr in den Großraum München fließen. Andere Regionen habe es mit der demografischen Entwicklung schwerer.

Ein Beispiel: Von den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, die in diesem Jahr ausgeschüttet werden, gehen insgesamt über 61 % nach Oberfranken und 28,3 % in einen der strukturschwächsten Landkreise, den Landkreis Wunsiedel. Das, meine Damen und Herren, ist ein gerechter Finanzausgleich, der auch den Schwächeren unterstützt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bedanke mich für die Bereitschaft zur Anhebung der Einwohnergewichtung bei den Schlüsselzuweisungen. Es gab viele Vorschläge. Es war nicht leicht, das zusammenzubringen.

Wir geben übrigens nicht nur gute Signale für die Kleinen,

(Unruhe − Glocke der Präsidentin)

sondern auch für einige Städte, die ebenso vor Herausforderungen stehen. Ein Beispiel ist die Stadt Augsburg. Die Stadt Augsburg hat ebenso Strukturprobleme. Es ist nicht nur eine Frage von groß und klein. Uns geht es auch um die Frage von stark oder schwach. Stärkere sind solidarisch mit den Schwächeren. Das ist im neuen kommunalen Finanzausgleich geregelt. Deswegen war die Resonanz dieses Mal, als wir die Berechnungen herausgeben konnten, nicht Unverständnis, sondern Sympathie, Wohlwollen und Unterstützung. Das ist ein gutes Signal für die Kommunen in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne eine weitere Herausforderung, über die gesprochen wird. Nicht umsonst entscheidet man in Europa über die Bankenunion. Nicht umsonst wird tagtäglich darum gerungen, welche Struktur der Banken künftig die beste ist. Jeder weiß, dass die Herausforderungen auf den Finanzmärkten liegen. Jeder weiß auch, dass wir in Deutschland insgesamt, nicht nur in Bayern, vor Herausforderungen stehen. Fast jede Landesbank in Deutschland geriet nicht wegen der jeweiligen Politik, sondern wegen der Veränderungen der Finanzmärkte und der Geschehnisse auf den Finanzmärkten in erhebliche finanzielle Schieflagen, angefangen bei der WestLB und der HSH über Baden-Württemberg und Sachsen bis Bayern. Überall zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Dimensionen waren unterschiedlich, keine Frage, aber überall waren die Gründe dieselben. Deswegen überlegen wir auf allen politischen Ebenen, welcher der richtige Weg ist, um Banken zu unterstützen.

In dieser Zeit möchte ich noch einmal sagen: Das Parlament, aber auch die Staatsregierung und die Vertreter der Gremien haben sehr stark zusammengearbeitet. Ich möchte hier nicht nur dem Haushaltsausschuss, sondern auch den Mitgliedern der Kommission zur Parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der Landesbank mit ihrem Vorsitzenden Ernst Weidenbusch für die hoch kompetente Diskussion, die dort geführt wird, ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

All die Beratungen dort, auch der Streit, den es gegeben hat, waren produktiv. Man hat aus Fehlern gelernt und hat Dinge verändert. Damit wurde die Bank letztlich stabilisiert. Deshalb hat man ein Beihilfeverfahren abschließen können. Wir sind jetzt im Vollzug des Beihilfeverfahrens. Wir haben einen sogenannten EU-Trustee dabei, der die Schritte genau überwacht. Nicht nur die EU-Kommission sitzt mit am Tisch, auch die BaFin und die Bundesbank überwachen die Schritte. Deswegen sind übrigens die Möglichkeiten, zum Beispiel bei Corporate Governance etwas anders zu machen als das, was wir vorschlagen, außerordentlich begrenzt. Wir haben das Ziel, die Bank kleiner, regionaler, risikoloser zu machen und den Verbund mit den Sparkassen wieder zu stärken, um dieses Geschäft zu etablieren.

Mir ist völlig klar, dass man keine allzu großen Versprechungen machen darf; das wäre falsch. Das kann die Politik übrigens auch gar nicht, weil es operatives Geschäft ist. Dass sich trotz des schwierigen Umfeldes Gewinne stabilisieren und Rückzahlungen möglich sind, ist ein gutes Signal. Bei dem Ganzen geht es nicht darum, zu sagen: Meine Bank, deine Bank. Die Landesbank ist eine Bank für ganz Bayern, und alle Bayern sollten dafür einstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich will noch etwas zum Thema HGAA sagen. Auch da hat es eine, wie ich finde, bemerkenswerte Aufarbeitung der Vergangenheit gegeben. Ich glaube, es war richtig, das alles zu tun. Jetzt geht es um die Frage, wie sich die Verantwortlichen in Öster-

reich verhalten. Unsere Rechtsposition − Kollege Klein hat das, wie ich finde, gut dargestellt − ist klar. Die Landesbank hat übrigens in den Gremien, ob im Haushaltsausschuss oder in der Landesbank-Kommission, die Rechtsposition dargestellt. Diese wird durch Rechtsgutachten und durch tatsächliches Verhalten klar bestätigt. Die HGAA hat im Rahmen des Beihilfeverfahrens deutlich gemacht, dass die Bank bereits lange saniert sei. Von einer "gesunden Bank" zu sprechen, ist ein klares Indiz dafür, dass es sich um Darlehen und nicht um Eigenkapital handelt. Bis zur letzten Woche gab es auch eine klare Botschaft zur Zurückzahlung von Darlehen und Zahlung von Zinsen. Auch das ist ein konkludentes Verhalten. Herr Halbleib, wir haben eine eindeutige Position. Sollten sich Österreich oder die Gremien der HGAA anders entscheiden: Wir setzen darauf, dass es keinen Anlass gibt, Vergleiche und Ähnliches zu schließen. Wir wollen unser Geld zurück. Alle Bayern sollen dabei mithelfen, die Rechtsposition zu stützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich könnte noch vieles erwähnen, meine Damen und Herren. Ich will zum Schluss nur noch eines aus meiner Sicht sagen, weil wir dann auch zur Abstimmung kommen wollen.

(Unruhe − Glocke der Präsidentin)

Ich möchte noch ein Dankeschön sagen. Es waren über 14 Sitzungstermine zum Doppelhaushalt mit über 40 Sitzungsstunden und 586 Anträgen. Die Beratung eines Doppelhaushalts ist eine Mammutaufgabe. Alle Ausschüsse des Landtags leisten großartige Arbeit, aber keiner muss ein solches Durchhaltevermögen haben wie der Haushaltsausschuss. Der Haushaltsplan umfasst rund 15.400 Haushaltstitel und hat rund 5.180 Seiten.Das ist schon eine große Leistung, wenn ich das an dieser Stelle einmal sagen darf. Deswegen möchte ich nicht nur dem Vorsitzenden, sondern allen, die daran mitgearbeitet haben, ein Dankeschön sagen. Dies ist Parlamentsarbeit vom Feinsten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich hoffe und wünsche mir, dass wir diesen Haushalt auf den Weg bringen. Ich glaube wirklich, dass er nicht in erster Linie ein gutes Signal für politische Kräfte ist. Bei allem, was wir tun, dürfen wir eines nicht vergessen: Wir denken an Stellen, Prognosen, Wahlen und Ähnliches mehr. Lassen Sie uns diese Tage an diejenigen denken, für die wir das machen: Für die Bayern.

(Inge Aures (SPD): Und die Franken!)

Die Bayern haben mit ihrer Leistungsfähigkeit die Grundlage dafür gelegt, dass wir im Parlament klug darüber entscheiden können, was wir mit ihrer Leistung machen. Diese Leistung geben wir zurück. Die Steuereinnahmen sind die Leistungsbilanz der Bayern. Mit der Struktur, so wie wir sie heute beschließen, geben wir die Leistung zurück. Dafür ein Dankeschön. Schöne Weihnachten und uns allen ein gutes neues Jahr, damit wir im neuen Jahr genauso kräftig und kraftvoll miteinander umgehen können.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13464, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14791 mit 14794 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/15097 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14791 mit 14794 abstimmen. Be-

steht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen? − Danke schön. Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. − Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. − Danke. Stimmenthaltungen? − Keine. Dann ist das übereinstimmend so beschlossen. Der Landtag übernimmt diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe, dass dem § 3 eine neue Nummer 3 angefügt wird. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 16/15097.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. − Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? − Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Dafür wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.14 bis 18.19 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Zeit ist um. Ich bitte, die Stimmkarten auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 18.19 bis 18.22 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das Finanzausgleichsänderungsgesetz

2013 bekannt. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 52, Stimmenthaltungen gab es keine. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013)".

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Ich denke, dass meine Stimme laut genug ist. Jetzt findet gerade keine namentliche Abstimmung statt, sondern ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14687 mit 16/14696, 16/14798 mit 16/14802, 16/14804 mit 16/14808, 16/14835 mit 16/14842 und 16/15139 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15019 zugrunde.

Vorweg lasse ich in einfacher Form über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/14801 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/14801 betreffend "Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. − Gegenstimmen? − CSU, FDP und SPD. Stimmenthaltungen? − Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich, wie bereits angekündigt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14807 und 16/15139 in namentlicher Form abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Pensionsfonds" auf Drucksache 16/14807 ab. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Die Abstimmung ist eröffnet. Die Stimmabgabe kann losgehen. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.25 bis 18.28 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Wir führen in der Zwischenzeit die namentliche Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag von SPD, FREIEN WÄHLERN und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN betreffend "Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude" auf Drucksache 16/15139 durch. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Wiederum drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.29 bis 18.32 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe den Wahlgang und unterbreche die Sitzung, bis ausgezählt ist.

(Unterbrechung von 18.33 bis 18.35 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungsergebnisse liegen vor. Wir können die Sitzung wieder aufnehmen. Ich darf die Ergebnisse bekannt geben. Zunächst das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag 16/14807, den Pensionsfonds betreffend: Mit Ja haben gestimmt 53, mit Nein haben gestimmt 82, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Nun das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag, die Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude betreffend: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 81, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15019 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. − Das sind CSU und FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. − Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? − Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 16/15019. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. − Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. − Stimmenthaltungen? − Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Damit, Kolleginnen und Kollegen, ist die Beratung des Einzelplans 13 abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013/2014. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 16/13465, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14821 mit 16/14824 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15102 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14821, 16/14822 und 16/14824 abstimmen. Besteht Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen? − Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. − Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. − Keine. Stimmenthaltungen? − Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten und die Änderungsanträge sind abgelehnt.Zum Gesetzentwurf 16/13465 empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/15102.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind die CSU und die FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. − Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? − Keine. Dann ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. − Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. − Das sind die Fraktionen der

CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. − Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? − Keine. Dann ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 16/14823 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Damit ist die Haushaltsberatung abgeschlossen.

(Beifall bei der CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit einem herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen und einem Dank an die Mitglieder der Staatsregierung sowie einer Gratulation zu dem, was in diesen vielen Stunden der letzten drei Tage beraten und beschlossen worden ist, gehen wir jetzt auf den Weg in das neue Jahr. Ich empfehle Ihnen immer, draußen bekannt zu machen, dass der Haushalt des Freistaates Bayern für 2013/14 vom Parlament beschlossen worden ist. Denn dies ist die wichtigste Aufgabe, die wir als Parlament haben. Vielleicht kann man den Regierungen auch einmal sagen, dass nicht sie die Gelder bewilligen oder zur Verfügung stellen, sondern dass es sich um Mittel handelt, die wir hier beschließen.

(Alexander König (CSU): Das ist ein sehr guter Gedanke!)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 18: Gesetzentwurf der Staatsregierung; zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drucksache 16/13464)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. **Barfuß** Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Dr. **Bertermann** Otto	X		
Dr. **Beyer** Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut	X		
Dr. **Bulfon** Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. **Fischer** Andreas	X		
Dr. **Förster** Linus		X	
Franke Anne			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich			
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. **Männle** Ursula	X		
Dr. **Magerl** Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Naaß Christa		X	
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. **Pauli** Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. **Söder** Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl		X	
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. **Weiß** Bernd			
Dr. **Weiß** Manfred	X		
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. **Zimmermann** Thomas	X		
Gesamtsumme	84	52	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2013/2014;; hier: Pensionsfonds; (Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01) (Drucksache 16/14807)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. **Barfuß** Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Dr. **Bertermann** Otto		X	
Dr. **Beyer** Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut		X	
Dr. **Bulfon** Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. **Fischer** Andreas		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. **Pauli** Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Weiß** Bernd			
Dr. **Weiß** Manfred		X	
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	53	82	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Bernhard Roos SPD, des Abgeordneten Thorsten Glauber FREIE WÄHLER, des Abgeordneten Ludwig Hartmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2013/2014;; hier: Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude; (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drucksache 16/15139)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. **Barfuß** Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Dr. **Bertermann** Otto		X	
Dr. **Beyer** Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut		X	
Dr. **Bulfon** Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. **Fischer** Andreas		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. **Pauli** Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. **Weiß** Bernd			
Dr. **Weiß** Manfred		X	
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	52	81	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 18 bis 20

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 (Drs. 16/13434, 16/15097)

II. zum Einzelplan 13 und **(Drs. 16/15019)**

III. zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465, 16/15102)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 (Drs. 16/13434)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
   (Drs. 16/13464)
   Drs. 16/14791

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
   (Drs. 16/13464)
   Drs. 16/14792

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
   (Drs. 16/13464)
   Drs. 16/14793

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
   (Drs. 16/13464)
   Drs. 16/14794

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Bauunterhalt
   (Kap. 13 03 neuer Tit.)
   Drs. 16/14687

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Gesundheitsmanagement
   (Kap. 13 03 neuer Tit.)
   Drs. 16/14688

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude
   (Kap. 13 03 neue TG)
   Drs. 16/14689

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Gewinnausschüttung Flughafen München GmbH
   (Kap. 13 05 Tit. 121 33)
   Drs. 16/14690

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Darlehensrückzahlung Flughafen München GmbH
   (Kap. 13 06 Tit. 181 03 und 161 05)
   Drs. 16/14691
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Schlüsselzuweisungen
   (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
   Drs. 16/14692

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Schülerbeförderung
   (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
   Drs. 16/14693

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Überlassung der Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuersatzverbund
   (Kap. 13 10 Tit. 883 03)
   Drs. 16/14694

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
   (Kap. 13 10 neuer Tit.)
   Drs. 16/14695

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
    (Kap. 13 10 TG 81)
    Drs. 16/14696

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
    Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein,
    Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD),
    Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Zuschüsse zur Sanierung von Synagogen
    (Kap. 13 03 Tit. 893 08)
    Drs. 16/14808

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Keine weiteren Zuschüsse an die Forschungsstiftung
    (Kap. 13 03 Tit. 894 07)
    Drs. 16/14798

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Verstärkungstitel für Investitionsmaßnahmen streichen
    (Kap. 13 03 Tit. 893 05)
    Drs. 16/14799

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Klimaschutz: Sparsamere Dienstfahrzeuge
    (Kap. 13 06 neuer Tit.)
    Drs. 16/14800

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern
    (Kap. 13 06 Tit. 181 03)
    Drs. 16/14801

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
    (Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
    Drs. 16/14802

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Entnahme kommunaler Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und Tit. 883 03)
Drs. 16/14804

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuweisungen an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
Drs. 16/14805

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Vorsorge erhalten: Versorgungsfonds weiterführen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61)
Drs. 16/14806

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pensionsfonds
(Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 16/14807

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung führt zu Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt
(Kap. 13 01)
Drs. 16/14835

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bayerisches Kulturkonzept
(Kap. 13 03 Tit. 686 49)
Drs. 16/14836

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung des Titels
(Kap. 13 03 Tit. 893 05)
Drs. 16/14837

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gezielte Stärkung der Zukunftsinvestitionen im Freistaat durch den Einsatz von Privatisierungserlösen
(Kap. 13 04 neuer Tit.)
Drs. 16/14838

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pensionsvorsorge und Kommunen stärken
Tilgung der Staatsschulden reduzieren
(Kap. 13 06 TG 51 - 64)
Drs. 16/14839

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen bilden
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 16/14840

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 16/14841

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuführungen in den Bayerischen Pensionsfonds nach alter Rechtslage wieder aufnehmen
(Epl. 13 Anlage B Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 16/14842

III.

Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
   (Drs. 16/13465)
   hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b
   Drs. 16/14821

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
   (Drs. 16/13465)
   Drs. 16/14822

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
   (Drs. 16/13465)
   Drs. 16/14824

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27.12.2012

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier